



~~N. 8982~~

~~33 H. 12~~

man
a

2006/13

3p.

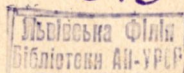
Dokumente des polnischen Russophilismus

Mit einer Einleitung:
**Die russische Propaganda und ihre
polnischen Gönner in Galizien**

Von Dr. jur. Michael Lozynskyj

Herausgegeben vom
Allgemeinen Ukrainischen Nationalrat
in Österreich

Preis 1,50 Mark.



***** Berlin - Januar 1915 *****
In Kommission bei Carl Kroll, Berlin S 14

Ep. - 29/6 509
Haimon

9 (438 + c. 47. 74) "19"

ЛВІВСЬКА БІБЛІОТЕКА
АН УРСР
№ И 62.614



Ossolineum
1918
50 hal.

Vorwort.

Im Oktober l. J. ist vom Allgemeinen Ukrainischen Nationalrate meine Schrift: „Die russische Propaganda und ihre polnischen Gönner in Galizien“ herausgegeben worden, in deren Einleitung Herausgabe eines Auszuges aus der polnischen und russischen Presse enthaltenden Anhangs angezeigt wurde, der einen Beweis für die Stichhaltigkeit der in der Schrift enthaltenen Ausführungen bilden sollte.

Nun liegt dieser Anhang, betitelt „Dokumente des polnischen Russophilismus“, vor. Da inzwischen die genannte Schrift vergriffen worden ist, wird sie hier als Einleitung abgedruckt, was umso angewiesener erscheint, als „Dokumente“ allein einem, der den polnisch-ukrainischen Verhältnissen ferne steht, nur schwer verständlich sein würden.

Wien, Mitte November 1914.

M. L.

Inhalt.

Die russische Propaganda und ihre polnischen Gönner in Galizien:

	Seite
I. Einleitung	7
II. Das Wesen der russischen Propaganda unter dem ukrainischen Volke in Galizien	10
III. Der polnische Russophilismus:	
1. Einleitende Bemerkungen	13
2. Grundlagen des modernen polnischen Russophilismus . .	17
3. Der neoslawische Kongreß zu Prag 1908 	21
4. Die Stellungnahme der polnischen russophilen Parteien zur Balkankrise 1912/13	24
5. Die Unterstützung der russisch-nationalen Partei durch die polnischen Machthaber Galiziens	26
6. Die Stellungnahme der polnischen russophilen Parteien zu der ukrainischen Universitätsfrage	36
7. Deutsch- und Österreichfeindlichkeit der galizischen Polen	38
8. Der Hochverratsprozeß Bendasiuk und Genossen in Lemberg im Frühjahr 1914	41
9. Die Polen und der Krieg	48
IV. Schlußbemerkungen	58

Dokumente des polnischen Russophilismus:

Vorbemerkung	64
I. Grundlagen des modernen polnischen Russophilismus . .	65
II. Der neoslawische Kongreß zu Prag 1908	74
III. Die Unterstützung der russisch-nationalen Partei durch die polnischen Machthaber Galiziens	91
IV. Die Stellungnahme der polnischen russophilen Parteien zu der Politik des Dreibundes, insbesondere während der Balkan- krise 1912/13	151
V. Deutsch- und Österreichfeindlichkeit der galizischen Polen	179
VI. Die Polen und der Krieg	191

**Die russische Propaganda und
ihre polnischen Gönner in Galizien.**

I. Einleitung.

In den Kriegsberichten vom galizischen Kriegsschauplatze wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß österreichisch-ungarisches Heer dort unter dem Verrate russisch gesinnter Bauern ruthenischer Abstammung zu leiden habe. Dies gab den polnischen Kreisen den Anlaß zur Behauptung, daß das ganze ukrainische Volk an diesem Verrate schuld und daher als österreichfeindlich und staatsgefährlich zu behandeln sei. Man ging in dieser Behauptung, welche sowohl in der Presse wie auch durch persönlichen Verkehr verbreitet wurde, polnischerseits so weit, alle Verrätereien, die auf dem galizischen Kriegsschauplatze verübt wurden, den Ruthenen zuzuschreiben.

Die letztere Behauptung braucht keiner umfangreichen Widerlegung. Es genügt festzustellen, daß in Galizien wegen Verrat, Spionage usw. keineswegs nur Individuen ruthenischer Abstammung, sondern ebenso Polen und Juden verhaftet und verurteilt wurden. Es handelt sich also um Verbrechen einzelner Individuen der verschiedenen Nationalitäten und Konfessionen Galiziens. Nun ist es aber gewiß ungerecht, wegen des Verbrechens des Einzelnen die Gesamtheit zu beschuldigen, und die Polen würden mit größter Entrüstung protestieren, wenn man auf Grund der durch die Angehörigen des polnischen Volkes begangenen Verrätereien vom „polnischen Verrate“ sprechen wollte.

Was die am Verrate beteiligten Individuen ruthenischer Abstammung anbelangt, muß festgestellt werden, daß dieselben in einem besonderen Verhältnis zum ukrainischen Volke stehen, in einem Verhältnis, welches jede moralische Verantwortung des ukrainischen Volkes

für das staatsverbrecherische Treiben derselben ausschließt.

Es ist Tatsache, daß man in allen diesbezüglichen, bisher festgestellten Fällen nur mit denjenigen Individuen ukrainischer Abstammung, die der sogenannten russisch - nationalen (russophilen, moskwophilen, altruthenischen) Partei angehören oder unter dem Einflusse derselben stehen, zu tun hat, keineswegs aber mit nationalbewußten Ukrainern. Und für das Treiben der russisch-nationalen Partei und der von ihr beeinflussten Elemente darf man dem ukrainischen Volke keine Verantwortung aufbürden, da diese Partei niemals vom ukrainischen Volke und dessen Führern als zur nationalen Gemeinschaft gehörende erachtet, sondern vielmehr von derselben rücksichtslos ausgeschlossen und als volksfeindlich bekämpft wurde.

Und wenn es dem ukrainischen Volke trotzdem nicht gelang, die durch die russisch-nationale Partei geführte Propaganda in seiner Mitte total niederzuringen, so ist es fürwahr nicht sein und seiner Führer Schuld. Das ukrainische Volk in Galizien war nicht Herr im Hause, es verfügte nicht über diejenigen Mittel, die man zur Niederringung einer volks- und staatsfeindlichen Propaganda braucht.

Erstens verfügte es nicht über alle die Mittel der modernen nationalen Entwicklung, deren Aufschwung allein geeignet wäre, die Möglichkeiten einer Propaganda wie die der russisch-nationalen Partei im ukrainischen Volke organisch zu entziehen. Im Gegenteil, die nationale Entwicklung des ukrainischen Volkes in Galizien wurde durch die polnische Oberherrschaft auf Schritt und Tritt gehemmt, welcher Umstand für die Propaganda der russisch-nationalen Partei den besten Nährboden schuf.

Und zweitens befand sich in Galizien die Staatsgewalt, welche berufen ist einzugreifen, wo es sich um volks- oder staatsfeindliches Treiben handelt, nicht in ukrainischen, sondern ausschließlich in polnischen Händen. Die polnischen Machthaber in Galizien haben die Tätigkeit

der russisch-nationalen Partei nicht nur geduldet, sondern auch direkt unterstützt und gerechtfertigt, wenn es nach ihrer Ansicht im polnischen Interesse lag, welches in Galizien stets dieses war: das ukrainische Volk in seiner nationalen Entwicklung zu hemmen und der Polonisierung des ukrainischen Landes den Erfolg zu sichern.

Dies ist keine leere Behauptung. In vorliegender Schrift wird nachgewiesen werden, daß die russische Propaganda unter dem ukrainischen Volke in Galizien von maßgebenden polnischen Kreisen absichtlich und planmäßig als im polnischen Interesse liegend, gefördert wurde: erstens, um die nationale Entwicklung des ukrainischen Volkes zu schädigen und damit den Polonisierungszwecken zu dienen. und zweitens, um die polnisch-russische Versöhnung herbeizuführen und nationale Konzessionen von Rußland für Russisch-Polen zu erlangen.

Daraus wird sich klar ergeben, daß, wenn jemandem die Schuld an den von russisch gesinnten Individuen ukrainischer Abstammung begangenen Verrätereien zuzuschreiben ist, so sind dies diejenigen maßgebenden polnischen Kreise, welche einerseits die nationale Entwicklung des ukrainischen Volkes in Galizien hemmten und andererseits die russische Propaganda in seiner Mitte unterstützten.

Und wenn sie jetzt diese Verrätereien dem ukrainischen Volke in die Schuhe zu schieben trachten, so liegt hier die klare Absicht vor, die Schuld von sich abzuwälzen.

Die vorliegenden Dokumente bilden einen dokumentarischen, jeden Zweifel ausschließenden Beweis für Stichhaltigkeit unserer Ausführungen.

II. Das Wesen der russischen Propaganda unter dem ukrainischen Volke in Galizien.

Die russische Propaganda unter dem ukrainischen Volke in Galizien reicht bis in die 1840er Jahre zurück, wo sie von den damaligen Panslawisten von Petersburg aus unter allen slawischen Volksstämmen betrieben wurde. Das Ideal der Panslawisten war, daß „alle slawischen Flüsse in das russische Meer münden“, worunter die Vereinigung aller slawischen Volksstämme unter Führung Rußlands verstanden wurde.

Die russische Propaganda unter dem ukrainischen Volke in Galizien trug aber wesentlich einen anderen Charakter als in anderen slawischen Ländern. Während nämlich die Panslawisten ihre Propaganda in anderen slawischen Ländern unter dem Vorwande betrieben, daß sie die Befreiung der betreffenden slawischen Volksstämme aus dem fremden (deutschen und türkischen) Joch und freie nationale Entwicklung derselben anstreben, wandte sich die russische Propaganda unter dem ukrainischen Volke in Galizien gegen die freie nationale Entwicklung desselben, indem sie auf dem Standpunkte stand, das ukrainische Volk bilde nicht eine besondere Nationalität, sondern sei lediglich ein Teil der russischen Nation, welche angeblich aus dem großrussischen, kleinrussischen (ukrainischen) und weißrussischen Volksstämme bestehe, und daher stehe demselben kein Recht zu, seine Nationalität selbständig zu entwickeln, sondern müsse dasselbe russische Sprache und Kultur annehmen und sich als Bestandteil der russischen Nation entwickeln.

Es war dies von jeher Standpunkt der russischen Regierung gegenüber dem ukrainischen Volke in Rußland*), wo die ukrainische nationale Bewegung mit strengsten Repressivmaßregeln verfolgt wurde, welche in dem Ukas von 1876 gipfelten, der das Verbot enthielt, die ukrainische Sprache in Schrift zu gebrauchen. Und denselben Russifizierungsstandpunkt, den man in Rußland mit brutalster Gewalt durchzuführen suchte, trachtete man dem ukrainischen Volke in Österreich, wo die Macht der russischen Regierung versagte, durch entsprechende Propaganda beizubringen.

Diese Propaganda konnte aber keine großen Erfolge aufweisen. Zwar bildete sich mit Aufwand großer russischer Geldmittel im ukrainischen Volke eine russisch-nationale Partei, die die Aufgabe hatte, im Sinne der russischen Propaganda unter dem ukrainischen Volke zu wirken, aber der Einfluß dieser Partei auf die Massen des ukrainischen Volkes und sein nationales Leben war niemals ein bedeutender. Im Gegenteil, das ukrainische Volk in Galizien stand und steht in seiner Masse unter dem Banner der ukrainischen nationalen Idee, welche die nationale Selbständigkeit des ukrainischen Volkes und freie Entwicklung seiner Nationalität bedeutet und aus geschichtlicher Notwendigkeit Rußland für den historischen Feind des ukrainischen Volkes erachtet.

Die russisch-nationale Partei war und blieb lediglich eine Agentur der russischen Propaganda, welche unter

*) Daß diese Auffassung der russischen Regierung, vom wissenschaftlichen Standpunkte aus beurteilt, ganz falsch und unbegründet ist, das hat die russische kaiserliche Akademie der Wissenschaften in Petersburg in ihrem offiziellen Gutachten „Ob atmenes tenenij malorusskawo petschatnawo slowa“ (Über die Beseitigung der Unterdrückung des kleinrussischen gedruckten Wortes; Petersburg 1905) bewiesen. Dieselbe erklärt, daß die ukrainische (kleinrussische) Sprache eine selbständige, von der (groß)russischen unabhängige und mit derselben gleichwertige Sprache ist.

der Firma einer politischen Partei ihre Geschäfte für Rußland erledigte. Und sie würde schon längst verschwunden sein, wenn sie nicht einerseits von Rußland mit großen Geldmitteln beim Leben erhalten und andererseits von den polnischen Machthabern in Galizien unterstützt worden wäre.

Damit kommen wir zur eigentlichen Frage, die in vorliegender Schrift erörtert werden soll: wie kam es, daß die Polen aus der russenfeindlichen politischen Gedankensphäre zur russophilen übergingen, und wie kam dieser Russophilismus der Polen in der Unterstützung der russischen Propaganda unter dem ukrainischen Volke in Galizien zum Ausdruck?

III. Der polnische Russophilismus.

1. Einleitende Bemerkungen.

In Europa kennt man die Polen nur als historische Russenfeinde, da Rußland ihnen ihr Vaterland unterjocht hat, weshalb sie zwecks Wiedereroberung desselben blutige Aufstände gegen Rußland gemacht haben. Man übersieht aber, daß diese russenfeindliche Periode des polnischen politischen Gedankens schon vorüber ist und daß nach dem letzten polnischen Aufstand 1863 die Polen sich allmählich zum Russophilismus zuwandten, bis dieser zuletzt das politische Programm der Mehrheit der polnischen Gesellschaft wurde.

Die Entwicklungsgeschichte des polnischen Russophilismus. Bereits vor dem polnischen Aufstand 1863 bestand in Russisch-Polen eine starke Partei unter der Führung des Grafen Wielopolski, die für die Polen in Rußland dieselbe Politik befürwortete, welche von den Polen in Österreich geführt wurde, d. h. die Politik der Anlehnung an den russischen Staat, in Anhoffnung, daß dieser seinerseits die Polen für ihre Staatstreue mit nationalpolitischen Konzessionen belohnen werde. Allein da der Gedanke der Wiedereroberung der Reichsunabhängigkeit in der polnischen Gesellschaft noch zu stark war, kam es zum Aufstande 1863.

Nach dem niedergedrungenen Aufstand lebte der politische Gedanke des Grafen Wielopolski im Programm der konservativen Ausgleichs-Gruppe, die sich um das Petersburger Wochenblatt „Kraj“ („Das Land“) scharte und den Gedanken der Versöhnung der Polen mit dem russischen Staate vertrat. Zu Beginn der russischen „Verfassungsära“ organisierte sich der Anhang dieser Gruppe zu der „Realistenpartei“, als deren Organ das

konservative Tagblatt „Slowo“ („Das Wort“) in Warschau erscheint.

Die Idee der Versöhnung des polnischen Volkes mit Rußland fand aber erst dann Anerkennung seitens der Mehrheit desselben, als sie in das Programm einer populären Partei mit patriotischer Tradition und demokratischer Marke aufgenommen wurde. Es war dies die allpolnische oder nationaldemokratische Partei, die zu Beginn der „Verfassungsära“ in Rußland ihr bisheriges russenfeindliches Unabhängigkeitsprogramm in ein russophiles umwandelte.

Zugleich wurde dasselbe wesentlich erweitert. Der Russophilismus der „Kraj“-Gruppe reichte nicht über die Grenzen Rußlands hinaus; diese Gruppe befürwortete nur die Versöhnung der Polen mit Rußland innerhalb des Zarenreiches, so wie die Polen in Österreich sich mit der Monarchie versöhnt haben. Anders die allpolnische Partei, welche den Russophilismus zum politischen Programm des ganzen polnischen Volkes machte. Die theoretischen Grundlagen für diesen modernen polnischen Russophilismus begründete der allpolnische Theoretiker und Führer Roman Dmowski, der in der ersten und zweiten, wie auch bis zur Niederlegung des Mandats in der dritten Reichsduma Abgeordneter aus Warschau und Obmann des Polenklubs war, in seiner Schrift „Niemy, Rosya i kwestya polska“ („Deutschland, Rußland und die Polenfrage“), welche in erster Auflage in Lemberg 1908 erschien und dann noch mehrere Auflagen, ebenfalls in Lemberg, wie auch eine französische und eine russische Übersetzung erfuhr.

Die Träger des modernen polnischen Russophilismus in Rußland und Österreich. In Russisch-Polen war und ist, wie aus Obigem ersichtlich, die Hauptträgerin des modernen polnischen Russophilismus die allpolnische Partei, deren Preßorgan das Tagblatt „Gazeta Warszawska“ („Warschauer Zeitung“) in Warschau ist, und zu der sich auch die konservative Realistenpartei gesellte. Außerdem läßt sich der Einfluß

der russophilen Propaganda der allpolnischen Partei auch bei den bürgerlichen Fortschrittsparteien merken.

In Österreich vertritt den russophilen Standpunkt ebenfalls die allpolnische oder nationaldemokratische Partei, als deren Organ das Tagblatt „*Slowo polskie*“ („Das polnische Wort“) in Lemberg erscheint, und die konservative Podolier-Gruppe (so wird die Gruppe der konservativen polnischen Großgrundbesitzer in Ostgalizien genannt, welche Benennung von der territorialen Ortsbenennung Podolien herkommt), welche in Lemberg ihr tägliches Präborgan „*Gazeta Narodowa*“ („Nationalzeitung“) hat und im galizischen Landtag einen besonderen Zentrumsklub bildete. Es sei noch erwähnt, daß die beiden genannten Parteien in der polnischen Gesellschaft Ostgaliziens vorherrschend sind.

Identität der allpolnischen Partei in Rußland und Österreich. Wie schon die Benennung zeigt, ist die allpolnische oder nationaldemokratische Partei in Rußland und Österreich (wie auch in Deutschland), was die Grundprinzipien anbelangt, identisch. Ihr Anfang ist in Russisch-Polen zu suchen, wo sie sich zu Beginn der 1890er Jahre als eine kleine Gruppe um das Wochenblatt „*Głos*“ („Die Stimme“) scharte und außerdem eine geheime Organisation unter dem Namen „*Liga polska*“ („Polenliga“) bildete. Im Jahre 1894 fanden in der Gruppe Verhaftungen statt, worauf das Wochenblatt „*Głos*“ eingestellt wurde und die Publizistenschar desselben nach Galizien übersiedelte, wo sie das kleine Blatt „*Przegląd Emigracyjny*“ („Emigrationsrundschau“) kaufte und in eine solide Monatsrevue „*Przegląd Wszechpolski*“ („Allpolnische Rundschau“, 1895—1905) umwandelte. Die politische Bedeutung gewinnt die Gruppe im Jahre 1902, nachdem sie das demokratische Tagblatt „*Slowo polskie*“ gekauft und zu ihrem Parteiorgan gemacht hat. Der Besitz eines großen Tagblattes half ihr, sich bald zu einer politischen Partei zu organisieren, die immer einflußreicher wurde.

„*Przegląd Wszechpolski*“ war hauptsächlich von

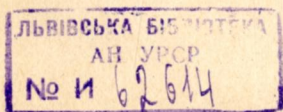
den aus Warschau nach Galizien übersiedelten Publizisten redigiert, wie der obenerwähnte Roman Dmowski, Sigismund Balicki, Johann Poplawski (Pseudonym: Jastrzębiec) und andere. Der Chef-Redakteur des „*Slowo polskie*“ bleibt bis jetzt ebenfalls der mit den Obgenannten aus Warschau nach Galizien übersiedelte Sigismund Wasilewski; in demselben Blatte wirkt als politischer Redakteur auch der aus Russisch-Polen nach Galizien übersiedelte Dr. Stanislaus Grabski, Professor der juristischen Fakultät an der Universität zu Lemberg. Es sei auch erwähnt, daß „*Slowo polskie*“ sich der Mitarbeiterschaft von Dmowski, Balicki und anderer allpolnischer Politiker und Publizisten aus Russisch-Polen erfreut, wie auch die Aufsätze derselben aus der „*Gazeta Warszawska*“ als die maßgebende Parteimeinung wiedergibt. Die obigen Tatsachen beweisen zur Genüge, daß man hier trotz verschiedenen Parteiorganisationsformen mit einer und derselben Parteirichtung zu tun hat.

Die wichtigsten Erscheinungen des modernen polnischen Russophilismus. Als solche seien erwähnt: die Beteiligung der Polen an dem neoslavischen Kongreß zu Prag 1908, die Haltung des russophilen Teiles des polnischen Lagers während der Balkankrise 1912/13, die Unterstützung der russisch-nationalen Partei unter dem ukrainischen Volke in Galizien, die Vertretung des russischen Standpunktes in der ukrainischen Universitätsfrage in Galizien, der Hochverratsprozeß der Mitglieder der russisch-nationalen Partei Bendasiuk und Genossen in Lemberg im Frühjahr 1914, die österreichisch- und deutschfeindliche Stellung der allpolnischen Presse, welche insbesondere nach dem Tode des Thronfolgers Franz Ferdinand zu Tage trat, und schließlich der offene Russophilismus in Russisch-Polen und der geheime, in der Verdächtigung, Verfolgung und Vernichtung des staatstreuen österreichfreundlichen ukrainischen nationalen Lagers wegen angeblichen Verrates zum Ausdruck kommende Russophilismus in Galizien.

2. Grundlagen des modernen polnischen Russophilismus.

Seit der Teilung Polens bis zum letzten polnischen Aufstande 1863 gingen alle polnischen Bestrebungen zur Wiederherstellung des Polenreiches dahin, dieselbe als politische Notwendigkeit für Europa hinzustellen, um die Hilfe Europas für dieselbe zu gewinnen. Die Gefahr der Bedrohung der europäischen Zivilisation und Freiheit der Völker Europas durch Rußland könne nur durch Wiederherstellung des alten Polenreiches beseitigt werden.

Dieser Standpunkt wurde nun vom modernen polnischen Russophilismus für anachronistisch erklärt und durch folgenden ersetzt: Seit dem deutsch-französischen Kriege werde der Frieden und die Freiheit Europas nicht durch Rußland, sondern durch Deutschland bedroht, welches vor allem den Drang nach Osten bezeuge und für die slawische Welt eine große Gefahr biete. In seinem Drang nach Osten begegne Deutschland zuerst dem polnischen Volke, das es zu vernichten trachte. Und werde das polnische Volk vernichtet werden, dann stehe die deutsche Gefahr unmittelbar vor Rußland. Somit bilde das polnische Volk einen natürlichen Schutzwall für die slawische Welt, insbesondere für Rußland, gegen die deutsche Gefahr. Das solle in der Slawenwelt, vor allem in Rußland verstanden und infolgedessen dem polnischen Volke in Rußland eine derartige Freiheit gewährt werden, daß es imstande sei, seine Mission eines Schutzwalles für die slawische Welt und insbesondere für Rußland gegen den deutschen Drang nach Osten zu erfüllen. Und da Österreich-Ungarns auswärtige Politik sich in Deutschlands Schlepptau befinde, so haben die Polen in Österreich-Ungarn und Deutschland für die Zukunft nichts zu erhoffen, woraus sich ergebe, daß sich die Politik des ganzen polnischen Volkes auf Rußland stützen und ihre Zukunft in der polnisch-russischen Versöhnung, welche im Interesse beider Völker



4.2434

liege und deshalb mit geschichtlicher Notwendigkeit kommen müsse, suchen solle.

Diesen Standpunkt des modernen polnischen Russo-philismus vertritt Dmowski in seiner Schrift „Deutschland, Rußland und die Polenfrage“ und das ist auch der Standpunkt des Neoslawismus.

Daß derselbe in der polnischen Gesellschaft eine rasche Verbreitung und Anerkennung fand, dazu trugen politische und ökonomische Tatsachen bei, von denen folgende hervorzuheben sind:

Ausschlaggebend ist hierfür vor allem die ökonomische Entwicklung Russisch-Polens: Der große Aufschwung der polnischen Industrie, welche trotz der politischen Unterjochung Russisch-Polens sich im immerwährenden Fortschritt befindet, war nur dadurch möglich, daß dieselbe in Rußland ein außerordentlich günstiges Absatzgebiet fand. Bei einer eventuellen Losreißung Polens von Rußland würde dasselbe für die polnische Industrie verloren gehen. Sogar die größte politische Freiheit, die eventuell Polen seitens Österreichs oder Deutschlands gewährt würde, könnte an dieser Niederlage der polnischen Industrie nichts ändern. Sie könnte die Konkurrenz mit der höher entwickelten deutschen, bezw. österreichischen Industrie nicht aushalten und müßte verkümmern.

Diese ökonomische Tatsache war maßgebend nicht nur für die polnischen bürgerlichen Kreise, sondern auch für einen beträchtlichen Teil der polnischen Arbeiterschaft. Es bildete sich nämlich unter derselben eine besondere Gruppe, „die Sozialdemokratie des polnischen Königreiches und Litauens“, welche die Bestrebungen zur Unabhängigkeit Polens, die von der „polnischen sozialistischen Partei“ vertreten wurden, als reaktionäre, für die ökonomische Entwicklung des Landes und somit für die Arbeiterschaft schädliche Utopie aufs heftigste bekämpfte. Der Standpunkt der „Sozialdemokratie des polnischen Königreiches und Litauens“ wurde in der Schrift der bekannten, aus Russisch-Polen stammenden

und in Deutschland wirkenden sozialdemokratischen Schriftstellerin Rosa Luxemburg „Die ökonomischen Entwicklungstendenzen Polens“ wissenschaftlich begründet.

Wo die ökonomischen Tatsachen ihre Sprache sprechen, dort ist es selbstverständlich, daß die von denselben bedingte politische Richtung die tiefgreifendste und populärste wird. Damit erklärt sich dieser rasche Aufschwung des Russophilismus in der polnischen Gesellschaft. Hier muß man in Betracht ziehen, daß mit der „Verfassungsära“ in Rußland sich auch für Russisch-Polen politische Entwicklungsmöglichkeiten öffneten, insbesondere, als auch in russischen Kreisen sich das Verständnis Bahn zu brechen anfang, daß es im polnischen Interesse liege, in Vereinigung mit Rußland vorzugehen und daß für gewisse politische Freiheiten das ganze polnische Volk für Rußland zu gewinnen sei.

Diese Tatsachen belehren jeden objektiven Beurteiler, daß es absolut verfehlt sei, auf Polen in einem eventuellen Kriege Österreich-Ungarns und Deutschlands gegen Rußland zu rechnen. Daß diese Tatsachen und die sich aus denselben ergebenden Folgerungen von den galizischen Polen vor Österreich verhehlt wurden, ist selbstverständlich; es lag ja in ihrem Interesse, sich noch immer als Schutzwall gegen Rußland zu brüsten und auf Grund dessen immer neue politische Konzessionen zu erlangen.

Was nun die galizischen Polen anbelangt, so wurden sie unter dem Einflusse der oben angeführten Tatsachen immer mehr russophil. Da sie einsahen, es liege im Interesse Russisch-Polens sich mit Rußland zu versöhnen, so war für sie der Gesichtspunkt maßgebend, Rußland nicht zu reizen und damit den Interessen Russisch-Polens nicht zu schaden. In Österreich fühlten sie sich so stark, daß sie ihre bisherige Machtstellung auch trotz ihrem Russophilismus behaupten zu können glaubten; dagegen glaubten sie der polnischen Sache in Rußland viel zu nützen, wenn sie trotz Angehörigkeit zu Österreich-Ungarn ihre Russenfreundlichkeit bekunden.

Und außerdem wurde der Russophilismus der galizischen Polen durch die Lage der ukrainischen Frage bestimmt. Wie bekannt, haben die Polen immer das ukrainische Gebiet, das einst zum Polenreiche gehörte, zu ihrem nationalen Besitzstande gezählt, den sie durch Niederdrängung der nationalen Entwicklung des ukrainischen Volkes und Polonisierung desselben zu erhalten für eine ihrer wichtigsten, nationalen Aufgaben erachteten. Aber angesichts der Entwicklungsmöglichkeiten, die dem ukrainischen Volke die österreichische Reichsverfassung in ihrer Entwicklung in demokratischer Richtung bot, sahen sie sich in ihren Polonisierungsbestrebungen gegenüber dem ukrainischen Volke immer mehr bedroht.

Dazu kam, daß man so in Österreich wie auch in Deutschland immer mehr zum richtigen Verständnis der ukrainischen Frage und deren Bedeutung für Rußland kam, und zwar, daß Rußlands Weltmacht, wie sie durch Vereinigung der Ukrainer mit Rußland emporgewachsen sei, nur durch Losreißung der Ukraine von Rußland und nur dadurch niedergerungen werden könne. Das aber würde für die Polen den Verlust jedweder Hoffnung auf Erfüllung ihrer Polonisierungsbestrebungen gegenüber dem ukrainischen Volke bedeuten.

In Rußland dagegen, mit seinem rücksichtslosesten Russifizierungssystem gegenüber dem ukrainischen Volke sahen die Polen ihren Bundesgenossen im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind, das ukrainische Volk, welches einerseits den Polen und andererseits den Russen gegenüber sein nationales Recht, auf seinem Gebiete sich frei entwickeln zu können, behauptete.

Übrigens war es von jeher die Tradition der polnischen Politik, sich lieber mit Rußland als mit der Ukraine zu versöhnen. So wurde nach dem Chmelnyckyj-Aufstande die Ukraine zwischen Polen und Rußland geteilt, was den Polen eher erträglich war als die Ukraine als unabhängiges Staatsgebilde zu sehen. Und zu Beginn der Verfassungsära in Österreich erklärte einer der führenden

polnischen Politiker im galizischen Landtage gegenüber den ukrainischen Forderungen nach nationaler Gleichberechtigung mit immer wieder von polnischen Politikern und Publizisten russophiler Richtung wiederholtem Schlagworte: „Es gibt keine Ukraine, es gibt nur Polen und Rußland!“

Dazu gesellte sich noch die Erwägung, daß, wenn die Polen schon einmal den Weg des Russophilismus betreten haben und ihre nationale Zukunft in der Vereinigung mit Rußland sehen, so liege es in ihrem Interesse, daß sich Rußland als Weltmacht gegenüber dem Dreibunde behauptete, nicht aber etwa im Kriege mit demselben unterliege, was die Vereinigung wenigstens eines Teiles von Russisch-Polen mit Deutschland einerseits, und die Errichtung eines ukrainischen, den polnischen Polonisierungstendenzen gegenüber dem ukrainischen Volke nicht günstigen Staatsgebildes zur Folge haben könnte, — eine Perspektive, gegen welche, wie wir unten sehen werden, das Organ der russophilen Podolier-Gruppe „Gazeta Narodowa“ während der Balkankrise 1912/13 energisch protestierte.

3. Der neoslawische Kongreß zu Prag 1908.

Der moderne polnische Russophilismus, wie ihn Dmowski begründete, kam zum erstenmal als politische Manifestation auf dem neoslawischen Kongreß zu Prag 1908 zum Ausdruck, welcher speziell zwecks polnisch-russischer Versöhnung einberufen wurde. Slawische Kongresse unter russischem Patronat gab es auch vorher, jedoch nahmen die Polen an denselben keinen Anteil; im Gegenteil, alle diese Kongresse waren äußerst polenfeindlich und die Polen wurden auf denselben als Verräter der slawischen Sache gebrandmarkt. Nun sollte auf dem Prager Kongresse 1908 die Feier der Bekehrung der Polen zum Slawentum gefeiert werden, aus welchem Grunde derselbe eine neue Aera im Slawismus, nämlich den Neoslawismus begründen sollte.

Daß die Ukrainer nicht an dem Prager Kongresse, wie auch an keinem der vorherigen und späteren slawischen Kongresse teilnahmen, im Gegenteil auf denselben als Verräter der slawischen Sache gebrandmarkt wurden, sei hiermit ausdrücklich konstatiert.

Was den Anteil an dem Prager Kongresse anbelangt, ist weiter hervorzuheben, daß die russische Delegation als Vertreterin des russischen Volkes im Sinne des russischen Nationalismus, welcher das ukrainische Volk für einen Bestandteil des russischen Volkes erachtet, auftrat. Dies wurde nicht nur dadurch gekennzeichnet, daß man die ukrainische nationale Bewegung ebenso, wie auf allen vorherigen slawischen Kongressen als slawenfeindliche und slawenverräterische brandmarkte, sondern auch dadurch, daß in der russischen Delegation Delegierte der galizischen russisch-nationalen Partei als Vertreter des „russischen Volkes“ in Österreich ihren Platz gefunden haben.

Und diesen Standpunkt der russischen Delegation gegenüber dem ukrainischen Volke hat gemeinsam mit dem ganzen Kongresse auch die polnische Delegation anerkannt, in welcher nicht nur Polen aus Rußland unter Dmowskis Führung, sondern auch alle polnischen Parteien Galiziens (mit Ausnahme der polnischen sozialdemokratischen Partei), vertreten wurden.

Diese Anteilnahme des ganzen polnischen Lagers an dem Kongresse rief bei jeder Gelegenheit einen großen Beifall hervor; die Polen wurden von allen übrigen Delegationen als bekehrte slawische Brüder mit Enthusiasmus gefeiert.

Den Hauptgegenstand der Kongreßverhandlungen bildete die polnisch-russische Versöhnung. Die russische Delegation versprach den Polen im Namen des russischen Volkes, welches nun politische Macht in Rußland erlangen sollte, weitgehende nationale Konzessionen einschließlich der Autonomie für Russisch-Polen, wofür die Polen in Galizien die russisch-nationale Partei in ihrer russischen Propaganda nicht nur nicht zu hemmen, sondern auch

gegen das ukrainische nationale Lager zu unterstützen hätten. Dies konnten die Polen umsomehr versprechen, da die polnische Politik in Galizien — worüber unten eingehend gesprochen wird, — sich eben inmitten der Periode der gelegentlich der Landtagswahlen stattgefundenen Annäherung zwischen dem polnischen Nationalrate und der russisch-nationalen Partei befand.

Die auf dem Kongresse proklamierte polnisch-russische Verbrüderung fand ihre Fortsetzung auf dem galizischen Boden. Auf Einladung der polnischen Delegation wie auch der Delegierten der russisch-nationalen Partei unternahmen die Führer der russischen Delegation, mit dem berüchtigten Nationalistenführer Grafen Wladimir Bobrinskij an der Spitze, ihre Rückreise durch Galizien, wo sie in Krakau und Lemberg von der polnischen politischen Elite als Herolde einer neuen Aera für das polnische Volk gefeiert wurden.

Gleichzeitig wurde Graf Bobrinskij von den Führern der russisch-nationalen Partei als Erlöser des „russischen Volkes“ Galiziens in Lemberg und in der Provinz gefeiert, wo er in jedem Orte, wohin er kam, Hetzreden gegen die ukrainische nationale Bewegung und Österreich hielt. Es ist charakteristisch, daß dieselben von den polnischen Verwaltungsbehörden, welche so eifrig ukrainische Versammlungen wegen der Kritik der polnischen Oberherrschaft im Lande auflösen, ganz außer acht gelassen wurden.

Erst anläßlich einer in der Bukowina gehaltenen Hetzrede wurde Graf Bobrinskij späterhin steckbrieflich verfolgt.

Was für Unheil Graf Bobrinskij, der zum Leiter der russischen Propaganda unter dem ukrainischen Volke in Österreich-Ungarn wurde, stiftete, braucht erst nicht erörtert zu werden; die beiden Hochverratsprozesse gegen seine Agenten und Werkzeuge, die sich in beiden Teilen unserer Monarchie, nämlich in Marmaros-Sziget und in Lemberg abspielten, beweisen das zur Genüge.

Und dieser Hetzer wurde von den galizischen Polen

ohne Parteiunterschied als Herold der besseren, in der Vereinigung mit Rußland erhofften Zukunft des ganzen polnischen Volkes gefeiert.

Zuletzt sei bemerkt, daß diese Episode des modernen polnischen Russophilismus von einem der leitenden polnischen Politiker demokratischer Parteirichtung, Dr. Stanislaus Rutowski, Vizepräsidenten der Stadt Lemberg, der in dieser Eigenschaft den Grafen Bobrinskij im Jahre 1908 in Lemberg als Gast empfangen hat, im demokratischen Parteiorgan „Gazeta Wieczorna“ („Das Abendblatt“) vom März 1914 ausführlich dargestellt wird, worin die vollkommene Bestätigung unserer Ausführungen enthalten war.

4. Die Stellungnahme der polnischen russophilen Parteien zur Balkankrise 1912/13.

■ Nicht so ostentativ wie auf dem Prager Kongresse und durch die Krakauer und Lemberger polnischen Feste zu Ehren des Grafen Bobrinskij aber deshalb nicht weniger bezeichnend, kam der moderne polnische Russophilismus in Galizien während der Balkankrise 1912/13 zum Ausdruck.

Nach dem Zeugnisse des polnischen demokratischen Schriftstellers Ludwig Kulczycki*) fand zu Beginn der Balkankrise beim Obmann des polnischen Nationalrates Taddäus v. Cieński, dem Führer der Podolier-Gruppe, in seinem Gutsbesitz Pienaki eine Konferenz polnischer Politiker russophiler Richtung Galiziens statt, in welcher der allpolnische Führer und der Begründer des modernen polnischen Russophilismus Roman Dmowski aus Warschau den Standpunkt vertrat, daß im Falle des Krieges zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland einerseits und Ruß-

*) Vide das von ihm eine kurze Zeit 1912/13 in Lemberg herausgegebene Wochenblatt „Nowy Prąd“ („Die neue Strömung“) und seine 1912 und 1913 in Lemberg erschienenen Broschüren „Dokąd idziemy?“ („Wohin wir gehen?“) und „Kompromisowy projekt sejmowej reformy wyborczej“ („Das Kompromißprojekt der Landtagswahlreform“).

land andererseits das ganze polnische Lager in allen drei Staaten eine russenfreundliche Haltung behalten solle, welche Ausführungen selbstverständlichen vollkommenen Beifall gefunden haben. Weiter berichtet Ludwig Kulczycki, Dmowski wie auch der andere allpolnische Führer aus Warschau, Sigismund Balicki, seien wiederholt in Lemberg erschienen, wo sie für Rußland und gegen Österreich-Ungarn agitierten.

Daß diese Agitation nicht fruchtlos geblieben ist, bezeugen die Stimmen der polnischen Presse russophiler Richtung.

„Rzeczpospolita“ („Die Republik“), Organ des Obmannes des polnischen Nationalrates T. v. Cieński stellt im Juni 1912 fest, daß in der polnischen Politik, welche nach der Teilung Polens immer auf fremde, vor allem französische Hilfe hoffte, gegenwärtig die russische Orientierung vorherrsche.

„Gazeta Narodowa“, Organ der Podolier-Gruppe, als deren Führer auch derselbe T. v. Cieński erscheint, führt im September 1912 aus, es wäre für die Polen besser, wenn Rußland siege und so das ganze polnische Volk unter seiner Herrschaft vereinige, denn dann könnte man Autonomie erlangen und auf russische Politik entscheidenden Einfluß ausüben, als wenn im Falle des Sieges von Österreich-Ungarn und Deutschland ein Teil des Russisch-Polens unter Deutschlands Herrschaft käme und aus dem ukrainischen Gebiete, das einst dem Polenreiche angehörte, einschließlich Ostgaliziens ein besonders ukrainisches Staatsgebilde geschaffen würde.

Und das allpolnische Organ „Słowo polskie“ erklärte im November 1912 kurz und offen, die politischen Interessen des Dreibundes seien keineswegs mit den polnischen nationalen Interessen identisch.

So meinte die Mehrheit der polnischen Gesellschaft Galiziens über ihre Stellung zu Österreich während der Balkankrise 1912/13.

Erst als die am 7. Dezember 1912 stattgefundene Konferenz der Vertrauensmänner aller ukrainischen



Parteien Galiziens mit einer österreichfreundlichen und russischfeindlichen Kundgebung aufgetreten ist, in der es hieß, im Falle des Krieges zwischen Österreich-Ungarn und Rußland werde die ukrainische Nation auf Österreichs Seite gegen Rußland, dem größten Feind der Ukraine, kämpfen, — erst dann sahen sich die polnischen Politiker Galiziens gezwungen, mit einer ähnlichen Kundgebung aufzutreten, welche tatsächlich am 9. Dezember in der Form einer Resolution der Versammlung der polnischen Landtags- und Reichsratsabgeordneten erfolgte. Diese Resolution hat aber sorgfältig vermieden, den Feind der österreichisch-ungarischen Monarchie, Rußland, beim Namen zu nennen und sich ausdrücklich gegen dasselbe zu wenden, wofür ihr das Organ der russisch-nationalen Partei Galiziens, „Priкарпатська Рус“ („Karpathenrußland“) Lob spendete, indem es mit Anerkennung hervorgehoben hat, daß die polnische Resolution im Gegensatz zu der ukrainischen sich gegenüber Rußland taktvoll benehme.

Wenn man nun erwägt, daß die Preßorgane, welche die Mehrheit der polnischen Gesellschaft Galiziens vertreten, während der Balkankrise 1912/13 sich offen gegen Österreich-Ungarn und für Rußland aussprachen und daß die erwähnte polnische Kundgebung erst nach der ukrainischen erfolgte und dabei sich mit keinem Worte gegen Rußland wendete, so muß man annehmen, daß dieselbe keineswegs die wahre Stimmung galizischer Polen zum Ausdruck brachte und nur dazu bestimmt war, um gegenüber der ukrainischen Kundgebung die Polen nicht als weniger staatstreu erscheinen zu lassen.

5. Die Unterstützung der russisch-nationalen Partei durch die polnischen Machthaber Galiziens.

Abgesehen vom allgemeinen Gesichtspunkte des modernen polnischen Russophilismus hatten die polnischen Machthaber ihr eigenes, lokales Interesse an dem Fortdauern der russischen Propaganda unter dem ukrai-

nischen Volke Galiziens. Dieses Interesse ließ sie den Nährboden des Russophilismus als ihn immer mehr die ukrainische nationale Bewegung zu beseitigen suchte, pflegen und unterstützen.

Dieses Interesse wurde von dem Zwecke, die politische Oberherrschaft in Galizien in polnischen Händen zu erhalten, diktiert, um mit deren Machtmittel die nationale Entwicklung des ukrainischen Volkes aufzuhalten und so das Hauptgebot der polnischen Politik gegenüber dem ukrainischen Volke zu erfüllen: die ukrainischen Länder, die einst dem Polenreiche angehörten, zu polonisieren und so den historischen polnischen Besitzstand zu behaupten.

Dieses Ziel zu erreichen, dafür war und ist für die Polen jedes Mittel gut.

Zu Beginn der Verfassungsära in Österreich, als es galt, die politische Oberherrschaft in Galizien in ihre Hände zu bekommen, boten die Polen alles auf, um das ganze ukrainische Volk als russophil und daher staatsgefährlich darzustellen, so daß nur das starke polnische Regime im Lande imstande sei, dem entgegenzuwirken und das Land für Österreich zu behaupten, obgleich tatsächlich der damalige Russophilismus unter dem ukrainischen Volke keine so ausgeprägt ukrainische Nationalität leugnenden und staatsfeindlichen Formen hatte und durch strikte Durchführung der verfassungsmäßigen nationalen Gleichberechtigung und intensive Förderung der ukrainischen nationalen Entwicklung nicht nur leicht überwunden, sondern auch der Austrophilismus unter dem ukrainischen Volke in Rußland eingepflanzt werden konnte.

Das lag aber nicht im obengeschilderten Interesse der Polen und deshalb schilderten sie einerseits in Wien ein Schreckensgespenst des Russophilismus des ganzen ukrainischen Volkes Galiziens, den nur polnische Herrschaft im Lande zu überwältigen imstande ist, und andererseits unterdrückten sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Machtmitteln die ukrainische nationale Entwicklung, welche allein den Russophilismus organisch über

winden konnte, wodurch sie für denselben den besten Nährboden schufen, weil die Aussichtslosigkeit der ukrainischen nationalen Entwicklung unter dem schweren polnischen Unterdrückungsregime gar so manchen schwachen Charakter in die Arme der russischen Propaganda getrieben hat.

Und als die ukrainische nationale Entwicklung trotzdem sich durchgesetzt hat und das ukrainische nationale Lager zu einer politischen Macht wurde, mit der man zu rechnen angefangen hat, begannen die Polen die russische Propaganda und die derselben dienende russisch-nationale Partei direkt zu unterstützen, da es in ihrem Interesse lag, daß dieselbe nicht von der politischen Bildfläche verschwinde.

Es war dies das Regierungssystem „divide et impera“, welches den polnischen Machthabern Galiziens vorschrieb, durch Unterstützung der russisch-nationalen Partei das ukrainische Volk national gespalten zu halten und dadurch seine politische Macht zu lähmen.

Es kann auf jedem Gebiete des öffentlichen Lebens nachgewiesen werden, wie dieses „divide et impera“ gegenüber dem ukrainischen Volke der polnischen Oberherrschaft zugute kam.

Stellten die Ukrainer im Reichsrat und im Landtage nationale Forderungen auf, so beriefen sich die Polen sofort darauf, daß es keineswegs Forderungen des ukrainischen Volkes sind, sondern lediglich einer politischen Gruppe, der im ukrainischen Volke eine andere politische Gruppe gegenübersteht, die diese Forderung entschieden bekämpft. So war es bei der ukrainischen Universitätsfrage, bei den ukrainischen Forderungen auf dem Gebiete des Mittel- und Volksschulwesens, bei der Forderung nach Gleichberechtigung der ukrainischen Sprache usw.

Die Polen brauchten daher solche Forderungen nicht entschieden abzulehnen; es genügte, daß sie dieselben als unreif und unzeitgemäß bezeichneten, mit deren Erfüllung zu warten sei, bis das ukrainische Volk darüber einig werde, was für eine Nationalität es eigentlich bildet.

Daß das Bestehen der russisch-nationalen Partei unter dem ukrainischen Volke den Polen in dieser Hinsicht ausgezeichnete Dienste leistete, ist eine erwiesene, allgemein bekannte Tatsache. Deshalb ist es auch selbstverständlich, daß sie dieselbe gegen das ukrainische nationale Lager unterstützten.

Was nun die rein politischen Forderungen anbelangt, wie das allgemeine und gleiche Stimmrecht usw., muß in Erwägung gezogen werden, daß das ukrainische nationale Lager demokratisch und die russisch-nationale, vom offiziellen und reaktionären Rußland genährte Partei konservativ und reaktionär war. Deshalb war es für die polnische Schlachzizenherrschaft in Galizien sehr bequem, die russisch-nationale Partei gegen die demokratischen Forderungen der Ukrainer auszuspielen und sich darauf zu berufen, daß diese Forderungen keineswegs dem Volkswillen entsprechen, da sie von einer anderen Gruppe des Volkes bekämpft werden.

Dasselbe gilt auch für das sozialökonomische Gebiet. Das ukrainische nationale Lager forderte die Besserung der ökonomischen Lage des Kleinbauern, lehrte denselben in seiner Eigenschaft als Feldarbeiter gegen die Ausbeutung seitens des polnischen Großgrundbesitzers mittels Streiks zu kämpfen oder sich derselben mittels Saisonemigration nach Deutschland zu entziehen, — im Gegensatz zu der russisch-nationalen Partei, welche sich für das moderne Wirtschaftsleben gar nicht interessierte, alle Bestrebungen nach Besserung der ökonomischen Lage der breiten Volksmassen ihrem reaktionären Standpunkte gemäß gleich den polnischen Großgrundbesitzern als verwerflich bekämpfte und nur die Hilfe des Zaren, der einst kommt, um „das russische Volk Galiziens“ zu erlösen, abzuwarten lehrte. Die polnischen Machthaber Galiziens, welche nach ihrer ökonomischen Lage zur Großgrundbesitzerklasse gehörten, wußten nur zu gut, daß ihnen die Legende vom Zaren einstweilen gar nicht schaden, dafür aber die Bekämpfung der ukrainischen

Forderungen auf dem sozialökonomischen Gebiete seitens der russisch-nationalen Partei viel nützen kann.

Kurz gesagt, auf jedem Gebiete des öffentlichen Lebens: als Reichsrats- und Landtagsabgeordneter, als Mitglied der Bezirksvertretung, als Gemeindevorsteher, als Beamter, Pfarrer, Lehrer, war den Polen ein Anhänger der russisch-nationalen Partei viel willkommener als ein Ukrainer, denn während der letztere überall für die Entwicklung seines Volkes arbeitete und nationale Gerechtigkeit für dasselbe verlangte, nützte der erstere der polnischen Oberherrschaft, indem er erstens ukrainische Forderungen und die ukrainische nationale Entwicklung bekämpfte, was den Polen zugute kam, und zweitens durch Aufstellung russisch-nationaler Forderungen das ukrainische Volk als staatsgefährlich erscheinen ließ und dadurch das polnische Regime rechtfertigte.

Und um vor der Zentralregierung gedeckt zu sein, stellten die polnischen Machthaber, wenn es notwendig war, die russisch-nationale Partei als eine Gruppe vor, die sich vom ukrainischen nationalen Lager nur durch ihren Konservatismus unterscheidet, als eine altruthenische Partei, die eben wegen ihres Konservatismus vor den Ukrainern, welche sie wiederum sogar als anarchistische Umstürzler zu verleumden wußten, vorzuziehen sei. Von der russischen Propaganda, welche diese „Altruthenen“ für russisches Geld betrieben, war in solchen Fällen natürlich nicht die Rede. Man betonte nur mit Nachdruck, daß sie konservativ, anständig und — wie sich in einer seiner Parlamentsreden der gegenwärtige Reichsfinanzminister v. Bilinski ausdrückte — angenehmer im Umgang als die Ukrainer sind.

Die planmäßige Unterstützung der russisch-nationalen Partei seitens der polnischen Machthaber Galiziens unter dem Vorwand, daß man „konservative Altruthenen“ gegen „radikale Ukrainer“ unterstützt, beginnt um die Wende des XIX. Jahrhunderts, unter der Statthalterchaft des Grafen Leo Piniński, der nach seiner Demission als Führer der russophilen Podolier-Gruppe seinen Haß

gegen das ukrainische Volk bei jeder Gelegenheit bekundete.

Die russophile Politik Pinińskis fand in seinem Nachfolger, Grafen Andreas Potocki, einen ebenso eifrigen wie mächtigen Fortsetzer. Es soll erinnert werden, daß sich unter der Statthalterschaft Potockis solche Ereignisse abspielten, wie die Kämpfe der ukrainischen Studenten wegen Errichtung der ukrainischen Universität, Massenstreiks der ukrainischen Bauern für Lohnerhöhung seitens der polnischen Großgrundbesitzer, die Reichsratswahlreformbewegung, in welcher das ukrainische nationale Lager durch Massenversammlungen im ganzen Lande so mächtig eingriff, und zuletzt die ersten allgemeinen Reichsratswahlen, in welchen sich das ukrainische nationale Lager so glänzend behauptete.

Alle diese Ereignisse bedeuteten ein solches Emporwachsen der politischen Macht des ukrainischen Volkes, daß die polnischen Machthaber Galiziens nicht ohne Sorge in die Zukunft blicken konnten.

Um dem vorzubeugen, beschloß Graf Potocki, die russisch-nationale Partei als sein Werkzeug zu benützen und mit deren Hilfe dem ukrainischen nationalen Lager einen entscheidenden Schlag zu geben. Die Gelegenheit boten die Anfang 1908 stattfindenden Landtagswahlen, welche noch auf Grund der kurialen Wahlordnung durchgeführt werden sollten und daher eine gute Operationsbasis gegen den politischen Gegner für die Verwaltung darstellten. Potocki beschloß nun, die in Rede stehenden Wahlen nach gutbewährten galizischen Mustern durchzuführen und die Ukrainer von der politischen Bildfläche als Volksvertreter im Landtag wegzufegen, dagegen aber die russisch-nationale Partei unter der altruthenischen Marke in den Landtag als die einzige wahre Volksvertreterin einzuführen. Es kam zwischen dem polnischen Nationalrate unter Führung des Obmannes Taddäus v. Cieński und der russisch-nationalen Partei unter Führung des gegenwärtig in Rußland weilenden und unlängst vom Zaren in einer speziellen Audienz empfangenen Dr. Du-

dykewitsch, momentan Ziviladlatus des russischen Gouverneurs in Lemberg, unter dem Patronat des Grafen Potocki zu einem gegen die Ukrainer gerichteten Wahlbündnis.

Die Wahlen wurden wirklich nach gutbewährten galizischen Mustern durchgeführt. Es fehlte sogar nicht an Toten; es wurde nämlich ein ukrainischer Bauer in Koropec, Bezirk Buczacz, gelegentlich der Wahlmännerwahlen von den Gendarmen getötet. Und das Ergebnis war: in 46 Landgemeinden, Wahlbezirke mit ukrainischer Mehrheit, wurden 12 Ukrainer, 9 Russisch-Nationale und 25 Polen gewählt. Zwar gelang es nicht, die Ukrainer total niederzuringen, aber im Vergleich mit den vorjährigen Reichsratswahlen waren sie ziemlich geschwächt und ihre politische Bedeutung durch die ansehnliche Zahl der russisch-nationalen Landtagsabgeordneten entkräftet.

Es sei besonders hervorzuheben, daß Dr. Dudykewitsch im Wahlbezirke Brody gewählt wurde, wo Herr v. Cieński als Obmann des polnischen Nationalrates und als einflußreicher Großgrundbesitzer in dem genannten Bezirke seinen ganzen Einfluß einsetzte, daß Dr. Dudykewitsch gegen den ukrainischen Kandidaten gewählt werde.

Es sei noch zu bemerken, daß die Details des Wahlbündnisses zwischen dem polnischen Nationalrate und der russisch-nationalen Partei in dem Lemberger Preßprozeß zwischen den russisch-nationalen Führern, Pater Dawydiak und Dr. Dudykewitsch, enthüllt wurden und daß gelegentlich der Auflösung des galizischen Landtags und der Neuwahlen im Frühjahr 1913 Herr v. Cieński in der Wiener „Neuen Freien Presse“ (Mai 1913) selber zugestanden hat, daß der polnische Nationalrat bei den Landtagswahlen 1908 Wahlbündnis mit den „Altruthenen“ geschlossen hat. Daß unter diesen „Altruthenen“ die russisch-nationale Partei mit Dr. Dudykewitsch an der Spitze zu verstehen sei, hat Herr v. Cieński verschwiegen.

Was für einen Eindruck die zu Gunsten der russisch-nationalen Partei vom Statthalter Potocki durchgeführten

Wahlen im ukrainischen Volke hervorgerufen haben, bezeugt zur Genüge das Attentat des ukrainischen Universitätshörers Mirosław Sitschynskyj auf den Grafen Potocki vom 12. August 1908 und die Stellungnahme des ukrainischen Volkes zu dieser Tat. Abgesehen davon, von welchem Standpunkt aus man politische Attentate beurteilt, soll hier konstatiert werden, daß Sitschynskyjs Tat eine ernste Warnung vor der Gefahr bedeutete, welche Österreich seitens der russischen Propaganda unter dem Patronat der polnischen Machthaber Galiziens bedrohe.

Potockis Unterstützung der russisch-nationalen Partei fällt in die Zeit, wo der moderne polnische Russophilismus sich in der polnischen Gesellschaft Bahn bricht.

Daß die Idee der Anerkennung der politischen Berechtigung der von der galizischen russisch-nationalen Partei vertretenen russisch-nationalen Idee zu dieser Zeit für die polnischen politischen Kreise nicht fremd war, das beweist eine vom Universitätsprofessor Dr. Josef Buzek, einem der allpolnischen Führer, in einer Wählerversammlung des VI. Wahlbezirkes der Stadt Lemberg am 15. April 1907 gehaltene Kandidatenrede, in welcher er ein ausführliches Programm eines nationalen Ausgleiches in Galizien auf Grund der nationalen Autonomie auf dem Gebiete des Schulwesens und der Reichsrats- und Landtagsvertretung entwickelt, auf welchen Gebieten er „die russische Nation in Galizien“ als ein vollständig gleichberechtigtes Element anerkennt.

Es darf daher wohl angenommen werden, daß Potocki in seiner russophilen Politik nicht nur die oben dargestellten lokalen Interessen der polnischen Machthaber Galiziens, sondern auch allgemeine Gesichtspunkte des modernen polnischen Russophilismus im Auge hatte.

Es darf auch nicht vergessen werden, daß Potocki Eigentümer von umfangreichen Gütern in Rußland war und sich daher gewissermaßen in russische Interessengemeinschaft hineingezogen fühlte, wie auch, daß einer

seiner Söhne noch bei Lebzeiten seines Vaters, also vermutlich auch im Einvernehmen mit demselben, in den russischen Staatsverband eingetreten ist.

Es sei auch beizufügen, daß sich in ähnlicher Lage mehrere polnische Magnaten aus Galizien befinden, die zugleich Großgrundbesitzer in Rußland sind und somit von russischen Verhältnissen in ihrem politischen Gedankenkreis beeinflußt werden.

Die Zeit unmittelbar nach dem Tode Potockis war die Zeit des neoslawischen Kongresses zu Prag, der polnischen Feste in Krakau und Lemberg zu Ehren des Grafen Bobrinskij und der allgemeinen Waffenbrüderschaft der Polen und der russisch-nationalen Partei gegen die Ukrainer.

Der Fall Potocki belehrte aber die Polen, daß man mit Rücksicht auf die österreichische Zentralregierung mit der Unterstützung der russisch-nationalen Partei nicht so ostentativ vorgehen darf.

Trotzdem jetzt das lokale Interesse der polnischen Machthaber Galiziens mit den allgemeinen Gesichtspunkten des modernen polnischen Russophilismus zusammenfiel, so daß von nun an die russisch-nationale Partei im allgemeinen polnischen Interesse unterstützt werden sollte, wurde doch in der Taktik gewisse Vorsicht geboten, um nicht das erweckte Mißtrauen der österreichischen Zentralregierung aufwachsen zu lassen.

Da war das Schicksal den Polen wieder günstig. Soeben in diese Zeit fallen innere Zwistigkeiten in der russisch-nationalen Partei, die zur Spaltung derselben in eine gemäßigte mit dem bisherigen Parteiorgan „Galitschanin“ („Galizianer“) und eine radikale mit dem neugegründeten Parteiorgan „Priкарпатська Рус“ („Karpathenrußland“) führten, — „gemäßigt“ und „radikal“ vom Standpunkt der Art und Weise des Betreibens der russischen Propaganda aus beurteilt.

Nun benützten die Polen diese inneren Zwistigkeiten, die sie zum Teil selbst hervorgerufen und beeinflußt haben, in der Richtung, daß sie von nun an nur die

radikale Gruppe als russisch-national bezeichneten und als solche bekämpften, die gemäßigte aber weiter unter der altruthenischen Marke unterstützten.

Anfangs hat an dieser Aktion auch Potockis Nachfolger Dr. Bobrzynski teilgenommen, wie er es selber mehrmals, zuletzt in seiner in der Versammlung der polnischen Landtags- und Reichsratsabgeordneten in Lemberg im April 1913 gehaltenen Rede zugestanden hat, in welcher Rede er auch festgestellt hat, er habe sich bald überzeugt, daß zwischen der gemäßigten und der radikalen Gruppe kein prinzipieller Unterschied bestehe und daß sie beide auf russisch-nationaler Grundlage stehen und der russischen Propaganda dienen, weshalb er sich auch aus dem ganzen Abenteuer zurückgezogen habe.

Aber die russophilen Parteien des polnischen Lagers, nämlich die Allpolen und die Podolier setzten die Unterstützung der russisch-nationalen Partei fort.

In dem Kampf, welchen die genannten Parteien gegen das Wahlreformkompromiß Bobrzynskis führten, spielte eine nicht unbedeutende Rolle auch der Vorwurf, daß derselbe die Ukrainer auf Kosten der „altruthenischen Richtung“ begünstige.

Es ist weiter charakteristisch, daß „Priкарпатська Рус“ den durch die Allpolen und Podolier herbeigeführten Fall des Wahlreformprojektes von Bobrzynski und die Demission desselben als den Sieg der die slawische Sache vertretenden polnischen Parteien beglückwünschte. Ebenso erklärte der Führer der russisch-nationalen Partei, Reichsratsabgeordneter Dr. Markow, anläßlich der galizischen Landtagswahlen vom Juni 1913 dem Mitarbeiter des allpolnisch-klerikalen Tagblattes „Głos Narodu“ („Die Volksstimme“) in Krakau, seine Partei werde um jeden Preis die Gegner des Wahlreformprojektes von Bobrzynski, d. h. Allpolen und Podolier, unterstützen.

Die Unterstützung der russisch-nationalen Partei seitens der polnischen russophilen Parteien ist auf jedem Gebiete des öffentlichen Lebens zu verzeichnen. Der galizische Landesausschuß erteilt Subventionen dem

russisch-nationalen Kaczkowski-Bildungsverein. Die k. k. galizische Landwirtschaftsgesellschaft in Lemberg unterstützt mit ihrer Autorität die russisch-nationale Partei in ihrer Tätigkeit, die Hungersnot in Ostgalizien zum Zwecke der russischen Propaganda auszunützen. Die polnischen Behörden der Universität zu Lemberg anerkennen die russische Nationalität in Galizien und erteilen den Anhängern der russisch-nationalen Partei Doktor-Diplome, in welchen dieselben als „natione Russi“ bezeichnet werden. Der polnische Landesschulrat besetzt Lehrerstellen in ukrainischen Gymnasien mit russisch-nationalen Lehramtskandidaten. In Bezirksvertretungen gehen die Polen und die Anhänger der russisch-nationalen Partei gemeinsam gegen die Ukrainer vor. In der Gemeindeverwaltung werden auch Anhänger der russisch-nationalen Partei von polnischen Verwaltungsbehörden gegen die Ukrainer unterstützt. Die polnischen Großgrundbesitzer üben ihr Patronatsrecht fast nur zugunsten der russisch-nationalen Geistlichen aus.

Und da die Allpolen und Podolier in der polnischen Gesellschaft Ostgaliziens, welche vorwiegend aus Großgrundbesitzern und Beamten besteht, alleinherrschend sind, konnte dagegen Bobrzynski nichts ausrichten, bis er endlich dem mit Allpolen und Podoliern befreundeten Herrn v. Korytowski den Platz in der galizischen Stathalterei räumen mußte.

6. Die Stellungnahme der polnischen russophilen Parteien zu der ukrainischen Universitätsfrage.

Was für eine Bedeutung für die ukrainische Nation die Errichtung der ukrainischen Universität in Lemberg hat, braucht hier nicht des näheren erörtert werden. Und nicht nur für das ukrainische Volk, sondern auch für Österreich. Es genügt festzustellen, daß jedesmal, wenn ein Ukrainer aus Galizien nach Rußland oder ein Ukrainer aus Rußland nach Galizien kam, die erste Frage jedes russischen Ukrainers war: „Wie stehts mit der

Errichtung der ukrainischen Universität in Lemberg?“ Noch im Juni d. J. wurde in diversen Städten in Rußland an ein Mitglied des allgemeinen ukrainischen Nationalrates dieselbe Frage gestellt, mit dem Hinweis, es sei schwer, an Österreichs Wohlwollen gegenüber dem ukrainischen Volke zu glauben, wenn die Errichtung der ukrainischen Universität in Lemberg immer wieder verschleppt werde. Die Aussichten in der ukrainischen Universitätsfrage waren für die Ukrainer in Rußland der Hauptmaßstab, ob und inwiefern man Österreich die Zukunft des ukrainischen Volkes anvertrauen könne. Und die Errichtung der ukrainischen Universität in Lemberg würde die ganze ukrainische Intelligenz in Rußland mit einem Schlag ein- für allemal zu Anhängern Österreichs gemacht haben.

Aus diesem Grunde wäre die günstige Lösung der ukrainischen Universitätsfrage eine Tat des wahren österreichischen Patriotismus gewesen. Und eben aus diesem Grunde setzten die Allpolen und die Podolier alles ein, um dieselbe zu verhindern, weil es ihre Aufgabe war, Rußland politische Dienste zu erweisen.

Ja noch mehr, die Preßorgane der genannten Parteien denunzierten direkt die österreichische Regierung, die von ihr geplante Errichtung der ukrainischen Universität in Lemberg sei gegen Rußland gerichtet, und diese Denunziation wurde solange immer wieder wiederholt, bis sie zuletzt von der russischen Presse ihrem antiösterreichischen Arsenal einverleibt wurde. Und als die russische Presse, von „*Slowo polskie*“ und „*Gazeta Narodowa*“ über das „wahre Ziel“ der Errichtung der ukrainischen Universität in Lemberg belehrt, an die russische Diplomatie appellierte, sie möge diesen gegen Rußland gerichteten Akt verhindern, gaben die genannten Preßorgane derselben vollkommen recht, indem sie wiederholt erklärten, kein Staat würde ohne Protest zusehen, wenn man im Nachbarstaate eine in ähnlicher Weise gegen ihn gerichtete Institution errichte, wie es die Errichtung der ukrainischen Universität gegen Rußland sei.

Die Hetzarbeit der Allpolen und Podolier in der ukrainischen Universitätsfrage einerseits und die Denunzierung Österreichs vor Rußland wegen derselben, wie auch die Rechtfertigung der russischen Stellung in derselben bildet einen der schlagendsten Beweise, wie die polnischen russophilen Parteien in Österreich planmäßig für Rußland arbeiteten und wie die polnischen und russischen Interessen gegenüber dem ukrainischen Volke identisch sind.

7. Deutsch- und Österreichfeindlichkeit der galizischen Polen.

Seitdem der polnische politische Gedanke in das Fahrwasser des Russophilismus gelenkt wurde, wurde dem ukrainischen nationalen Lager polnischerseits mit besonderem Nachdruck vorgeworfen, daß es slawenverräterisch sei und den ärgsten Slawenfeinden Handlangerdienste erweise. Man stellte die ganze nationale Entwicklung des ukrainischen Volkes als ausschließliche Ergebnisse der polen- und slawenfeindlichen „preußischen Intrigue“ dar; man publizierte vom speziell dazu gedungenen polnischen Geheimpolizeiagenten im preußischen Dienst, Rakowski, verfaßte Quasi-Dokumente, welche beweisen sollten, daß die ukrainische nationale Bewegung von „preußischen Marken“ lebe, welche sie von der preußischen Polizei für Handlangerdienste gegen die Polen erhalte; man hat aus dem Ostmarkvereinsbureau Dokumente gestohlen, die vom polnischen Redakteur Krysiak publiziert wurden, um zu zeigen, daß die Ukrainer mit den „ärgsten Polenfeinden“ in Beziehungen stehen, — kurz man bot alles auf, um die ukrainische nationale Entwicklung als eine künstliche, von den Polen- und Slawenfeinden hervorgerufene Erscheinung vorzustellen.

Es kam dazu, daß in der letzten Session des galizischen Landtages der konservative Führer Graf Tarnowski, Präsident der polnischen Akademie der Wissenschaften in Krakau, das Wort ergriff, um im Namen

der polnischen Landtagsvertretung die ukrainische nationale Vertretung als Bundesgenossen des „ewigen Polenfeindes“ zu brandmarken.

Und die ganze Aktion wurde nicht lediglich mit Rücksicht auf die polnischen Interessen geführt. Man betonte bei jeder Gelegenheit, daß es sich um den ewigen Gegensatz zwischen der Germanen- und Slawenwelt handle, und jeder Vorwurf, jede tendenziöse Entstellung, jede Lüge, die in polnischen Preßorganen erschienen ist, fand sofort lauten Widerhall in der russischen nationalistischen Presse, diente derselben zum Beweise, daß man die ukrainische nationale Bewegung in Rußland als mit dem feindlichen Staate in Verbindung stehend, vernichten solle.

Diese polnische Deutschfeindlichkeit wurde aber bald auch auf Österreich übertragen, als auf einen Staat, der sowohl in der äußeren als auch in der inneren Politik den Weisungen aus Berlin folgt. Jeder Erfolg der ukrainischen Sache in Österreich wurde sofort damit erklärt, daran sei der Einfluß Berlins auf Wien schuld.

Diese Österreichfeindlichkeit galizischer Polen kam besonders gelegentlich des tragischen Todes des Thronfolgers Erzherzogs Franz Ferdinand zu Tage.

Es kam so, daß gerade am Tage, an welchem das Verbrechen in Sarajewo begangen worden ist, die ukrainischen „Sokol“- und „Sitsch“-Vereine zu Ehren des hundertsten Geburtsjahres des größten ukrainischen Dichters Taras Schewtschenko, die Jubiläumsfeier veranstaltet haben, zu welcher tausende Mitglieder der ukrainischen Intelligenz und eine große ukrainische Volksmasse nach Lemberg kamen.

Das erregte natürlich das Mißfallen der Polen. Um die Bedeutung der Feier herabzusetzen, schrieb „Dziennik polski“ („Polnisches Tageblatt“) bereits am Vorabend des 28. Juni einen Artikel, in welchem er den Aufschwung der ukrainischen nationalen Bewegung der ukrainophilen Politik des Thronfolgers zuschrieb, welcher unter dem Einfluß des polenfeindlichen Berlin die Ukrainer gegen

die Polen unterstütze. Zufälligerweise erschien dieser Artikel des polnischen Blattes nicht nur am Vorabend der ukrainischen Feier, sondern auch leider am Vorabend des tragischen Todes des Thronfolgers.

Nach dem Verbrechen in Sarajewo schlug der Ton des „Dziennik polski“ die ganze polnische Presse. Um nur wenige Beispiele aus der galizischen polnischen Presse anzuführen, führte das demokratische Blatt „Gazeta Wieczorna“ („Das Abendblatt“), Organ des Obmannes des Polenklubs, in mehreren Artikeln aus, der Thronfolger wandte sich unter dem polenfeindlichen Einfluß des deutschen Kaisers den Ukrainern zu und unterstützte sie gegen die Polen, wodurch er das ukrainische Volk in Rußland für die Idee von Groß-Österreich zu gewinnen hoffte. Deshalb — schloß das polnische Blatt seine Ausführungen mit kaum verhehlter Genugtuung — sei der Tod des Thronfolgers für das polnische Volk von historischer Bedeutung, weil er der politischen Richtung ein Ende mache, welcher der Thronfolger gehuldigt habe und welche für die Polen nicht günstig gewesen sei.

In ähnlicher, nur noch schrofferer Weise drückte sich auch das allpolnische Blatt „Slowo polskie“ aus. Indem es die ukrainische Feier in Zusammenhang mit den politischen Plänen des deutschen Kaisers und des österreichisch-ungarischen Thronfolgers brachte, führte es aus, diese ukrainophile Politik der beiden Herrscher sei eben ein Abenteuer ähnlicher Art, wie die albanesische Politik derselben, so daß Albanien eigentlich in Ostgalizien beginne, wo es die Ukraine heiße, und schrieb diese abenteuerliche Politik dem Umstande zu, daß der deutsche Kaiser dem Erzherzog Franz Ferdinand in der von Rußland losgerissenen Ukraine den Thron für dessen Nachkommenschaft versprochen habe.

Und „Kurjer polski“ („Polnischer Kurier“), das Organ der Partei des galizischen Ministers Dlugosz, sprach in brutaler Aufrichtigkeit auf die ukrainische Adresse die Drohung aus, die ukrainischen Politiker dürfen nicht vergessen, daß von nun an nicht mehr das

„Belvédère“, sondern wiederum ausschließlich die „Burg“ für die galizischen Verhältnisse maßgebend sein werde.

Man braucht kaum hinzuzufügen, daß die polnische Presse in Rußland denselben Standpunkt, nur noch viel klarer und unumwundener vertrat, wobei sie den Erzherzog Franz Ferdinand nicht nur als Polenfeind, sondern auch als Slawenfeind darstellte, der den Krieg mit Rußland wünschte, um die deutsche Herrschaft über die Slawenwelt zu begründen.

Kurz gesagt, es hat aus allen diesen Ausführungen der polnischen Presse, die kaum verhehlte, oder sogar ganz offene Schadenfreude gesprochen, daß der Gönner des ukrainischen Volkes nicht mehr am Leben sei.

8. Der Hochverratsprozeß Bendasiuk und Genossen in Lemberg im Frühjahr 1914.

Nach dem Prager Kongresse und der Agitationsreise des Grafen Bobrinskij durch Galizien und die Bukowina erfolgte die Neuorganisation der russischen Propaganda für das Gebiet Österreich-Ungarn durch ein in Rußland neugegründetes, besonderes Komitee, welches mit der russischen Regierung und mit dem russischen heiligen Synod in engster Verbindung zu stehen hatte und an dessen Spitze Graf Bobrinskij gestellt wurde. Die Firma dieser Aktion bildete der vom Grafen Bobrinskij in Petersburg gegründete „Galizisch-russische Verein“ mit Filialen in allen größeren Städten Rußlands, insbesondere in der Ukraine. Es wurde in der Führung der Propaganda die größte Planmäßigkeit eingeführt, es wurden neue Wege gebahnt (z. B. die Erziehung der galizischen Jugend in den russischen Schulen, die Agitation unter dem religiösen Vorwand, für den Übertritt der Bauern von der griechisch-katholischen zur orthodoxen Konfession, die Erziehung der galizischen Jugend in Rußland zu Seelsorgern in Galizien zwecks „Bekehrung“ der Bauern zur orthodoxen Kirche), es wurde

mit ungeheuren Geldmitteln gearbeitet, es wurden geregelte persönliche Beziehungen angeknüpft und unterhalten.

Diese russische Arbeit in Österreich-Ungarn führte zu den drei Hochverratsprozessen, von denen der eine in Marmaros-Sziget in Ungarn mit der Verurteilung eines Teiles der Angeklagten endete, der andere in Lemberg in Galizien mit der einstimmigen Freisprechung aller vier Angeklagten seitens der nur von Polen und polnischen Juden zusammengesetzten Geschworenenbank, und der dritte in Czernowitz in der Bukowina nicht zustande kam, da die Beschuldigten, die drei Brüder Gerowskij, aus der Untersuchungshaft sich nach Rußland flüchteten.

Von diesen Prozessen gehört in den Bereich unserer Erwägungen insbesondere der Prozeß in Lemberg, welcher vom 9. März bis 6. Juni 1914, also drei Monate dauerte und, wie gesagt, mit der einstimmigen Freisprechung aller vier Angeklagten seitens der polnischen Geschworenenbank endete. Für die russische Propaganda in Galizien und polnische Stellungnahme zu derselben ist dieser Prozeß besonders wichtig, weil er den schlagendsten Beweis lieferte, daß die sogenannte russisch-nationale Partei in Galizien nur eine gegen das ukrainische Volk und gegen den österreichischen Staat, in welchem es Anerkennung und Förderung seiner Nationalität erlangte, gerichtete Agentur Rußlands ist, und daß der Russophilismus in der polnischen Gesellschaft Galiziens solche Fortschritte gemacht hat, daß sie im entscheidenden Moment, wo es galt, Österreichs oder Rußlands Interessen zu wahren, den Weisungen aus Petersburg gefolgt haben.

Es waren im Prozesse vier Mitglieder der russisch-nationalen Partei angeklagt: Parteischriftsteller Bendasiuk, Rechtshörer Koldra und orthodoxe, aus Galizien stammende und in Rußland erzogene und geweihte Geistliche Hudyma und Sandowitsch, welche in Galizien als Seelsorger der zu der orthodoxen Konfession durch russische Propaganda „bekehrten“ Bauern wirkten. Es

wurden alle vier des Hochverrates angeklagt, welchen sie durch staatsfeindliche, auf Losreißung des ukrainischen Gebietes von Österreich-Ungarn und Einverleibung desselben zum russischen Reiche, gerichtete Propaganda begangen haben sollten.

Ob der Prozeß von den polnischen Behörden gehörig vorbereitet und durchgeführt wurde, ob es z. B. richtig war, die Vertretung der Anklage einem Staatsanwalt zu übergeben, dessen russisch-nationale Gesinnung und Parteiangehörigkeit allgemein bekannt war, das alles mag in dieser Erörterung dahingestellt bleiben. Es genügt festzustellen, daß der Prozeß trotz alledem eine solche Fülle von schwer belastendem Beweismaterial lieferte, daß sich die polnischen Geschworenen bei ihrer Freisprechung sicherlich nicht vom Gerechtigkeitsgefühl, sondern lediglich vom politischen Interesse leiten ließen.

Russischerseits hat man sich zum Prozesse ausgezeichnet vorbereitet. Die Führer der russisch-nationalen Partei besuchten in Petersburg und Moskau, wie auch in anderen größeren russischen Städten alle Redaktionen, wobei sie vor allem das Hauptgewicht auf die Redaktionen der fortschrittlichen Blätter (die konservativen und nationalistischen Blätter hatten sie sowieso auf ihrer Seite!) legten, wo sie die Angeklagten als politische Märtyrer vorstellten, die nicht wegen Taten, sondern wegen politischer Überzeugungen verfolgt werden, und ersuchten dieselben im Namen der politischen Freiheit in Schutz zu nehmen.

Eine ähnliche Aktion fand auch in Frankreich und Italien statt, was daraus zu schließen ist, daß sich am Prozesse Korrespondenten französischer und italienischer Blätter in der Gesellschaft des russisch-nationalen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten Dr. Markow eingefunden haben.

Was nun Rußland anbelangt, hat die ganze russische Presse die Rolle der Verteidiger der Angeklagten übernommen und zwar nicht nur konservative und natio-

nalistische Blätter, sondern auch fortschrittliche, einige Organe der äußerst linken Parteirichtungen ausgenommen.

Der bekannte Führer der konstitutionell-demokratischen (Kadetten-) Partei*), Reichsduma-Abgeordneter aus Moskau Maklakow, einer der berühmtesten russischen Strafverteidiger, widmete dem Prozeß in dem sehr angesehenen, russischen, fortschrittlichen, in Moskau erscheinenden Tagblatte „Russkija Wjedomosti“ („Russische Nachrichten“) eine juridisch-politische Erörterung, in welcher er zum Schlusse kommt, daß der Prozeß jeder strafrechtlichen Grundlage entbehrt und nur als Racheakt der österreichischen Regierung, welche auf den historischen Haß der polnischen Gesellschaft gegen Rußland spekuliert, gegenüber einer verfolgten politischen Partei erscheint, und sich an die polnischen Geschworenen mit dem Aufruf wendet, sie sollen dessen eingedenk sein, daß es in ihren Händen gelegen sei, die Versöhnung zwischen Polen und Rußland anzubahnen, oder aber den Abgrund zwischen den beiden Nationen noch zu vertiefen.

Konservative und nationalistische Blätter drückten sich noch viel klarer aus, indem sie rundweg erklärten, die russische Haltung gegenüber den polnischen Forderungen in Russisch-Polen werde sich darnach richten, wie das Urteil der polnischen Geschworenen in Lemberg ausfallen werde.

Ja mehr, russische Leiter der russischen Propaganda in Galizien erdreisteten sich sogar, ihre Leute nach Lemberg zu senden, um den Gang des Prozesses und die Haltung der Polen sozusagen augenscheinlich zu beobachten.

So kam nach Lemberg eine nationalistische Reichsdumaabgeordnetengruppe (darunter auch ein Nationalist fortschrittlichen Couleurs, konstitutionell-demokratischer Abgeordneter Laschkewitsch, der ähnlich wie Maklakow

*) Die Benennung Kadetten-Partei entstand aus der Abkürzung der Bezeichnung „Konstitutionell-demokratisch“ („K.-d.“).

das politische Programm seiner Partei mit dem Nationalismus eines Grafen Bobrinskij in sich zu vereinigen fähig ist), welche, von den Führern der russisch-nationalen Partei feierlich empfangen, sich hier längere Zeit aufhielt und dann sogar die Provinz bereiste. Das Benehmen dieser Herren ist genügend dadurch gekennzeichnet, daß sie im Gerichtssaale ostentativ die Angeklagten küßten.

Außerdem kam nach Lemberg der spezielle Emissär in der Person des oktobristischen Journalisten Kaschkarow aus Moskau, welcher sich durch polenfreundliche und ukrainerfeindliche Artikel bekannt gemacht hat. Dieser Herr besuchte vor der Ankunft nach Lemberg Warschau, wo er — wie er selbst in Moskauer Blättern „Utro Rossiji“ („Rußlands Morgen“) und „Golos Moskwy“ („Moskau's Stimme“) berichtete — in allen polnischen Redaktionen Konferenzen abhielt, und in Lemberg, wo er pro foro externo als Berichterstatter auftrat, scheint seine Mission darauf beruht zu haben, gestützt auf die Autorität spezieller Vollmachten im Sinne der polnisch-russischen Verständigung zu wirken und die Freisprechung der Angeklagten zu erwirken. Dies läßt sich unter anderem daraus schließen, daß er in seinen Artikeln die russische Gesellschaft zu überzeugen suchte, die Polen seien an dem Prozesse gar nicht schuld, und daß er nach seiner Rückkehr sofort aus Moskau nach Petersburg berufen wurde, um den maßgebenden Kreisen Bericht zu erstatten.

Wie verhielten sich nun die Polen gegenüber dem Prozesse? Was die Polen in Rußland anbelangt, so versicherte Herr Kaschkarow auf Grund seiner Konferenzen in den polnischen Redaktionen in Warschau, daß die russophile Richtung in der polnischen Gesellschaft so starke Wurzel gefaßt habe, daß nicht nur Russisch-Polen, sondern auch Polen in Deutschland und Österreich in ihrer Mehrheit Rußland und der slawischen Sache gewogen seien. Und in Lemberg hat man den Herrn Kaschkarow — nach seinen Zeitungsberichten

— polnischerseits ersucht, die Polen wegen des Bendasiuk-Prozesses nicht zu beschuldigen, indem man ihm versicherte, der Prozeß sei von der österreichischen Zentralregierung arrangiert worden, wozu besonders die ukrainischen Führer durch ihren ukrainischen griechisch-katholischen Metropoliten Grafen Scheptyckyj drängten.

Polnische Blätter russophilen Couleurs verhielten sich während des Prozesses angeblich neutral, sie wußten aber ihre Berichte in tendenziöser Weise so zuzuschneiden, daß das ukrainische nationale Lager, gegen welches die ganze Verteidigung absichtlich gerichtet wurde, um auf die polnischen Geschworenen entsprechenden Eindruck zu machen, im möglichst schlechten Lichte erscheine. Diese Taktik des „*Slowo polskie*“ und der „*Gazeta Narodowa*“ wurde sogar von den polnischen Blättern, z. B. von der „*Gazeta Wieczorna*“ gebrandmarkt.

Aber nicht nur polnische russophile Kreise und Preßorgane waren den Angeklagten günstig. Ähnliches Verhalten legte auch der k. k. Statthalter Galiziens, v. Korytowski an den Tag, indem er nicht nur das demonstrative Benehmen der russischen Reichsdumaabgeordneten in Lemberg duldete, sondern sogar einen der russischen Emissäre, die zur Leitung der russischen Propaganda nach Österreich-Ungarn entsandt wurden, nämlich Herrn Dmitrij Jantschewekij, pro foro externo Wiener Korrespondenten des Petersburger „*Nowoje Wremja*“, in der Wirklichkeit aber Geheimagenten der russischen Botschaft in Wien, welchen übrigens beim Ausbruch des Krieges die österreichische Regierung zu verhaften sich veranlaßt gesehen hat, in einer besonderen Audienz empfangen hat, wo er ihn — laut Jantschewekij's Telegrammbericht in „*Nowoje Wremja*“ — versicherte, es lasse sich doch ein Weg für die Führung der russischen Propaganda unter dem ukrainischen Volke in Galizien im Rahmen der Rechtsordnung finden, wenn nur die russisch-nationale Partei guten Willen dazu habe.

Was nun die Freisprechung anbelangt, darf nicht vergessen werden, daß der Vorsitzende in seinem für die

Geschworenen gehaltenen Resumé ausdrücklich darauf hingewiesen hat, sie haben zu beurteilen, ob die politische Tätigkeit der Angeklagten für Staat und Dynastie schädlich sei. Und die Antwort darauf war die einstimmige Freisprechung, wofür die Geschworenen von Anhängern der Angeklagten mit Blumen überschüttet wurden.

Und die polnische Presse, wie auch sogar die Wiener Blätter haben die Freisprechung sofort gegen die Ukrainer ausgenützt, indem sie ausführten, dieselbe bedeute eine Rechtfertigung der von Ukrainern bekämpften russischen Propaganda unter dem ukrainischen Volke.

Daß die einstimmige Freisprechung der Angeklagten ein politischer Akt war, der unter dem Gesichtspunkte des polnisch-russischen Ausgleiches vollbracht wurde, das beweist genügend der Umstand, daß die russische konservative und nationalistische Presse ausdrücklich die Belohnung der Polen dafür durch Zugeständnisse in Russisch-Polen versprach, worauf der Zar die bereits zweimal vom Reichsrat abgelehnte Regierungsvorlage betreffend den Gebrauch der polnischen Sprache in der städtischen Selbstverwaltung in Russisch-Polen zum dritten Mal der Reichsduma vorlegen ließ, was die genannte Presse dahin erklärte, daß es nur der Wille des Zaren sei, diese Konzession den Polen für die Freisprechung der „russischen Märtyrer“ in Lemberg zu machen.

Und als das ukrainische Hauptorgan „Dilo“ auf diesen politischen Charakter des Urteilspruches der polnischen Geschworenen hinwies, erwiderte darauf „Gazeta Narodowa“, daß die polnischen Geschworenen nur ihrem tiefen Gerechtigkeitsgeföhle Ausdruck gaben, indem sie ohne Rücksicht auf die österreichischen Staatsinteressen aussprachen, daß sie in der russischen Propaganda unter dem ukrainischen Volke in Galizien nichts Strafbares erblicken.

Dieser Erklärung des polnischen russophilen Organes wurde in „Priкарпатська Рус“, dem Organe der russisch-nationalen Partei, größtes Lob gesendet.

Wenn man sich nun auf dem nördlichen Kriegsschauplatze über den Verrat russisch gesinnter Bauern beklagt, so darf nicht vergessen werden, daß es polnische Geschworene waren, die vom Gesichtspunkte des polnischen Russophilismus geleitet, die Agenten der russischen Propaganda unter dem ukrainischen Volke in Galizien freigesprochen, daß es Polen waren, die dafür Lob Rußlands und des Zaren erhielten, daß es polnische Blätter waren, die diese Freisprechung als Ausdruck des tiefsten Gerechtigkeitsgefühles gepriesen haben und daß es der polnische k. k. Statthalter v. Korytowski war, der während des Prozesses einen der russischen Emissäre durch Empfang in besonderer Audienz ehrte und ihm günstige Prognosen über zukünftige Möglichkeiten der russischen Propaganda in Galizien stellte.

Und zuletzt darf es nicht vergessen werden, daß all das einige Wochen vor dem Kriege, welchen Rußland bereits damals vorbereitete, geschehen ist.

9. Die Polen und der Krieg.

A. In Rußland.

Um in Österreich immer neue Zugeständnisse zu bekommen, versicherten die galizischen Polen im Namen des ganzen polnischen Volkes, daß der Ausbruch des Krieges zwischen Österreich-Ungarn und Rußland ein Signal für den polnischen Aufstand in Russisch-Polen gegen Rußland sein wird.

Nun, was sagt die Wirklichkeit?

Die russophile Politik des Polenklubs in der russischen Reichsduma und die russophile Haltung der erdrückenden Mehrheit der polnischen Gesellschaft schuf die politischen Voraussetzungen, welche den obersten Feldherrn der russischen Armee, Großfürst Nikolaus ermutigten, sich an die Polen mit dem bekannten Aufruf zu wenden, indem er das ganze polnische Volk zum Kampfe gegen Österreich-Ungarn und Deutschland auffordert, für die Vereinigung der polnischen Lande unter dem russischen

Szepter, unter welchem „ein Religion, Sprache und Selbstverwaltung freies Polen“ auferstehen wird.

Außerdem wurde vom Großfürsten Nikolaus ein besonderer Armeebefehl ausgegeben, in welchem erklärt wird, „die Polen, sowohl auf dem russischen wie auch auf dem deutschen und österreichisch-ungarischen Gebiete, welche ihre Loyalität erwiesen haben, befinden sich unter besonderem Schutze unserer Armee und unserer Regierung im Sinne der Sicherung ihrer persönlichen und Vermögenssicherheit vor jedweder Gewalt, welche nach aller Strenge der Kriegsgesetze bestraft werde“.

Es ist wohl anzunehmen, daß ohne Garantie des Erfolges ein solcher Aufruf und ein solcher Armeebefehl des Großfürsten Nikolaus nicht erschienen sein würde.

Und das Verhalten der polnischen Gesellschaft gab den Hoffnungen der russischen Regierung vollkommen recht.

Der Obmann des Polenklubs in der russischen Reichsduma Jaronski legte die feierliche Erklärung ab, daß das polnische Volk treu an Rußland hält und von seinen Siegen bessere Zukunft erhofft.

In Warschau erschien „die Antwort auf den Aufruf des obersten Feldherrn“, gefertigt von 69 hervorragenden Persönlichkeiten, wie der Begründer des modernen polnischen Russophilismus und allpolnischer Führer Roman Dmowski, Schriftsteller Andreas Niemojewski, Schriftsteller Ladislaus Reymont und andere, welche im Namen aller in Russisch-Polen legal wirkenden polnischen Parteien den Aufruf des Großfürsten Nikolaus als historischen Wendepunkt in der polnischen Geschichte begrüßen und das ganze polnische Volk zum Kampfe für die Verwirklichung des im Aufruf aufgestellten polnischen Ideals auffordern.

Russische Blätter veröffentlichen die Erklärung hervorragender polnischer Politiker, welche sich im Sinne des Aufrufes des Großfürsten Nikolaus gegen Österreich-Ungarn und Deutschland äußern.

So erklärte Herr Dmowski in „Nowoje Wremja“, (Petersburg) und anderen Blättern, in der polnischen Gesellschaft sei der slawische Standpunkt so stark, daß sie keineswegs sich von Österreich-Ungarn und Deutschland irreführen lasse und ihre nationale Zukunft nur in der Vereinigung unter russischem Szepter erblicke.

Im „Russkija Wjedomosti“ (Moskau) veröffentlichte Herr Lednicki, gewesener Reichsdumaabgeordneter und bekannter Polenführer fortschrittlicher Richtung ein Schreiben, in dem er den Aufruf des Großfürsten Nikolaus mit Enthusiasmus begrüßt und erklärt, daß dieser Aufruf das polnische Volk seine ganze Vergangenheit unter Rußland vergessen läßt.

Moskauer „Russkoje Slowo“ („Russisches Wort“) veröffentlicht in demselben Tone gehaltene Äußerungen vom polnischen Reichsratsmitglied Grafen Wielopolski, vom polnischen konservativen Reichsdumaabgeordneten Dymza, vom obengenannten Lednicki und vom Obmann des polnischen Vereines „Ognisko“ Mickiewicz, die alle in der Aussage Lednicki's gipfeln, daß angesichts der Abhängigkeit Österreich-Ungarns von Deutschland kein Grund vorliegt, auf die Wiederherstellung Polens mit Hilfe Österreichs zu hoffen, und daß den Polen in dieser Hinsicht die einzige Hoffnung auf Rußland bleibt.

Wie russische (z. B. „Utro Rossiji“), bulgarische (z. B. „Mir“), schweizerische (z. B. „Neue Züricher Zeitung“) und französische (z. B. „Matin“) Zeitungen berichten, hat der berühmte polnische Schriftsteller Heinrich Sienkiewicz einen besonderen Aufruf an die Polen in Österreich-Ungarn und Deutschland gerichtet, in welchem er sie auffordert, nicht gegen Rußland zu kämpfen.

Polnische Vereine (z. B. in Moskau) veranstalten öffentlichen Gottesdienst, um den Sieg für russische Waffen, zwecks Vereinigung Polens unter dem russischen Szepter, zu erbitten.

Polnische Blätter in Warschau und in anderen Städten sind mit den Polemiken und Protesten überfüllt, welche

sich gegen die Organisierung polnischer Legionen in Galizien und überhaupt gegen österreichfreundliche Stellung polnischer Parteien in Galizien richten.

Außerdem wurde eine gemeinsame Erklärung der Konservativen (Realistenpartei) und Allpolen, wie auch die Erklärungen der beiden Fortschrittsparteien veröffentlicht mit dem Proteste gegen die österreichfreundliche Stellungnahme des polnischen obersten Nationalkomitees in Österreich.

Eine ähnliche Erklärung wurde auch von den polnischen Reichsduma- und Reichsratsmitgliedern in russischen Blättern veröffentlicht.

Und um vom Wort zur Tat überzugehen, wird von den genannten polnischen Parteien eine polnische Legion unter dem Namen „Tannenberger Schützen“ (zum Andenken des polnischen Sieges über die Deutschen bei Tannenberg) für die russische Armee organisiert.

Zum Schluß ist noch zu erwähnen, daß in Warschau mit Bewilligung der russischen Regierung ein polnisches oberstes Nationalkomitee geschaffen wurde, welches sich zur Aufgabe die politische Führung der ganzen polnischen Nation im Sinne des Aufrufes des russischen Armeeoberkommandanten gestellt hat.

Das alles geht weit über die Grenzen der obligatorischen Pflicht der Staatsangehörigen gegen den Staat. Die polnische Gesellschaft in Russisch-Polen hat, indem sie ihre Konnationalen in Österreich-Ungarn und Deutschland zum Kampfe gegen dieselben für die Vereinigung Polens unter dem russischen Szepter auffordert, klar bewiesen, daß sie unter dem Banner des modernen polnischen Russophilismus steht.

B. In Österreich.

In Galizien haben die polnischen russophilen Parteien an ihrem russophilen, deutsch- und österreichfeindlichen Standpunkte festgehalten, solange es nur möglich war. So schrieb das allpolnische Organ „*Slowo polskie*“ sogar nach der Kriegserklärung mit Serbien,

daß der Krieg von Deutschland in seinem egoistischen Interesse heraufbeschworen ist und daß Österreich nur Deutschlands Interessen Dienst leistet. Und das allpolnische Blatt „Ilustrowana Gazeta Codzienna“ („Illustrierte Tageszeitung“), herausgegeben in Krakau vom allpolnischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten Zamorski, wurde sogar von den Preßbehörden wegen ihrer ausgeprägt russophilen Richtung eingestellt.

Es ist aber selbstverständlich, daß die polnischen Politiker russophiler Richtung bald eingesehen haben, daß sich unter dem Belagerungszustande ihr russophiler Standpunkt nicht behaupten läßt. Es erfolgte daher bei ihnen auf Intervention des Statthalters Korytowski ein Frontwechsel (von Gesinnungswechsel, welcher sich infolge der Einführung des Belagerungszustandes vollzogen hat, wäre schwer zu sprechen!) und über die Nacht war schon in „*Slowo polskie*“, „*Gazeta Narodowa*“ usw. zu lesen, die einzige Hoffnung auf eine bessere Zukunft des polnischen Volkes sei in Österreich-Ungarns und Deutschlands Siegen gelegen, desselben Deutschland, welches vor einigen Monaten von der Landtagstribüne vom Grafen Tarnowski im Namen der ganzen polnischen Landtagsvertretung als „*ärgster historischer Feind der polnischen Nation*“ gebrandmarkt wurde.

Nun wußten die polnischen russophilen Politiker einen anderen, indirekten Weg zu wählen, um ihre im Gegensatz zu denen Österreichs und in der Harmonie mit denen Rußlands stehenden Interessen zu wahren. Diesen Interessen fiel zum Opfer das ukrainische Volk Galiziens. Und da es sich eben um das ukrainische Volk handelte, welches von allen polnischen Parteien gleichmäßig gehaßt wird, so hat sich hier das ganze polnische Lager ohne Parteiunterschied mit dem polnischen k. k. Statthalter v. Korytowski an der Spitze solidarisch eingefunden.

Es wurde oben darauf hingewiesen, wie während der Balkankrise 1912/13 „*Gazeta Narodowa*“ sich für

den Sieg Rußlands und Vereinigung des ganzen polnischen Gebietes unter dem russischen Szepter aussprach, dagegen den Sieg Österreich-Ungarns und Deutschlands mit Anschluß eines Teiles Russisch-Polens an Deutschland und mit Bildung aus dem von Rußland losgerissenen ukrainischen Gebiete, einschließlich Ostgaliziens, eines selbständigen Staatsgebildes, für das größte Unglück für Polen erklärte.

Nun aber kam die Zeit, wo dieses Unglück nicht ausgeschlossen zu sein schien. Die polnischen Politiker mußten sich darüber klar sein, daß, falls Österreich-Ungarn und Deutschland siegen und einen Teil des ukrainischen Gebietes vom russischen Joch befreien, dasselbe unmöglich dem gegenwärtigen Galizien einverleibt und der polnischen Oberherrschaft unterordnet werden dürfe, sondern daß dasselbe eventuell mit Einschluß Ostgaliziens als besondere autonome Provinz organisiert sein werde. Und das eben wäre das Unglück, von dem „Gazeta Narodowa“ schrieb.

Um das zu verhindern, insbesondere, als die „Gefahr“ um so größer war, da sich alle ukrainischen Parteien Galiziens im allgemeinen ukrainischen Nationalrate vereinigt haben, welcher im Manifeste vom 3. August den Krieg gegen Rußland als den Krieg für die Befreiung der Ukraine erklärte und das ganze Volk zum Kampfe gegen Rußland aufforderte, während im polnischen Lager noch Parteilampf vor sich ging, — vereinigten sich die polnischen Parteien am 16. August in Krakau im obersten Nationalkomitee, wonach man an die planmäßige Arbeit herantrat.

Diese Arbeit beruhte darin, einerseits Polen als die einzige Stütze Österreichs in Galizien erscheinen zu lassen und andererseits das ganze ukrainische Volk in Österreich als staatsverräterisch darzustellen, die strengsten Maßregeln der Staatsorgane gegen dasselbe zu veranlassen und so zwischen Österreich und demselben das größte Mißtrauen einzupflanzen.

Die polnische Rechnung war folgend:

Erstens wird durch die Verfolgung wegen Staatsverrat die ganze Organisation des ukrainischen nationalen Lebens zugrunde gerichtet werden, was für die Polen auch dann einen großen Gewinn bedeutet, wenn der Krieg mit der Aufrechterhaltung des status quo enden sollte, denn dann haben sie den Weg zur Polonisierung Ostgaliziens ganz frei.

Zweitens, wenn Österreich siegt und einen Teil des ukrainischen Gebietes von Rußland bekommt, wird es keine Lust haben, dasselbe als selbständige ukrainische Provinz zu organisieren, sondern wird dasselbe dem Kronlande Galizien einverleiben und polnischer Oberherrschaft unterordnen. Und da die Polen für staatsstreu, das ukrainische Volk aber für staatsverdächtig gehalten würde, würde es den Polen leicht werden, polnische Oberherrschaft zu behaupten, umsomehr, als die Organisation des ukrainischen nationalen Lebens durch Verfolgungen wegen Verrat zugrunde gerichtet wäre.

Und für den Fall, als Rußland siegen und Galizien an sich bringen sollte, würde den Polen noch zum besonderen Verdienste gerechnet werden, daß sie die ukrainische nationale Bewegung zugrunde zu richten wußten.

Nun galt es, die obige Rechnung zu verwirklichen und die Nation, die ihre Zukunft so eng mit Österreich verbunden hat, unter Verdacht des Staatsverrates zu stellen. Das aber war in den galizischen Verhältnissen, wo sich die ganze Staatsgewalt in den polnischen Händen befindet und wo die zentrale Regierung von den galizischen Zuständen nur soviel weiß, als sie von den Polen zu wissen bekommt, gar nicht so schwer. Das Letztere umsomehr, als die russische Propaganda, welche unter dem ukrainischen Volke — wie nachgewiesen — unter polnischem Schutze geführt wurde, guten Anhaltspunkt dazu gab.

Man begann mit der Verhaftung der Anhänger der russisch-nationalen Partei, um dann allmählich aus dem Grunde, daß dieselben ukrainischer Abstammung waren, und unter dem ukrainischen Volke wirkten, das ganze

Volk als staatsverräterisch zu erklären und Massenverhaftungen von staatstreuesten und verlässigsten Leuten, die zuverlässigsten Vertrauensmänner des ukrainischen Lagers nicht ausgeschlossen, als verdächtig und staatsgefährlich vorzunehmen. Und da in der Kriegszeit die Macht der Staatsorgane den Staatsbürgern gegenüber gewissermaßen unbegrenzt ist, so konnten die polnischen Staatsbehörden den polnischen Vernichtungsplan gegen die Ukraine leicht durchführen. Man verwechselte die Ursache mit der Folge und verhaftete nicht deshalb, weil genügende Gründe zum Verdacht vorhanden waren, sondern deshalb und zu dem Zwecke, um Massenverhaftungen als Beweis für das Vorhandensein der staatsverräterischen Massenstimmung erscheinen zu lassen.

Man sah schon bei den Verhaftungen von Anhängern der russisch-nationalen Partei ein, daß die polnischen Staatsbehörden keineswegs objektiv im Interesse des Staates verfahren. Indem man die Anhänger der russisch-nationalen Partei verhaftete, ließ man gleichzeitig die polnischen Politiker russophiler Richtung, die die russisch-nationale Partei jahrelang unterstützten, vollkommen frei, was sogar in der polnischen Presse antirussischer Richtung Mißtrauen erweckte. So äußerte der bekannte polnische Schriftsteller radikal-demokratischer Richtung, Dr. Michael Janik im Lemberger Blatte „Wiek Nowy“ („Das neue Zeitalter“) unumwunden ein Befremden darüber, daß man nur Parteigenossen des Dr. Dudykewitsch, der sich selbst zeitlich nach Rußland flüchtete, um erst mit den russischen Truppen nach Lemberg zurückzukehren, nicht aber auch die Herren Cieński, Grabski und deren Parteigenossen in Haft nehme.

Gleichzeitig begann man in der polnischen Presse die Schuld des Vorhandenseins der russischen Propaganda unter dem ukrainischen Volke dem ganzen Volke zuzuschreiben. Und als die ukrainische Presse zur Abwehr auf die Unterstützung der russisch-nationalen Partei durch die polnischen russophilen Parteien hinwies,

wurde dieselbe konfisziert, so daß jede Abwehr absolut unmöglich wurde.

Und zuletzt kam es dazu, daß man für alle Verratsfälle, obgleich dieselben von Individuen ruthenischer Abstammung ebenso wie von Polen und Juden, in keinem einzigen Falle aber von einem nationalbewußten Ukrainer begangen wurden, das ukrainische Volk verantwortlich zu machen und demselben die ganze Schuld daran, was auf dem galizischen Kriegsschauplatze geschieht, aufzuwälzen trachtet.

Nun verhaftet man weiter die ukrainischen Geistlichen, Beamten, Advokaten, Ärzte, Studenten, Lehrer, von den Bauern nicht zu sprechen, um, wie gesagt, aus Massenverhaftungen auf Massenverrat schließen zu lassen. Und der polnische k. k. Statthalter v. Korytowski, der in solcher Weise die ihm anvertraute Staatsgewalt ausübt, läßt den Witz herumlaufen, es bestehe angeblich zwischen einem Ukrainer und einem Russophilen derselbe Unterschied, wie zwischen einem Israeliten und einem Juden: sie beide seien Juden, d. h. im obigen Falle — russophil.

So richtet man die ganze Organisation des nationalen Lebens des ukrainischen Volkes zugrunde, so säet man Mißtrauen zwischen Österreich und dem Volke, das nur in Österreich seine nationale Zukunft sieht, — alles zu dem Zwecke, damit die ukrainischen Bäume nicht zu hoch wachsen, weil es nicht im Interesse polnisch-russischer Verbündeter liegt.

Es sei noch hinzuzufügen, daß in der ostgalizischen Sektion des polnischen obersten Nationalkomitees, welches in zwei Sektionen, eine west- und eine ostgalizische geteilt wurde, die Führung den Vertretern des modernen polnischen Russophilismus zufiel, welche zugleich die verbissensten Feinde des ukrainischen Volkes sind. So wurden ins Präsidium der ostgalizischen Sektion ausschließlich Allpolen und Podolier mit dem Herrn v. Cieński an der Spitze gewählt.

So trachtete der moderne polnische Russophilismus in Galizien, welcher hier die russische Propaganda jahre-

lang unterstützte, während des Krieges wenigstens auf dem Umwege Österreichs Interessen zu schädigen, indem er die in polnischen Händen befindende Staatsgewalt gegen das staatstreue ukrainische Volk richtet, während die polnischen Politiker, die an allem, was die russische Propaganda ausgerichtet hat, in erster Reihe Schuld tragen, im Lichte echter österreichischer Patrioten erscheinen.

Ob lange, wird man sich überzeugen, sobald wir nach Ostgalizien zurückkehren und die Tätigkeit der Herren Allpolen und Podolier während der vorübergehenden russischen Okkupation näher kennen lernen. Das, was in vorliegenden Dokumenten in dieser Hinsicht geboten werden konnte, gibt uns jedenfalls eine Stichprobe davon.

IV. Schlufsbemerkungen.

Wir haben gezeigt, wie und warum unter dem Einflusse politischer und ökonomischer Verhältnisse der polnische politische Gedanke aus dem russenfeindlichen zum russophilen wurde, wie sich dieser moderne polnische Russophilismus betätigte, bis er endlich im gegenwärtigen Kriege in offener Vereinigung mit dem Zarismus den Kampf gegen Österreich-Ungarn und Deutschland für die Vereinigung Polens unter dem russischen Szepter proklamiert hat.

Wir haben auch gezeigt, wie und warum dieser moderne polnische Russophilismus speziell in der polnischen Gesellschaft Galiziens Wurzel faßte, — welche politischen und ökonomischen Verhältnisse lokalen Charakters ihm günstig waren und wie er insbesondere in der Förderung der von Rußland aus unter dem ukrainischen Volke in Galizien geführten russischen Propaganda zu Tage trat.

Und nun trägt dieser moderne polnische Russophilismus seine Früchte.

Wie kommt es aber, daß man für diese Früchte so leicht das ukrainische Volk verantwortlich machen konnte?

Um diese Frage zu beantworten, muß ein trauriges Kapitel der österreichischen Politik gegenüber Galizien gestreift werden.

Tatsache ist, daß seit 1867 Galizien nur der Form nach eine österreichische Provinz, aber dem Inhalte nach eine polnische Republik war, daß diese Provinz den Polen in — sozusagen — staatsrechtliche Pacht von Österreich abgetreten wurde. Österreich wußte über die galizischen Verhältnisse nur soviel, als demselben die Polen zu wissen geben wollten und nichts darüber; ja mehr, Österreich wollte sogar gar nichts mehr wissen und hatte für alles, was ihr nicht von den Polen, ja sogar

von der polnischen Opposition im Lande gesagt wurde, ganz verschlossene Ohren.

In den höchsten Kreisen in den zentralen Staatsbehörden konnte kein Wort durchdringen, das der polnischen Oberherrschaft ungünstig war, denn überall fand man polnische Beamten und Vertrauensmänner, denen man ausschließliches Monopol erteilte, sich über Galizien informieren zu lassen. Das sichtbare Symbol dieses Zustandes war das polnische Ministerium für Galizien, welches in galizischen Sachen über alle Ressortministerien stand und sein Veto auf alles legen durfte, was ihm in der Tätigkeit der Zentralregierung betreffend Galizien nicht paßte.

Im Parlament, obwohl man dort in der neueren Zeit wohl zum Wort gegen die Polen kommen durfte, wurde man nicht erhört, weil der große Polenklub einerseits für jede Mehrheit unumgänglich notwendig war und andererseits für den Preis der absoluten polnischen Oberherrschaft in Galizien auch für jede Mehrheit zu haben war.

Sogar in der Presse konnte man gegen die Polen absolut nichts durchsetzen. Die öffentliche Meinung in Wien wurde über Galizien nur im Sinne polnischer Politiker durch von denselben bestellte und empfohlene Korrespondenten informiert.

Wie die Polen ihr obiges Monopol beschützten und verteidigten, möge aus folgendem Beispiele ershen werden: Als 1912 ein ukrainischer Preßreferent im Preßbureau des Ministerratspräsidiums angestellt werden sollte, erhoben die Polen eine solche Aktion dagegen, daß die Sache vereitelt wurde. Dasselbe wiederholte sich — obgleich jetzt schon ohne Erfolg — im Laufe dieses Jahres, als wiederum im Preßbureau des Ministeriums des Äußern ein ukrainischer Preßreferent angestellt wurde. Polnische Blätter bezeichneten es als die größte nationalpolitische Niederlage, daß man zugelassen hat, daß über die galizische Presse ein „Polenfeind“ informieren werde. Dies ist nur selbstverständlich;

polnische Referenten, sowohl im Preßbureau wie auch bei allen Zentralbehörden überhaupt, informierten nur darüber, was die Polen im besten, das ukrainische Volk dagegen im schlechtesten Lichte erscheinen ließ. Und nun hatten sie nur eine zu begründete Furcht, daß man aus dem ukrainischen Referate einmal über den wahren Zustand der Dinge erfahren wird.

Zum Schlusse dieses traurigen Kapitels muß eine Frage gestellt werden, deren Beantwortung erst nicht erwartet zu werden braucht, und zwar: Beherrscht wenigstens ein Minister oder Referent bei den Zentralbehörden, ein Abgeordneter, ein Redakteur in Wien — die galizischen Landsleute etwa ausgenommen — die beiden galizischen Landessprachen dermaßen, daß er Landesverhältnisse ohne polnische Hilfe studieren könnte, kennt wenigstens einer von ihnen dieselben so, daß er mit ruhigem Gewissen sagen könnte, daß er es selbständig weiß, nicht aber durch polnische Vermittlung zu wissen bekam?

Was konnten die ukrainischen Politiker dagegen ausrichten? Sie schilderten den wahren Zustand in Galizien, im Parlament und in den Delegationen, wo alle ukrainischen Reden letzter Jahre einen großen Warnungsruf vor der russischen Propaganda in Galizien bedeuteten. Sie machten Vorstellungen bei Zentralbehörden. Sie wandten sich an die öffentliche Meinung, für welche sie sogar ein besonderes Organ in der deutschen Sprache gründeten. Aber alles scheiterte am passiven Verhalten maßgebender Kreise und an der Übermacht der Polen.

Und mehr konnten sie selbstverständlich nicht tun. Sie konnten doch die maßgebenden Kreise nicht zwingen, ihnen Gehör zu schenken und ihren Weisungen zu folgen. Und sie hatten keine Macht die russische Propaganda unter dem eigenen Volke, welche einerseits mit großen Geldmitteln von Rußland ausgeführt, andererseits durch die polnischen Landesbehörden unterstützt und in Schutz genommen wurde, ohne Staats-

hilfe, ja sogar gegen die Staatsorgane gänzlich zu überwinden.

Deshalb tragen die ukrainischen Führer auch keine Schuld daran, was jetzt in Galizien geschieht und kann dafür ihr Volk, welches gegen die polnische Unterdrückung einerseits und gegen die russische Propaganda andererseits einen überschweren Kampf um seine nationale Existenz zu führen hatte, nicht verantwortlich gemacht werden.

Nur eins kann hier Abhilfe schaffen: Die ukrainische Nation von der polnischen Oberherrschaft befreien und ihr solche nationalpolitische Existenzbedingungen gewähren, in denen sie imstande sein wird, die russische Propaganda in ihrer Mitte durch Aufschwung ihrer nationalen Lebenskräfte organisch und ein- für allemal zu überwinden.

Daß das nur in Österreich und mit Österreichs Hilfe vollbracht werden kann, das ist der von den ukrainischen Führern immer vertretene und zum politischen Programm der ganzen ukrainischen Nation gewordene Standpunkt.

**Dokumente des polnischen
Russophilismus.**

Vorbemerkung.

Es muß nur noch betreffend der Zitierung der polnischen Presse bemerkt werden, daß polnische Blätter das Wort „russkij“ (russisch) in den Erklärungen der Führer der galizischen russisch-nationalen Partei, bei der Zitierung der Preßorgane derselben Partei usw. nicht mit „rosyjski“ übersetzen, was in polnischer Sprache „russisch“ bedeutet, sondern mit „ruski“, was in polnischer Sprache „ruthenisch“ bedeutet, zuweilen auch „ruski“, welche Schreibweise der polnischen Sprache ganz fremd ist. So wird die galizische russisch-nationale Partei von der polnischen Presse sehr oft „ruthenisch-nationale Partei“ genannt. Das alles hat den Zweck, die Begriffe von „russisch“ und „ruthenisch“ zu verwirren und die Ansicht zu verbreiten, daß die galizische russisch-nationale Partei für die legitime Vertreterin des ruthenischen Volkes zu halten ist. Derselbe Zweck wird von der galizischen Presse verfolgt, indem sie von der galizischen russisch-nationalen Partei als von den „Altruthenen“ spricht.

I. Grundlagen des modernen polnischen Russophilismus.

Aus Roman Dmowski's Schrift:

„Deutschland, Rußland und die Polenfrage.“

Die Schrift erschien in polnischer Sprache in erster Auflage in Lemberg 1908, wo sie dann mehrere Auflagen erfuhr. Es erschien auch eine französische und eine russische Übersetzung.

Die letztere wurde während des Kriegsausbruches in russischen Blättern dem russischen Publikum als „ein im gegenwärtigen Moment interessantes Buch“ reklamiert; so zum Beispiel in den fortschrittlichen „Russkija Wjedomosti“ (Moskau), Nr. 195 vom 13. (26.) August 1914, in dem nationalistischen „Kijewlanin“ (Kijew) Nr. 224 vom 15. (28.) August 1914.

Die Schrift wird nach der ersten Auflage (Lemberg 1908) zitiert.

Aus dem ersten Kapitel:

Der gegenwärtige Zustand und der allgemeine Charakter der Polenfrage.

Die Wendung in der Politik der Polen in Österreich. — Die Zukunft der Polen in Österreich.

Obwohl die österreichische Reichsratswahlreform, welche das kuriale Wahlsystem aufgehoben und das allgemeine Stimmrecht eingeführt hatte, die polnische Vertretung im Wiener Reichsrat an Zahl geschwächt hat, indem dieselbe eine beträchtliche Zahl von Mandaten in Ostgalizien in die Hände der Ruthenen gab, so hat sie anderseits die polnische Vertretung demokratisiert und ihr dadurch eine grössere Lebenskraft und einen größeren Mut verliehen, sich in der Politik mit den polnischen Interessen leiten zu lassen.

Die infolge der inneren sozialen Umwandlungen an Kraft gewinnenden demokratischen polnischen Elemente im Habs-

bürgerreiche begannen — im Gegensatz zu den konservativen — im letzten Jahrzehnt immer mehr energisch gegen die wichtigste Art der Bedrückung, der Galizien unterworfen ist, und zwar gegen die ökonomische Ausbeutung, welche die Großgrundbesitzer nicht so peinlich betraf, aufzutreten. Andererseits sind die genannten demokratischen Elemente, auf eine breitere Basis im Volke gestützt, von der Regierung nicht in dem Maße abhängig, wie es die konservative Politik war, die sich ihrer Unterstützung erfreute. Aus diesem Grunde sind dieselben sowohl in Bezug auf die innere wie auch auf die äußere Politik der regierenden Faktoren geneigt und fähig, eine mehr unabhängige Stellung einzunehmen.

Die Epoche der demokratischen Politik in Oesterreich, die jetzt kaum begonnen ist, muß daher mit der Zeit die Polen auf den Weg des Kampfes gegen die deutsche Hegemonie im Reiche und gegen den engen Bund, der „mehr als ein Bündnis von zwei Staaten ist“ — wie es jetzt gerne von beiden Seiten beteuert wird — nämlich gegen den Bund mit dem Hohenzollernreiche führen. Es kann sein, daß die polnische Politik in Oesterreich diese Richtung nur allmählich einschlagen wird; es wurden jedoch in dieser Hinsicht bereits die ersten Schritte gemacht, von denen die Reden des Obmannes des Polenklubs, Dr. Glombinski im österreichischen Reichsrate und in den österreichisch-ungarischen Delegationen*) ein beredtes Zeugnis ablegen. Diese neue Phase muss die polnische Frage in Oesterreich in den Vordergrund treten lassen und kann die gesamte Reichspolitik beeinflussen, wobei die Rolle der Polen internationale Bedeutung erlangen wird, welche sie bisher nicht hatte. (S. 20 bis 21.)

Das Schicksal Galiziens und dessen politische Rolle wurde jedoch durch diese Einrichtung**) und durch die bisherige Politik der Polen noch nicht endgiltig entschieden. Es wird davon abhängig sein, inwieferne es den Polen gelingen wird, eine Erweiterung der Landesautonomie zu erlangen, die von ihnen angestrebt wird zum Zwecke der Eroberung einer größeren ökonomischen Selbstständigkeit wie auch günstiger Bedingungen der kulturellen Entwicklung; dann von der weiteren Entwicklung der polnisch-ruthenischen Frage, die in das Stadium eines sich immer verschärfenden Konfliktes getreten ist; schließlich von der Entwicklung der inneren österreichischen Verhältnisse, in welchen bei einer aus verschiedenen Nationen zusammengesetzten Bevölkerung

*) Die erwähnte Delegationsrede des Dr. Glombinski wurde am 30. Jänner 1908 gehalten und — wie wir unten sehen werden — vom Organ der galizischen Russisch-nationalen Partei als Beweis dafür hervorgehoben, daß sich die Polen der slawischen Politik zuwenden.

**) Die Rede ist von der Autonomie Galiziens.

immer die Frage offen bleibt, ob Oesterreich ein Staat mit deutschem oder slawischem Uebergewicht sein soll und die damit zusammenhängende Frage der äußeren Politik, ob die Bande, welche die Habsburger Monarchie mit dem deutschen Kaiserreich verbinden, immer enger werden sollen, ob ihre Politik immer mehr von dem Einfluß Preußens abhängig sein, oder aber sich von demselben unabhängig gestalten solle.

Besonders die letztere Frage beginnt zurzeit erstklassige Bedeutung zu gewinnen und kann in der nächsten Zukunft den Anlaß zum akuten inneren Konflikt bieten, in welchem die Polen natürlich eine nicht geringe Rolle spielen müssen. Eben aus diesem Grunde, wie es schon oben angedeutet wurde, kann man heute weniger als sonst in den letzten 40 Jahren die polnische Frage in Oesterreich als endgiltig geregelt erachten. (S. 42—43.)

Preußen und das Polentum im polnischen Königreiche. — Preußen und die Polenfrage. — Die Rolle Deutschlands als einer Weltmacht und deren Bedeutung für die Polenfrage.

Wie jetzt die Dinge stehen, wo für Preußen keine Aussichten vorhanden sind, das polnische Königreich oder einen Teil desselben zu besetzen, ist Preußen sehr stark daran interessiert, daß das Polentum in diesem Lande nicht den Weg der schnellen kulturellen Entwicklung gehe und an Kraft gewinne. Denn nur im Falle, wenn die Entwicklung der polnischen Kräfte beeinträchtigt werde, kann dieses Land in der Zukunft für die Germanisation ein geeignetes Gebiet werden. Andererseits aber müßte eine umfassende Entwicklung des polnischen kulturellen Lebens im polnischen Königreiche die benachbarten preußischen Provinzen beeinflussen und den dortigen Polen die moralische Kraft zu ihrem Widerstande gegen die deutsche Ueberflutung verleihen.

Im allgemeinen ist eine günstige nationale Entwicklung der urpolnischen Länder, der alten Piast'schen Erbschaft im Flußgebiete der Weichsel für die Beherrscher ihrer Mündung nichts weniger als erwünscht, da sie dieselbe bedrohen würde, umsomehr, als der polnische Stamm auch heute auf einem obzwar engen Raume bis an das Gestade der Nordsee reicht.

Für einen Staat, welcher auf dem Boden des Westslawentums erwuchs, für welchen dieser Boden den wichtigsten Stützpunkt für die Herrschaft über ganz Deutschland bildet, dessen Macht hauptsächlich aus dem Untergange Polens entstand, für diesen Staat würde die Erstarkung des Polentums gleichbedeutend sein mit der Unterbindung seines Aufschwunges, in der Folge aber mit der Zerrüttung seiner Rolle im Deutschen Reiche. Aus diesem Grunde, wiewohl Preußen den kleinsten Teil des alten historischen Polens besitzt, hat doch kein anderer Staat mehr

Ursache die polnische Frage in ihrer Gänze zu überwachen und die Gestaltung von solchen Bedingungen zu verhindern, unter denen ein beträchtlicher Teil des polnischen Volkes sich günstig entwickeln könnte. „Wir kämpfen mit dem ganzen polnischen Volke!“ — diese Stimme wird immer öfter in den deutschen Zeitungen, die der Berliner Regierung nahestehen, laut.

Von den drei Staaten, zu denen die polnischen Länder gehören, hat Oesterreich seit dem Jahre 1866 wahrscheinlich ein für allemal aufgehört, eine Macht ersten Ranges zu sein und seine äußere Politik wird mit dem Jahre 1879 immer mehr von der preußischen abhängig. Rußland kann, wie es scheint, nach der Niederlage im fernen Osten und infolge der inneren Krisis, die voraussichtlich viele Jahre andauern wird, nicht so bald auf die Rückkehr zu einer Machtstellung rechnen, wie auch zu der Rolle in der internationalen Politik, die es bis unlängst gespielt hatte. Nur Deutschland nimmt ständig an Macht zu, die, angesichts der Schwächung der Nachbarn, umso größer wird. Dasselbe wird ohne Zweifel imstande sein, oder aber ist es schon jetzt imstande, auf das Schicksal des polnischen Volkes und auf die weitere Entwicklung der polnischen Frage den größten Einfluß auszuüben.

Es bildet sich in der Gesinnung der Polen schon seit einer Reihe von Jahren, und faßt immer mehr Boden die Ueberzeugung, daß ihre nationale Existenz in erster Reihe seitens Deutschlands bedroht sei und daß der Kampf gegen Deutschland unter den Kämpfen um die Existenz und Zukunft Polens der wichtigste sei. (S. 46—48.)

Aus dem dritten Kapitel:

Die Schwächung Rußlands, die Polenfrage und die Politik Deutschlands in Osteuropa.

Polen angesichts der deutschen Expansion. — Die Berliner Politik gegenüber Polen. — Der Einfluß auf die Lage der Polen in Rußland und Österreich. — Die Berliner Politik und die Ruthenen in Galizien. — Der polnisch-deutsche Kampf.

Das Werk der systematischen Unterjochung Europas, welches von Deutschland gleichzeitig auf so vielen Gebieten und mit so vielen verschiedenartigsten Mitteln und Methoden geführt wird, tritt auf einem Boden als ein deutliches, unversöhnliches Ringen hervor. Dieser Boden ist Polen.

In der ethnographischen Mosaik, welche die west- und süd-slawischen Länder darstellen, auf denen außer Slawen noch die Ungarn und Rumänen wohnen, bilden die zwanzig Millionen Polen, die in einer einheitlichen Masse das Gebiet des ethnographischen Polens bevölkern und unter deren kulturellem Einfluß weite außerhalb dieses Gebietes befindliche Länder stehen, die stärkste nationale Gruppe. Mit ihrer tausendjährigen historischen Tradition, mit reichen Errungenschaften des Geistes stellen sie eine starke Individualität dar, die sich nicht assimilieren läßt. In der Morgendämmerung ihrer Geschichte boten sie dem heiligen römischen Kaiserreiche die Stirn und organisierten in den Kämpfen mit demselben einen großen slawischen Staat. Aus dem Zusammensturz Polens erwuchs die Macht Preußens, um welches sich das jetzige Deutschland scharte; die Wiedergeburt Polens, sein Wiederauftreten in der Rolle eines politischen Faktors wäre ein Damm für die deutsche Eroberung im Osten und müßte die führende Rolle Preußens in Deutschland unterbinden.

Demgemäß versteht auch die preußische Politik, daß es zwischen ihr und den Polen kein Kompromiß gibt.

Die polnische Tätigkeit, wo auch immer dieselbe zum Vorschein kommt, steht den großen Plänen und Absichten Berlins im Wege. Der Sieg der polnischen Bestrebungen in Rußland würde eine Verständigung von zwei großen slawischen Stämmen bedeuten und als Folge eine neue belebende Strömung im inneren Staatsleben Rußlands, wie auch in seiner äußeren Politik mit sich bringen, welche dadurch, daß sie echt slawisch werde, starke Wurzeln im Westen schlagen würde. Wenn die Polen in Oesterreich einen größeren Einfluß erringen könnten, würde ihre Politik zu einer Unabhängigkeit des Habsburgerreiches von Deutschland und zur Hintanhaltung der Fortschritte der deutschen Eroberung in demselben führen. Eine günstige Entwicklung des Polentums in preußischen Ländern wäre endlich gleichbedeutend mit der Aufrechterhaltung der anormalen Grenzen des Deutschtums im Osten, eben dort, wo die preußische Herrschaft über Deutschland vor allem ihre Basis hat; Preußen müßte dann auch die Hoffnung aufgeben, in der Zukunft neue polnische Länder, welche für dasselbe als territoriale Notwendigkeit erscheinen, zu erobern.

In den Polen sieht die Berliner Politik das größte Hindernis in ihrem Streben, bei Aufrechterhaltung der preußischen Hegemonie in Deutschland Osteuropa zu unterjochen. Hier liegt auch der Grund für die offizielle Erklärung des Fürsten Bülow, welche er im preußischen Landtage vor einigen Jahren abgelegt hat, daß die polnische Frage für Preußen die wichtigste Frage sei. Daher wiederholt sich oft in der deutschen Presse die Stimme, daß die Deutschen nicht nur mit den Polen in ihrem Staate, sondern mit dem ganzen polnischen Volke kämpfen.

Das Verhältnis zu dem polnischen Volke steht in Deutschland klar und offen da. Die Polen sind ein Feind, dem man rücksichtslose Vernichtung verheißt. Und dieses Werk der Vernichtung wird offen, mit brutaler Aufrichtigkeit in den polnischen zu Preußen gehörenden Ländern geführt.

In den benachbarten Staaten verfolgt die deutsche Aktion gegen Polen geheime Wege. In Rußland weiß dieselbe den Berliner Einfluß auf die regierenden Kreise auszunützen. In Oesterreich, wo die Staatsverfassung und die rechtliche Lage der Polen keinen geeigneten Raum bietet, im ähnlichen Wege den Einfluß auszuüben, sucht die Politik Berlins andere weniger offizielle Wege.

Aufschluß über diese Wege gibt uns die verbissene antipolnische Bewegung unter den galizischen Ruthenen, die in der „ukrainischen“ Partei organisiert wurde und seit einer Reihe von Jahren einen starken germanophilen Anstrich angenommen hat. Das Verhalten der Führer dieser Bewegung liefert ein beredtes Zeugnis von ihrem Kontakt mit Berlin. In den preußischen Blättern veröffentlichen sie Erklärungen, in denen sie die Solidarität mit den österreichischen Slawen in deren Protesten gegen die antipolnische Politik Preußens ablehnen. Es ist auch vorgekommen, daß sie öffentlich die Ankunft der Preußen nach Galizien angekündigt hatten. Die preußische Regierung trachtet auch selbst nicht die Diskretion über ihr Verhältnis zu den Ruthenen zu wahren. Angesichts der Zunahme einer Auswanderung der polnischen Saisonarbeiter aus Galizien nach Preußen sorgen die preußischen Behörden dafür, damit statt der polnischen Arbeiter eine möglichst große Anzahl Ruthenen komme, unter welchen in Preußen agitatorische, gegen die Polen heftig auftretende Schriften verbreitet wurden. In dieser Angelegenheit wurden die Polen sogar gezwungen, in Wien eine Intervention zu verlangen.

Das polnische Volk ist genötigt, in allen drei Staaten, in denen es lebt, mit der Politik Berlins zu kämpfen, die seine Vernichtung anstrebt. Im tragischen Ringen ums Dasein in den ältesten zu Preußen gehörenden Wohnsitzen stehend, in die Sphäre der deutschen Politik in Oesterreich verwickelt, wo es sich zwar der nationalen Rechte erfreut, wo aber seine Stellung im Reiche durch den von den preußischen Einflüssen geförderten Kampf mit den Ruthenen beeinträchtigt wird, — trachtet das polnische Volk in dem wichtigsten Teile seines Vaterlandes, dem die größte nationale Kraft innewohnt, in Rußland, umsonst für sich bessere Bedingungen der nationalen Existenz und Entwicklung zu gewinnen. Es hat die Ueberzeugung, daß sein Kampf mit dem ungeheuerlichen Regierungssystem um die Verbesserung seines Schicksals auch hier von den mächtigen preußischen Einflüssen erschwert wird.

In dem russischen Staate liegt der Schlüssel zur Lösung der polnischen Frage. Von dem Schicksal dieses Teiles von Polen hängt die Zukunft von ganz Polen ab. Gleichzeitig ist von dem Verhältnis Rußlands zur polnischen Frage in hohem Grade auch seine eigene Zukunft abhängig. Deshalb ist heute der Kampf der Polen um das Recht der nationalen Entwicklung im russischen Reiche nicht nur das wichtigste Moment der polnischen Frage: von seiner Entscheidung ist auch in großem Maße das Schicksal von ganz Osteuropa abhängig.

Jedoch, ohne Rücksicht darauf, wie das Schicksal der polnischen Frage in diesem oder jenem Staate sein wird, läßt die heutige Sachlage in unserem Weltteil, die territoriale Lage Polens und seine Rolle im Kampfe mit der fortschreitenden deutschen Eroberung in Osteuropa, von neuem Polen hervortreten und wird nicht so bald die Verdrängung desselben in den Schatten gestatten. Das polnische Land wird, abgesehen von dem Willen des dasselbe bewohnenden Volkes, welches vielleicht den Frieden zu sehr liebt, das Terrain eines harten und langwierigen Kampfes sein, der für die Geschichte von erstklassiger Bedeutung sein wird. (S. 162—166.)

Aus dem sechsten Kapitel:

Die geschichtliche Wendung in der Polenfrage.

Die Änderungen in der internationalen Lage. — Das Wachstum Deutschlands und die Schwächung Rußlands. — Der Hauptfeind Polens. — Die neue internationale Rolle der Polenfrage.

Der beinahe halbhundertjährige Zeitraum, der uns von dem Zusammensturze des Aufstandes 1863—64 trennt, ein Zeitraum, während dessen so ziemlich allgemein die Ueberzeugung herrschte, daß die polnische Frage ein für allemal abgeschlossen sei, ist eigentlich der Zeitraum einer wichtigen historischen Umgestaltung dieser Frage. Im Laufe einiger Jahrzehnte hat sich die internationale Lage in Europa gründlich verändert, infolgedessen die polnische Frage heute in einer neuen Rolle erscheint, die von der in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts gespielten grundverschieden ist.

Der Zusammensturz des letzten Aufstandes und sein Charakter einer bewaffneten Demonstration, die in den unbegründeten Rechnungen auf Eingreifen von fremden Mächten ihren Ursprung hatte, war zugleich ein Zusammensturz des Programms der Wiederherstellung des polnischen Königreiches und jener internationalen Rolle, welche die polnische Frage seit der Teilung Polens gespielt

hat. So wurde diese Tatsache von den Polen selbst wie auch von der Meinung anderer Völker aufgefaßt. Es erfolgte eine Liquidation der polnischen Frage, die für die Polen eine Angelegenheit der Wiedereroberung der politischen Unabhängigkeit und für die Fremden eine Angelegenheit der Schwächung der russischen Macht und der Errichtung eines Dammes zwischen Rußland und Europa war.

Seit jener Zeit sind zwei Tatsachen von epochaler Bedeutung in der Geschichte Europas und der ganzen Welt zu verzeichnen.

Der Sieg Preußens über Frankreich und als Folge desselben die Wiederherstellung des deutschen Kaiserreiches räumten die erste Stellung in Europa für Deutschland, welches rasch an Kraft zuzunehmen und die Interessen anderer Nationen immer mehr zu bedrohen begann, indem es eine noch größere Rolle beanspruchte, als sie von dem mittelalterlichen Kaisertum gespielt wurde. Anderseits bewies die frische Niederlage Rußlands im Kriege gegen Japan und die innere Krisis im Zarenreiche, daß die Macht, vor welcher Europa lange Zeit zitterte, auf viel schwächeren Grundlagen aufgebaut war, als es schien. Rußland erwies sich schwächer, als dies im Interesse des europäischen Gleichgewichtes angesichts des Aufschwunges der deutschen Macht gelegen war und seine Lage auf der ostasiatischen Front droht es unter den vom letzten Kriege herbeigeführten Umständen zu einer ganz passiven Rolle in Europa zu bringen.

Heute liegt es im Interesse der westeuropäischen Staaten, nicht Rußland etwa zu schwächen, sondern dasselbe zu stärken und zum Widerstande gegen Deutschland fähig zu machen, denn im anderen Falle muß es gefügiges Werkzeug der Politik Berlins, offenes Gebiet für den deutschen Einfluß und Gegenstand der stufenweisen deutschen Eroberung werden. (S. 250—252.)

Bei der so gestalteten internationalen Lage ist es für die Polen klar, daß, wenn ihnen in der weiteren Zukunft der Verlust der nationalen Existenz droht, so ist es von Seiten Deutschlands, nicht aber Rußlands der Fall. (S. 252.)

Das Bewußtsein der deutschen Gefahr ist jetzt in ganz Polen allgemein und das ganze polnische Volk hält heute Deutschland für seinen Hauptfeind, indem es überzeugt ist, daß alles, was irgendwo zur Stärkung und zum Schutze des Polentums geschieht, in der letzten Instanz ein Kampf gegen die Deutschen ist. (S. 254.)

Das Verhältnis Polens zu Deutschland ist die Quelle des Interesses, welches in Europa der polnischen Frage von neuem entgegengebracht wird. Die in ihrem Aufschwung schrecken-erregende Macht Deutschlands und die südöstliche Richtung der deutschen Expansion, haben auf die Rolle Polens als eines Hauptdammes gegen diesen siegreichen Zug hingewiesen. Diese

jetzige Rolle unseres Volkes muß bewirken, daß die polnische Frage in naher Zukunft eine der wichtigsten europäischen Fragen werden muß.

Polen von heute kehrt zu jener geschichtlichen Rolle zurück, welche das Reich der Piasten gespielt hatte. Dasselbe entstand und erwuchs im Kampfe mit der westlichen deutschen Flut, im Kampfe mit dem Kaisertum und dann mit dem Kreuzritterorden. Die Schwächung und Beeinträchtigung der Rolle des Kaisertums in Europa, wie auch der entschiedene Sieg Polens über den Orden, gestatteten dem polnischen Königreiche, das Augenmerk vom Westen abzulenken und alle Kräfte des Jagiellonenreiches gegen Osten zu wenden, wo es in die Kämpfe mit den Tartaren, Türken und mit dem Moskowitertum verwickelt wurde. Damals wurde die historische Rolle des polnischen Volkes als Rolle der Verteidiger Europas vor dem Osten aufgefaßt. Und in dieser Rolle verblieb Polen bis zur zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts. Die polnischen Aufstände wurden von der Meinung der europäischen Völker nicht nur als ein Kampf um die politische Selbständigkeit einer Nation, die ihr Recht dazu nicht verloren hatte, aufgefaßt, sondern auch als eine Verteidigung Europas mit ihren modernen politischen Einrichtungen vor der östlichen Großmacht, welche die Rolle des Schutzmanns der europäischen Reaktion übernommen hatte. Nach den Veränderungen, die in Europa seit dem letzten Aufstand platzgegriffen haben, hörte der Osten Europas auf drohend zu sein, dafür wurde aber das deutsche Mitteleuropa die Hauptrolle der Gefahr für andere Völker, wie auch für Polen selbst. (S. 254—255.)

Schon die geographische Lage des polnischen Königreiches — abgesehen davon, daß es ein rein polnisches Gebiet ist, dessen Bevölkerung die numerische Hauptkraft des polnischen Volkes bildet — bestimmt für dasselbe die Hauptrolle in diesem historischen Kampfe, der um Polen im Anzuge ist. Das polnische Königreich, gelegen im Inneren der polnischen Länder, gegen Norden und Westen von preußischen Besitzungen begrenzt, mit einem beträchtlichen Teile seines Gebietes in die Grenzen des jetzigen deutschen Kaiserreiches tief eingeschnitten, bildet heute für die zu Preußen gehörenden polnischen Länder einen Stützpunkt und in der Zukunft im Falle, wenn der Drang Deutschlands nach Osten gelingen sollte, das nächste Objekt für eine preußische Staatseroberung. Für das Schicksal der deutschen Expansion wird die Entwicklung des Polentums im polnischen Königreich maßgebend sein. (S. 262.)

II. Der neoslawische Kongress zu Prag 1908.

Die formelle Initiative zu demselben gehört dem tschechischen Führer Dr. Kramarz, welcher sich im Abgeordnetenhaus des Wiener Reichsrates wie auch in den Delegationen als Verteidiger der galizischen russisch-nationalen Partei ausgezeichnet hat.

Vorbereitet wurde der Kongress durch eine slawische Konferenz in Petersburg, an welcher außer den russischen und polnischen Reichsdumaabgeordneten und Politikern in Rußland auch slawische Reichsratsabgeordnete und Politiker aus Österreich (mit Ausnahme der Ukrainer, welche prinzipiell die Teilnahme abgelehnt haben, und der Polen, welche aus taktischen Gründen es den polnischen Politikern aus Rußland überlassen haben, die Angelegenheit zu erledigen) teilgenommen haben und auf welcher die Führer der russisch-nationalen Partei aus Galizien als Vertreter des „russischen Volkes“ Galiziens anerkannt wurden.

Der Kongress begann am 12. Juli 1908 zu Prag und dauerte mehrere Tage.

Die polnische Delegation des Kongresses bestand aus einer Reihe von Politikern aus Russisch-Polen mit dem Herrn Roman Dmowski, Obmann des parlamentarischen Polenklubs in Petersburg an der Spitze, und aus offiziellen Vertretern aller polnischen Parteien Galiziens.

Die Ukrainer haben es abgelehnt, an dem Kongresse teilzunehmen. In einer Denkschrift, welche sie dem Kongresspräsidium zugeschickt haben, erklärten sie, sie könnten nur in solchem Falle an einem slawischen Kongresse teilnehmen, wenn derselbe sich ernst damit zu beschäftigen geneigt wäre, die Unterdrückung des ukrainischen Volkes seitens der Polen und Russen abzuschaffen.

Diese ukrainische Stellung wurde von den Polen als ein neuer Beweis der Abhängigkeit der ukrainischen nationalen Bewegung vom slawen- und polenfeindlichen Berlin dargestellt.

Dagegen wurden die Delegierten der galizischen russisch-nationalen Partei als wahre Vertreter des ukrainischen Volkes anerkannt, welches eo ipso als ein Bestandteil des russischen Volkes anerkannt wurde.

Nach dem Kongresse machte ein Teil der russischen Delegation mit dem Grafen Bobrinskij an der Spitze ihre Rückreise durch Galizien und die Bukowina, wo sie auf den durch die russisch-nationale Partei einberufenen Bauernversammlungen für die russisch-nationale Idee agitierte. In Krakau und Lemberg wurden die russischen Delegierten von den polnischen Politikern aufgenommen und mit Banketten gefeiert.

Nach diesen Vorbemerkungen wird auszugsweise dargestellt, was die polnischen Preßorgane über den Kongreß geschrieben haben.

Aus dem allpolnischen Organ „*Slowo polskie*“.

In der Nummer 309 vom 4. Juli 1908 erschien folgendes Kommuniqué des polnischen Nationalrates:

„In der Versammlung der Vertreter der nationalen Parteien in Krakau am 21. Juni l. J. wurde die Anteilnahme der polnischen Delegierten an dem am 12. Juli l. J. in Prag stattfindenden slawischen Kongresse beschlossen. In Ausführung des mir von dieser Versammlung gegebenen Auftrages lade ich die durch die Parteien gewählten Delegierten zu einer gemeinsamen Konferenz ein, welche am 10. Juli l. J. um 10 Uhr vormittags in Krakau, Basztowa-Gasse Nr. 8, stattfinden wird. Am Vorabende findet daselbst eine gesellige Versammlung statt. Lemberg, 1. Juli 1908. Taddeus Cienski, Obmann des Nationalrates.“

Dieses Kommuniqué, welches auch in allen anderen polnischen Blättern veröffentlicht wurde, beweist zur Genüge den offiziellen Charakter der polnischen Anteilnahme an dem Kongresse.

„*Slowo polskie*“ Nr. 317 vom 9. Juli 1908 schreibt in einem Leitartikel „Vor der Konferenz in Prag“:

„Gemeinsam mit den Vertretern Russisch-Polens, welche als der prinzipiellen Frage im Slawentum, nämlich dem polnisch-russischen Streite am nächsten stehend, die wichtigste Stimme in dieser Frage haben, werden sich nach Prag auch die Vertreter der in Galizien wirkenden Parteien begeben. Posen konnte sich mit Rücksicht auf die Lage im Lande angesichts der preußischen Regierung, welche gegenüber dem Slawentum eine offen-feindliche Stellung einnimmt, der Delegation nicht anschließen.“

In „*Slowo polskie*“, Nr. 321 vom 11. Juli, lesen wir im Artikel „Die Konferenz in Prag“:

„Die Namen der Vertreter der Nationen sind schon festgestellt. Von den Polen nehmen Anteil: Johann Graf Olizar, Reichsratsabgeordneter in Petersburg aus Wolhynien; Josef Montwill, Reichsdumaabgeordneter aus Wilna; Ludwig Straszewicz, Redakteur des ‚*Kurjer Polski*‘ in Warschau; Sigismund Bialicki, Publizist; Johann Stecki, gewesener Reichsdumaabgeordneter aus dem Lubliner Gouvernement; Heinrich Graf Potocki, gewesener Reichsdumaabgeordneter aus Kielce; Advokat Heinrich Konic aus Warschau, gewesener Reichsdumaabgeordneter; Dr. Johann Harusewicz, Reichsdumaabgeordneter aus Lomza; Advokat Boleslaus Lypacewicz aus Warschau; Rowan Dmowski, Obmann des Polenklubs in Petersburg; Universitätsprofessor Marian Zdziechowski aus Krakau als Delegierter Lithauens und der Ukraina. Weiter nehmen Anteil die Delegierten der galizischen Parteien und zwar: 1. der nationalen Rechten*) und des Autonomistenklubs**): Michael Chylinski, Redakteur des Tagblattes ‚*Czas*‘ in Krakau und Obmann des Bundes slawischer Journalisten; 2. der polnischen demokratischen Partei: gewesener Reichsratsabgeordneter Dr. Adam Doboszynski; 3. der nationalen Demokratie: Dr. Stanislaus Grabski, Professor der Ackerbauakademie in Dublany; 4. des Zentrums***) und der katholisch-demokratischen Partei in Lemberg: Hofrat Universitätsprofessor Dr. Ludwik Rydygier; 5. der Volkspartei: Advokat Dr. Michael Grek.“

In der Nummer 324 vom 14. Juli 1908 bringt „*Slowo polskie*“ einen Leitartikel seines Wiener Korrespondenten Adam Nowicki (A), betitelt „Die Ukrainer und der

*) Organisation der westgalizischen Konservativen.

**) Organisation der Podolier.

***) Klerikale Organisation.

slawische Kongreß“, in welchem er nach der Bekanntgabe des ukrainischen Standpunktes schreibt:

„Die informatorische Genauigkeit erfordert, eine andere Meinung bekannt zu geben, welche in parlamentarischen und politischen slawischen Kreisen herrscht.

Diese Kreise, vor allem die Tschechen, erachten die durch die Ukrainer angegebenen Motive für eine Ausrede. Nach Ansicht dieser Kreise haben sich die Ukrainer aus diesem Grunde nicht nach Prag begeben, weil sie sich die Deutschen nicht zu Feinden machen wollen. In Deutschland wird der slawische Kongreß in Prag mit noch größerer Beunruhigung angesehen, als die Zusammenkunft in Reval. Denn die Folgen dieser slawischen Aktion wären im Falle eines wenigstens teilweisen polnisch-russischen Ausgleiches für die deutsche Politik gefährlicher, als die Bemühungen Englands, weil diese Folgen ihre Basis in der nächsten Nachbarschaft Deutschlands haben und werden sich demselben unmittelbar sehr schnell in der inneren wie auch in der äußeren Politik fühlbar machen.

Daß die Ukrainer um die Gunst Deutschlands, der deutschen öffentlichen Meinung, der alldutschen Institutionen werben, ist allgemein bekannt. Das braucht man erst nicht zu beweisen. Es ist auch notorisch, daß die Deutschen, und vor allem die Alldeutschen die Ukrainer, insbesondere in der Presse, als Werkzeug gegen die Polen sehr begünstigen.

Es hat daher die Ansicht jeden Anschein der Wahrscheinlichkeit, daß die Ukrainer sich deshalb nicht nach Prag begeben haben, um durch solche Zurückziehung vom slawischen Kongresse die Gunst zu vermehren, derer sie sich bei den Deutschen erfreuen.“

In derselben Nummer befindet sich der Bericht des k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureaus, in welchem es unter anderem heißt:

„Dudykiewicz sprach im Namen Rotrußlands —“.

Es wird also der ukrainische Teil Galiziens Rotrußland genannt und als dessen Vertreter der Führer der galizischen russisch-nationalen Partei anerkannt.

In der Nummer 327 vom 15. Juli 1908 bringt „Slowo polskie“ einen Eigenbericht aus Prag, betitelt „Der Kongreß in Prag“, in dem es unter anderem heißt:

„Der Reihe nach ergriff Roman Dmowski das Wort, mit lang widerhallendem Beifall begrüßt. Von allen heute auf-

tretenden Rednern wurde der Vertreter der polnischen Delegation am meisten ovatorisch begrüßt.

Dann sprach Dudykiewicz. Er hob vor allem hervor, daß, obgleich er sich genau an die Einigkeit der russischen Delegation hält, doch gezwungen ist, separat das Wort zu ergreifen, weil er aus Rotrußland stammt, wo der Abzweigung des russischen Volkes ein anderes Schicksal zuteil wurde, als im russischen Reiche. Dieses ‚unterjochte Rußland‘ hat mehr gelitten als irgend ein anderes slawisches Volk. Trotzdem haben wir weder hassen gelernt, noch die Pflicht der Liebe gegenüber dem polnischen Brudervolke vergessen. Eben diese Pflicht der Liebe zwingt uns hervorzuheben, daß ohne uns, galizische Russen, der polnisch-russische Ausgleich unmöglich erfolgen kann Dudykiewicz schloß seine Rede mit dem Rufe zu Ehren des geeinigten selbständigen Rußlands.“

In der Nummer 322, vom 18. Juli 1908 bringt „*Slowo polskie*“ den Bericht des k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureaus über Trinksprüche auf dem Bankett, welches die Stadt Prag zu Ehren der Kongreßteilnehmer veranstaltete, wo unter anderem steht:

„Graf Bobrinskij erinnerte an die Polen in Posen und er suchte die Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben, um zu bekunden, daß sich die Herren des ganzen Slawentums für die Brüder in Posen schlagen.“

Der allpolnische Delegierte Prof. Dr. Stanislaus Grabski veröffentlichte in „*Slowo polskie*“ (Nr. 337, vom 21. Juli 1908 und Nr. 341, vom 23. Juli 1908) zwei Leitartikel, betitelt: „Nach der Konferenz in Prag“.

Im ersten dieser Artikel schreibt er:

„Der entschiedene Sieg der neoslawischen Idee in der Meinung der russischen Delegation, von welcher Idee die hervorragenden Vertreter der gegenwärtigen Reichsduma-Mehrheit, wie Krassowskij, Bobrinskij, durchdrungen worden sind, welche jetzt in ihr Vaterland mit der Ueberzeugung zurückkehren, daß das Interesse ihres Staates nicht im Handlangerdienste den polenfeindlichen Bestrebungen Preußens und der verdeutschten russischen Bureaukratie, sondern in der Schaffung eines normalen Zusammenlebens mit unserem Volke liegt und nicht die Unterdrückung unserer nationalen Entwicklung erfordert, sondern eher befiehlt, in uns einen starken Bundesgenossen für den gemeinsamen Kampf gegen die Eroberungspläne Preußens zu gewinnen, — das ist ein unzweifelhafter Vorteil der Prager Konferenz für uns.“

Weiter bemerkt er:

„Die russische Delegation stellte nicht eine formelle Vertretung der russischen Nation dar, wie es bei der polnischen Vertretung der Fall war.“

Damit stellt er fest, daß die polnische Delegation eine offizielle Vertretung der ganzen polnischen Nation darstellte.

Im zweiten der genannten Artikel bespricht der Verfasser die Ergebnisse des Prager Kongresses. Nach seiner Ansicht hat derselbe bewiesen,

„daß die neoslawische Bewegung in Rußland Entwicklungsbedingungen besitzt, daß sie vollständig mit den Staatsinteressen Rußlands in Einklang zu bringen ist, ja mehr, daß solche unterschieden russischen Nationalisten wie Bobrinskij, Krassowskij, Stolypin*), sogar Wergun**), unter dem belebenden Einflusse derselben zu verstehen beginnen, in welchem Maße gerade vom Standpunkte der russischen Staatsinteressen aus es schädlich ist, gemeinsam mit Preußen unser Land zu unterdrücken.“

In der Nummer 343 vom 24. Juli 1908 bringt „Slowo polskie“ einen Leitartikel unter dem Titel: „Sie schweigen und lügen“, mit welchem Titel die Stellungnahme der deutschen Presse gegenüber dem Kongresse charakterisiert wird. Indem die Redaktion über die Stellungnahme der „Frankfurter Zeitung“ zu sprechen kommt, schreibt sie:

„Dieselbe versichert, daß die Ruthenen sich von der Teilnahme an dem Kongresse zurückgezogen haben, als ob die Altruthenen***) nicht eine gute Hälfte der ruthenischen Bevölkerung vertreten.“

In derselben Nummer bringt „Slowo polskie“ unter dem Titel: „Die russischen Gäste in Lemberg“ ein Interview mit dem Grafen Bobrinskij, wo wir folgende

*) Bruder des im September 1911 in Kijew ermordeten russischen Ministerpräsidenten, Redaktionsmitglied des Petersburger „Nowoje Wremja“.

**) Redaktionsmitglied des „Nowoje Wremja“, Emigrant aus Galizien, welcher vormals als Mitglied der galizischen russisch-nationalen Partei in Wien wirkte.

***) D. h. die galizische russisch-nationale Partei.

Frage des Mitarbeiters und die Antwort des Grafen Bobrinskij finden:

„Also die unmittelbaren Folgen (des Kongresses) für die polnische Nationalität?“

„Auf Grund der durch den Kongreß angenommenen Grundlagen, welche sind: Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit der slawischen Völker, selbstverständlich in den ethnographischen Grenzen, — bin ich der Meinung, daß die Realisierung dieser Grundlagen unbedingt einen Ausgleich der polnisch-russischen Verhältnisse auf der ganzen Linie zur Folge haben muß, wo das ethnographische polnische Element mit dem ethnographischen russischen Element zusammenkommt, und zwar nicht nur in Rußland, sondern auch in Oesterreich.“

In „*Slowo polskie*“, Nr. 351 vom 29. Juli 1908 befinden sich unter dem Titel „Nachklänge des Kongresses“ wiederum zwei Interviews, nämlich mit dem Grafen Bobrinskij und dem Führer der galizischen russisch-nationalen Partei Dr. Dudykiewicz.

Der letztere erklärte:

„Ostgalizien erachten wir für russisches Land, in welchem wir alle Rechte haben müssen, welche den Völkern des Reiches von der österreichischen Verfassung gewährt werden. Wir müssen alle Bedingungen für kulturelle und nationale Entwicklung nach eigener Selbstbestimmung des russischen Volkes haben. Als erster Schritt zur gegenseitigen Annäherung des polnischen und russischen Volkes ist rücksichts- und bedingungslose Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes für das russische Volk seitens der Polen und Nicht-Einmischung in seine nationalen und kulturellen Angelegenheiten, welche Grundprinzipien im Namen der polnischen Delegation Dr. Grek ausgesprochen hat und welche ich im Namen der ganzen russischen Delegation zur Kenntnis genommen habe, zu erachten.“

„Wie haben Sie das verstanden und wie stellen Sie sich die praktische Anwendung dieses Prinzips vor?“

„Wir haben das so verstanden, daß sich die Polen entschieden haben, aufzuhören, die separatistische (ukrainische) Bewegung zum Schaden der russisch-nationalen Idee in Galizien und eo ipso zum Schaden des russischen Volkes zu unterstützen.“

„Aber das hängt von der Regierung ab... Und die ukrainische Frage?“

„Das ist eure Sache; ihr habt die Regierung im Lande in euren Händen. Und was die ukrainische Frage anbelangt, so habt ihr dieselbe geschaffen, es ist also eure Sache, sie zu lösen.“

Aus dem Podolier-Organ „Gazeta Narodowa“.

Unter dem Titel: „Der [slawische Kongreß in Prag“ lesen wir in der Nummer 160 vom 14. Juli 1908 folgendes:

„Als Vertreter der galizischen Ruthenen, welche der ruthenisch-nationalen Partei angehören, erscheinen: Landtagsabgeordneter Dr. W. Dudykiewicz, Redakteur Dr. J. Griniewicki und Reichsratsabgeordneter Dr. M. Hlibowicki.“

Wie wir sehen, wird hier — wie auch weiter unten — die galizische russisch-nationale Partei als „ruthenisch-national“ bezeichnet, ein Vorgehen, über welches schon oben die Rede war.

In der Nummer 161 vom 15. Juli 1908 bespricht „Gazeta Narodowa“ (auch unter dem Titel: „Der slawische Kongreß in Prag“) die von den Ukrainern dem Kongreßpräsidium zugesandte Denkschrift. Indem sie sich gegen dieselbe wendet, schreibt sie:

„Es wird weiter behauptet, daß den Ruthenen eine zu kleine Mandatenzahl zugewiesen wurde. Hier soll festgestellt werden, daß das Komitee den galizischen Ruthenen sechs Mandate zugeteilt hat, und zwar drei für das ukrainische und drei für das ruthenisch-nationale Lager. Die Ukrainophilen verlangten aber, daß man ihnen alle sechs Mandate, den Altruthenen dagegen kein einziges gebe.“

In der Nummer 162 vom 16. Juli 1908 finden wir (ebenfalls unter dem Titel: „Der slawische Kongreß zu Prag“) folgenden Bericht:

„Nach Dmowski ergriff im Namen der galizischen Ruthenen Dr. Dudykiewicz das Wort. In seiner Rede ist der Abschnitt von dem ‚polnischen Brudervolke‘ hervorzuheben, der sich so gewaltig von dem Charakter unterscheidet, welchen immer die Reden derjenigen tragen, die sich für einzige Vertreter des ruthenischen Volkes erachten, d. h. der Ukrainer.“

In der Nummer 166 vom 21. Juni 1908 würdigt „Gazeta Narodowa“ den slawischen Kongreß in Prag in einem Leitartikel, in welchem es heißt:

„Wir wissen sehr gut, daß die Versöhnung zwischen dem offiziellen Rußland und dem polnischen Volke weder nahe noch

leicht ist. Denn bisher sind die preußischen Einflüsse in Petersburg und in der heutzutage in Rußland regierenden, vom deutschen Geiste durchdrungenen Bureaukratie noch stark genug, daß man hoffen könnte, daß die gegenwärtige russische Regierung den durch die Resolutionen des Prager Kongresses gezeigten Weg betreten wird. Es ist aber zu erwägen, daß die russische Kongreßdelegation einen bedeutenden Teil von Elementen in ihrer Mitte hatte, die den Polen abgeneigt, — manche, wie Filewitsch, Korablew und Wergun, sogar sehr abgeneigt sind; daß weiter Reichsdumaabgeordneter Krassowskij, Führer der russischen Delegation und erster Vizepräsident des Kongresses bis jetzt keine freundlichen Gefühle gegenüber den Polen hegte. Und doch hat derselbe Krassowskij, wie auch andere bis jetzt den Polen entschieden feindliche Mitglieder der russischen Delegation in Prag mit dem größten Nachdruck erklärt, es sei heißes Verlangen des russischen Volkes, alles zu beseitigen, was die kulturelle Entwicklung der Polen hemmt. Sie haben auch versichert, daß sie in ihrem Vaterlande für die Versöhnung zwischen Rußland und Polen arbeiten wollen. Dieser Erklärung gibt der Umstand eine ernste Bedeutung, daß die russische Delegation in Prag vorwiegend aus Oktobristen zusammengesetzt war, d. h. aus den Mitgliedern einer der heutzutage stärksten russischen Parteien, welche, obzwar mit der gegenwärtigen russischen Regierung nicht identisch, aber doch derselben sehr nahe ist.“

Und weiter:

„Der einzige Mißklang auf dem Prager Kongresse war das Zurückziehen der Partei der ruthenischen Ukrainophilen von der Anteilnahme an demselben. Zum Glück ist dieses Zurückziehen, welches ganz offen auf den Effekt in Berlin berechnet ist, nur ein Ausdruck der Politik einer Partei, nicht aber des ruthenischen Volkes. Die Schreiben der galizischen Ukrainophilen und der ukrainischen Anhänger des Herrn Hruschewskyi, welche die Ablehnung der Anteilnahme am Kongresse rechtfertigten, kennzeichneten von den Vertretern aller slawischer Völker die Politik dieses Lagers, welche jeder positiven Ideale entbehrt und nur von den Gefühlen des Hasses und des Neides genährt wird.“

Die russischen Delegierten in Lemberg.

Das polnische Bankett.

Unter diesem Titel bringt die „Gazeta Narodowa“, Nr. 171 vom 26. Juli 1908, folgende Beschreibung des zu Ehren des Grafen Bobrinskij und Genossen in Lemberg von den Polen am 24. Juli 1908 veranstalteten Banketts:

„Als die russischen Delegierten Prag verließen, wurden sie von altruthenischen galizischen Delegierten, insbesondere aber von Dr. Dudykiewicz eingeladen, auf dem Rückwege nach Hause die Stadt Lemberg zu besuchen. Nachdem diese Einladung angenommen wurde, beschlossen sie auch in Krakau Halt zu machen, um auf diese Weise einer Anknüpfung gewisser Beziehungen zu den Polen Ausdruck zu verleihen. Aus Rücksicht darauf, daß die russischen Delegierten in Prag in nähere Beziehungen mit den polnischen Delegierten getreten waren, vorzugsweise mit denen aus dem Königreiche, daß sie ferner für angezeigt gehalten hatten, in Krakau Halt zu machen, daß endlich die russischen Delegierten ausschließlich auf die Gesellschaft der Altruthenen angewiesen gewesen wären, wenn seitens der Polen in Lemberg keine Annäherung versucht worden wäre, und daß sie infolgedessen aus unserer Hauptstadt nur einseitige Eindrücke und Erklärungen mitbringen könnten, wurde eine der Linken angehörende Politikergruppe und zwar die Herren: Vizepräsident der Stadt Lemberg, Dr. Rutowski, Präsident des demokratischen polnischen Klubs im Landtage Albin Rayski, Landesausschußmitglied Dr. Ladislaus Jahl, Adalbert Biechoński, Dr. Michael Grek und der Delegierte der Stadt Dr. Aschkenaze veranlaßt, die Initiative zur Veranstaltung eines Festmahls zu Ehren der russischen Gäste zu ergreifen.

Der Initiative von dieser Seite Folge leistend, versammelten sich gestern*) um 8 Uhr abends in der schön verzierten Halle des Hotel „George“ etwa 60 verschiedenen politischen Parteien angehörende Personen. Außer den russischen Gästen: den Herren Graf Bobrinskij, General Wladimirow, Gischickij und Oberst Dementijew setzten sich an die hufeisenartig geformte Festtafel der Erzbischof Teodorowicz, Präsident des Landesausschusses Dr. Thaddäus Pilat, Vizepräsident der Stadt Lemberg Dr. Rutowski, Reichsratsabgeordnete Andreas Fürst Lubomirski und Dr. Ladislaus Dubela, Universitätsprofessoren Dr. Balzer, Dr. Anton Gluziński, Dr. Kadyi, Dr. Mars, Dr. Rydygier, Dr. Roszkowski, Dr. Gregor Ziembicki, Landtagsabgeordnete Ladislaus Gniwosz, Dr. Ladislaus Jahl, Dr. Jaklinski, Theophil Merunowicz, Albin Rayski, Dr. Thaddäus Skalkowski, Johann Vivien, Zardecki, Lemberger Bezirksmarschall Leopold Baczewski, Direktor der Landesbank Dr. Alfred Zgorski, Rat Dr. Ludwig Kubala, Präsident der Vereinsbank Adalbert Biechoński, Oberst vom Jahre 1863 Dr. Johann Stella-Sawicki, polnische Delegierte auf dem Prager Kongreß Dr. Doboszynski aus Krakau (demokratische Partei), Dr. Grek (Volkspartei), Gutowski aus Petersburg, Delegierter des Lemberger Gemeinderats Dr. Aschkenaze Vizepräsident des polnischen Journalistenvereins Franz Rawita Gawroński, Redakteure Kolbuschowski, Laskownicki, Dr. Vogel,

*) D. h. am 24. Juli 1908.

Chef des Preßbureaus des polnischen Nationalrates Dr. K. Jarecki, Magistratsrat Dr. Czolowski, die Advokaten Dr. Lisiewicz, Dr. Pomianowski, Dr. Ungar, Dr. Zgórski, Stadträte Bartoń, Dr. Olaszewski, Sliwinski, Dr. Schleicher, Wasser, Włodzimirski und Wczelak, Direktor der Parzellationsbank Dr. Deskur, Herr Popielski u. a.

In den jetzigen bewegten Zeiten werden im Laufe eines Jahres viele Feste in Lemberg vorübergehen, die aus irgend einem politischen Anlaß veranstaltet werden. Jedoch seit langer Zeit gab es keinen solchen Gesellschaftsabend von einem ausgesprochen politischen und so gänzlich ungewöhnlichen Charakter wie das gestrige Festmahl, welches bis nun beinahe nicht für möglich gehalten werden konnte.

Stellen wir uns vor: Russen, angesehene Vertreter der russischen Intelligenz, Mitglieder der russischen Parteien, die in nahen Beziehungen zu der russischen Regierung stehen, der Oktober-Partei und der gemäßigten Rechten, der Parteien, die ohne Zweifel berufen werden, eine wichtige Rolle in der Konsolidierung der konstitutionellen Verhältnisse in Rußland zu spielen, — an der Festtafel, umringt von den im Dienste für das Vaterland ergrauten Polen!

Die Reihe der Trinksprüche eröffnete Dr. Rutowski, der in Vertretung des abwesenden Präsidenten der Stadt Lemberg die Pflichten des Hausherrn erfüllte. In der ersten Hälfte seiner Rede, die in polnischer Sprache gehalten war, hob er hervor, daß ein Meer von Blut und Tränen Polen und Russen trenne, daß jedoch die Polen im Namen der höchsten, für beide Nationen gemeinsamen Interessen alles zu vergessen und die Hand zum brüderlichen Drucke zu bieten bereit sind. In dem in französischer Sprache gehaltenen abgefaßten Schlußteil betonte er, daß die Polen dank der jahrhundertelangen Erfahrung gelernt haben, nur in eigene Kräfte zu vertrauen und auf sich selbst zu rechnen, und daß sie heute in der Arbeit allein eine bessere Zukunft sehen, daß sie aber zugeben, diese Arbeit werde in der Eintracht mit Rußland viel leichter sein. Der Redner schloß mit einem Ruf auf das Gedeihen der in Prag begonnenen Aktion.

In Beantwortung gab General Wladimirow in seinem eigenen und seiner Begleiter Namen der Zufriedenheit Ausdruck, daß, nachdem sie nach Lemberg infolge einer Einladung seitens der galizischen Ruthenen und „Stammesgenossen“ gekommen seien, auch Gelegenheit hatten, mit den Polen in Berührung zu treten, denn diejenigen, die in Prag gewesen sind, können in ihren Anschauungen und Gefühlen nicht einseitig sein. Der Redner hegte die Hoffnung, daß der Besuch von heute nicht der letzte sei, wenn wir in der gemeinsamen Arbeit auf Grund der Gleichberechtigung aller slawischen Stämme, ihrer Freiheit, Entwicklung

und Verbrüderung fortschreiten sollen. (Beifall.) Heute reichen wir einander die Hände wie Brüder, indem die Entwicklung jeder slawischen Nation unser gemeinsames Interesse bildet. Der Redner erhebe das Glas zu Ehren der großen allslawischen Idee, zum gedeihlichen Aufschwung aller slawischen Nationen, denn aus diesem Aufschwunge werde die Kraft emporwachsen, die uns in der Zukunft zugutekommen wird. (Beifall.)

Der folgende Redner, Dr. Jahl erinnerte an die Legende von Lech, Czech und Ruß, die nach verschiedenen Richtungen wandernd auf dem Berge bei Teschen den Eid leisteten, daß sie immer einander hilfreich sein werden. Leider sei dieser Eid vergessen worden; die slawischen Völker haben — statt einander zu helfen — einander bekämpft, woraus wieder die Germanen den Nutzen gezogen haben und ihre Macht erwachsen sei. Dr. Jahl schloß seine schöne poetische Ansprache, indem er die Russen aufmerksam machte, daß im Falle des Unterganges der Polen im Kampfe gegen das Germanentum später die Reihe an die Russen kommen müßte, denn der germanische Koloß schreite immer eroberungssüchtig vorwärts. Den Worten in Prag sollten Taten folgen, der Redner erhebe daher sein Glas zum Wohle der Idee der Verbrüderung aller slawischen Völker. (Beifall.)

Graf Bobrinskij dankte für den Empfang, der den russischen Delegierten von den Polen in Krakau und hier in Lemberg bereitet wurde. Das beweise, daß die in Prag zum Ausdruck gebrachten Gedanken aus den Herzen aller Slawen gesprochen wurden, daß sie den seit langem gehegten Herzensgefühlen entsprachen. In Prag, wo wir den herrlichen Aufschwung der tschechischen Kultur bewunderten, wurden wir von dem großen Kontrast zwischen der Entwicklung Böhmens und Rußlands betroffen und wir haben verstanden, welchen Weg unsere Arbeit einschlagen soll; wir haben verstanden, daß ein Volk gehoben werden könne und die höchste Stufe zu erreichen imstande sei, wenn ihm die Freiheit zu seiner Entwicklung belassen wird. In diesem Sinne werden wir arbeiten, werden wir die Entwicklung jeder slawischen Nation auf Grund der Gleichberechtigung und der Gerechtigkeit unterstützen. Gott gebe das Günstigste! (Beifall.)

Prof. Dr. Rydygier, als ein Posener, sprach von der Bedrückung des polnischen Volkes in Preußen und bewies auf Grund von Auszügen aus den Schriften der hakatistischen Führer, daß Preußen seit langem der polnisch-russischen Verständigung Hindernisse in den Weg legte und in der letzten Zeit auch den Kongreß in Prag zu verhindern trachtete. Es sei ihnen jedoch nicht gelungen, dies zu tun, und dieser Kongreß sei für die slawische Sache von weittragender Bedeutung, denn derselbe habe den Grundstein für die polnisch-russische Eintracht gelegt. Gott gebe, daß so schnell als möglich jener Augenblick komme, wo

Rußland neben Polen zum Schutze des Slawentums bereitstehen würde. Er schloß mit einem Ruf zu Ehren der russischen Delegationen zu Händen des Grafen Bobrinskij, als Danksagung für das von demselben in Prag für unsere Brüder unter dem preußischen Joche ausgesprochene Mitgefühl.

Der russische Delegierte Gischickij hob die Bedeutung des Prager Kongresses für das Slawentum hervor. Es ist ein historischer Augenblick, den das Slawentum in den letzten Tagen durchlebte. Er dankte für den warmen Empfang und sagte, daß die russischen Delegierten in die Heimat zurückkehren, um dort ein großes Werk zu beginnen, zu welchem Prag die Initiative gab, und der herzliche Empfang, der ihnen seitens der Polen zuteil wurde, werde ihnen mehr Kraft verleihen. (Beifall.)

Dr. Grek hob nach der Bemerkung, es sei die Lage für uns nach rechts und links, im Westen und Osten eine schlimme und schwierige, hervor, wir zaudern deshalb nicht, an einer gemeinsamen Tafel mit den Vertretern des russischen Volkes zu sitzen, denn dort im Osten können wir noch von der mühseligen und schweren Gegenwart an die russische Nation appellieren und wir glauben, daß diejenigen, welche diese Nation repräsentieren, die erst unlängst zum Worte gekommen sind, erwachen, und uns, wie auch unser Losungswort der Freiheit, Humanität und Gleichheit verstehen werden. Deshalb empfangen wir sie hier als Gäste, denn sie haben uns gesagt, es sei ihr Wunsch, daß jedes Volk selbständig seine eigene Kultur entwickeln möge, denn sie haben uns dies gesagt und wir glauben es ihnen, denn sie haben uns versprochen, mit allen Kräften für die Emanzipation und Entwicklung beider Nationen zu wirken und die Eintracht herbeizuführen. In der Hoffnung, daß dieser Wunsch in Erfüllung gehen wird, in der Hoffnung, daß von beiden Seiten alle Kräfte sich zur Verwirklichung dieser Ideale vereinigen werden, trinke ich auf das Wohl der Brüder, denn sie haben sich selbst unsere Brüder genannt, zu Händen des Generals Wladimirow, von welchem ich weiß, daß er sein ganzes Streben und seine langjährige Erfahrung auf den Altar der Eintracht zwischen den beiden Völkern widmet. (Lauter Beifall.)

Einen mächtigen Eindruck machte die von tiefen Gedanken durchdrungene Rede des Professors Oswald Balzer, in welcher derselbe in einigen meisterhaften Zügen die Geschichte des deutschen Dranges nach Osten über die slawischen Leichen schilderte. Im sechsten und siebenten Jahrhundert haben die Slawen bis an die Elbe gereicht, jedoch von den Deutschen verdrängt, haben sie sich an die Oder gestützt. Vier Jahrhunderte haben ausgereicht, um wieder die Slawen über die Oder bis an die Weichsel und die Warthe zu verdrängen. Heute werde der Kampf um die Warthe ausgefochten, ein Kampf nicht um die Erhaltung der politischen Selbständigkeit, denn die politischen Grenzen seien verwischt,

sondern ein Kampf um die Kultur, um jenes Ueberbleibsel, welches uns nach dem Verlust der politischen Selbständigkeit zurückgeblieben sei, um die teuersten Schätze, um die Sprache und die Erde. (Lauter Beifall.) In dem Kampfe gebrauche man die brutalsten Mittel, die eine Schande für das zwanzigste Jahrhundert seien. In diesem harten Kampfe, der uns mit der völligen Vernichtung bedroht, sehen wir uns nach einer Unterstützung um, nicht nach einer materiellen Unterstützung, wohl aber nach einer moralischen, und wir haben ein Recht zu hoffen, daß wir derselben theilhaftig werden. Dabei handelt es sich nicht bloß um unseren Vorteil, wohl aber um das Interesse des gesamten Slawentums, um dessen allgemeine Ideale. Denn wenn uns die Deutschen von der Warthe verdrängen werden, so werden sie dann bis an die Linie des Dnjepr oder wohl noch weiter gelangen. Und wenn wir jetzt mit der bittersten Reue dessen gedenken, daß wir unsere Stammesgenossen von der Elbe verdrängen ließen, so werdet ihr in der Zukunft, wenn die Linie des Dnjepr bedroht wird, bereuen, daß ihr uns von der Warthe verdrängen ließt. Dies kann nicht heute, nicht morgen, wohl aber in einigen Jahrhunderten geschehen. Und ihr dürft nicht sagen, daß ihr keine Angst habt, denn ihr seid ein mächtiger Staat. Wir waren auch eine mächtige politische Organisation. Aber jedes Volk hat Augenblicke der Schwäche und diese Augenblicke verstehen die Eroberer auszunützen. Wenn ein slawischer Stamm leidet, dann droht die Gefahr auch anderen Stämmen, und die Pflicht der Verteidigung liegt nicht bloß dem Angegriffenen ob, sondern es soll ihm die Unterstützung aller anderen Stämme zuteil werden. Leider war es im Slawentum der Fall, daß ein Stamm den anderen bekämpfte und den Nutzen der Dritte zog. Ferner bewies der Redner mit den aus der Geschichte geschöpften Beispielen, daß die Deutschen immer aus allen Kräften im Slawentum die Zwietracht geschürt und seine Vereinigung behindert haben, denn sie wußten, daß ihre eigene Kraft von der Schwäche und Zwietracht der Slawen bedingt ist. Heute, als der Prager Kongreß die Losung der slawischen Solidarität ausgesprochen hat, ist es die Pflicht von uns allen, in dieser Richtung hinzuarbeiten, daß das, was in Prag begonnen wurde, zu einer Tatsache werde. Bedenken wir, daß wir alle Slawen einen gemeinsamen Feind haben. So wie wir hier an der Festtafel versammelt sind, reichen wir uns in Freundschaft und Wohlwollen die Hände zu gemeinsamer Arbeit und zum gemeinsamen Ziel. Und wenn — das gebe Gott so schnell als möglich — an den gemeinsamen Tisch der kulturellen Arbeit diese zwei Nationen sich setzen werden, dann wird ihnen der germanische Feind nicht furchtbar sein. Das gebe Gott! Glück auf! (Lauter Beifall.)

Ein eigentümliches Gefühl mußte die Teilnehmer am Aufstande vom Jahre 1863 überkommen, als sich dann der 80jährige

Oberst Strus (Dr. Johann Stella-Sawicki) erhob und jener edlen Russen, seiner Jugendfreunde, gedachte, die ihn von Petersburg nach Kronstadt begleitet hatten, als er als Offizier im russischen Geniestab sich entschloß, den Dienst in der Armee des Zaren aufzugeben und sich dem Dienste für sein Volk zu widmen und zu diesem Zwecke ins Ausland reiste.

„Kämpfe für eure Freiheit und für die unsrige!“ haben ihm die Russen gesagt. Und wir gingen auch in jenem Ringen in den Kampf mit Standarten, auf denen unsere Losung stand: „Für unsere Freiheit — und eure!“ Es ist bekannt, wie der Krieg endete und was wir nach der Unterdrückung des Aufstandes vom Jahre 1863 durchlebt haben. Jetzt beginnen unsere beiden Völker zu begreifen, daß es ein Dritter war, der von unserem Unglück den Nutzen zog, und wir wollen nicht mehr durch unsere Zwietracht und unseren Neid ihn noch weiter zum Vorteil verhelfen und ihm unsere Ausbeutung weiter gestatten.

Die Reihe der Trinksprüche schloß Graf Bobrinskij. Er betonte, er solle nicht Optimist sein, aber zugleich solle er auch nicht Pessimist sein. Deshalb werde er sich von dem ersten Mißgeschick in der Ausführung des von dem Prager Kongreß gefaßten Gedankens nicht abschrecken lassen.

Wie die Verhältnisse sich gestalten werden, wisse der Redner nicht, er könne jedoch im Namen aller Delegierten die Versammelten versichern, daß sie alle aufs eifrigste und mit ganzer Energie ihre Pflicht dem Slawentum gegenüber erfüllen werden. (Beifall.)

Hierauf endete um 11 Uhr abends das offizielle Festmahl, und die russischen Delegierten begaben sich zu einer Versammlung, welche für sie von den Altruthenen veranstaltet wurde.

Die polnischen Teilnehmer an dem Festmahl verblieben noch in den anstoßenden Räumlichkeiten des Restaurants und besprachen eingehend manche Einzelheiten der Prager Zusammenkunft, wie auch die Ansprachen des gemäßigten, geschulten Politikers Wladimirow, des temperamentvollen Gischickij und des feurigen Grafen Bobrinskij. Es ist noch zu verzeichnen, daß in diesen Besprechungen weder der Pessimismus noch der Optimismus zum Vorschein kam. Man gab sich nicht großen Hoffnungen hin, man verzichtete aber auch auf nichts. Man blickte reell in die Zukunft: wenn bei den Russen die Ueberzeugung Raum gewinne, daß es in ihrem eigenen Interesse liege, eine Vereinbarung zwischen Polen und Russen zustandezubringen, so werde diese Vereinbarung erfolgen; man verheimlichte es aber auch nicht, daß die Verbreitung dieser Ueberzeugung in Rußland auf nicht geringe Schwierigkeiten stoßen werde, denn der deutsche Einfluß sei dort noch immer sehr stark.“

Nachklänge der polnisch-russischen Verbrüderung.

Daß die auf dem Prager Kongresse zum Ausdruck gebrachte polnisch-russische Verbrüderung von den Russen so verstanden wurde, daß für die Konzessionen zugunsten des polnischen Volkes in Russisch-Polen die galizischen Polen die galizische russisch-nationale Partei gegen die Ukrainer unterstützen sollen, das brachte unter anderem eine im April 1909 in Petersburg abgehaltene Konferenz der russischen Organisationen, die sich mit slawischen Angelegenheiten befassen, zum Ausdruck.

Die Resolution, welche in „*Slowo polskie*“, Nr. 194 vom 27. April 1909 wiedergegeben ist, lautet:

„Es ist notwendig, die gegenseitigen slawischen Streitigkeiten aufzugeben und kulturelle und nationale Rechte eines jeden slawischen Volkes anzuerkennen. Insbesondere erklärt sich die Konferenz für die Revision der russisch-polnischen Verhältnisse im russischen Reiche, wie auch gleichzeitig im ausländischen Rußland in demselben Sinne.“

Mit welchen Plänen Graf Bobrinskij im Jahre 1908 Galizien bereiste, ein Zeugnis davon findet man in einem Artikel, welcher im Jahre 1912 während der Balkan-krise von einem der polnischen Teilnehmer an dem Prager Kongresse, Krakauer Universitätsprofessor Marian Zdziechowski in dem Krakauer Tagblatte „*Głos Narodu*“ („Die Volksstimme“; Parteirichtung: allpolnisch-klerikal) unter dem Titel: „Die Wendung auf dem Balkan und die Zukunft Österreichs“ veröffentlicht und in „*Slowo polskie*“, Nr. 542 vom 16. November 1912, wiedergegeben wurde. Es heißt dort:

„Der alberne Chelmer Triumph *) gab den Anlaß zum Traume von einem viel wichtigeren Triumph, denn von der ‚Befreiung

*) D. h. die Schaffung des Chelmer Gouvernements.

von vier Millionen der im österreichischen Joche schmach tenden russischen Brüder', d. h. von der Eroberung Ostgaliziens. Anfangs war es nur der unschuldige Traum des Grafen Bobrinskij, als dieser im Jahre 1908 Galizien bereiste; dieser Traum aber begann mit jedem Tage in der Presse wie auch in der Gesellschaft immer mehr konkretere Formen anzunehmen, so daß heutzutage die Losung des Krieges mit Oesterreich um Galizien die einzige ist, welche alle Parteien zu vereinigen vermag.“

III. Die Unterstützung der russisch-nationalen Partei durch die polnischen Machthaber Galiziens.

Allpolnische Kundgebung für die Anerkennung der „russischen Nation“ in Galizien während der Reichsratswahlen 1907.

Die russophilen Tendenzen der allpolnischen Partei waren bereits im Jahre 1907 so stark, daß einer der angesehensten allpolnischen Führer, Dr. Josef Buzek, Universitätsprofessor in Lemberg, in seiner Kandidatenrede während der Reichsratswahlen ein Programm eines nationalen Ausgleiches in Galizien auf Grund der nationalen Autonomie auf dem Gebiete des Schulwesens und der Reichsrats- und Landtagsvertretung aufstellte, in welchem er auf den genannten Gebieten die „russische Nation in Galizien“ als ein vollständig gleichberechtigtes Element anerkennt.

Die genannte Rede des Dr. Buzek wurde in „Słowo polskie“ (Nr. 180 vom 18. April 1907) als Leitartikel unter dem Titel veröffentlicht: „Eine Programmrede des Prof. Dr. Josef Buzek, gehalten in einer Wählerversammlung des VI. Wahlbezirkes der Stadt Lemberg am 15. April 1907“.

In dieser Programmrede kommt der allpolnische Kandidat über nationale Verhältnisse in Galizien zu sprechen und bekennt sich zu folgendem nationalen Programm:

„Indem unser Volk für sich Freiheit verlangt, hat es dieselbe nie für andere bestritten. An diese durch unser Volk anerkannte Grundlage werde ich mich im Falle meiner Wahl halten, insbesondere in der sogenannten ruthenischen, genauer gesagt: ukrainisch-russischen Frage.“

„Indem ich von der durch die moderne Wissenschaft anerkannten Voraussetzung ausgehe, daß über die Nationalität des Menschen seine innere Ueberzeugung entscheidet, halte ich für Polen alle diejenigen, welche sich, ohne Rücksicht auf Konfession, ohne Rücksicht auf Dialekt, welchen sie gebrauchen, als ein Teil des polnischen Volkes fühlen. Ebenso erachte ich für ukrainisches, beziehungsweise russisches Volk in Galizien alle diejenigen, die sich als ein Teil des ukrainischen, beziehungsweise russischen Volkes fühlen. Ich anerkenne daher dem so begriffenen ukrainischen und russischen Volke in Galizien vollständiges Recht der kulturellen und nationalen Entwicklung; als Grenzen dieses Rechtes erachte ich nur Rechte des beinahe zwei Millionen starken polnischen Volkes, welches diesen Landesteil bewohnt.

„Im Sinne dieser Grundprinzipien formuliere ich mein nationales Programm in der ukrainisch-russischen Frage folgendermaßen:

Das wichtigste Bedürfnis aller Bewohner dieses Landesteiles, ohne Unterschied der Nationalität, ist das friedliche Zusammenleben aller Nationalitäten. Das wichtigste Hindernis, welches den Frieden unmöglich macht, ist die nationale Grundforderung der ukrainischen und russischen Parteien, wie auch der polnischen sozialistischen Partei. Diese Grundforderung verlangt die Zweiteilung Galiziens in ein polnisches, einen Drittel, und ein ukrainisches, beziehungsweise russisches, zwei Drittel des Landes umfassendes Galizien. Im polnischen Galizien soll das polnische Volk, im ukrainisch-russischen Galizien das ukrainische, beziehungsweise russische Volk herrschen.“

Nachdem Dr. Buzek diese Forderung einer dieselbe als unannehmbar bezeichnenden Kritik unterzogen hat, erklärte er:

„Andererseits aber sollen wir ein Programm schaffen und durchführen, welches das friedliche Zusammenleben aller Nationalitäten im Namen der gegenseitigen Gerechtigkeit und Toleranz dauernd ermöglichen würde. Wie dieses Programm sein soll, wird uns die Prüfung der gegenwärtigen Verhältnisse zeigen. Der nationale Kampf hat sich bei uns hauptsächlich aus zwei Gründen verschärft. Als erster Grund erscheint der Kampf um die Schulen, als zweiter die — nationale Agitation, welche bei den Landtags- und Reichsratswahlen geführt wird. Beseitigen wir diese zwei Gründe, so werden wir dadurch die stärkste Quelle des nationalen Kampfes verstopfen.

Zu diesem Zwecke sind folgende Reformen durchzuführen:

1. Direkte Steuern sollen vom Staate für die Aufklärungszwecke bestimmt werden.
2. Ein jeder direkter Steuerträger erklärt nach freiem Willen, ob die von ihm gezahlten Steuern für das polnische oder ukrainische oder russische oder deutsche Schulwesen bestimmt werden sollen.
3. Das polnische Schulwesen wird ausschließlich von den Polen, das ukrainische von den Ukrainern usw. verwaltet.

4. Personen, welche für das polnische Schulwesen Steuern zahlen, werden in einem polnischen, andere aber gemäß ihrer Erklärung in einem ukrainischen, russischen oder deutschen Kataster eingetragen.

5. Personen, welche das Wahlrecht besitzen, aber keine direkten Steuern zahlen, geben einen kleinen Betrag (z. B. 1 Krone jährlich) für das Schulwesen und werden dementsprechend in einem der nationalen Kataster eingetragen.

6. Die Reichsrats- und Landtagswahlen werden nach nationalen Kurien durchgeführt. Die in dem polnischen Kataster eingetragenen Wähler wählen ihre Abgeordneten separat mit gleicher, allgemeiner, direkter und geheimer Stimmenabgabe; ebenso die Wähler anderer Nationalitäten. Auf dieser Grundlage wird der Wahlkampf zwischen den Polen und den ukrainisch-russischen Parteien unmöglich sein.“

Das Wahlbündnis zwischen dem polnischen Nationalrate und der russisch-nationalen Partei unter dem Patronat des k. k. Statthalters Grafen Andreas Potocki während der Landtagswahlen 1908.

Wie das Organ der russisch-nationalen Partei deren Anhänger mit der Idee eines Wahlbündnisses mit den Polen vertraut machte?

In der Parteiliteratur der galizischen russisch-nationalen Partei predigte man jahrzehntelang, daß die ukrainische nationale Bewegung eine gegen die russische Nation gerichtete „polnische Intrigue“ sei. Nun galt es in den Köpfen der Parteiangehörigen eine „Umwertung der Werte“ zu veranlassen und ihnen die Überzeugung einzuflößen, daß die Ukrainer „gemeinsamer Feind“ des russischen und des polnischen Volkes seien, gegen welchen ein gemeinsamer Kampf geführt werden müsse. Wie das Parteiblatt der russisch-nationalen Partei diese Arbeit verrichtete, wird im Nachfolgenden gezeigt.

Da sehen wir im „Galitschanin“, Nr. 27 vom 2. (15.) Februar 1908, einen Leitartikel, betitelt: „Die Schwenkung der Polen in die slawischen Bahnen“, wo es heißt:

„In der polnischen Gesellschaft greift zurzeit eine allgemeine Aenderung der Anschauungen um sich, was jeden Tag beobachtet werden kann. Schonungslos strenge Maßnahmen, die von der preußischen Regierung und von der deutschen Gesellschaft dem polnischen Element gegenüber angewendet werden, haben die Polen ernüchtert, indem sie ihnen anschaulich das schreckliche Gespenst der Gefahr, die ihnen von seiten des Germanismus droht, vor Augen stellten. Die Anschauungen der Polen über die allgemeine Sachlage beginnen eine ganz andere Richtung einzuschlagen; in der Presse, selbst in der autoritativen, — werden Stimmen laut, welche nicht nur die preußische antipolnische Politik verurteilen, sondern auch offen gegen das Bündnis der habsburgischen Monarchie mit Deutschland auftreten.

Das letztere gelangte in der österreichischen Delegation zum Ausdruck. Alle polnischen Redner, die dort das Wort ergriffen hatten, vom Obmann des Polenklubs, Dr. Glombinski, angefangen, verurteilten in entschiedener Weise die preußische Regierung für ihre antipolnische Politik. Mehr noch: solch ein erfahrener Politiker, wie Graf Adalbert Dzieduszycki, der noch vor einigen Wochen österreichischer Minister war, hielt in der Delegiertenkammer eine merkwürdige Rede, in der er ziemlich entschieden sich stark gegen ein Bündnis mit Deutschland aussprach.

Derartige Stimmen liefern uns den Beweis, daß in der polnischen Gesellschaft eine Ernüchterung um sich greift, daß man dort ernstlich mit der Gefahr einer germanischen Ueberschwemmung zu rechnen beginnt und angesichts dessen unwillkürlich den Blick in der Richtung nach der slawischen Gemeinbürgerschaft wendet, welche von den Polen bis zur Zeit vielfach gering geschätzt wurde. Von dem slawischen Gesichtspunkte aus halten wir dies für eine erfreuliche Erscheinung und freuen uns aufrichtig über diese aufkommende Umwandlung der Anschauungen bei der polnischen Gesellschaft. Es wäre sehr wünschenswert, daß die Polen insgesamt diesen einzig heilbringenden Weg betreten und an ihm mit Beharrlichkeit und Standhaftigkeit festhalten.“

Nun kommt eine Reihe von Artikeln, die direkt die Wahlbewegung besprechen.

So wird in einem polemischen gegen das ukrainische Hauptorgan „Dilo“ gerichteten Leitartikel Nr. 3 vom 4. (17.) Jänner 1908 folgende Frage aufgestellt:

„Wer ist für die russisch-nationale Idee im vorliegenden Fall gefährlicher, die Separatisten*) oder die Polen?“

*) D. h. die Ukrainer, welchen man russischerseits vorwirft, daß sie sich vom russischen Volke, dessen Teil sie bilden, abtrennen wollen.

Auf diese Frage folgt folgende Antwort:

„Obwohl Polen für einen Erbfeind Rußlands gehalten wird, ist es jedoch allein nicht gefährlich. Diese Frage wurde schon von der Geschichte entschieden und wenn es die Polen noch nicht durchschauen und sich dem unvermeidlichen Schicksal unterwerfen wollen, wenn sie noch immer von dem Zusammenbruch des russischen Reiches träumen, so ist es nur eine zeitweilige Erscheinung, die früher oder später vorübergehen wird. Sie werden von der Lebenserfahrung gezwungen werden, zu der Ueberzeugung zu kommen, daß für sie ein vollständiges aufrichtiges Uebereinkommen mit der russischen Nation der einzig mögliche Ausweg ist. Wenn aber, unseren Voraussetzungen zuwider, die Polen fortwährend den Russen gegenüber mit ungeminderter Feindseligkeit entgetreten werden, dann droht auch in diesem Falle dem russischen Volke keine ernste Gefahr, denn die Polen werden wohl die genügende Kraft nicht aufbringen, um die feindseligen Pläne realisieren zu können.

Anders verhält sich die Sache mit der separatistischen Bewegung. Für Rußland ist keine Macht der Welt furchtbar, wenn nur im Innern Eintracht und Einigkeit herrscht. Rußland stellt in seiner Einheit eine solche Macht dar, daß es von keiner Seite irgend eine Gefahr befürchten mag. Wenn aber im Innern desselben Zwietracht losbricht, wenn es in kleine Teile zerfällt, die einander bekämpfen, wie es zur Zeit der Fürsten in der russischen Geschichte der Fall war, dann ist es keine Macht mehr und kann selbst von einem schwachen Feinde leicht besiegt werden. Wir ersehen aus der Geschichte, wie viele Mühe es das russische Volk kostete, ehe es ihm gelungen war, alle russischen Länder zu einem Ganzen wieder zu vereinigen und alle russischen Kräfte zu einem mächtigen Organismus zu sammeln.

Rußland kann nur durch Rußland zugrundegehen und demgemäß ist es selbstverständlich, daß der größte und einzige Feind für Rußland die separatistische Bewegung ist, die den Zweck verfolgt, den russischen Organismus in feindliche, einander mit grenzenloser Erbitterung bekämpfende Lager zu trennen. Diese Frage tritt uns sehr klar entgegen und in dieser Beziehung kann nicht der geringste Zweifel obwalten.“

Dasselbe Thema behandelt „Galitschanin“ in einem Leitartikel in der Nummer 8 vom 10. (23.) Jänner 1908. Es wird dort erklärt:

„Wenn wir die Frage der größeren oder geringeren Gefährlichkeit für unser Volk und unsere nationale Idee vonseiten der Polen und Ukrainer betrachten, kommen wir zu der Ueberzeugung, daß uns von den Polen heute entschieden keine Gefahr droht.

Der Andrang des Ukrainismus ist für die russisch-nationale Idee viel gefährlicher als der Andrang des Polonismus.“

In der Nummer 17 vom 20. Jänner (2. Februar) 1908 behandelt „Galitschanin“ in einem polemischen, gegen „Dilo“ gerichteten Leitartikel die Frage der Taktik bei den Stichwahlen, worüber er sich folgendermaßen ausspricht:

„Unserer Meinung nach wäre es in dieser Beziehung am besten, unseren Wählern volle Freiheit zu lassen, für jenen Kandidaten zu stimmen, welchen sie nach ihrer Ansicht für den besseren halten, abgesehen davon, zu welcher politischen oder nationalen Gruppe sich derselbe bekennt. Heute ist jedes Band zwischen uns und den Ukrainern zerrissen und wir können uns gar nicht für verpflichtet halten, unsere erbitterten Feinde bei den Stichwahlen zu unterstützen.“

Da nun die Wähler, welche von der russisch-nationalen Partei beeinflußt wurden, nur eine Wahl zwischen den ukrainischen und den polnischen Kandidaten hatten, so ist diese Erörterung des russisch-nationalen Parteiblattes als eine Belehrung zu betrachten, bei der Stichwahl polnische Kandidaten gegen ukrainische zu unterstützen.

In der Nummer 18 vom 22. Jänner (4. Februar) 1908 behandelt „Galitschanin“ in einem Leitartikel das Thema: „Polonismus und Ukrainismus“. Indem er auf den Vorwurf des „Dilo“, daß zwischen dem polnischen Nationalrate und der russisch-nationalen Partei ein gegen die Ukrainer gerichtetes Wahlbündnis geschlossen worden sei, antwortet, führt er aus:

„Es wäre sehr wünschenswert, wenn eine gewisse Annäherung zwischen zwei bis dahin verfeindeten slawischen Völkern, d. h. zwischen dem polnischen und russischen Volke erfolgen könnte. Diesen Wunsch sprechen wir immer offen nicht seit heute aus, zugunsten einer solchen Annäherung treiben wir konsequent Propaganda als Slawophilen seit langer, langer Zeit, folgerichtig sind wir berechtigt, auch heute vollkommen offenherzig zu erklären, daß, wenn auch auf der polnischen Seite dieselbe Bereitwilligkeit zur Annäherung wie bei uns vorhanden wäre, so würden wir keinen Grund haben, warum wir eine solche erfreuliche Wendung nicht fördern sollten.“

Das Blatt erinnert an den polnisch-ukrainischen Ausgleich, der im Jahre 1890 zustande gekommen war, aber nur sehr kurz dauerte, und erklärt:

„Die Polen konnten den Ukrainern irgend etwas gewähren, denn sie waren es imstande und hatten Mittel dazu. Was konnten aber dafür die Ukrainer den Polen geben? Nichts außer dem Versprechen, bei der Vernichtung Rußlands behilflich zu sein. Heute sind die Polen zur Einsicht gekommen, daß jenes Versprechen für sie keineswegs von solcher Bedeutung sei, wie sie es ursprünglich glaubten, umsomehr, als der Diener nach und nach mit dem Erbfeind des gesamten Slawentums, mit dem Deutschen, zu liebäugeln begann.

In der Annäherung des russischen Volkes zu dem polnischen würden wir aber nichts Erniedrigendes für uns erblicken. Obwohl das russische Volk in Galizien jetzt schwach und entkräftet ist, so darf man trotzdem nicht außeracht lassen, daß wir nur einen winzigen Bruchteil des großen russischen Volkes bilden, welches zurzeit von erstklassiger Bedeutung und Macht in der Welt ist. Man darf auch diesen Umstand nicht unberücksichtigt lassen, daß das Schicksal der Polen in mancher Hinsicht in den Händen des russischen Volkes gelegt sei. In Galizien ist das russische Volk schwach, aber an einer anderen Stelle ist es eben das mächtigste, die Polen dagegen sind hier mächtig, an anderen Stellen aber machtlos und benötigen sogar, wie in Preußen, eine Unterstützung. Aus diesem Grunde darf man in der gegenseitigen Annäherung beider Völker weder etwas erniedrigendes, noch beschämendes für eine Seite erblicken, denn eine solche Annäherung würde nach dem Grundsatz „der Gleiche mit dem Gleichen“ erfolgen.“

Der Wahlauftritt der galizischen russisch-nationalen Partei.

Derselbe ist im „Galitschanin“, Nr. 13 vom 16. (29.) Jänner 1908 veröffentlicht worden. Er führt die Überschrift: „Aufruf an das galizische Rußland von dessen oberster Nationalleitung, dem „Russischen Rate“ in Lemberg“ und ist gezeichnet: „Vom politischen Verein „Der russische Rat“ in Lemberg am 15. (28.) Jänner 1908. Dr. Iwan Dobrjanskij, Obmann. Dr. Wladimir Dudykewitsch, Obmannstellvertreter. Dr. Iwan Pelech, Sekretär.“

Im Aufrufe wird erklärt, daß auf dem Banner des russischen Volkes in Galizien das Losungswort „ein-

heitliches, unteilbares Rußland“ geschrieben ist. Sodann heißt es:

„Zu gleicher Zeit, als im russischen Reiche das russische Nationalbewußtsein mit einer nicht dagewesenen Kraft erwacht und den Sieg feiert, tritt das russische Volk des alten Halitsch in den Aeüßerungen seiner Abgeordneten, die der russisch-nationalen Idee treu geblieben sind, wie auch selbst auf den zahllosen Volksversammlungen, als Vorkämpfer und Beschützer der Einigkeit des russischen Volkes auf. Das russische Volk von Halitsch erklärt, es sei ein unzertrennbarer Teil der russischen Nation, beharrt auf Einigkeit mit der übrigen freien russischen Welt, erkennt als sein wichtigstes nationales Gut die große mächtige russische Sprache an, die durch tausendjährige Bemühungen aller russischen Stämme geschaffen wurde, die Sprache Puschkins und Gogols.“

Nach diesem nationalen Kredo wird im Aufruf folgende Wahltaktik proklamiert:

„Wir fürchten nicht den Kampf mit dem polnischen Volke. Wir werden mit ihm kämpfen als Volk gegen Volk, offen, kulturgemäß und ehrlich für das nationale Wohl; und nahe ist schon die Zeit, wo der Bruder Lach (Pole) zur Einsicht kommen wird, daß die Zukunft Polens nicht im Kampfe mit dem Bruder Ruß (Russen) gelegen ist, sondern in der engen Vereinigung mit demselben und in der gemeinsamen Liebe zum Slawentum.“

Schonungslos wird aber das russische Volk seinen Hausfeind, jene Mißgeburt des Separatismus, seine Volksverräter bekämpfen. Mit ihnen, die das Volk demoralisieren, die seine Denkungsart und seine Weltanschauung verderben, die es seines Nationalnamens berauben, seinen Volksgeist vergiften — kann es nur einen Kampf auf Leben und Tod geben.“

„Zum Wahlsieg der russisch-nationalen Partei.“

Unter diesem Titel bringt „Galitschanin“, Nr. 45 vom 24. Februar (8. März) 1908, einen Leitartikel seines Wiener Korrespondenten, wo es unter Anderem heißt:

„Die Mitwirkung der russisch-nationalen Partei mit dem polnischen Nationalrat erscheint als zweiter Vorwurf seitens der Ukrainophilen. Vor allem müssen wir hier bemerken, daß eine ähnliche Mitwirkung für die russische nationale Partei nichts Schändliches wäre, und wenn dieselbe den Interessen der russischen Bevölkerung in Galizien entspricht, dann ist sie in den Augen eines jeden Politikers und Patrioten nur wünschenswert.“

Um die Ukrainophilen zu beruhigen, sagen wir, daß ein formeller Bund der russisch-nationalen Partei mit der polnischen Gesellschaft gar nicht notwendig war, daß aber in den polnisch-

russischen Beziehungen in der Wirklichkeit eine gewisse Wendung zum Besseren zu verzeichnen sei, die auf Grund der sowohl auf polnischer wie auch auf russischer Seite eingetretenen inneren Ueberzeugung von der unumgänglichen Notwendigkeit einer Versöhnung der beiden Nationalitäten des Landes aufgekommen ist. Der Verlauf und das Ergebnis der Landtagswahlen scheinen die Morgendämmerung zu einer solchen Annäherung zu sein.

Man darf nicht leugnen, daß jene Wendung in den polnisch-russischen Beziehungen gewissermaßen in dem Resultat der letzten Landtagswahlen zum Ausdruck kam. Eine solche Wendung halten wir für vorteilhaft für die russisch-polnische Sache und wir wollen bei ihrer weiteren Entwicklung mitwirken.

Die Bildung des „russischen Landtagsklubs“ ist mit einem Gefühl der Freude zu begrüßen. Es ist zu hoffen, daß aus seiner Mitte ein Landesausschußmitglied gewählt wird.“

Dankbares Gedenken an Statthalter Potocki
seitens der russisch-nationalen Reichsrats-
abgeordneten.

Nach dem tragischen Tode des galizischen Statthalters Grafen Andreas Potocki äußerte sich der russisch-nationale Reichsratsabgeordnete P. Basilius Dawydiak über die Angelegenheit zu einem Mitarbeiter des „Neuen Wiener Tagblattes“ (Nr. 104 vom 14. April 1908) folgendermaßen:

„Ich verabscheue die Tat des jungen Studenten Siczynski auf das tiefste; sie scheint mir umso verdammswerter zu sein, weil sie einen Mann traf, der keineswegs das Schicksal verdiente, das ihm ein Fanatisierter bereitet hat. Seit der nunmehr in Gott ruhende Statthalter an der Spitze der Verwaltung Galiziens stand, war das Regime im Lande ein beiden Nationen gerechtes, das gerechteste, seitdem es galizische Statthalter gibt. Niemals noch wurden Wahlen auf so gesetzliche Weise durchgeführt als die letzten Reichsrats- und Landtagswahlen. Statthalter Graf Potocki waltete im Lande in wahrhaft väterlicher Liebe, zu dem jeder Bewohner zu jeder Zeit Zutritt hatte . . . Ich kann es beteuern, daß niemals ein Regime im Lande so gerecht und so billig war wie das des Grafen Potocki, und darum muß jeder wahre Menschenfreund, jeder Freund Galiziens und jeder, der für das Wohl beider das Land bewohnenden Volksstämme ehrlich und warm empfindet, die Greuelthat verdammen. Gewiß, vor Potocki gab es in Galizien nie ehrliche Wahlen; erst seit er an der Spitze stand, wurden reine Wahlen gemacht. Als ich die Nachricht von seinem tragischen Ende vernahm, war ich auf das Tiefste erschüttert und ich bin über-

zeugt, ein Schrei des tiefsten Schmerzes wird nunmehr das ganze Land durchgellen.“

Daß die Politik des Grafen Potocki die Unterstützung der russisch-nationalen Partei gegen die Ukrainer bezweckte, das wurde vom russisch-nationalen Reichsratsabgeordneten Dr. Nikolaus Hlibowickij bestätigt, welcher gegenüber einem Spezialkorrespondenten der Wiener „Neuen Freien Presse“ (Morgenblatt Nr. 15680 vom 15. April 1908) erklärte:

„Unsere Partei verabscheut und verurteilt die Tat Siczynskis vor allem deshalb, weil wir einen politischen Mord für etwas Nichtswürdiges und Kulturwidriges halten, dann aber auch deshalb, weil gerade Graf Potocki ein gerechter Statthalter und ein Gentleman war. Gerade das machte ihm aber die ukrainische Partei am meisten zum Vorwurf. Die Ukrainer hatten bei den Landtagswahlen verlangt, daß er ihre Partei unterstütze und die unsrige unterdrücke. Weil er das nicht getan hat, deshalb verfolgten sie ihn mit ihrem Haß. Der Mord ist daher nicht aus nationalen Gründen, sondern aus Gründen der Parteipolitik zu erklären. Hoffentlich wird jetzt die ruthenische Bevölkerung in ganz Galizien zu der Erkenntnis kommen, daß der nationale Fanatismus der ukrainischen Partei ins Uferlose führt und daß eine Schilderung der bestehenden Gegensätze angestrebt werden muß. Diese Erkenntnis hat sich schon in Südrußland zwischen Polen und Kleinrussen durchgedrungen und sie wird auch bei uns trotz der ukrainischen Partei zum Durchbruch kommen.“

Eine polnische Stimme über das Wahlergebnis.

Von der polnischen Presse war das Wahlbündnis zwischen dem polnischen Nationalrat und der russisch-nationalen Partei mit Rücksicht auf Wien verheimlicht. Erst nach den Wahlen wagte das Organ des Obmannes des Nationalrates „Gazeta Narodowa“ im Leitartikel „Das Wahlergebnis“ (Nr. 48 vom 27. Februar 1908) seiner Zufriedenheit über die Wahl der russisch-nationalen Abgeordneten Ausdruck zu geben. Es heißt dort:

„Die Ruthenen haben sechs Mandate gewonnen. Wir sehen darin weder ein Unglück noch eine Gefahr für die nationale Sache. Im Gegenteil, das Wahlergebnis in den ruthenischen Wahlkreisen wurde von der erfreulichen Erscheinung begleitet, daß die Polen

sich weiter des Vertrauens des ruthenischen Volkes erfreuen und zweitens, daß die Ukrainer ihre Popularität bei dem ruthenischen Volke zugunsten der altruthenischen Partei verlieren, die gegen uns weder einen chauvinistischen Nationalkampf, noch einen umstürzenden Klassenkampf führt, und mit welcher ein Zusammenwirken auf dem ökonomischen und sozialen Gebiete zum Wohle der beiden das Land bewohnenden Nationalitäten möglich ist.“

Was die Polen von diesem polnisch-russischen Wahlbündnis für ihre nationale Sache erhofften, das hat anläßlich der Landesausschußmitgliedswahl das Organ des Obmannes des polnischen Nationalrates zum Ausdruck gebracht. Es wurde nämlich in der Landtags-session 1908 ein ukrainischer Landtagsabgeordneter (Kiweluk) zum Landesausschußmitglied und ein russisch-nationaler Landtagsabgeordneter (Dr. Hantschakowskij) zu dessen Stellvertreter gewählt. Dies gab der „Gazeta Narodowa“ (Nr. 249 vom 29. Oktober 1908) den Anlaß, mit einem Leitartikel, betitelt: „Ein Altruthene als Stellvertreter des Landesausschußmitgliedes“, aufzutreten, in welchem sie ausführt:

„Diese Wahl entspricht dem Gedanken, welchem auch Herr Korol*) Ausdruck gegeben hatte, daß der Ukrainismus keineswegs mit der ruthenischen Nationalität gleichbedeutend sei und demnach auch der einzige Titel zu nationalen Mandaten nicht sein könne. Und was wichtiger ist: die genannte Wahl hat eine weit über die Grenzen unseres Landes hinaus reichende Bedeutung. Denn wenn man diejenigen Ruthenen verurteilen soll, welche die Rubel annahmen, so soll man auch diejenigen streng verurteilen, welche die preußischen Mark zu diesem Zwecke empfangen oder empfangen, um die Polen in Galizien zu bedrohen und sie in Wien unschädlich zu machen. Die Altruthenen gehören gewiß nicht zu den Abnehmern der preußischen Mark und ihre Annäherung an die Polen würde die Berliner Rechnungen ganz bestimmt kreuzen, umsomehr, wenn dieselbe eine weitere Annäherung außerhalb des Landes zur Folge hätte, was für Berlin sehr unlegen sein würde, denn es würde eine Stärkung der nationalen Existenz der Polen mit sich bringen. Dies eine wäre schon ein genügender Grund, um zwischen den Altruthenen und uns eine Brücke zu schlagen.“

*) Damals einer der Führer der russisch-nationalen Partei, welcher sich aber später zu dem Ukrainismus bekehrte.

Wir sehen also, daß das Organ des Obmannes des polnischen Nationalrates eine ausdrückliche Hoffnung ausspricht, daß der Annäherung zwischen den Polen und der russisch-nationalen Partei in Galizien eine allgemeine polnisch-russische Annäherung in Rußland folgen werde.

Ein Selbstbekenntnis des Obmannes des polnischen Nationalrates.

Das Wahlbündnis zwischen dem polnischen Nationalrate und der russisch-nationalen Partei wurde fünf Jahre später vom Obmann des polnischen Nationalrates, Herrn Taddäus von Cienski, öffentlich bestätigt. Nach der Auflösung des galizischen Landtages im Frühjahr 1913 erklärte er in einem Interview mit dem Lemberger Korrespondenten der Wiener „Neuen Freien Presse“ (Morgenblatt Nr. 17497 vom 10. Mai 1913):

„Die Ukrainer haben es übrigens bisher, sei es bei den Wahlen in die ostgalizischen Bezirksvertretungen, sei es bei den Reichsrats- oder Landtagswahlen, stets abgelehnt, sich mit den Polen in gemischtsprachigen Wahlkreisen ins Einvernehmen zu setzen. In der Landgemeindenkurie haben sie nie ein Kompromiß angestrebt. Dagegen hat der polnische Nationalrat im Jahre 1908 bei den Neuwahlen in den Landtag sich mit gemäßigten Altruthenen in gütlichem Wege auseinandergesetzt und mit diesen ein Uebereinkommen getroffen. Auf Grund dieses Paktes waren die mit polnischer Unterstützung gewählten Altruthenen verpflichtet, sich der Führung durch die russophilen Politiker zu entziehen und sich in den Sitzungen des Landtages bei ihren Reden keinesfalls der russischen Sprache zu bedienen.“

Daß die Rede von „gemäßigten Altruthenen“, welche dem Herrn v. Cienski gegenüber „sich der Führung durch die russophilen Politiker zu entziehen“ sich verpflichtet haben sollten, nur eine Ausrede ist, braucht erst nicht bewiesen werden. Es genügt, hervorzuheben, daß der Wahlauf Ruf der galizischen russisch-nationalen Partei vom Hauptführer derselben, Dr. Dudykewitsch, mitgezeichnet wurde, welcher auch in den Landtag gewählt worden ist. Und Herr v. Cienski

erzählt uns, Herr Dudykewitsch und Genossen seien „gemäßigte Altruthenen“, welche sich ihm gegenüber verpflichtet haben, sich der Führung der russophilen Politiker zu entziehen. Und wir sollen ihm glauben!

Wir werden übrigens noch die Gelegenheit haben, den Statthalter Bobrzynski über die „gemäßigten Altruthenen“ des Herrn v. Cienski zum Worte kommen zu lassen.

Die polnische Propaganda für die russisch-nationale Idee in Galizien.

Zu derselben Zeit wurde auch von der polnischen Presse eine theoretische Propaganda geführt, welche den Zweck hatte, die polnische Gesellschaft zu überzeugen, daß der Standpunkt der russisch-nationalen Partei, welche das ukrainische Volk für einen Bestandteil des russischen Volkes erachtet, richtig ist.

Die Gastfreundlichkeit der „Polnischen Post“ der russisch-nationalen Partei gegenüber.

Die in Wien vom Wiener Korrespondenten des „*Slowo polskie*“, Herrn Adam Nowicki, herausgegebene Wochenschrift „*Polnische Post*“ brachte in der Nummer 13 vom 25. März 1908 einen Aufsatz vom russisch-nationalen Reichsratsabgeordneten Dr. Nikolaus Hlibovickij über „Das Programm der russisch-nationalen Partei“.

Derselbe lautet:

„Im Einvernehmen mit den von der russisch-nationalen Partei gewählten Abgeordneten habe ich ein Programm ausgearbeitet, das die Grundlage unserer Tätigkeit bildet. Dem Programm liegt die Einheitlichkeit aller Bruchteile des russischen Volkes, somit des klein-, weiß- und großrussischen Stammes zugrunde und es hat einen slawischen Charakter. Indem wir die kulturelle Einheitlichkeit des ganzen russischen Volkes anerkennen, stehen wir auf dem Standpunkte, daß sich unsere politische Tätigkeit ausschließlich auf Galizien zu beschränken hat.

Aus der slawischen Grundlage unserer Politik folgt unser Verhältnis zu allen slawischen Brüdern und zu den Polen insbesondere, anderseits zu den Ukrainern, die wir als deklarierte

Prussophilen betrachteten. Angesichts dessen, daß unsere Tätigkeit ein slawische sein muß und keine antislawische sein darf, müssen wir derzeit in allererster Linie eine Reasumtion unseres historisch-politischen Verhältnisses zu dem slawischen Nachbar- und Brudervolke, den Polen, durchführen. Jetzt muß ich eben die Tatsache in Betracht ziehen, daß der Tag noch in weiter Ferne ist, wo beide Nationalitäten einsehen werden, daß der gemeinsame Feind der ist, der in die slawische Familie das Losungswort ‚divide et impera‘ schleuderte, ergänzt durch den weiteren Grundsatz: ‚Slaviam esse delendam‘ und wo sich beide Nationen die Bruderhand aufrichtig als ebenbürtige Volksstämme reichen werden. Liegt aber auch, wie erwähnt, dieser Tag noch fern, so ist es doch schon jetzt Aufgabe der Presse beider Völker, die Gesellschaft durch entsprechende Erziehung für das Näherkommen jenes Tages vorzubereiten.

Um unparteiisch zu sein, muß ich zugeben, daß solche Mittel, wie sie vom russischen Volke angewendet werden, ich spreche hier vom ganzen Volke, wie die Belagerungszustände, die Auflösung des polnischen Volksschulvereins ‚Macierz‘ in Warschau usw. keineswegs zur Ausgleichung der Gegensätze zwischen beiden Volksstämmen beitragen können, einer Ausgleichung, die nicht nur für diese abstrakte Idee der slawischen Gemeinschaft unbedingt angezeigt ist, sondern auch, und in weit höherem Grade, im Interesse der beiden Völker liegt. Andererseits muß ich aber feststellen, daß diese antipolnische Politik im Königreiche Polen, wie dies ja allgemein bekannt sein dürfte, auf Verlangen und nach den Weisungen von Berlin betrieben wird. Ein Beweis hierfür ist die Entrevue in Swinemünde.

Da wir Slawen sind, können wir weder wissentlich noch unwissentlich einer Idee dienen, die von Bismarck stammt, der einerseits die Politik der Freundschaft der beiden Kabinette betrieb, andererseits aber, dazu hat er auch den ehemaligen Minister des Aeußeren, Kalnoky, verwendet, bemüht war, in Ostgalizien und in Südrußland eine separatistische Bewegung der ukrainischen Haidamaken*) zu erhalten, der Endzweck in der Gründung eines Großfürstentums Kiew als eines Vasallenfürstentums der Hohenzollern gipfelte. Ich erachtete es für notwendig hinzuzufügen, daß meiner Ansicht nach die Zeiten des Panslawismus, der von den preußischen Junkern als Gespenst hingemalt wurde, um damit Westeuropa in Schreck zu versetzen, und auf diese Art und Weise die allgemeine Aufmerksamkeit von dem von ihnen befolgten ‚Drang nach Osten‘ abzulenken, vorüber sind. Vorüber sind

*) ‚Hajdamaka‘ — eine Benennung der ukrainischen Bauern, welche in der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts gegen die polnische Unterdrückung eine aufrührerische Bauernbewegung machten.

auch die Zeiten des abstrakten Slawophilismus, der auf bombastische Phrasen und 'gegenseitige Liebe' aufgebaut war und in der Praxis die von den Teutonen genährten Zerwürfnisse zwischen Polen und Russen, zwischen Serben und Kroaten, zwischen Serben und Bulgaren usw. nicht beseitigen konnte.

Es ist jedoch in der Geschichte der slawischen Völker eine neue Aera der realen und positiven Arbeit und somit für die kulturelle Entwicklung des ganzen Slawentums im Anzuge, eine Aera, die auch eine große Widerstandskraft gegen das germanische Vordringen mit sich bringt. Aus diesen allgemeinen Grundsätzen resultiert auch die Richtung unserer politischen Taktik in jeder unserer politischen Aktionen. Meiner Ansicht nach — die auch von der Gesamtheit der Anhänger der neuen Richtung in der russischen Nationalpartei geteilt wird, — ist der Landtag und nicht das Parlament das Forum, vor dem unsere gegenseitigen Angelegenheiten und Streitfragen ausgetragen werden sollen. Hier wird unsere Delegation als die Vertreterin des Slawenvolkes der Russen der Delegation eines ebenfalls slawischen Volkes der Polen gegenüberstehen.

Daraus folgt auch, daß unsere Partei sich in keinerlei Verhandlungen mit der ukrainischen Partei einlassen kann, die dem Grundsatz der ungerechten Hegemonie des deutschen Volkes huldigt und dessen Hilfe stets anruft, was übrigens nicht nur die Geschichte des Anfanges dieser separatistischen Idee im 18. Jahrhundert zur Zeit Mazepas beweist, sondern sich auch in den Ereignissen des parlamentarischen Lebens der letzten Jahre widerspiegelt. Wir werden aber auch in keine Verhandlungen mit den Ukrainophilen aus dem Grunde eingehen, weil wir zur Ueberzeugung gelangten, welche ja auch das polnische Volk gewonnen hat, daß diese Partei noch nie Kompromisse eingehalten hat. Jede sogenannte Konsolidation mit den Ukrainophilen während der letzten 20 Jahre endete in der Bilanz unserer Partei immer mit einem großen Minus und hat lediglich nur der ukrainophilen Partei zum Aufschwunge und zu jener Macht verholfen, die sie jetzt — allerdings nur auf künstliche Weise — besitzt.

Unsere Bestrebungen zur Aenderung der allgemeinen politischen und sozialen Richtung in unserer Partei geben uns aber die volle Freiheit und Möglichkeit, uns nach einem anderen politischen Bundesgenossen umzusehen, bei dessen Wahl wir nicht auf die Wünsche der ukrainophilen Partei Rücksicht zu nehmen brauchen. Ich werde hier den Vertretern dieser slawischen Partei die Worte in Erinnerung bringen, die seinerzeit der Führer ihrer Partei, Romanczuk, ausdrücklich gebraucht hat. Er sagte, daß er die Polen nicht für so gefährlich für das ruthenische Volk betrachte wie die Moskalophilen. Mit denselben Worten werden wir heute der ukrainischen Partei antworten, daß wir ebenfalls die Polen für keine so gefährlichen Gegner unseres Volkes be-

trachten als die Ukrainophilen. Nochmals: Ich kann auf Grund der Erfahrungen der letzten Tage konstatieren, daß die aufgeklärten Anhänger der national-russophilen Partei, false altruthenische genannt, unter dem Volke zu erklären, daß sie von der im politischen Leben unzulässigen Unaufrichtigkeit der ukrainophilen Partei überzeugt sind und als Bundesgenossen das polnische Volk vorziehen.

Die Ukrainophilen können es selbst nicht in Abrede stellen, daß gerade die Negation des russischen Namens und die Aenderung desselben in ‚Ukrainer‘ ihre Partei im eigenen Volke unpopulär gemacht hat und nicht zuletzt hat ihr Auftreten im Parlament, das nicht nur allen Grundsätzen der parlamentarischen Gepflogenheiten, sondern auch jeglichem gesellschaftlichen Umgange widerspricht, ihre Stellung unter der Masse des Volkes schwer erschüttert. Diese Umstände und dann das stete Anwachsen des national-russischen Bewußtseins im Volke ließ uns auf einen günstigen Erfolg bei den Landtagswahlen rechnen und gibt uns eine Garantie auch für die weitere Entwicklung unseres Volkes.

Kurz gesagt: Von der slawischen Voraussetzung unserer sozialen und politischen Tätigkeit ausgehend und den Forderungen der kulturellen Entwicklung der Nation und Stämme Rechnung tragend und somit auch die Notwendigkeit des friedlichen Zusammenlebens anerkennend, stehen wir auf dem Standpunkte, daß die beiden Völker, die Russen und die Polen, in ganz Galizien den Grundsatz anerkennen müssen: ‚sum cuique‘. Daraus folgt, daß wir mit dem verdammenswerten, dem 20. Jahrhundert geradezu hohnsprechenden Losungsworte der Ukrainer: ‚Hinter den San mit den Lachen‘ nicht einverstanden sind.“

Die Anerkennung der „Gazeta Narodowa“ für das Programm des Herrn Hlibowickij.

Dem von Dr. Hlibowickij in [der „Polnischen Post“ entwickelten Programm der russisch-nationalen Partei widmete „Gazeta Narodowa“ (Nr. 75 vom 31. März 1908) einen höchst wohlwollenden Artikel: „Das Programm der russisch-nationalen*) Partei“. Es heißt dort:

„Die zurzeit in Galizien vor sich gehende grundlegende Aenderung des Kräfteverhältnisses im ruthenischen Lager ruft die Notwendigkeit einer Revision der bisher üblichen Anschauungen über die ruthenische Frage und die ruthenischen Parteien und der Anpassung jener Anschauungen an neue Verhältnisse hervor.

*) Um die polnische Gesellschaft irrezuführen, wurde die Bezeichnung „russisch-national“ mit „narodowo-ruski“ (d. h. „ruthenisch-national“) übersetzt.

Ein typisches Beispiel dieser Aenderung ist das neue Programm der russisch-nationalen Partei, die bisher populär die altruthenische oder moskalophile genannt wurde, welches von einem der jüngsten und hervorragendsten Vertreter derselben, Abgeordneten Hlibowickij formuliert und in Nr. 13 der Wiener „Polnischen Post“ veröffentlicht wurde.

Die Grundlage dieses Programmes bildet eine ausgeprägte slawische Tendenz und ein ausgeprägter slawischer Charakter und die Gegenüberstellung desselben eben in diesem Punkte des Programms der Ukrainophilen, welches nach der Meinung jener Partei einen entschieden prussophilen Charakter hat.“

Nach dieser Einleitung werden die Ausführungen des Herrn Hlibowickij im wesentlichen wiedergegeben und dann heißt es:

„Dies sind die allgemeinen Umrisse des von Dr. Hlibowickij formulierten Programms. Dieses Programm liefert den Beweis von einer ernsten Evolution, die sich bei dieser früher verächtlicher-weise moskalophil genannten Partei vollzogen hatte. Drei von Dr. Hlibowickij so stark hervorgehobene Hauptmerkmale und zwar: die echt slawische und aufrichtig antigermanische Grundlage, ferner die Stellungnahme zu den Polen, die eine Notwendigkeit des friedlichen Zusammenlebens anerkennt und von eroberungs-süchtigen Tendenzen frei ist, schließlich der ausdrücklich autonomistische Charakter — dies alles macht uns die neue Partei sympathisch, insbesondere in dem Vergleiche mit den gerade entgegengesetzten Zügen der ukrainophilen Partei. Dagegen von dem früher so stark betonten und zugleich von der polnischen Seite so gewalt-sam bekämpften Moskalophilismus der genannten Partei sind Dinge entstanden, mit denen jeder einverstanden sein kann, mit denen jeder auf wissenschaftlicher Grundlage Stehende einverstanden sein soll, und zwar eine Anerkennung der kulturellen Einigkeit des gesamten russischen Volkes, d. h. des klein-, weiß- und großrussischen Stammes, bei der gleichzeitigen ausdrücklichen Vorbemerkung, daß die politische Tätigkeit der neuen Partei ausschließlich auf Galizien beschränkt bleiben soll.

Ein derartiges Programm kann in der Zukunft wirklich ein Kristallisierungszentrum aller gesunden, von dem Gift des Radikalismus und des Hajdamakentums unverdorbenen Elemente in der ruthenischen Gesellschaft werden und dadurch auch eine mehr normale Gestaltung der Verhältnisse in Galizien und einen Uebergang derselben vom Zustand der beständigen Gereiztheit und des Kampfes in den Zustand des friedlichen Zusammenlebens anbahnen.

Im Interesse der beiden Völker, im Interesse aller Bewohner dieses Landes ist es zu wünschen, daß es so schnell

als möglich erfolgen möchte. In dieser Beziehung wird polnischerseits „der gute Wille nicht fehlen“.

Die Anerkennung der „russischen Nation“ in Galizien, seitens des „Swiat Slowianski“.

Zur selben Zeit finden wir im Märzheft der polnischen Monatsrevue „Swiat Slowianski“ („Die slavische Welt“), welche seit Jahren in Krakau erscheint, im Aufsatz: „Das Programm eines Großpolen“ folgende, vom „allgemein-polnischen Gesichtspunkte“ aus gehaltene Ausführungen:

„Heute sind die galizischen Ruthenen in zwei Nationalitäten zerfallen: in Russen und Ukrainer.

Die Ukrainer erfreuen sich einer vollständigen Gleichberechtigung, die Russen wollte man gar nicht anerkennen. Dieses Unrecht soll gutgemacht werden. Zuerst soll man der russischen Sprache gleiche Rechte wie der ukrainischen — und zwar in Schule, Gericht und Amt — einräumen. Es sollen diejenigen Gemeinden, die es wünschen, russische Schulen haben, in den ruthenischen Gymnasien soll man neben den ukrainischen russische Parallelklassen einrichten, wenn es Schüler und Professoren wünschen werden, an der Universität soll man den ruthenischen Professoren und Dozenten freie Wahl lassen, ob sie ukrainisch oder russisch vortragen wollen, zugleich soll man eine Lehrkanzel für die russische Sprache gründen, wie sie für die ukrainische vorhanden ist. Ähnlich soll bei Gericht und Amt auf Wunsch der Parteien sowohl russische als ukrainische Sprache zur Anwendung kommen. Ebenso soll man der russischen Sprache gleiche Rechte wie der ukrainischen im galizischen Landtage und in dem Wiener Reichsrate einräumen.“

Die Leugnung der nationalen Selbständigkeit des ukrainischen Volkes; die Bekämpfung des polnisch-ukrainischen Ausgleiches; die Denunzierung Österreichs bei Rußland; die Rechtfertigung der Wahlarbeit Rußlands in Galizien.

Nach den Reichsratswahlen 1911 hat die Frage des polnisch-ukrainischen Ausgleiches eine neue Aktualität gewonnen. Was nun angesichts dessen von den Allpolen und Podoliern geleistet wurde, wird im Nachfolgenden auf Grund der Preßstimmen dargestellt.

Zur Bekämpfung der ukrainischen Bewegung haben die Podolier und die Allpolen eine spezielle „Organisation der nationalen Einigkeit“ gegründet. Dieselbe hat unmittelbar nach den genannten Reichsratswahlen in einer Versammlung am 12. Juli 1911 unter dem Vorsitz des Obmanns Taddäus v. Cienski eine Diskussion über die politische Lage durchgeführt und eine Reihe von Resolutionen angenommen. Die Resolution in der ruthenischen Frage („Słowo polskie“, Nr. 326 vom 15. Juli 1911) lautet:

„Angesichts dessen, daß die ukrainische Partei eine immer gewalttätigere Politik führt und keine Garantien gibt, dieselbe aufzugeben, die Unterstützung dieser Partei und die Hilfsleistung derselben, damit sie die vollständige Vertretung der ruthenischen Bevölkerung sogar auf Unkosten der gemäßigten ruthenischen Gruppen in ihre Hände bekommt, ist für eine schädliche Politik zu erachten“

Anläßlich der obigen Resolution hat der Krakauer Universitätsprofessor Dr. Marian Zdziechowski in der „Gazeta Narodowa“ (Nr. 179, vom 6. August 1911) den Aufsatz „Das dreieinige Rußland“ veröffentlicht, welchem die Redaktion folgende Vorbemerkung voranschickt:

„Von dem bekannten Kenner der slawischen Angelegenheiten, Herausgeber des „Świat słowiański“, Professor der Jagielloner Universität Dr. Marian Zdziechowski, erhalten wir folgende sehr schätzbare Bemerkungen zum Thema: ob wir durch eine Unterstützung des Ukrainismus ein gewisses ukrainisches Volk gegen das russische Volk — oder aber nur einen Bruchteil des russischen Volkes, welcher in dem Hajdamakentum seine Stütze findet, gegen einen anderen mehr gemäßigten, nämlich den altruthenischen unterstützen.“

Und nun zu den Ausführungen des Prof. Zdziechowski. Indem er an die obenangeführte Resolution der „nationalen Einigkeit“ anknüpft, erklärt er:

„In dem Wesen der Idee von dem polnisch-ukrainischen Ausgleich selbst steckt meiner Ansicht nach eine Täuschung, denn der noch bis zurzeit erhaltene Glauben an die Existenz einer besonderen ukrainischen Nationalität ist eben die Täuschung und nichts mehr.“

Dann wurden verschiedene Theorien vom „dreieinigem Rußland“, welches aus drei Nationalitäten: einer großrussischen, einer kleinrussischen (ukrainischen) und einer weißrussischen bestehe, dargestellt, wobei der Verfasser in tendenziöser Weise vorgeht, indem er keinen Unterschied zwischen denjenigen macht, die diese Theorien in russifikatorischer Absicht dem ukrainischen Volke gegenüber vorbringen und denjenigen, die (wie z. B. der Moskauer Universitätsprofessor Theodor Korsch) die ukrainische Nationalität vorbehaltlos anerkennen.

Sodann schreibt er:

„Man muß diese Feststellung ‚der Einigkeit und Untrennbarkeit des dreieinigem Rußlands‘ im Gedächtnis behalten — und diejenigen, von denen die polnische Politik geleitet wird, sind verpflichtet, dieser Tatsache Rechnung zu tragen, daß sie durch eine Unterstützung der ukrainischen Bewegung keineswegs ein gewisses ukrainisches Volk dem russischen gegenüberstellen, sondern daß sie in dem Bereiche eines und desselben Teiles ‚des in seiner Einigkeit untrennbaren russischen Volkes‘ einen Bruchteil, der in den Traditionen des Hajdamakentums seine Stütze sucht, gegen einen anderen begünstigen, welcher zurückzukehren trachtet zu den Traditionen des Halitscher Fürstentums und zu der kulturellen Einigkeit desselben mit dem Kijewer Rußland, ferner aber mit dem moskowitzischen Rußland, welches seine Kultur in hohem Grade der Einwirkung der Einflüsse von Lemberg und Kijew verdankt.“

Weiter bemerkt der Verfasser, die Ukrainer seien „verkappte Russen“, welche im Falle der Eroberung von Galizien durch Rußland „sich bald in nicht minder oder vielleicht noch mehr eifrige Russifikatoren des Polentums als Herr Dudykewitsch umwandeln würden.“

„In Anbetracht dessen — schreibt er weiter — fragen wir, ob es unsererseits nicht ein zu sehr riskanter Schritt wäre, den Ukrainismus zu stärken, von welchem wir wissen, daß derselbe in sozialer Hinsicht ein revolutionäres Element, in politischer aber das stärkste, obwohl — was ich auch nicht leugne — oft unbewußte Werkzeuge des Panrussismus zur Vernichtung des Polentums ist, während wir andererseits ebensogut wissen, daß wir uns leichter mit denjenigen verständigen könnten, welche sich zu keiner Gemeinschaft mit dem Hajdamakentum bekennen und welche wissen und aufrichtig erklären, wer sie sind, welche

aber keine separatistischen Interessen Oesterreich gegenüber an den Tag legen. — Ich spreche von den Altruthenen.“

Die Ausführungen des Prof. Zdziechowski haben selbstverständlich bei den „galizischen Russen“ einen großen Beifall gefunden. Darüber beeilt sich „Gazeta Narodowa“ ihren Lesern zu berichten. In der Nummer 183 vom 11. August 1911 schreibt sie:

„Das Organ des Dr. Dudykewitsch, ‚Priкарпатська Русь‘ gab den Artikel des Prof. Zdziechowski in russischer Uebersetzung wieder und fügte in der neuesten Nummer seine Bemerkungen hinzu. ‚Priкарпатська Русь‘ hält die Erörterungen des Prof. Zdziechowski für vollkommen richtig und warnt die Polen, daß dieselben, von dem unbegründeten Sentimentalismus verleitet, zu ihrem eigenen Unglück die giftige Schlange des Hajdamaken-anarchistischen Ukrainentums nicht pflegen sollen.“

Über dieselben Ausführungen des Prof. Zdziechowski bringt „Słowo polskie“ (Nr. 496 vom 24. Oktober 1911) ein Interview mit dem bereits erwähnten Führer „der galizischen Russen“, Dr. Hlibowickij. Derselbe äußerte sich darüber folgendermaßen:

„Der Beschluß der ‚nationalen Einigkeit‘, welcher von großer Bedeutung ist und welcher begründeterweise die einseitige ukrainophile Politik des gegenwärtigen Statthalters verurteilt, gab dem hochverehrten Professor M. Zdziechowski den Anlaß, den bekannten Aufsatz ‚Das dreieinige Rußland‘ in der ‚Gazeta Narodowa‘ zu veröffentlichen.“

„Welchen Eindruck hat der Aufsatz des Prof. Zdziechowski in Ihrer Partei gemacht?“

„Einen allerbesten. Der Aufsatz des Prof. Zdziechowski ist von Aufrichtigkeit und historisch-wissenschaftlicher Wahrheit durchdrungen, welche niemand auf der Welt weder stürzen noch verwischen wird, sogar um ministeriellen ‚Amtsdienern‘ in Wien Gefälligkeit zu tun.“

Richtig, sehr richtig hat Prof. Zdziechowski in seinem kennzeichnenden Aufsatz in der ‚Gazeta Narodowa‘ hervorgehoben, daß die Unterstützung des Ukrainophilismus durch manche polnischen Politiker in Galizien eine fatale Rückwirkung auf politisches Schicksal der Polen im polnischen Königreiche hat. Die politische Welt in Rußland weiß ganz gut, daß das letzte Finale des gegenwärtigen Ukrainophilismus ‚Großfürstentum Kijew‘ sein soll, — eine Idee, die von Berlin aus inaugurirt und nach Berliner Weisungen vom österreichisch-ungarischen Minister

des Aeüßeren Kalnoky in die Tat umgesetzt wurde. Die Sache ist gut für die Preußen, welche in Kijew eine Hohenzollernsche Sekundogenitur gründen wollen. Aber welche Rolle spielen in diesem Abenteuer manche polnischen Politiker? Die Befürchtungen des Prof. Zdziechowski, betreffend die fatalen Rückwirkungen dieser unüberlegten ukrainophilen Politik für die Polen in Rußland, ist vollständig begründet.“

In der Nummer 184 vom 12. August 1911 erörtert „Gazeta Narodowa“ in einem gegen „Dilo“ gerichteten Artikel „die ukrainische Frage“ und kommt zu dem Schlusse:

„Es hieße nur sich einfach irreführen zu lassen, wenn man den Ausgleich auf dieser Grundlage stützen wollte, daß es das ‚ukrainische‘ Volk gibt und daß alle ruthenischen Elemente im Lande demselben angehören. Das ukrainische Volk existierte weder in den ältesten Zeiten noch zur Zeit der Halitscher Fürsten, noch Kasimirs des Großen, noch im XIX. Jahrhunderte nach dem Wiederaufleben des Ruthenentums in unserem Lande.“

Nun kommen wir zu einem Artikel, in welchem der russische Standpunkt dem ukrainischen Volke gegenüber als richtig anerkannt und Österreich beschuldigt wird, die ukrainische Bewegung zum Schaden Rußlands zu unterstützen. Es ist dies ein Leitartikel der „Gazeta Narodowa“ (Nr. 194 vom 25. August 1911), betitelt: „Sagen wir die Wahrheit!“ Es heißt dort:

„Das Moskauer Reich hat durch Gewalt mit den Kosaken-Politikern Ordnung gemacht, aber das Gespenst der Kosaken-Anarchie hebt jetzt sein Haupt in Galizien empor, von demselben Geiste der Rücksichtslosigkeit beseelt, wie es vor ungefähr drei Jahrhunderten in Polen der Fall war, und trübt die Staatsruhe in Oesterreich ebenso, wie sie dieselbe in Polen und im Moskauer Reich getrübt hatte. Das Abenteurertemperament vererbt sich nicht bloß auf einzelne Personen, sondern auch auf Völker.

Rußland beschuldigt uns, zum Teil mit Recht, daß wir im Namen der Einigkeit und Untrennbarkeit des alten polnischen Reiches immer die Schaffung und Stärkung der Idee der Absonderung der Ruthenen von den Russen anstrebten.“

Der Verfasser gibt dem russischen Standpunkt gegenüber dem ukrainischen Volke Recht und erklärt:

„Die Politik der Konzessionen für die Ruthenen in Galizien erbittert Rußland und verschärft unsere Verfolgung, denn Ruß-

land sieht in diesen Konzessionen ein Attentat gegen seine Einigkeit und seine innere Ruhe. Es gab keine ruthenische Frage in Galizien, es gab auch keinen Eingriff Rußlands in unsere inneren Angelegenheiten solange, bis dank uns, dank unserer Mehrheit, unseren politischen Träumereien, eine ruthenische Nationalität sich abzusondern begann, bis sich gleichzeitig voreilige, höchst unpolitische kosakische Forderungen an uns und an Rußland zu offenbaren anfangen.

Weitere Konzessionen an die Ruthenen wären widerrechtlich, zwecklos, unpolitisch und unvernünftig. Alle Vereinbarungen mit ihnen wären nicht nur für uns, sondern auch — was noch wichtiger ist — für Oesterreich gefährlich. Für uns, denn die Verträge mit den Ruthenen leisten keine Gewähr für Grenzen, Ruhe oder moralische Verpflichtungen. Für Oesterreich würden alle Konzessionen an die Ruthenen ein noch schlimmeres Ende haben. Rußland würde mit Recht diese Konzessionen für eine Provokation halten, für die Bildung eines agitatorischen Brennpunktes, woher die Flamme in das Innere der russischen Angelegenheiten gelangen würde. Rußland ist nicht so unklug, nicht zu wissen, daß das Treiben der galizischen Ruthenen darauf gerichtet ist, die Einigkeit des russischen Reiches zu zersprengen; es ist auch nicht so unvorsichtig, um sein Veto gegen jenes Spiel mit einem ruthenischen Staate von den Karpathen bis zur Wolga nicht ins Gewicht zu legen. Nicht die Ruthenen werden für dieses Spiel verantwortlich sein, sondern Oesterreich.“

Die Behauptung, daß die Ukrainer keine Nation bilden, wiederholt „Gazeta Narodowa“ bei jeder Gelegenheit in verschiedensten Varianten. So im Artikel „Die litauisch-ruthenische Frage“, (Nr. 203 vom 5. September 1911), wo es heißt:

„Was sind eigentlich die Litauer und Ruthenen? Sind es Völker in der modernen Bedeutung dieses Begriffes? Diese Frage muß verneint werden.

Haben diese Stämme eine Zukunft, sind sie fähig, neue, besondere Kulturelemente von hoher Bedeutung zu bilden und die Entwicklungsstufe anderer europäischer Völker zu erreichen? Dies muß auch verneint werden. Auf dem Gebiete der alten polnischen Republik ist kein Raum für drei besondere Völker, dort könnte also entweder Litauertum oder Ruthenentum oder Polentum existieren, aber nicht diese drei Völker beieinander als gleichberechtigte Elemente.

Wem dient also die litauische oder ruthenische Bewegung? Sie schwächt die Polen, dient also vor allem den Feinden des polnischen Volkes, es ist daher ein Frevel für einen Polen, mit derselben zusammenzuwirken.

Die Litauer und Ruthenen, wenn sie mit uns nicht zusammengehen wollen, erwarten zwei Möglichkeiten: eine Ueberflutung durch Rußland und Ertrinken in dem russischen Meer, oder aber — insoferne ihre unsinnige separatistische Bewegung imstande sein wird, derartig die Polen zu schwächen, — daß dieselben von den Deutschen niedergeworfen werden, — die Germanisierung; eine Zukunft als neue selbständige Nationen haben sie nicht.“

Im Artikel „Die Orthodoxie und ihre Politik“ kommt „Gazeta Narodowa“ (Nr. 271 vom 26. November 1911) über die orthodoxe Bewegung zu sprechen, welche von der russisch-nationalen Partei in Galizien als eines der Mittel der russischen Propaganda hervorgerufen würde.

Indem sie bemerkt, daß die ukrainische Intelligenz die Schaffung eines ukrainischen Staates anstrebt, führt sie weiter aus:

„Das heißt, dieselbe wünscht ihre Ukraina aus Rußland herauszuschneiden. Inwiefern also die politischen und staatlichen Ansprüche der Ruthenen in Oesterreich einfach ein politisches Puppenspiel sind, insofern werden dieselben in Rußland zu einem für die Einheit des Staates gefährlichen Ferment. Und in diesem Punkte steckt eben die Gefahr für Galizien und Oesterreich. Indem Rußland unter den galizischen Ruthenen die wachgerufene Idee der Selbständigkeit wahrnimmt, versucht es dieselbe zur eigentlichen Bedeutung, d. h. zum Nichtsein zurückzuführen. Für ein Mittel, welches die nationalen Träumereien der Ruthenen vernichten sollte, hält es die Propaganda der Orthodoxie.“

Dasselbe Thema behandelt „Gazeta Narodowa“ im Artikel „Politische Rätsel“ (Nr. 4 vom 6. Jänner 1912) anlässlich einer Delegationsrede des Dr. Kramarz, welcher die galizische russisch-nationale Partei in Schutz genommen hatte. In dem genannten Artikel heißt es:

„Wenn die altrussischen und die jungrussischen Parteien*) an dem Prinzip der historischen Einigkeit mit Rußland festhalten, so kann diese Frage, so lange sie nur eine wissenschaftliche ist, niemandem schaden.

*) Zur Zeit war bereits die galizische russisch-nationale Partei in zwei Fraktionen geteilt.

Für uns Polen sind die Russophilen mehr sympathisch als die radikalen Hajdamaken,*) denn sie sind eine Repräsentation des vernünftigsten und ruhigsten Bruchteils der ruthenischen Gesellschaft.

Oesterreich behandelt die Ruthenen gleichmäßig mit anderen Völkern, die eine schon alte eigene Kultur und eine politische Schulung besitzen. Die Ruthenen haben sich politische Flügel angefertigt und begannen zu fliegen. Sie erschufen, ein wenig zu vorzeitig, ihr eigenes Götzenbild und nannten es ‚die selbstständige Ukraina‘. Oesterreich blickte auf dieses Spiel nachsichtig und nicht ohne Träumereien. Rußland kann aber dem ruthenischen, in der radikalen Schmiede zu seinem Nachteil geschmiedeten Treiben nicht gleichgiltig zusehen. Indem es also Gleiches mit Gleichem vergelten will, errichtet es in Galizien eine orthodoxe Schmiede, um in dem Hause des Nachbars eine Unterhaltung für ihn und ein Fensterlein für die Zukunft für sich zu schaffen. So wurde die Orthodoxie in Galizien als Gegengewicht für die mazepinische**) Schmiede ins Leben gerufen.

Die Orthodoxie wird mit dem Augenblicke verschwinden, als Oesterreich den ruthenischen Ansprüchen Halt gebieten und dieselben auf das galizische Maß zurückführen wird und wo man in Wien zur Einsicht kommen wird, daß die Staatspolitik mit den Lösungen von politischen Rätseln nichts gemein haben kann und haben darf.

Nicht die Verfolgung der Orthodoxie ist für Oesterreich bedrohend, sondern die Hajdamakischen Phantasien.“

Wir werden auch weiter das Podolierorgan den Standpunkt vertreten sehen, daß die russische Propaganda in Galizien lediglich ein vollständig berechtigtes Mittel Rußlands sei, der für Rußland gefährlichen ukrainischen Bewegung entgegenzuwirken.

Im Zusammenhang mit den bereits angeführten diesbezüglichen Ausführungen der „Gazeta Narodowa“ wollen wir nun zeigen, wie dieselbe trachtet die Schuld der russisch-nationalen Partei an der orthodoxen Bewegung zu vermindern. Den Anlaß dazu gab dem Podolier-

*) Darunter sind die Ukrainer gemeint. Vergleiche unten den betreffenden Passus der in der besprochenen Delegations-Session gehaltenen Rede des damaligen Obmanns des Polenklubs, v. Bilinski.

**) Ein von dem Namen des ukrainischen Hetman Mazepa gebildetes Wort, welcher bekanntlich mit Hilfe von Schweden die Ukraina aus der russischen Herrschaft befreien wollte.

organ der Aufsatz des polnischen Jesuiten P. Urban über die orthodoxe Propaganda in Galizien, welcher in der polnischen Monatsrevue „Przegląd Powszechny“, („Allgemeine Rundschau“, Krakau) erschien. Indem „Gazeta Narodowa“ (Nr. 153 vom 7. Juli 1912) über den genannten Aufsatz berichtet, schreibt sie:

„Der russophile Teil der griechisch-katholischen Geistlichkeit überreichte im Jahre 1910 den Metropolitcn ein Memorandum, in welchem er denselben aufmerksam machte, der Union drohe in der nächsten Zukunft eine Gefahr, wenn der von russisch-nationalen Ueberzeugungen beseelten Bevölkerung die Hirten von derselben Ueberzeugung entzogen werden sollten, wie es den Anschein hat, angesichts der fortwährenden perzentmäßigen Verminderung der Kleriker von dieser Partei.

P. Urban ist überzeugt, daß eine ungeheure Mehrzahl der russophilen Geistlichen innerlich jede Propaganda der Orthodoxie verurteile, von wem immer dieselbe geführt wäre, und wenn sie dieselbe nicht energisch genug bekämpft, so geschehe es nicht wegen der Sympathie zur Orthodoxie, sondern infolge eines gewissen Opportunismus, welcher dem Klerus gebiete, die Beziehungen zu angesehenen weltlichen Bekennern derselben Ueberzeugungen nicht zu unterbrechen.“

Wie das Podolier-Organ auf Schritt und Tritt die polnische Öffentlichkeit zu überzeugen trachtet, daß das ukrainische nationale Lager kein Recht habe das ukrainische Volk zu vertreten, mögen einige Zitate aus verschiedenen Artikeln zeigen.

In der Nummer 277 vom 3. Dezember 1911 berichtet „Gazeta Narodowa“ über den Standpunkt des ukrainischen Hauptorgans „Dilo“, betreffend die damals geführten polnisch-ukrainischen Verhandlungen und fügt hinzu:

„Die russophilen Zeitungen und ‚Ruslan‘ des Herrn Barwinskyj *) schweigen von den polnisch-ukrainischen Verhandlungen in Wien, offenbar dadurch betroffen, daß von der ruthenischen Seite nur eine, nämlich die ukrainische Partei, eingeladen wurde, alle übrigen aber ignoriert wurden, als ob sie nicht existierten.“

In der Nummer 278 vom 5. Dezember 1911 bemerkt sie in einem Leitartikel über dasselbe Thema:

*) Führer einer winzigen ukrainischen christlich-sozialen Gruppe.

„Die Ukrainer dürfen übrigens nicht vergessen, daß nicht das ganze ukrainische Volk in ihrem Lager ist, daß es auch noch andere Parteien gibt, mit denen das Präsidium des Polenklubs in Wien keine Berührung hat, die aber ebenfalls national, ruthenisch sind.“

In der Nummer 7 vom 11. Jänner 1912 gibt sie folgendes tendenziöse Bild der Verhältnisse im ukrainischen Volke:

„Wir allein sind die richtige Repräsentation des ukrainischen Volkes — versichern in allen Tonarten die Mitglieder des ukrainischen Klubs — „was wir daher sagen, das spricht mit unserem Munde das 18 Millionen zählende ukrainische Volk.“

Darauf erwidern ebenfalls ruthenische Abgeordnete, die aber einer anderen Partei angehören:

„Lug und Trug! Das Halitscher Rußland ist keineswegs eine Ukraina; wir kennen hier keine Ukraina. Und wer erklärt, in Galizien sei irgendeine Ukraina, tut der Geschichte Gewalt an, betrügt das ruthenische Volk. Nur wir allein sind echte Vertreter von Karpathenrußland und hinter uns steht das große 100 Millionen zählende russische Volk, dessen Gebiet sich bis an das Polarmeer erstreckt.“

Nach dieser tendenziösen Darstellung (die Zahl des ukrainischen Volkes zum Beispiel, welche über 30 Mill. beträgt, ist mit 18 Mill. angegeben worden) erklärt die Redaktion:

„Ueberlassen wir der Geschichte die Entscheidung des diesbezüglichen Mißverständnisses zwischen den Ukrainern und Russo-philcn.“

Beachtenswerte Ausführungen über österreichisch-russische Beziehungen im Zusammenhange mit der ukrainischen Frage bringt „Gazeta Narodowa“ in der Nummer 14 vom 19. Jänner 1912, im Artikel „Ausgleich oder Krieg?“ Es heißt dort:

Unlängst hat ein wenig bekannter ruthenischer Würdenträger in einem Interview erklärt, daß die Ruthenen in ihrem Kampfe mit den Polen ihre Hoffnungen auf den Sieg auf die Vermittlung des Ministerpräsidenten Stürgkh stützen. Herr Stürgkh also, erschrocken über das kampfbereite Verhältnis, welches zwischen Rußland und Oesterreich eingetreten ist, sollte angeblich dem Statthalter empfohlen haben, daß er *coute que coute* den polnisch-ruthenischen Streit dem Ausgleich zuführe.

Wollen wir diesen Zeitungstreich analysieren: Das Verhältnis mit Rußland ist gespannt, — Rußland schafft in Galizien

die Frage der Verteidigung der Orthodoxie. — Rußland erkennt bei sich die Ruthenen als eine besondere Nationalität nicht an und unterdrückt die Entwicklung dieser Idee. Was heißt das? Das heißt, daß es hier bei uns in Galizien Bedingungen schaffen will, die den Kampf mit dieser Idee erleichtern sollen, daß es die Partei schwächen will, welche das ganze ukrainische Volk zu repräsentieren bestrebt ist, wobei es all das umso notwendiger für sich hält, denn es entspricht seinem, Rußlands, Interesse. Folglich ist sowohl eine Ueberhäufung Galiziens mit Spionen, wie auch die Propaganda der Orthodoxie nichts anderes als ein Kampf mit der ukrainischen Partei. Wenn auch Rußland gewisse kriegerische Absichten gegen Oesterreich hat, so geschieht es infolge des Uebermutes der ukrainischen Gruppe, welche hier in Lemberg von sich viel lauter trommelt und bläst, als sie dazu Anrecht hat.

Wenn Graf Stürgkh wirklich in der Richtung handeln würde, um die Polen zu weitgehendsten Konzessionen zugunsten der Ruthenen zu bewegen, würde er den Interessen des Staates und des Landes zuwiderhandeln, denn er würde die Stärkung der ukrainischen Partei erleichtern, welche für Rußland nicht so gefährlich wie verabscheuungswidrig ist.

Die Leiter der österreichischen Politik sollten es wissen, daß die ukrainophile Partei nicht das ukrainische Volk ist, daß sie nur insofern überlaut und alarmierend ist, insofern man ihr zu lärmern erlaubt, und wenn morgen eine gemäßigte Partei*) zur Macht und zum Worte kommt, dann erfolgt ein Ausgleich mit den Polen, verschwinden Spione und Popen und das Gespenst eines Krieges mit Rußland wird nur eine Erinnerung an die Träume der Herren Lewytzkyj et Cie. bleiben.“

Auch im allpolnischen Organ „*Slowo polskie*“ befindet sich zur selben Zeit eine Fülle von Ausführungen ähnlichen Inhalts. Als Beispiel führen wir einen Bericht des „*Slowo polskie*“ (Nr. 45 vom 27. Jänner 1912) an, über einen von einem Polen aus der russischen Ukraina im polnischen Nationalklub in Lemberg gehaltenen Vortrag über die ukrainische Frage. Dem Bericht fügt das allpolnische Organ folgende Bemerkung hinzu:

„Diese Diskussion erweiterte den Gesichtskreis der ruthenischen Frage bei uns, indem sie auf die Fehler hingewiesen hatte, die sich ergeben, wenn man dieselbe ausschließlich vom galizischen Standpunkte aus betrachtet.

*) Gemeint sind selbstverständlich die „gemäßigten Alt-ruthenen“ des Herrn von Cienski.

Diejenigen aber, die mit ihren Gedanken über die Grenzen Galiziens hinauslaufen und daran denken, die ukrainische Frage nach Rußland zu verpflanzen, leisten der polnischen Sache keinen Dienst, sondern arbeiten — obwohl unbewußt — buchstäblich „pour le roi de Prusse“.

Rußland wird eine Ausbildung der ruthenischen Intelligenz nicht zulassen. Mit den Versprechungen, eine ukrainische Universität in Lemberg zu gründen, wird man die Ruthenen in Rußland für Oesterreich nicht gewinnen. Wer Oesterreich in dieser Beziehung mit der angeblichen ukrainischen Bewegung in Rußland irreführt, der ist kein guter Ratgeber. Nur im preußischen Interesse liegt es, wenn Oesterreich zu einem Abenteuer im Osten, in Podolien und in der Ukraina getrieben wird.

Und für diese Politik zählt vorläufig die polnische Gesellschaft in Rußland.

Denn Rußland rächt sich an uns für die übrigens fruchtlosen, aber sehr ostentativen Versuche, die ukrainische Frage über die Grenzsteine hinüberzuschaffen. Wenn aber diese Versuche einst mit Erfolg gekrönt werden sollten, wenn die ukrainische Bewegung in Rußland wirklich erwachen sollte, dann wird die russische Regierung keinen Augenblick zögern, dieselbe gegen die Polen zu wenden.

Den Ukrainismus in Rußland hervorzurufen, heißt nur noch einen Feind gegen uns rüsten.“

Die russophilen polnischen Parteien und der Statthalter Bobrzynski.

Eine Debatte in einer Wählerversammlung in
Krakau.

Daß die Allpolen und Podolier mit den polnisch-ukrainischen Verhandlungen, welche unter Mitwirkung des Statthalters von Galizien Dr. Bobrzynski geführt wurden, nicht zufrieden waren, das haben wir schon gesehen.

Diese Unzufriedenheit kam nun in einer am 4. Jänner 1912 in Krakau abgehaltenen Wählerversammlung der Großgrundbesitzerkurie, in welcher der Landtagsabgeordnete Prof. Dr. Josef Milewski (Podolier) über seine Tätigkeit Bericht erstattete.

In seiner Rede protestierte Dr. Milewski gegen die Wahl eines Ukrainers zum Landesausschußmitglied,

was vor allem „ein Bloßstellen der Politik des verstorbenen Statthalters“ (Potocki) war, welcher den Ukrainern „das Monopol der Unterstützung seitens der Regierung nicht angedeihen lassen wollte und es auch nicht als im Interesse des Landes gelegen hielt, daß nur die Ukrainer als Vertreter des ruthenischen Volkes in Galizien gelten sollten.“

Um auf den obigen, wie auch auf andere Vorwürfe zu antworten, ergriff der in der Versammlung anwesende Statthalter Bobrzynski das Wort und erklärte, daß es nicht Absicht des Statthalters Potocki war, die Russophilen gegen die Ukrainer zu unterstützen. Bobrzynski erzählte, nach den Landtagswahlen 1908 habe ihn Potocki in Krakau besucht und ihm gegenüber erklärt:

„Die Wahlen sind beendet, die Sache ist erledigt, ich kann aber auf einem russophilen Standpunkte nicht stehen; als Statthalter kann ich nur diejenigen Ruthenen anerkennen, die sich zur besonderen ruthenischen Nationalität bekennen.“

Dann führt Bobrzynski weiter aus:

„Aus seinem Munde sowohl damals als auch anderemale hörte ich auch immer, daß er seine Stellung als Statthalter nie anders aufgefaßt habe, als nur auf der Grundlage einer besonderen ruthenischen Nationalität in Galizien, nicht aber auf der russophilen Grundlage. Wenn also der geehrte Abgeordnete Herr Milewski jenes Beispiel von der Wahl des Landesauschußmitgliedes anführte, so hat er vergessen, daß dabei diese und keine andere Frage entschieden wurde, ob der Landtag eine Einigkeit unseres ruthenischen Volkes mit dem russischen oder aber eine besondere ruthenische Nationalität anerkennen soll.“

„Gazeta Narodowa“, welche über die obige Krakauer Wählerversammlung einen ausführlichen Bericht in einer besonderen Beilage zu der Nummer 5 vom 9. Jänner 1912 gebracht hatte, widmete den Ausführungen des Statthalters Bobrzynski einen polemischen Leitartikel unter dem Titel: „Auf irrtümlichem Wege“ (Nr. 9 vom 14. Jänner 1912).

Nachdem sie Bobrzynski's Ausführungen über die Ansichten Potocki's angeführt hatte, führt sie aus:

„Wir wollen in diesem Augenblicke nicht näher darauf eingehen, ob die Ansichten des verstorbenen Potocki so oder anders

waren. Wir müssen jedoch betonend hervorheben, daß im Falle, wenn es so wäre, bezweifelt werden müßte, daß eine solche politische Stellungnahme des Regierungsvertreters die individuelle Ueberzeugung des Statthalters wäre; es ist eher anzunehmen, daß sie den Anschauungen der Regierungskreise in Wien entsprach und von denselben als eine politische Direktive angegeben wurde.

Eine auf diese Weise beständig geführte Politik ist keine Politik der gemeinsamen Interessen eines Landes, sondern eher eine ethnographische Politik. Unserer derartigen Politik wurde gewissermaßen die Rolle beschieden, nicht nur über die gemeinsamen Interessen des Staates und des Landes zu entscheiden, sondern auch über den Charakter der ruthenischen Parteien, was ihre ethnographische Angehörigkeit anbelangt, wie auch über eine bevorzugte Stellung dieser politischen Partei, welche mehr oder weniger gewissen ethnographischen Theorien entsprechen würde. Auf diese Weise haben wir uns der ruthenischen Gesellschaft als Schiedsrichter in ihrem inneren Streite aufgedrängt. Aus einer wissenschaftlichen Frage ist eine politische Frage geworden.

Nachdem eine, nämlich die ukrainische Partei, für den rechtmäßigen Vertreter „der nationalen Besonderheit“ anerkannt worden war, fühlte sie schon die Kraft, um einen rücksichtslosen Kampf nicht nur mit uns, sondern auch mit anderen Parteien in der Mitte des eigenen Volkes zu führen.

Die von uns bevorzugte Partei begann sich uns als ruthenische Vertretung aufzudrängen, ohne die anderen politischen Parteien zu beachten. Unser Vorgehen muß also in der Richtung abgeändert werden, daß man die ethnographischen Fragen bei Seite lassen soll, — es soll darüber die Wissenschaft entscheiden, — und die Verhandlungen mit der ganzen Vertretung des ruthenischen Volkes in Galizien im Verhältnis zu der Macht der Parteien geführt werden sollen.“

Eine Debatte in einer polnischen Landtags- und Reichsratsabgeordnetenversammlung.

Derselbe Vorwurf einer „einseitigen Unterstützung“ des ukrainischen nationalen Lagers wurde dem Statthalter Bobrzynski auch in der am 16. Jänner 1912 und in den nachfolgenden Tagen in Lemberg tagenden Versammlung der polnischen Landtags- und Reichsratsabgeordneten — unter anderen vom Obmann des polnischen Nationalrates v. Cienski gemacht.

Darauf erwiderte Bobrzynski in seiner am 16. Jänner 1912 gehaltenen Rede (vide „*Slowo polskie*“, Nr. 27 vom 17. Jänner 1912 und Nr. 28 vom 18. Jänner 1912), in welcher er erklärte:

„Herr Cienski macht mir den Vorwurf, daß ich ausschließlich die ‚ukrainische‘ politische Partei unterstütze und die ruhigen ‚Altruthenen‘ bekämpfe. Er mag die politischen ukrainischen Organe lesen und er wird sich überzeugen, was die Ukrainer über diese Unterstützung sagen.

Etwas anderes ist aber eine politische Partei und etwas anderes das ruthenische Volk. Heute gibt es mehrere ukrainische Parteien, morgen können wieder andere mit einem abgeänderten Programm entstehen. Die prinzipielle Frage liegt jedoch darin, ob das ruthenische Volk, welches zum nationalen Bewußtsein erwacht, zu demselben im Sinne seiner nationalen ruthenischen Besonderheit erwachen soll, oder aber im Sinne der nationalen Einigkeit mit dem russischen Volke, d. h. in der altruthenischen Richtung und in dem letzteren Falle, ob es für die russische und orthodoxe Agitation zugänglich sein soll. Die Grenz wand, welche die ruhigen Altruthenen von den leidenschaftlichen russischen Agitatoren scheidet, ist ja sehr dünn, wir kennen zahlreiche Beispiele, wie aus einem ruhigen, den Polen freundlich gesinnten Altruthenen im Laufe einer Nacht ein Apostel der russischen Propaganda geworden ist. Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß die Stellungnahme der Polen zu dieser Frage auch von der Rücksicht auf ihre Stellung in dem Staate und der Monarchie bedingt ist.“

Die obige Erklärung des Statthalters Bobrzynski wurde im allpolnischen Organ „*Slowo polskie*“ (Nr. 35 vom 22. Jänner 1912) einer rückhaltslosen Kritik unterzogen. Im diesbezüglichen „Im Lichte eigener Worte“ betitelten Artikel heißt es:

„Auf die Vorwürfe der einseitigen Unterstützung der Ukrainer erwiderte Dr. Bobrzynski in Krakau wie auch in Lemberg mit einem und demselben Argument: die Gefahr der moskaloptischen Agitation wachse immer mehr. Aber daraus folgt noch keineswegs die Notwendigkeit einer dauernden Unterstützung der Ukrainer unsererseits.

Dr. Bobrzynski stellt die Frage auf: ob wir die Ruthenen für eine besondere Nationalität anerkennen sollen oder für Russen? — und fügt hinzu: Für Russen können wir sie nicht halten, ergo man soll die Ukrainer unterstützen und die Russo-philien und Altruthenen aller Tonarten bekämpfen.

Die ostentative Bekämpfung der Russophilen durch Dr. Bobrzynski, welcher ihnen trotz allem nicht viel schaden kann, umgibt sie eher mit einem Nimbus der verfolgten Opfer; sie ruft aber dafür äußerst schmerzhaft, sehr peinliche Repressalien gegen uns in Rußland hervor. In der Diskussion von der Ausscheidung von Cholm operieren die russischen Nationalisten mit dem ganzen Arsenal der von der Politik des Dr. Bobrzynski gegen uns gelieferten Geschosse.

Und hier in Galizien bezahlen wir mit unmittelbaren Verlusten zugunsten der Ukrainer für die Unterstützung, die ihnen die Landesregierung angedeihen läßt.

Theoretisch kann man sagen: 'ich unterstütze die Ukrainer gegen die Russophilen, nicht aber gegen die Polen'. Jedoch in dem realen Leben läßt sich eine solche Abgrenzung nicht durchführen. Die Unterstützung, die ihnen von Seiten der Behörden zuteil wird, verstehen die Ukrainer nicht nur gegen die Russophilen auszunutzen. Ihre durch die Unterstützung der Behörden vermehrte Kraft wenden sie vor allem gegen uns Polen.

Auf den sämtlichen Punkten, ebensohier, als auch in Rußland, zahlen wir mit ungeheueren Verlusten für den fatalen Irrtum des Dr. Bobrzynski, welcher sich eingebildet hatte, daß es seine historische Sendung sei, über die historische Zukunft der Ruthenen zu entscheiden.

Was die Ruthenen sein werden, daß ist nicht die Frage der Parteien und ihrer Streitigkeiten, es ist eine Frage der schaffenden kulturellen Fähigkeiten des ruthenischen Volkes. Und — fürwahr! — unsere Aufgabe ist, für unsere nationale Zukunft zu sorgen, nicht aber für die Zukunft der Ruthenen.

Unser Verhältnis zu den ruthenischen Parteien sollen wir nach unserem polnischen Interesse einrichten, nicht aber nach historiosophischen Doktrinen über die Zukunft der Ruthenen.

Ob wir eine ruthenische Partei unterstützen oder bekämpfen sollen, das kann nur von dem Umstand abhängig sein, ob diese Partei uns bekämpft oder aber in einem guten Verhältnis mit uns zu stehen trachtet.

Dann werden wir uns den ruthenischen Parteien gegenüber von einer polnischen Orientierung leiten lassen.

Dr. Bobrzynski bildete für sich seine eigene ruthenische Orientierung. Und er läßt sich von derselben leiten, nicht nur in seinem Verhältnis zu den ruthenischen Parteien, sondern auch in dem Verhältnis zu den polnischen Parteien. Er unterstützt die ruthenischen Parteien nicht nach ihrem Verhältnisse zu uns, sondern nach ihrem Verhältnis zu seiner geschichtlichen Theorie. Aber nicht nur die ruthenischen Parteien beurteilt er danach, ob sie seinen, die nationale Zukunft der Ruthenen betreffenden Plänen entsprechen. Er beurteilt auch die polnischen Parteien vor allem von dem Gesichtspunkte dieser seiner ru-

thenischen Politik aus. Welche von den polnischen Parteien seine ukrainophilen Bestrebungen unterstützt, die ist gut, welche denselben zuwiderhandelt, die ist schlecht und soll bekämpft werden.“

Was die russophile Tendenz der obigen Ausführungen anbelangt, sprechen sie selber für sich. Aber auf eine andere Seite dieser Ausführungen wollen wir aufmerksam machen, und zwar: Das allpolnische Organ verlangt, daß der k. k. Statthalter Galiziens in seiner Amtstätigkeit ausschließlich polnische Orientierung befolgen und polnische Interessen vertreten soll. Das haben auch alle k. k. Statthalter polnischer Nationalität tatsächlich getan. Was für Folgen eine solche Amtstätigkeit für das nationale Leben des ukrainischen Volkes hatte, braucht erst nicht bewiesen zu werden. Es steht fest, daß unter der polnischen Herrschaft in Galizien das ukrainische Volk sich nicht im österreichischen, auf nationaler Gleichberechtigung basierenden Nationalitätenstaate, sondern im polnischen Nationalstaate fühlte.

Aus den Debatten anläßlich des Landtagswahlreformkompromisses des Statthalters Dr. Bobrzynski vom Jahre 1913.

Im März 1913 gelang es dem Statthalter Bobrzynski zu einem polnisch-ukrainischen Kompromiß betreffend galizische Landtagswahlreform zu bringen, welches jedoch von Allpolen und Podoliern gestürzt wurde, was die Demission des Statthalters Bobrzynski und die Auflösung des galizischen Landtages zur Folge hatte. Die Art und Weise, wie der Kompromiß von den genannten polnischen Parteien bekämpft wurde, wird aus Nachfolgendem ersichtlich sein.

Der russophile Standpunkt des allpolnischen Organs unter österreichfreundlicher Maske.

Unter dem Titel: „Für wen arbeitet der Block des Statthalters? Nachteile für das polnische

Volk, Nachteile für Österreich“ finden wir in „Slowo polskie“ (Nr. 130 vom 18. März 1913) folgende Ausführungen des Wiener Korrespondenten:

„Die politischen Kreise in Wien glauben, daß sie durch das Herausschneiden aus dem polnischen politischen Besitzstande fortwährender Konzessionen für die Ruthenen imstande sein werden, dieselben von Rußland abzuwenden und für Oesterreich zu gewinnen.

Indessen ist die ukrainische Politik des Herrn Statthalters Bobrzynski schädlich, sogar höchst schädlich nicht nur von dem Standpunkte der polnischen Interessen, sondern auch von dem Standpunkte der Staatsinteressen heraus. Denn sie führt im Grunde genommen zur Verstärkung der russischen Einflüsse in Galizien und wird sich mit der Zeit nicht nur an den Polen, sondern auch an dem ganzen österreichischen Staate bitter rächen.

Die forcierte Stärkung des ruthenischen Elementes in Galizien unter dieser oder jener merkantil-politischen Etikette muß in ihrem Endergebnis zum Nutzen Rußlands und zum Schaden Oesterreichs gereichen. Eine Nationalität wird nicht künstlich geschaffen. Sie ist eine Frucht von vielen durch lange Jahrhunderte wirkenden Einflüssen. Die Menschen können eine Partei organisieren, aber nie werden sie imstande sein, ein neues Volk zu bilden.

So sind demnach im Grunde genommen die Ukrainer nur eine Partei, also eine vorübergehende Organisation, die den momentanen Bedürfnissen angepaßt und von vornherein nach einigen Jahren, höchstens aber nach einigen Jahrzehnten dem Untergange geweiht ist. Früher oder später werden die Ukrainer verschwinden, während die ihnen gewährten Konzessionen, Begünstigungen, nicht gebührenden Wohltaten dem ruthenischen Volke in Galizien zufallen und unberechtigt seine Stellung und seine Einflüsse im Lande zum Nachteil der Polen verstärken werden.

Jenes ruthenische Volk aber wird ohne Rücksicht auf die erhaltenen Wohltaten immer nach Rußland gravitieren und mit dem Erwachen des von Petersburg aus gewährten Nationalbewußtseins sich immer rascher für einen Teil des allgemein russischen Volkes halten.

Wer also in Oesterreich heute die Ukrainer unterstützt, der arbeitet in weiterer Folge zugunsten Rußlands.“

Wie wir sehen, man kümmert sich angeblich um die Interessen Österreichs, tatsächlich aber wird in diesen Ausführungen dem ukrainischen Volke gegenüber russischer Standpunkt vertreten, was — wie wir später sehen werden — von der russischen Presse mit Anerkennung zur Kenntnis genommen wird.

In einem anderen Artikel, betitelt: „Für das Wohl Österreichs“ droht der Wiener Korrespondent des „*Slowo polskie*“ (Nr. 160 vom 7. April 1913), daß die Polen einen russophilen Standpunkt einnehmen werden, falls Österreich den Ukrainern zuliebe den polnischen Besitzstand vermindern, d. h. denselben gerecht sein sollte. Es heißt dort:

„Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß die Wiener Politik, welche um die Ruthenen bis zu diesem Grade bekümmert ist, daß sie die Polen ihre berechtigten Interessen zugunsten der Ukrainer opfern läßt, daß diese Politik die ganze polnische Nation außerhalb der Grenzen Oesterreichs sich von denselben abwenden läßt. In der polnischen Presse in Posen, in Warschau und in anderen Städten spiegeln sich vollkommen aufrichtig und getreu die in dieser Beziehung bei der polnischen Gesellschaft herrschenden Stimmungen ab.

Heute kann bei der polnischen Gesellschaft in Deutschland und insbesondere in Rußland von irgendwelchen Sympathien für Oesterreich keine Rede sein.“

Die Anerkennung des „*Nowoje Wremja*“ für die allpolnisch-podolische Koalition.

Ueber das Wahlreformkompromiß des Statthalters Bobrzynski und die Bekämpfung desselben seitens der allpolnisch-podolischen Koalition finden wir im Petersburger Organ der russischen Nationalisten „*Nowoje Wremja*“ vom 24. März 1913 folgende Ausführungen:*)

„Der polnisch-russische oder richtiger polnisch-ruthenische Ausgleich ist eine Komödie. Er ist ein Glied in der ganzen Kette von nationalen Ausgleichen in Oesterreich, dieser geflickten Monarchie.

Infolge einer Aufforderung, mit der sich der greise Kaiser am Tage seines 60jährigen Regierungsjubiläums an die Völker seines Reiches gewendet hatte, daß dieselben dem ewigen unlauteeren Handel untereinander ein Ende machen, begannen die unendlichen Verhandlungen, betreffend einen tschechisch-deutschen, deutsch-slovenischen, kroatisch-italienischen und polnisch-russischen Ausgleich. Zur Durchführung der beiden wichtigsten von diesen Ausgleichen wurden zwei Männer der Vorsehung gewählt, nämlich Fürst Thun und der Statthalter von Galizien, der polnische Historiker Bobrzynski.

*) Zitiert nach dem galizischen Amtsblatt „*Gazeta lwowska*“ (Lemberger Zeitung) Nr. 75 vom 3. April 1913.

Dieser letztere erwies sich viel geschickter als Fürst Thun. Um dem Kaiser eine Genugtuung zu verschaffen, erleichterte er sich die Aufgabe und vernichtete beinahe durch rohe Gewalttätigkeit diejenige polnische Partei, nämlich ‚die nationale Demokratie‘, welche den Ausgleich nicht vom engen österreichischen, sondern vom allgemein-polnischen Standpunkte aus betrachtete, andererseits eliminierte er vollständig von der Teilnahme an den Ausgleichsverhandlungen jene russischen Landtags- und Reichsratsabgeordneten, die auf dem Boden der allgemeinen russischen nationalen und kulturellen Einigkeit stehen. Statt dessen trat er in Verhandlungen mit denjenigen Bastarden, die sich einen früher nicht bekannt gewesenen Namen ‚Ukrainer‘ beigelegt haben und die für allerlei persönliche Vorteile sich auch Kaffer und Hottentotten zu nennen bereit wären.

Der Hauptgegenstand des Ausgleiches war die Landtagswahlordnungsreform, wo man trotz der gleichen Zahl des polnischen und russischen Volkes der polnischen Bevölkerung in Galizien samt den Juden 163 Mandate anbot, den Russen aber nur 62 Mandate zuerkannt hatte. Die Ungerechtigkeit des Ausgleiches ist daher augenfällig. Gegen diese Wahlordnung protestierte nur Fürst Czartoryski polnischerseits, indem er sogar jene angebliche Konzession seitens der Polen für eine zu große erklärte und von der russischen Seite Dudykewitsch, welcher betonte, daß der Ausgleich nur zwischen einem Teile der polnischen Abgeordneten und jenem Teile des galizisch-russischen Volkes zustandegekommen sei, welcher unter dem Namen eines ukrainischen Volkes sich aus dem russischen nationalen Organismus abgesondert hatte. Laut der Erklärung des Dudykewitsch begleiteten diesen Ausgleich die bisher in Galizien nicht bekannten Orgien der Gewalt, des Terrorismus, der Gesetzlosigkeit seitens der österreichisch-polnischen Regierung dem russischen Volke gegenüber, weil sich derselbe in Mitglieder der von den Polen in Oesterreich neugebildeten ‚ukrainischen‘ Nation nicht umgestalten wollte. Die Worte des Protestes der russischen Repräsentanten fanden jedoch im Landtag angesichts der Zufriedenheit der Ukrainer mit dem Ausgleich keinen Widerhall. Aber wie jetzt von der Lubliner Union keine Spur mehr ist, so wird wohl auch bald keine Spur von der gegenwärtigen polnisch-ukrainischen Union sein.“

Der russophile Standpunkt der allpolnisch-podolischen Koalition vom Statthalter Bobrzynski gebrandmarkt.

In der Debatte, welche in der Versammlung der polnischen Landtags- und Reichsratsabgeordneten über das Wahlreformkompromiß geführt wurde, hielt der

Statthalter Bobrzynski am 4. April 1913 eine Rede, in welcher er auf verschiedene Vorwürfe seitens der das Kompromiß bekämpfenden allpolnisch-podolischen Koalition erwiderte. Indem er über die ukrainische Frage zu sprechen gekommen war, führt er aus:*)

„Wenn die Ruthenen fordern, daß sie selbst die ruthenischen Landesausschußmitglieder und die ruthenischen Mitglieder der Landtagsausschüsse wählen, so spielt dabei ein gewisser nationaler Ehrgeiz eine Rolle, den man achten muß; es spielt auch eine Rolle die Furcht, daß die Polen eine ruthenische Partei gegen die andere ausspielen werden.

Man hat gesagt, daß die Ruthenen in den Landesausschuß wie auch in die Landtagsausschüsse die am meisten kampflustigen, sachlich aber zur Erfüllung von schwierigen Aufgaben unfähigen Abgeordneten wählen werden. Diese Angst ist vollkommen unbegründet, denn es ist schwer anzunehmen, daß die Ruthenen ihrem eigenen Interesse zuwiderhandeln würden, daß sie Leute wählen würden, die unfähig sind, ihre Interessen zu wahren. Wir haben übrigens ein frisches Beispiel, daß die Ruthenen bei den letzten Landtagsausschußwahlen einen der Begabtesten und Angesehensten von ihnen, den Dr. Olesnytskyj, vorgeschlagen haben; die Polen widersetzen sich aber und wählten nach einem schweren Kampfe den Herrn Kiweluk, denn manche von den Polen wollten durchaus einen Russophilen wählen, der den Namen ‚Altruthene‘ trägt.

Entschuldigen Sie, meine Herren, daß ich auf Grund meiner Erfahrung vollständig den Glauben an die Existenz der sogenannten Altruthenen eingebüßt habe. Es schien auch mir, daß es unter den konservativen Ruthenen solche gibt, welche Ruthenen und nicht Russen sein wollen, und welche sich von den sogenannten Ukrainern nur dadurch unterscheiden, daß sie konservativ sind. Ich habe die Hoffnung gehegt, daß ich durch eine Unterstützung derselben ihnen geholfen habe, sich zu organisieren und im Lande zu einem gewichtigen politischen Faktor zu werden. Diese Hoffnungen erwiesen sich als eine Täuschung. Man soll hier diejenigen Konservativen in Abzug bringen, die als die sogenannten Christlich-Sozialen sich offen zu dem Ukrainertum bekennen. Die übrigen Konservativen sind scharf voneinander geschieden. Die einen, wie der Abgeordnete Korol, die sich für Ruthenen halten, sind den Ukrainern beigetreten und gehen vereint mit denselben; die anderen, die an ihre nationale Einigkeit mit den Russen glauben, treten im öffentlichen Leben hervor oder halten sich im Schatten; inwiefern sie aber im öffentlichen

*) Zitiert nach der „Gazeta lwowska“, Nr. 79 vom 8. April 1913.

Leben auftreten, so gehören sie zu dem russischen Lager, welches in Galizien die russische und orthodoxe Agitation schürt. Ihr Organ „Halitschanin“ übertrifft manchmal in der Verherrlichung Rußlands und des Schismas die „Prikarpatskaja Rus“ des Dudykewitsch.

Diese Agitation halte ich für viel gefährlicher als irgendwelche radikale Agitation der Ukrainer, denn während die letztere mit der Zeit an Schärfe verlieren kann, so bedroht die erstere direkt unser Land und den Staat, unsere Nationalität und Religion. Ich habe den Russophilismus als Vizepräsident des Landesschulrates bekämpft und bekämpfe ihn auch als Statthalter, denn derselbe ist für den Staat gefährlich, ich bekämpfe ihn als Pole, welcher der polnischen historischen Tradition treugeblieben ist.

Wenn es also Polen gibt, welche wünschen, daß die ruthenischen Mitglieder des Landesausschusses von dem gesamten Landtage, beziehungsweise von der gesamten Kurie der Landgemeinden gewählt werden, so leuchtet ihnen dabei doch ein Gedanke vor. Wenn sie die Wagschale zugunsten der gemäßigten Ruthenen aufwiegen wollen, so ist ihr Weg überflüssig, denn indem sie dadurch den Ehrgeiz der Ruthenen reizen, erschweren sie dadurch den Prozeß der Verstärkung der gemäßigten Richtung. Diese Richtung kann und soll unter den Ruthenen nur mit der Zeit als eine Frucht ihrer natürlichen Reife emporkommen. Wenn es aber unter den Polen solche gibt, die eine gemeinsame Wahl zu diesem Zwecke verlangen, um in den Landesauschuß oder einen Landtagsauschuß unter dem Deckmantel der Altruthenen auch Russophile zu wählen, so handeln sie gegen das polnische Interesse und gegen die polnische Tradition; sie handeln nach dem Grundsatz: „divide et impera“, welcher weder ein ethischer, noch ein wahrhaftig politischer Grundsatz ist. Ich kann diesen Grundsatz nicht befolgen.“

Die Subventionierung der Vereine der russisch-nationalen Partei seitens der polnischen maßgebenden Kreise.

In den letzten Monaten des Jahres 1909 wurde im Parlamente über den Handelsvertrag mit Rumänien verhandelt. Da die Agrarier im Interesse der Landwirtschaft sich diesem Handelsvertrage widersetzen, wurde beschlossen, als eine Entschädigung dafür jährlich die Summe von 6 Millionen Kronen zu landwirtschaftlichen Zwecken und zwar zur Hebung der Viehzucht und der Viehverwertung zu verwenden. Von

dieser Summe sollte ein Teil von der Regierung direkt verwendet, ein anderer Teil aber den bestehenden landwirtschaftlichen Organisationen anheimgestellt werden.

Die Ruthenen in Galizien besaßen schon damals eine derartige Organisation und zwar die ukrainische landwirtschaftliche Landesgesellschaft „Silskyj Hospodar“ („Der Landwirt“) mit einer ansehnlichen Zahl von Filialen und Gauvereinen, welche auch mit bedeutendem Erfolg in ganz Ostgalizien wirkte.

Die Russophilen besaßen keine solche und da es ihnen sehr daran gelegen war, auch einen Teil der Subventionen in ihre Hände zu bekommen, um dadurch ihren politischen Einfluß im Lande zu stärken, wendete sich ihre damals fünf Mann starke Repräsentation im Parlamente an den späteren Finanzminister Wenzel Zaleski, welcher damals Sektionschef im Ackerbauministerium war und ein in landwirtschaftlichen Angelegenheiten Galiziens entscheidendes Wort hatte, um Rat. Der immer russenfreundliche Herr Zaleski gab ihnen den guten Rat, unverzüglich eine landwirtschaftliche Gesellschaft, — sei es nur auf dem Papiere — zu gründen, und versprach ihnen, daß dieselbe mit seiner Hilfe einen entsprechenden Anteil an den Subventionen bekommen werde. Die Russophilen folgten dem Rat, schlug, gründeten sofort in aller Stille die Gesellschaft „Rolnytschyj Sojuz“ (Landwirtschaftlicher Verband) und meldeten dieselbe bei der Regierung als eine bestehende, in Ost-Galizien wirkende landwirtschaftliche Organisation an.

Wiewohl die Gesellschaft nicht nur damals, sondern auch später nur auf dem Papiere existierte und keine Tätigkeit entwickelte, so hat es doch Herr Zaleski so weit gebracht, daß das Ackerbauministerium bereit war, derselben von dem für ruthenische Organisationen entfallenden jährlichen Betrage von 133 335 K. die Summe von 33 333 K. anzuweisen, und es hat die ukrainische parlamentarische Vertretung sehr viel Mühe gekostet, die Regierung zu überzeugen, daß diese

Organisation tatsächlich nicht existiert, und daß sie eine Subvention lediglich zur Förderung politischer russischer Propaganda beansprucht.

Was aber mit Staatsfonds nicht gelungen, das hat die polnische Landtagsmehrheit jahrelang mit Landesfonds getan, nämlich den russisch-nationalen „Michael Kaczkowskij-Verein“, welcher unter dem Deckmantel der Volksaufklärung russische Propaganda unter den ukrainischen Volksmassen zu führen zur Aufgabe hatte und dieselbe auch erfüllte, aus Landesfonds subventioniert. Erst in der Landtagssession 1914 wurde diese Position auf energischen Protest der ukrainischen Landtagsvertretung gestrichen, wobei zu bemerken ist, daß der allpolnische Budgetreferent Dr. Glabinski wie auch sein Parteigenosse Graf Skarbek weitere Subventionierung des genannten russophilen Vereines befürworteten.

Wir finden darüber im Leitartikel des russisch-nationalen Organs „Priкарпатська Русь“, Nr. 1285 vom 14. (27.) Februar 1914 folgenden Bericht:

„In der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses des Landtages wurde bei der Besprechung des Voranschlages für das Jahr 1913 die Position der Unterstützung aus Landesfonds für unseren Michael Kaczkowskij-Aufklärungsverein in der Summe von 9000 K., welche der genannte Verein bis nun zu bekommen hat, gestrichen. Aufhebung der Unterstützung für den Kaczkowski-Verein erfolgte auf Grund des dringenden Verlangens des Vertreters des „ukrainischen“ Landtagsklubs, des Abgeordneten Petruschewytsch.

Wir haben folgende ausführlicheren Nachrichten über die aus diesem Anlaß geführten Debatten:

Der Referent, Dr. Glombinski, stellte den Antrag, die Subvention für den Kaczkowskij-Verein mit der Begründung auszusagen, daß der betreffende Verein eine für das Volk nützliche wirtschaftliche Arbeit macht und in der Hilfeleistung derjenigen, welche unter der Ueberschwemmung litten, ebenso wie andere wirtschaftliche Landesvereine eine energische Tätigkeit aufweist. Das Ausschußmitglied Abg. Gr. Skarbek unterstützte den Antrag des Referenten.“

Der Russophilismus der polnischen Universitätsbehörden in Lemberg.

Unter dem Titel: „Die Russifizierung Galiziens“ bringt das ukrainische Hauptorgan „Dilo“, Nr. 47 vom 2. März 1911, einen Leitartikel, der folgende Ausführungen enthält:

„Es zeigt sich, daß, wenn vor einigen Jahren der allpolnische Professor der Lemberger Universität und Reichsratsabgeordnete Dr. Josef Buzek in seinen Erörterungen über die Notwendigkeit der Einführung des nationalen Katasters in der Landtagswahlordnung sich für Anerkennung der russischen Nationalität in Galizien erklärte, — so war es keine bloße ‚Theorie‘. Eben in diesen Tagen ereignete sich ein Vorfall, welcher beweist, daß jene Theorie in der Praxis durchgeführt wird, und diejenigen, welche sie durchführen, sind Gesinnungsgenossen und Kollegen des Professors Buzek, die allpolnischen Professoren der juristischen Fakultät unter dem Oberbefehl des jetzigen Dekans Professor Grabski.

Dieser Vorfall ist folgender: Im Herbst des vergangenen Jahres wurde an der Lemberger Universität ein Russophile aus der Fraktion des Dr. Dudykewytsch zum Doktor der Rechte promoviert. Als man ihm das Diplom eingehändigt hatte, in welchem er als ‚natione Ruthenus‘ bezeichnet wurde, erklärte derselbe, daß er ‚natione Russus‘ sei und verlangte die betreffende Berichtigung im Diplom. Da schlug ihm das Dekanat eine Beseitigung dieser Rubrik im Diplom vor, er ging jedoch darauf nicht ein und erklärte, er werde das Diplom solange nicht annehmen, bis seine Forderung erfüllt sein werde. Und — wie es ‚Prikarpatskaja Russ‘ triumphierend berichtet, — diese Forderung wurde mit einem vollen Erfolge gekrönt, denn in diesen Tagen wurde dem Dr. Kolomyjetz ein Diplom eingehändigt, in welchem geschrieben steht, daß derselbe ‚natione Russus‘ sei. ‚Dies ist der erste Fall — jubelt ‚Prikarpatskaja Russ‘ — daß die russische Nationalität einem russischen Studenten der Lemberger Universität gegenüber anerkannt wurde und das erscheint für uns Russen als eine Tatsache von großer Bedeutung. Der Anfang ist gemacht und jetzt ist es Pflicht unserer akademischen Jugend, dafür einzustehen, daß für einen jeden russischen Studenten dieses Recht, — das Recht, sich Russe zu nennen, — auch künftighin immer von den Behörden der Lemberger Universität anerkannt werde.“

Dies ist eine neue Leistung des Dekans Professor Grabski et Comp. in der Richtung einer Russifizierung Galiziens. Professor Buzek begann mit einer ‚Theorie‘ und die allpolnische juristische Fakultät der Lemberger Universität beginnt mit der Praxis. Es versteht sich — der Dekan Grabski beeilt sich nicht den Juden

gegenüber auch so gerecht zu sein, denn dies würde den polnischen Besitzstand der Lemberger Universität beeinträchtigen. Aber die Forderung der galizischen „Russen“ beeilte er sich — wie wir sehen — zu erfüllen, dies kann eben den Polen zugute kommen, denn wenn in der offiziellen Statistik der Lemberger Universität ein Teil der Ruthenen als Russen inskribiert wird, so wird dadurch nur die ukrainische Forderung einer selbständigen Universität geschwächt werden.

Offenbar kehren wieder die Zeiten vom Jahre 1908 zurück, als Graf Potocki ein Mandat für Dr. Dudykewytsch eroberte und als die Allpolen aus Galizien und Rußland den Grafen Bobrinskyj feierten und ihn gemeinsam mit galizischen Russophilen in Lemberg mit Jubel empfangen. Jetzt beginnt wieder von zwei Seiten eine russifizierende Ueberflutung Galiziens. In Rußland gründet Graf Bobrinskyj eine Abteilung nach der anderen des „galizisch-russischen Vereins“, in welchem russische Generäle, Obersten und nationalistische Abgeordnete den regsten Anteil nehmen, und wo „die geknechteten galizischen Russen“, der wegen der Spionage zugunsten Rußlands in Oesterreich verurteilte Montschalowskyj, eine Tochter des vom Grafen Morsey als besoldeter russischer Agent gebrandmarkten Dr. Dudykewytsch und dergleichen andere, repräsentieren. In Galizien aber der allpolnische Leader, Dekan der juridischen Fakultät Grabski, öffnet gastfreundlich die Tore der Lemberger Universität den Bestrebungen des Grafen Bobrinskyj, indem er offiziell das Vorhandensein der russischen Nationalität in Galizien anerkennt.

Es ist klar, daß das Liebäugeln der „Gazeta wawrowska“, des Organs des Dmowski, mit „Nowoje Wremja“, das Liebäugeln, welchem eine volle Anerkennung in dem Organ des Grabski „Slowo polskie“ zuteil wurde, gilt keineswegs als nur platonische Erklärung. Die galizischen Allpolen sind im Begriff, mit Tatsachen zu beweisen, daß sie bereit sind, den russischen Nationalisten bei der Russifizierung unseres Volkes in Galizien zu helfen und die Erfüllung der Forderung der galizischen „Russen“ seitens des Dekanats der juridischen Fakultät, ist die erste Schwalbe dieser allpolnischen Dienstfertigkeit für die russischen Nationalisten in dem Kampfe gegen den gemeinsamen Feind, gegen die ukrainische nationale Bewegung.

Eine Reklame für „galizische Russen“ vom k. u. k. gemeinsamen Finanzminister v. Bilinski.

Wie die Polen trachteten, bei jeder Gelegenheit, unter verschiedensten Vorwänden, die galizische russisch-nationale Partei in einem besseren Lichte als die Ukrainer erscheinen zu lassen, davon gibt ein klassisches Beispiel

die Delegationsrede des gegenwärtigen k. u. k. gemeinsamen Finanzministers v. Bilinski, welche er als Obmann des Polenklubs am 29. Dezember 1911 in einer Diskussion gehalten hat, welche sich zwischen dem tschechischen Führer Dr. Kramarz und dem ukrainischen Abgeordneten Cehlynskyj entwickelte. Dr. Kramarz protestierte gegen die Verfolgung der „galizischen Russen“, worauf ihm Cehlynskyj erwiderte. Da ergriff v. Bilinski das Wort, um als Obmann des Polenklubs auf die Vorwürfe, betreffend die polnische Politik in Galizien zu erwidern. In seiner Rede — nach deren Wiedergabe vom k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau — befindet sich auch folgender Passus:

„Die ruthenischen Abgeordneten beklagen sich, daß die einzelnen Statthalter und einzelne polnische Parteien mehr zu der sogenannten altruthenischen Partei hinneigen. Ich bin kein Freund dieser Richtung, aber die Gerechtigkeit gebietet mir, festzustellen, daß die Altruthenen im Umgange angenehmer sind.“

So sehen wir den angesehensten polnischen Staatsmann auch dann, als er aus politischen Rücksichten als Gegner der galizischen russisch-nationalen Partei auftritt, für dieselbe doch Reklame machen.

Die Stellungnahme der polnischen russophilen Parteien zu der ukrainischen Universitätsfrage.

Aus einer ganzen Reihe diesbezüglicher Artikel wählen wir diejenigen heraus, die den Zweck, welchen die Allpolen und Podolier in dieser Angelegenheit verfolgten, am krassesten kennzeichnen.

Unter dem Titel „Die ruthenische Universität als ein politisches Experiment“ veröffentlichte „Slowo polskie“, Nr. 200 vom 30. April 1912, zwei Aufsätze, welchen folgende Vorbemerkung vorangeschickt wurde:

„Wie sieht die ruthenische Universitätsfrage, welche so leichten Herzens von österreichischen und sogar polnischen Politikern gelöst wird, vom Standpunkte der internationalen Politik aus? Um auf diese ungemein wichtige Seite dieser Frage die Auf-

merksamkeit zu lenken, führen wir zwei Artikel an: einen von unserem Wiener Korrespondenten, den anderen vom „Głos warschawski“ — welch letzterer aus den Kreisen stammt, welche die Situation gut wittern.“

Die Ausführungen des Wiener Korrespondenten des „Slowo polskie“ beginnen mit der Betonung, daß in gegebener internationaler Lage es „keinem Zweifel unterliegt, daß die entscheidenden Kreise in Wien wünschen, die Beziehungen Österreich - Ungarns zu Rußland längere Zeit möglichst friedlich zu gestalten.“

Sodann heißt es:

„Angesichts solcher Intentionen in Wien verhalten sich diejenigen von den Ukrainern blöde, welche, indem sie gegen die Gründung lediglich einer juridischen ruthenischen Fakultät protestieren und die ganze ruthenische Universität mit allen weltlichen Fakultäten verlangen, schreien, daß die ukrainische Universität in Lemberg nicht nur die wissenschaftlichen Bedürfnisse des ukrainischen Volkes innerhalb Oesterreichs zufriedenstellen, sondern vor allem zum Zentrum, welches die ganze ukrainische Jugend Rußlands anlocken soll, erwachsen solle, zu einem Zentrum, welches für die russische Ukraina die Intelligenz und Anführer der Bewegung schaffen wird. Die juridische Fakultät in Lemberg würde — ruft die ukrainische Presse — keine Ukrainer aus Rußland anlocken, weil das österreichische Recht für Rußland nicht bindend ist. Es ist daher notwendig, eine mathematisch-physische und historisch-philologische, mit der Zeit aber auch eine medizinische Fakultät zu schaffen, denn es werden nur in solchem Falle die Ukrainer aus Rußland sich beeilen, die Universität zu besuchen und nur dann wird die Universität ihre wirkliche Aufgabe erfüllen: sie wird in Lemberg die Ukrainer erziehen.“

Die Gründung einer ruthenischen juridischen Fakultät in Lemberg ist ohne Zweifel eine innere österreichische Angelegenheit und die geht Rußland gar nichts an. Mit dem Augenblicke jedoch, wo die Ukrainer verlautbaren, daß diese Universität dazu entstehen soll, um die ukrainische Jugend aus Rußland heranzuziehen, um dieselbe Jugend zum Dynamit umzuarbeiten, welches den russischen Staat zu zersprengen hat, zwecks bewußter Arbeit an der Vorbereitung der Lostrennung der kleinrussischen Länder von Rußland ohne Rücksicht darauf, wie jene kleinrussischen Länder sich dann regieren lassen werden — mit dem Augenblicke wächst die Gründung solch einer ukrainischen Universität in Oesterreich zu einer internationalen Frage heran. Denn man muß

zweifeln, ob Rußland auf ähnliche Arbeit, welche geführt wird, um dasselbe zu zertrümmern und zu vernichten, ruhig schauen könnte.'

Nun gehen wir zu den Ausführungen des „Głos Warszawski“ („Warschauer Stimme“) über, des allpolnischen Organs des Herrn Dmowski, welches als neue Folge der zur Zeit verbotenen „Gazeta Warszawska“ erschien. Es ist zu bemerken, daß der diesbezügliche Artikel in „Głos Warszawski“ zweifellos ebenso vom Wiener Korrespondenten des „Słowo polskie“, Herrn Nowicki, welcher die Wiener Korrespondenz für alle drei Hauptorgane der allpolnischen Partei (in Lemberg, in Warschau und in Posen) besorgte, stammt.

Die diesbezüglichen Ausführungen lauten:

„Die Frage der Gründung der ruthenischen Universität in Galizien ist wirklich von einer erstklassigen Bedeutung. Die Schaffung einer ruthenischen Hochschule ist selbstredend eine sehr wichtige Tatsache in der Entwicklung der ukrainischen Idee, sie ist wie ein Zeugnis der Reife für die national-ukrainische Bewegung, eine Konstatierung, daß dieselbe sich auf besondere und selbständige Kulturelemente stützt, welche den ukrainischen Volksstamm zur Würde einer Nation erheben.

Deshalb hat die Frage der eigenen Universität für die galizischen Ruthenen eine erstklassige Bedeutung und die eventuelle Gründung dieser Universität wird ein gewaltiger Fortschritt auf dem Wege der Entwicklung der ‚ukrainischen‘ Frage sein.

Ohne näher die Frage zu erörtern, wie diese Tatsache auf das Schicksal des Polentums in Galizien, wie auch auf die Stellung der Polen im österreichischen Staate rückwirken wird, müssen wir betonen, daß die Entstehung der ruthenischen Universität in Galizien auch vom Standpunkte der russischen Staatsinteressen aus als wichtig erscheint.

Denn die Gründung dieser Universität wird der ‚ukrainischen‘ Idee einen heftigen Anlauf verleihen und für sie werden die Grenzen Galiziens nicht mehr ausreichen, sie wird sich durch sich selbst über die russische Grenze verschieben. Die ruthenische Universität wird in dieser Hinsicht zum Faktor von erstklassiger Bedeutung werden, zum Zentrum, welches einerseits die Jugend, andererseits die Professoren von beiden Seiten der Grenze gruppieren wird.

Wenn auch vieles von Artikeln der russischen nationalistischen Presse und von Alarmen, welche von Zeit zu Zeit von der russischen Rechten und von Nationalisten geschlagen werden, auf die

Rechnung der Uebertreibung abzurechnen ist, so bleibt doch die Tatsache, daß die „ukrainische“ Bewegung oder, wie sie manche Organe der russischen Presse mit der Benennung „mazepinisch“ bezeichnen, auf dem Gebiete des russischen Staates besteht, indem sie sich vorläufig in den Grenzen einer eng kulturellen Bewegung verschließt. Die Entstehung der ruthenischen Universität in Galizien wird dieser Bewegung neuen Ansporn und Mut verleihen, sie kann zum Faktor einer erstklassigen Bedeutung in ihrer Entwicklung werden.

Ob diese Bewegung auf dem Gebiete des russischen Staates eine politische Farbe annehmen kann, darauf ist es schwer, heute schon eine Antwort zu geben.

Wenn die „ukrainische“ Bewegung trotz der infolge Gründung der Universität in Galizien beschleunigten Entwicklung keine Merkmale des politischen Separatismus im Verhältnisse zu Rußland annehmen wird, wird die ruthenische Universität in den Grenzen des österreichischen Staates früher oder später zum politischen Leiter der russischen Einflüsse, sie wird zu einem für Oesterreich sehr gefährlichen russischen Vorposten, in dessen Grenzen, wiewohl sie den formellen „ukrainischen“ Charakter behalten wird.

Wenn wieder die „ukrainische“ Bewegung auf dem Gebiete des russischen Staates Anzeichen des politischen Separatismus annehmen würde, dann wird die ruthenische Universität in Galizien zur Hauptpflanzstätte dieses Separatismus und ihr Bestehen wird zur Lebens- und Todesfrage für den russischen Staat.

Die Aufklärung darüber, ob die ukrainische Bewegung den Charakter des politischen Separatismus auf dem Gebiete des russischen Staates annehmen wird, ist jedenfalls eine Zukunftsfrage. Gegenwärtig aber muß die Gründung der ruthenischen Universität in Galizien seitens Rußland feindlich und mit Unruhe behandelt werden; sie wird jedenfalls zum Faktor der starken Aufgeregtheit zwischen Rußland und Oesterreich.

Seit der Annexion von Bosnien und Herzegowina ist der internationale Horizont beständig durch eine starke Abkühlung der Beziehungen zwischen Oesterreich und Rußland bewölkt. Diese Abkühlung wird gewöhnlich mit der Politik Oesterreichs am Balkan in Zusammenhang gebracht. Es spielen hier ohne Zweifel die Gegensätze der Interessen Rußlands und Oesterreichs auf der Balkanhalbinsel eine große Rolle. Die Interessen der Balkanpolitik stehen jedoch für Rußland ferner und sind für dieselbe weniger eine Lebensfrage als die Interessen auf dem Gebiete der sogenannten südwestlichen Gouvernements, welche vom ruthenischen Volksstamm bewohnt werden.

Die Gründung der ruthenischen Universität in Galizien wird in russischen nationalistischen Kreisen die Befürchtung

hervorrufen, damit auf diesem Terrain keine separatistische ‚ukrainische‘ Bewegung entstehe, sie wird also zum Faktor, welcher die feindliche Stimmung gegen Oesterreich steigert.

Seit der Zeit der Annexion Bosniens und der Herzegowina verstummen auf keinen Augenblick die Gerüchte vom nahen Kriege zwischen Oesterreich und Rußland. Mit dem Momente der Gründung der ruthenischen Universität in Galizien werden diese Gerüchte ohne Zweifel mit neuer Kraft zum Vorschein kommen, denn es wird klar sein, daß außer der Balkanfrage zum Antagonismus zwischen Rußland und Oesterreich ein neuer Faktor hinzukam — die Befürchtung seitens Rußlands, daß auf seinem Staatsgebiete eine ‚ukrainische‘ Frage erweckt wird.

Das ukrainische „Dilo“ weist auf die zukünftige ruthenische Universität in Galizien als auf einen Blitzleiter, welcher Oesterreich vor Verwirklichung der Pläne der russischen Nationalisten betreffend die Eroberung Nordgaliziens durch Rußland beschützt. Es ist nun die Frage, ob diese Universität nicht ein Magnet sein wird, welcher den in der Luft hängenden Sturm eines Waffenstreites zwischen Rußland und Oesterreich anziehen wird.

Die Gründung der ruthenischen Universität in Galizien ist jedenfalls ein für Oesterreich gewagtes Experiment, sowohl mit Rücksicht auf die zukünftige Entwicklung seiner inneren Verhältnisse, wie auch auf die gegenwärtige internationale Lage.“

Von denselben Gesichtspunkten behandelt die ukrainische Universitätsfrage der allpolnische Reichsratsabgeordnete Johann Zamorski in einem „Finden wir uns in der Lage zurecht“ betitelten Artikel, welcher in „*Slowo polskie*“, Nr. 292 vom 25. Juni 1912 als Leitartikel gebracht wurde. Es heißt dort:

„Im Jahre 1908 trat in Oesterreich eine neue politische Orientierung ein. Es hat sich herausgestellt, daß österreichische Träume von der Ausdehnung der Grenzen bis an das ägäische Meer mit mazedonischem Saloniki als Hafen eine Utopie bleiben müssen. Die russische Revolution und der russisch-japanische Krieg lenkten die Aufmerksamkeit der deutschen und österreichischen Diplomatie auf russische Länder. Im Jahre 1908, während der Annexion Bosniens und der Herzegowina, wurde der Plan der Verringerung der russischen Besitzungen festgesetzt und zwar, daß Preußen das Königreich Polen bis zur Linie des Weichselflusses mit Warschau als Grenzstadt auf Grund der Grenzen der letzten Teilung Polens vom Jahre 1795 einnehmen, Oesterreich wiederum Podolien, Bessarabien, die alte Wojewodschaft Brazlaw erobern und sich auf das Schwarze Meer mit Odessa als der dritten Hafenstadt stützen sollte. Der im Jahre 1908 festgesetzte Plan ist bis auf den heutigen Tag bindend.

Unter dem Gesichtswinkel dieser diplomatischen Pläne soll man die Entwicklung der polnisch-ruthenischen Beziehungen betrachten.

Diese Pläne reichen bestimmt in die früheren Zeiten; das Jahr 1908 war nur ein Moment, wo die kristallisierte Absicht zur Wirklichkeit werden sollte. Im Monate März des Jahres 1908, als der Krieg Oesterreichs und Deutschlands mit Rußland ausbrechen sollte, waren schon die Heeresverfügungen und die ganze Mobilisation im Generalstab gerade in der obgenannten Richtung durchgeführt. Der Krieg brach nicht aus, der Plan ist aber doch geblieben.“

Nach dieser Einleitung geht der Verfasser zu der Aktion der österreichischen Regierung in der ukrainischen Universitätsfrage über und führt aus:

„Wenn also die heutige Regierung den Mut fand, diese Frage so entschieden auftreten zu lassen, wenn sie sogar nicht scheute, eventuelle Entrüstung der Tschechen, Slovenen, Italiener und der diesen Völkern gegenüber feindlichen Deutschen hervorzurufen, so überzeugt uns diese Tatsache, daß es sich hier um wichtigere Angelegenheiten handelt, nämlich um den Appetit Oesterreichs auf die russische Ukraina.

Es muß jeden wundern, daß all jene Völker, deren Forderungen nach einer Universität älter sind, als die der Ruthenen, so ruhig das Versprechen der Regierung von der Gründung der ruthenischen Universität zur Kenntnis nahmen.

Dies wäre unter normalen Verhältnissen nicht zu verstehen, sie sieht aber unter dem Gesichtswinkel der österreichischen Politik in der Richtung zu der Ukraina klar wie die Sonne aus.

Um die Ruthenen zu gewinnen, muß man die Stellung der Polen, welche im Parlament eine führende Rolle spielen, brechen. Ohne Polen gibt es heutzutage keine Mehrheit. Man macht also auf Knall und Fall den tschechisch-deutschen Vergleich, um die Polen hinter die Klammer verschieben zu können. Und man gab bestimmt denjenigen, welche nicht gerne sahen, daß die ruthenische Universitätsfrage so entschieden behandelt wird, ausdrücklich zu verstehen, daß sie diesen Augenblick vorübergehen lassen, daß, wenn sie an das Steuer und zur Mehrheit ohne die Polen gelangen werden, ihnen nichts im Wege stehen wird, ihre Wünsche zu erfüllen. Diese Versprechungen müssen sehr deutlich gewesen sein, wenn sogar die zügellosesten Elemente unter den Tschechen, Slovenen und Italienern imstande waren, sich zu enthalten. Kennzeichnend ist die Mäßigung der deutschen Radikalen während der tschechisch-deutschen Verhandlungen: höchstwahrscheinlich wittern die Herren Wolff et Cie. in der Vernichtung des Einflusses der Polen in Oesterreich eine Erleichterung des Eroberungszuges des Germanismus gegen die Polen in Preussen.“

Der Hochverratsprozeß Bendasiuk und Genossen in Lemberg im Frühjahr 1914.

Eine Audienz des Wiener Korrespondenten des „Nowoje Wremja“ bei dem k. k. Statthalter v. Korytowski.

Das Petersburger „Nowoje Wremja“ vom 5. (18.) März 1914 bringt aus Lemberg folgendes Telegramm seines Wiener Korrespondenten *):

„Heute wurde Ihr Korrespondent vom neuen Statthalter Galiziens, Korytowski, empfangen, welchem als besonderes Verdienst angerechnet wird, daß zwischen Polen und Ukrainern ein Ausgleich, betreffend die neue Wahlreform in Galizien geschlossen wurde. Das Mißlingen dieser Reform war Grund des Falles des früheren Statthalters Bobrzynski.

Der Statthalter Korytowski enthielt sich irgend welcher Voraussetzungen, betreffend das eventuelle Ende des Lemberger Prozesses bis zum Abschluss der Gerichtsverhandlung. Dessenungeachtet habe ich auf Grund des Gespräches mit dem Statthalter das Recht, vorauszusetzen, daß die russische Kultur, Presse, Literatur, die russischen kulturellen Vereine und Institutionen die Möglichkeit haben, im Rahmen der strengen Gesetzmäßigkeit sich frei in Galizien zu entwickeln. Viel schwerer und komplizierter steht es mit der Frage der Verbreitung der Orthodoxie in anbetracht dessen, daß die österreichische Regierung unter der galizisch-russischen Bevölkerung nur eine Religion zu sehen wünscht, d. h. die katholische Union, welche in der Wirklichkeit sich durch nichts vom Katholizismus unterscheidet. Die österreichische Regierung fürchtet, daß samt der Orthodoxie, welche von Rußland unterstützt wird, in Galizien der russische politische Einfluß, von der russischen Regierung unterstützt, zum Vorschein treten wird.**)

Weil aber die österreichischen Gesetze die Bildung von unabhängigen orthodoxen Gemeinden zulassen, besteht die Hauptfrage offenbar darin, welche gesetzliche Form den neuen orthodoxen Gemeinden, die in Galizien auftauchen, zu verleihen ist. Das Vorfinden eines so vornehmen Staatsmannes an der Spitze Galiziens, wie es der neue Statthalter ist, welcher über breite aufgeklärte Ansichten verfügt, bürgt für die Gesetzmäßigkeit der

*) Zitiert nach „Priкарпатська Русь“, welche dieses Telegramm in der Nummer 1315 vom 21. März (3. April) 1914 wiedergibt.

**) Hier folgt ein Passus, der in der „Priкарпатська Русь“ konfisziert wurde.

Lokalbehörden, sodaß wenigstens während seiner Regierungszeit die Massenverfolgungen unter der russischen Bevölkerung Galiziens unglaublich erscheinen.“

Wie Herr Jantscheweckij über Österreich denkt?

Die Höflichkeit des k. k. Statthalters v. Korytowski gegen den Wiener Korrespondenten des „Nowoje Wremja“ Herrn Dimitrij Jantscheweckij ist jedenfalls beachtenswert und wir glauben, daß sich kaum in irgend einem anderen Staate eine analog offizielle Figur finden wird, die einem Mitarbeiter eines im fremden Staate erscheinenden Blattes, welches gegenüber dem betreffenden Staate eine solche Stellung einnimmt, wie „Nowoje Wremja“ gegenüber Österreich-Ungarn, eine solche Höflichkeit erweist.

Es ist daher umso mehr interessant zu erfahren, was sich Herr Jantscheweckij über Österreich — nicht etwa in „Nowoje Wremja“, sondern in der Lemberger „Prikarpatskaja Russ“ zu schreiben erlaubte.

Im genannten Parteiorgan der galizischen russisch-nationalen Partei, Nr. 1327 vom 9. (22.) April 1914, veröffentlichte er unter dem Titel „775 Jahre des Bestandes der russischen Idee in Galizien“ ausführliche Osterbetrachtungen über „die große galizisch-russische Idee, welche bereits im nächsten Jahre 1915 ein 775-jähriges Jubiläum ihres unsterblichen Bestandes, vom Tage der Verkündung des Halitsch zur Hauptstadt des galizischen Rußlands an gerechnet, feiern könnte.“

Seine Betrachtungen schließt Jantscheweckij mit den Worten:

„Es waren Russen in Galizien vor Österreich, sie werden hier auch nach Österreich sein.“

Herr Kaschkarow über den polnischen Russophilismus.

Der oktobristische Journalist Herr Basilius Kaschkarow aus Moskau, der während des Prozesses eine Zeitlang in Lemberg verweilte, schildert im Moskauer Blatte „Golos Moskwy“ vom 27. März 1914 seine Eindrücke während seines Aufenthaltes in Warschau, in welcher Stadt er sich auf dem Wege nach Lemberg aufgehalten hatte. Indem er feststellt, daß sich der polnische politische Gedanke ganz entschieden dem Russophilismus zugewendet hatte, schreibt er:*)

„Der Gedanke von der Möglichkeit der vollen Aussöhnung des polnischen Volkes mit dem russischen begann immer öfter und öfter in der polnischen Presse diskutiert zu werden. Man erließ ein neues Lösungswort des polnischen Gedankens, nämlich einen Vorschlag, daß das polnische Volk sich auf Rußland stütze. Die Polen erklärten, sie werden treue Söhne des russischen Staates sein, sie werden zur glänzenden Vorhut des mächtigen slawischen Staates werden. Der Glaube an Rußland, an seine zukünftige wohlthätige Rolle in der Entscheidung der ganzen polnischen Frage drang sogar über die Grenzen des Reiches. In Galizien, in Polen, in Schlesien — überall wurden Sympathien für die Russen und Hoffnungen auf Rußland stärker.“

In einem anderen Artikel, welchen Herr Kaschkarow unter dem Titel „Das geschändete Land“ im Moskauer Blatte „Utro Rossiji“ vom 24. April 1914 veröffentlichte, berichtet er, daß polnische Politiker in Lemberg ihm gegenüber ausdrücklich erklärt haben, die Schuld an dem Prozesse tragen keineswegs die Polen, denn derselbe wurde von den österreichischen Zentralbehörden auf nachdrückliches Verlangen der ukrainischen Politiker mit dem griechisch-unierten Metropoliten Grafen Szeptyckij an der Spitze angeordnet.

Die obigen Ausführungen des Herrn Kaschkarow wurden in der „Priкарпатська Русь“, Nr. 1344, vom 29. April (12. Mai) 1914 wiedergegeben, wo sie aber

*) Zitiert nach „Priкарпатська Русь“, Nr. 1324 vom 2. (15.) April 1914.

vollständig konfisziert wurden, infolgedessen wir ausserstande sind, dieselben in ihrem Wortlaut anzuführen.

Der obige Artikel des Herrn Kaschkarow enthielt solche gegen einzelne Mitglieder des Gerichtshofes gerichtete Beleidigungen, daß derselbe für angemessen erachtete, den Herrn Kaschkarow von der Verhandlung auszuschließen.

Die Szene, wie Herr Kaschkarow den Gerichtssaal verließ, schildert „Priкарпатська Русь“, Nr. 1354 vom 10. (23.) Mai 1914 folgendermaßen:

„Nachdem Herr Kaschkarow sich vor den Geschworenen tief verbeugte, verließ er den Verhandlungssaal. Diese Verbeugung vor den Geschworenen wird durch das Zutrauen erklärt, welches Herr Kaschkarow in das Gewissen und die Gerechtigkeit der Geschworenen legt, was er mehrmals in seinen Korrespondenzen in ‚Golos Moskwy‘ und ‚Utro Rossiji‘ betont.“

Russische und polnische Preßstimmen nach dem Prozesse.

Nun hat sich gezeigt, daß Herr Kaschkarow mit seinem Zutrauen vollkommen recht hatte. Bendasiuk und Genossen wurden von den polnischen Geschworenen einstimmig freigesprochen.

Aus zahlreichen Artikeln, die darüber in der russischen Presse erschienen sind, werden wir die Ausführungen anführen, welche der nationalistische Journalist Stolypin, ein Bruder des verstorbenen russischen Ministerpräsidenten, unter dem Titel „Die Polen“ in „Nowoje Wremja“, vom 27. Mai (9. Juni) 1914 veröffentlicht hat.

Es heißt dort:*)

„Die Freisprechung der galizischen Russen in der Lemberger Gerichtsverhandlung seitens polnischer Geschworener erscheint als ein Umstand von ungeheurer Bedeutung für die Frage der slawischen Einigung. Die russische Gesellschaft, welche so oft und so beharrlich sich an Polen mit den Worten der Versöhnung und des Mitgefühls wandte, und welche keineswegs durch Er-

*) Zitiert nach „Priкарпатська Русь“, Nr. 1368, vom 29. Mai (11. Juli) 1914.

scheinungen freundschaftlicher Gefühle polnischerseits verwöhnt ist, wird lange und stark diesen Akt der hohen Unparteilichkeit der ausländischen Polen in ihrem Gedächtnis behalten und sie wird verstehen, auf ihn mit der Wärme und Aufrichtigkeit zu antworten, zu welcher nur unsere empfänglichen slawischen Herzen fähig sind. Man darf nicht vergessen, daß eines der größten Hindernisse für die russisch-polnische Annäherung das Argument von der Unterdrückung der Russen seitens der Polen in Galizien war. — Als eine unter den Antworten auf die polnischen Forderungen in Rußland und auf die Klagen der Polen diente immer das Argument, daß die Polen im Auslande, dort, wo sie die Macht in ihren Händen haben, sich nicht genieren, unsere russischen Brüder zu unterdrücken. Und gerade jetzt, im Momente des zugespitzten Hasses gegen Rußland, gegen dessen gesetzgeberische Institutionen*), wo den Polen eine Verführung bevorstand, den Haß mit dem Hasse zu bezahlen, haben sie sich vom Rachegefühl nicht hinreißen lassen und lieferten das Beispiel der Ehre, Weisheit und Gerechtigkeit. Ohne jede Berechnung den Gefühlen des Gewissens folgend, wußten die auswärtigen Richter der unterdrückten Russen selbst nicht und konnten auch nicht voraussehen, welch einen ungeheuren Dienst sie ihren polnischen Brüdern in den Grenzen des Russischen Reiches erwiesen haben. Es sollen jetzt unsere Brüder Polen wissen, daß die russische Gesellschaft mit der Sünde der Undankbarkeit sich nicht beflecken wird.“

Von den polnischen Blättern, welche, im ganzen genommen, mit Rücksicht auf Wien es für angemessen erachteten, sich der politischen Betrachtungen über die Freisprechung des Bendasiuk und Genossen zu enthalten, ist die Erklärung des allpolnischen „Slowo polskie“ anzuführen, „es sei vor allem die starke Unparteilichkeit und das hohe Bewußtsein der gesteigerten Pflicht eines Bürgers zu verzeichnen und zu betonen, welche die polnischen Geschworenen an den Tag legten.“**)

Das Organ des gewesenen polnischen Ministers Dlugosz für Galizien „Kurjer lwowski“ führte unter anderem aus:***)

*) Gemeint ist die Ablehnung der Regierungsvorlage, betreffend den Gebrauch der polnischen Sprache in der städtischen Selbstverwaltung in Russisch-Polen seitens des Reichsrates.

**) Zitiert nach „Priкарпатська Русь“, Nr. 1369, vom 30. Mai (12. Juni) 1914.

***) Zitiert nach „Priкарпатська Русь“, Nr. 1370, vom 31. Mai (13. Juni) 1914.

„Das Urteil des Geschworenengerichtes im gegenwärtigen Prozesse Bendasiuk et Comp. war und konnte auch für die polnische Gesellschaft nicht unerwartet sein. Denn welch' immer für Erwägungen und Befürchtungen für die Zukunft in bürgerlichen Gefühlen der Richter die Freisprechung zweifellos russophiler Agitatoren hervorrufen würde, wir glaubten trotzdem, daß, wie jetzt, so auch nie ein Pole den Gerichtssaal für einen Ort der Rache halten wird, und nie seinen Verfolgern darin ähnlich sein wird, die Macht des Urteilsfällens in der Eigenschaft einer Waffe bei politischen Rechnungen zu gebrauchen. Fiat justitia! Es solle die Gerechtigkeit walten. Dies war das Motto, das schönste und ehrlichste Motto, geschöpft aus unserer nationalen Vergangenheit, nach welchem sich die Richter bei der jüngst untersuchten Angelegenheit richteten.“

Das Podolier-Organ „Gazeta Narodowa“ (Nr. 130 vom 9. Juni 1914) führte in einer Notiz, betitelt: „Nach dem Prozeß des Bendasiuk und Genossen“ unter anderem aus:

„Es ist möglich, daß die polnischen Geschworenen mit der von dem Staatsanwalt angenommenen und übrigens ziemlich allgemein anerkannten These nicht übereinstimmten, nämlich, daß die Propaganda der Orthodoxie immer und untrennbar mit einer Propaganda des Zarentums vereint ist, und daß sie zum Zwecke hat, den Boden für eine russische Invasion vorzubereiten. Die Lemberger Geschworenen konnten in der orthodoxen Propaganda nur ein religiöses Moment erblicken.

Inwieweit aber bei dieser Propaganda sich die russische Regierung betätigt, ist ihre mehr oder weniger intensive Tätigkeit immer von der Intensität der ukrainischen Agitation abhängig, die sich mit ihrer Arbeit bis über die Wolga hinüber brüstet. Auf die Propaganda des Ukrainismus bei dem ruthenischen Volke diessseits und jenseits der Grenze erwidert die russische Regierung mit der orthodoxen Propaganda unter demselben Volke.“

Wie wir sehen, hat die „Gazeta Narodowa“ auch bei dieser Gelegenheit ihr altes Lied angestimmt, daß nämlich an der russischen Propaganda in Galizien die ukrainische nationale Bewegung schuld ist, weil dieselbe Rußland bedroht und zur berechtigten Abwehr zwingt.

Bald aber war die „Gazeta Narodowa“ aus der Fassung gekommen und ist in der Nummer 132 vom 11. Juni 1914 mit dem polemischen, gegen das ukrainische Hauptorgan „Dilo“ gerichteten Leitartikel „Politik und Gerechtigkeit“ aufgetreten, wo es heißt:

„Wie es zu erwarten war, setzt ‚Dilo‘ mit einer Denunziation ein. Wo das Organ der Ukrainophilen auf dem Gebiet der höheren Politik eine Rolle spielen will, dort ist es in der Regel die Rolle eines Denunzianten. Auch jetzt will sich ‚Dilo‘ auf den der ehrlichen Leute einzig würdigen Standpunkt nicht stellen, daß nämlich das Verdikt der Geschworenen in der Sache Bendasiuk und Genossen ein Akt der üblichen Gerechtigkeit war, sondern konstruiert aus diesem Verdikt einen Anklageakt gegen die Polen. Nach Ansicht der Herren vom ‚Dilo‘ wird ihrer Denunziation in Wien ein geneigtes Ohr verliehen werden und den Polen wird für den Mangel an Dienstfertigkeit oder sogar für unloyale Gedanken eine verdiente Strafe erteilt.

Wenn wir uns mit diesen Dingen befassen, so geschieht es selbstverständlich nicht deshalb, als ob wir uns vor einem vermeintlichen Gerichtshof verteidigen wollten, vor welchem die Ukrainer ihre Anklage vorbringen wollen. Unsere Stellung im Staate, welche die Herren vom ‚Dilo‘ so reizt und für sie so peinlich ist, verdanken wir diesem Umstande, daß die allgemeine Richtung der polnischen Politik der österreichischen Politik nicht zuwiderlaufend ist, vor allem aber unserer numerischen und kulturellen Kraft, denn die Kraft verleiht unserer Politik den Wert.

Es kann sein, daß die Führer einer Nation oder eines Volkstammes so niederträchtig wären, um für die Macht dem Staate sogar ihr Gerechtigkeitsgefühl und das Gewissen zu opfern; eine solche Nation sind die Polen aber nicht. Nur bei den Wilden und Barbaren kann der Haß so überhandnehmen, daß jeder Schritt bei ihnen in einen politischen Racheakt ausartet, und sogar die Ausübung der Gerechtigkeit vom Rachedurst verpestet wird. Im Leben eines Kulturvolkes geschieht es so, daß eine politische Aktion, sei sie auch auf eine noch so entschiedene und kräftige Weise geführt, weder die bürgerlichen Rechte noch weniger die Ausübung der Gerechtigkeit beeinträchtigen darf. Es darf auch niemand von uns verlangen, daß wir wegen politischer Zwecke uns selbst auf das ethische Niveau einer Horde herabsetzen.“

Den obigen Ausführungen der „Gazeta Narodowa“ wurde in der „Priкарпатська Русь“, Nr. 1372 vom 3. (16.) Juni 1914 größtes Lob gespendet. Das Organ der galizischen russisch-nationalen Partei schreibt:

„Eine würdige Antwort wurde den mazepinischen Denunzianten und ihren galizischen Nachahmern*) von der ‚Gazeta Narodowa‘ gegeben.“

Sodann zitiert die „Priкарпатська Русь“ die Ausführungen der „Gazeta Narodowa“ im vollen Wortlaut und erklärt:

„Wie wir sehen, ist es eine ehrliche, männliche Stimme. Es ist aber die einzige Stimme, welche der Ehre des großen Volkes würdig ist — alles übrige ist das unwürdige Lallen der ‚k. k. Aufständischen‘ und Wiener Gladiatoren.“

Eine sehr charakteristische Stimme anlässlich des Prozesses Bendasiuk und Genossen finden wir in der bereits erwähnten polnischen Monatsrevue „Swiat Slowianski“, nämlich im Aufsatz „Zwischen Ruthenentum und Russentum“, welcher im Juli-Heft veröffentlicht wurde.

Nachdem der Verfasser betonte, daß zwischen Ukrainismus und Russophilismus ebensolcher Unterschied besteht, wie „zwischen einer Mark und einem Rubel“, trachtet er eine moralische Rechtfertigung für „den Rubel“ zu geben und erklärt:

„Inwieferne die Russen hierher Rubel einschicken, in der Meinung, daß hier ein Teil des russischen Volkes lebt, geben sie Geld für ihre Nationalzwecke und im Grunde genommen kann man sich darüber nicht ärgern, daß sie sich erkühnen, ihr Geld über die Grenze zu senden. In dem Falle hat ein jeder Russe das Recht zu sagen, daß er dasselbe tut, was z. B. ein Warschauer macht, welcher einen Beitrag für polnische Sachen in Schlesien einschickt oder ein Großpole, welcher nach Galizien in einem Hungerjahre einen Waggon Kartoffeln sendet. Ueber die Ethik des menschlichen Handels soll man auf Grund dessen urteilen, was in der Absicht des Handelnden liegt. Wenn also ein Russe in der nationalen Identität unseres ‚Chachol‘ mit seinem ‚Kazapen‘ überzeugt ist, so ist sein Gewissen in dem Falle rein. Es kann ihm diese oder jene Magistratur etwas vorwerfen, was wird ihm aber die Moral vorwerfen können?“

*) Gemeint ist das Organ der polnischen soz.-dem. Partei „Naprzod“.

Damit diese ethische Rechtfertigung des Russophilismus und des „Rubels“ am hübschesten aussieht, reduziert der Verfasser das ganze ukrainische nationale Leben zu einer „preußischen Intrigue“ und schreibt:

„Die Mark rollt aber in Galizien herum, nicht von irgendwelchen ausländischen Ruthenen und nicht für wirkliche und adoptierte Landsleute, — nein, es ist eine ganz andere Kategorie des wandernden Geldes. Die Mark hat jedoch ein Privilegium, weil sie von den treuen ‚Nibelungen‘ stammt.“

Indem der Verfasser zu dem den Polen gemachten Vorwürfe übergeht, daß sie die Ukrainer gegen die Russophilen in Galizien unterstützen, erklärt er:

„Wenn diese Dinge von unserem Willen abhingen, möchten unsere Interessen eher mit dem Russophilismus als mit dem Ukrainismus in Ostgalizien übereinstimmen. Denn wenn, wie wohl nicht die ganze nichtpolnische Bevölkerung Galiziens, sondern wenigstens die ganze Intelligenz, welche aus dieser Bevölkerung hervorging, sich für die Russen halten würde, dann könnte sich in Wien manches klären, was ewig und hoffnungslos als dunkel in den Augen der ‚Konfusionsräte‘ erscheint. Dann würde sich unsere Politik in Oesterreich, unsere Stellung zu Oesterreich und Rußland viel einfacher gestalten. Wenn es in Ostgalizien kein ruthenisches Volk gäbe, möchten wir jedenfalls um einen Feind weniger haben. Fügen wir noch hinzu, daß die Russophilen sui generis Konservative sind und wenigstens für keine Mordtaten und Brandstiftungen schwärmen, wie auch kleine Agrarstreiks organisieren usw.

Noch eins: Die Intelligenz, welche sich für Russen hält, kultiviert die Orthodoxie. Der Widerstand der Behörden gegen diese Propaganda schiebt man in die Schuhe der polnischen Politik.

Was ist denn das? Wie kann man sich bis zu dem Grade nicht orientieren! Denn vom Standpunkte des polnischen Egoismus wäre die Orthodoxie in Ostgalizien ohne Vergleich viel wünschenswerter als die unglückliche Union, und das gerade aus dem Grunde, weil man von der ‚Union‘ zum lateinischen Ritus nicht übertreten darf und in der Praxis dies schwer ist, während die Erscheinung der Orthodoxie im größeren Umfange eine interessante Episode bilden würde, welche den Uebertritt der ganzen Bevölkerung zum lateinischen Ritus zur Folge hätte.

Deshalb droht die ganze Propaganda dem polnischen Interesse gar nicht.“

Wie nun den „galizischen Russen“ infolge der Freisprechung des Bendasiuk und Genossen der Kamm angewachsen war, bezeugt ein Artikel, welchen die „Pri-karpatskaja Russ“ in der Nummer 1395 vom 1. (14.) Juli 1914, also bereits nach dem Tode des Thronfolgers veröffentlichte. Es heißt dort:

„Das Aufzeichnen des grausamen Teufels ‚einer russophilen Propaganda‘ auf der Wand soll gerade in dieser Zeit als ein Anachronismus erscheinen. Es kann sein, daß noch unlängst in Wien eine Nachfrage nach möglichst grellen und saftigen Nachrichten aus Galizien über die Schrecken der russophilen Agitation war, welche die ganze Grenzgegend unterminierte, und die dienstfertigen lokalen Beschützer der territorialen Unversehrtheit des Reiches hörten nicht auf, indem sie sich dem Wiener Geschmacke anpaßten, nach Wien Berichte über diese ‚Agitation‘ zu schicken. Nach den jüngsten Ereignissen jedoch sollte die Nachfrage nach ähnlichen Nachrichten bedeutend kleiner geworden sein.*)

Nach ‚einem einstimmigen Urteile‘ der Lemberger Geschworenen, welche nicht einmal Schatten von einer Schuld bei den ‚sehr gefährlichen‘ russophilen Agitatoren in Galizien fanden, — nach einem solchen Urteilsspruche noch von der ‚russophilen Agitation‘ zu reden, das kann man nur bei Vorhandensein des Mutes von einer besonderen Art oder Kraft des psychologischen Trägheitsgesetzes.“

Eine Anerkennung für galizische Polen seitens eines russischen Nationalistenführers für die Unterstützung „der galizischen Russen“.

Nach der Besetzung Ostgaliziens durch die russische Armee äußerte sich der Obmann des „galizisch-russischen Vereines“ in Odessa, Universitätsprofessor Kasanskij, in einer Enquete, welche über die galizischen Verhältnisse von der Redaktion des „Odesskij Listok“ („Odessaer Blatt“), Nr. 254 vom 22. September 1914, veranstaltet wurde, über die Beziehungen zwischen den galizischen Polen und der galizischen russisch-nationalen Partei folgendermaßen:

*) Andeutungen über den Tod des Thronfolgers, welcher von dem Blatte als Gönner der Ukrainer und Feind von Rußland dargestellt wurde.

„Um die Stellung des Russophilismus zu charakterisieren, soll man auch betonen, daß seine Anhänger immer den Polen nahestanden und sich gegenseitig Sympathien, wenigstens mancher polnischen Kreise erfreuten, so daß die letzteren fortwährend in Wien denunziert wurden, — von wem, ist ohne Erklärungen klar, — daß nämlich die Polen die schädliche Sekte der Russophilen unterstützen.“

Diese bereits nach der Besetzung Ostgaliziens von Rußland kundgemachte Äußerung eines Obmannes einer Filiale des „galizisch-russischen Vereines“, welcher besonders für die Förderung der russischen Propaganda in Galizien vom Grafen Bobrinskij gegründet wurde, bildet die Krone aller Beweise von dem Russophilismus galizischer Polen und von der Unterstützung der russischen Propaganda unter dem ukrainischen Volke von denselben.

IV. Die Stellungnahme der polnischen russo- philen Parteien zu der Politik des Dreibundes, insbesondere während der Balkankrise 1912/13.

Gegen den Dreibund.

In der Session der Delegationen 1908 haben sowohl der damalige Obmann des Polenklubs, Allpole Dr. Glombinski, der spätere k. k. Eisenbahnminister, wie auch der damalige Obmannstellvertreter des Polenklubs, Podolier Graf Adalbert Dzieduszycki, der gewesene k. k. Minister für Galizien, gegen den Dreibund, insbesondere gegen den Bund mit Deutschland gerichtete Reden gehalten. Die Rede Glombinski's erwähnt Dmowski in seiner Schrift: „Deutschland, Rußland und die Polenfrage“; beide Reden hat „Galitschanin“, Organ der galizischen russisch-nationalen Partei, für das Zeichen erachtet, daß sich die Polen zum Slawentum bekehren.

Nach dem Schlusse der Session finden wir über dieselbe in „Słowo polskie“, Nr. 130 vom 17. März 1908, in einem „Das Ergebnis der Delegation“ betitelten Artikel folgendes:

„Das Hauptergebnis der verflossenen Session der Delegation ist offene Feststellung der Tatsache, daß die Mehrheit der Bevölkerung der Monarchie sich direkt mit Widerwillen gegen den Bund mit Preußen verhält, daß sie den Bund mit dem Staate der Unterdrückung und der brutalen Gewalt nicht approbiert, daß sie keineswegs eine Politik für richtig hält, welche Oesterreich zur Rolle des Handlangers des urewigen Feindes des Slawentumes herabdrückt.“

Für einen Bund mit Rußland.

In „*Slowo polskie*“, Nr. 475 vom 13. Oktober 1910, schreibt der Wiener Korrespondent derselben, Herr Adam Nowicki, unter dem Titel „Österreich-Ungarn und Rußland“ folgendes:

„Maximilian Harden veröffentlichte im Hefte von der vorigen Woche der Wochenschrift ‚Zukunft‘ zum Thema der zur Zeit noch nicht verlautbarten Demission des Herrn Iswolskij die Bemerkung, daß laut den in Berlin kreisenden Gerüchten die Annahme jener Demission den Beweis erbringen werde, Nikolaus II. wünsche so intime Beziehungen mit Oesterreich-Ungarn anzuknüpfen, wie sie früher waren.

Daß jene Berliner Gerüchte zutreffend die Intentionen des russischen Kaisers beurteilten, bewies jetzt das an den Fürsten Urussow gerichtete Handschreiben des Zaren aus Anlaß der Räumung der Botschafterstelle am Wiener Hofe durch denselben. Nikolaus II. hält für das politische Hauptverdienst des Fürsten Urussow, daß derselbe als russischer Botschafter in Wien aus allen Kräften die Erhaltung und Stärkung der guten nachbarlichen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn anstrebte.

Da Fürst Urussow die Botschafterstelle in Wien am 6. März 1905 übernommen hatte, so fallen diese Bestrebungen des Fürsten mit der für die Verhältnisse zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn kritischen Zeit zusammen. Offenbar liegt dem Kaiser Nikolaus II. viel daran, daß jenes Verhältnis ein gutes sei, wenn er nicht nur die Aufrechterhaltung desselben für das Hauptverdienst des Fürsten Urussow hält, sondern auch, was noch mehr ist, jene Tatsache veröffentlichen ließ, damit die Sachlage auch in Wien in der am meisten authentischen Weise bekannt werde. Diese zwei Tatsachen: Die Demission des Iswolskij und der Inhalt des Handschreibens an den Fürsten Urussow beleuchten mit grellem Licht die internationale Lage, besonders aber die vom Kaiser Wilhelm II. geführte Politik Deutschlands. In Berlin gelangte öfters äußerlich die Unzufriedenheit zum Ausdruck, daß das Verhältnis Rußlands zu Oesterreich-Ungarn ein schlimmeres geworden sei. Aber nur äußerlich. Im Innern der Seele freuten sich aber das Berliner Kabinett und der Hof außerordentlich darüber, daß endlich das gute Einvernehmen zwischen Wien und Petersburg gelockert sei, welches von dem sehr weisen russischen Diplomaten Lobanow-Rostowskij geschaffen wurde, der jedoch plötzlich und vorzeitig in der Stellung eines Ministers des Aeußeren im Jahre 1896 gestorben war, und welches dann vom Grafen Goluchowski vernünftig gepflegt wurde. Das Hauptverdienst des Ministers Grafen Goluchowski war eben das Verständnis der Tatsache, daß die Quelle der Ueberlegenheit Deutsch-

lands prinzipiell in dem Mangel an aufrichtigen unmittelbaren Beziehungen zwischen Wien und Petersburg bestehe, was den Deutschen gestattet, öffentlich die Rolle eines Vermittlers zu spielen und heimlich das Wasser zu trüben.*)

Die Annexion von Bosnien verdarb dieses österreichisch-russische Einvernehmen. Man wußte jedoch in Berlin, Kaiser Nikolaus II. möchte in einem gelegenen Moment sich Oesterreich-Ungarn nähern und Beziehungen zwischen Wien und Petersburg anknüpfen. Was aber Berlin unternahm und was es noch immer in Petersburg anstiftet, um diese österreichisch-russische Annäherung zu verderben, davon weiß die europäische Meinung noch nichts. Sie hatte dafür Gelegenheit, die Aufdringlichkeit zu beobachten, mit der Kaiser Wilhelm II. im Laufe der zwei verfloßenen Jahre dem Wiener Hofe und der Monarchie seine Dienste anbot.

In Berlin wußte man vortrefflich, daß das österreichische Staatsinteresse dem Wiener Kabinett gebietet, die von Kaiser Nikolaus II. gebotene Hand zu ergreifen, daß ihm jedoch dasselbe Staatsinteresse eine Stabilisierung der Situation verbiete, in der das mit Rußland, England und Frankreich verfeindete Oesterreich auf Gnade und Ungnade von Deutschland abhängig wäre. Kaiser Wilhelm II. wünschte durch seine Vortänzeri und Aufdringlichkeit in Wien — von seinem Standpunkte aus ist diese Taktik ein geschicktes und für die Hohenzollern nutzbringendes Manöver zu nennen — an der Donau eine Stimmung hervorzurufen, die den Wiener Staatsmännern die Notwendigkeit einer unmittelbaren Verständigung mit Rußland verhüllen und das falsche Gefühl einer die friedfertigen Tendenzen des Kaisers Nikolaus II. geringschätzenden Sicherheit wecken sollte. Wenn man jetzt glaubwürdig über die letzteren informiert ist, begreift man leicht, warum Wilhelm II. mehreremale hintereinander nach Wien kam und den Erzherzog Franz Ferdinand mit Gemahlin zu sich einlud, warum er keine Gelegenheit vernachlässigte, um ostentativ mit Oesterreich-Ungarn zu flirten und zu versichern, daß es immer sicher auf seinen Verbündeten rechnen dürfe.

Es stellt sich heraus, daß dieser Schwätzer, der die schönsten Phrasen im Munde führt, auch ausdauernd mit dem Schein eines idealistischen Enthusiasmus ein sehr schlaues und sehr kompliziertes diplomatisches Spiel führen kann.

Was wird jetzt das Wiener Kabinett anfangen? Welchen Zweck verfolgt es? Ist es die Erhaltung des status quo? Oder aber ein Drang nach Osten? In dem ersten Fall ist eine Ver-

*) Dieses „Hauptverdienst“ des Grafen Goluchowski war in seinem Wesen eine russophile, Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie schädigende Politik des polnischen k. u. k. Ministers des Aeusseren.

ständigung mit Rußland notwendig als Gegengewicht Deutschland gegenüber und zur Sicherung vor zwei ‚Sekanten‘ nach der bekannten und von der politischen Moral angenommenen Theorie des Fürsten Bismarck. Eine Expansion nach Osten (nicht nach Südosten) wäre ein Beweis einer in Wien ungewohnten Energie und erscheint deshalb nicht wahrscheinlich. In diesem zweiten Fall kann jedoch begreiflicherweise keine Rede sein von einem ständigen und aufrichtigen Einvernehmen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland. Das erstere wäre auf die Loyalität des Berliner Verbündeten verwiesen. Das zweite könnte sich jedoch mit den Deutschen verständigen und der von allen verlassenen habsburgischen Monarchie ein sehr trauriges Los bereiten.“

Die Balkankrise 1912/13.

Aus dem allpolnischen Organ „*Slowo polskie*“.

Noch vor dem Ausbruch der Balkankrise veröffentlichte der allpolnische Führer Sigismund Balicki aus Warschau im „*Slowo polskie*“ eine Artikelserie unter dem Titel „Unsere geistige Unabhängigkeit“, welche wie dazu bestimmt war, um für den Fall eines Konfliktes zwischen Österreich-Ungarn und Rußland der polnischen Gesellschaft in Galizien Mißtrauen gegen Österreich-Ungarn einzuflößen.

In dem ersten dieser Artikel (Nr. 174 vom 15. April 1912) spricht der Verfasser über verschiedene Wege, welche seitens mächtigerer Staaten gebraucht werden, um auf schwächere Staaten und Völker ihren Einfluß auszuüben. Es heißt dort:

„Auf den ersten Platz soll man eine rein politische, durch Staatsorgane geführte, vor allem diplomatische und konsulare Aktion stellen und dann die anderen. Als bekannter Spieler in dieser Hinsicht erscheint Deutschland, welches nie vernachlässigt, innere Schwierigkeiten und sogar Unruhen in den Ländern der ihm feindlichen Staaten oder Völker hervorzurufen, so oft sein Verhältnis zu ihnen eine höhere Stufe der Spannung erreicht. Das Königreich Polen ist gegenwärtig für wen immer ein überhaupt weniger entsprechendes Terrain für eine derartige Aktion. Im Jahre 1905/06 aber sprach man laut von Waffenniederlagen auf der westlichen Grenze zwecks Verstärkung der revolutionären Bewegung und deutsche Militärschriftsteller verlautbarten noch heute strategische Pläne der revolutionären Operationen für die Sozialisten im polnischen Königreich für den Fall eines Konfliktes

mit Rußland. Dafür ist Galizien Gegenstand allzu mannigfaltiger und verzweigter Einflüsse in dieser Art. Vor allem, um die Ruthenen gegen die Polen zu gewinnen. Hier wirken im schwächeren Ausmaße Einflüsse des russischen Nationalismus auf die Altruthenen, im bedeutend stärkeren aber deutsche Einflüsse auf die Ukrainer.

Oesterreich möchte gerne im entscheidenden Momente die Polen gegen Rußland gewinnen und zu diesem Zwecke sagt es sich nicht los, auf unsere Gesellschaft in Galizien einzuwirken. Es ist charakteristisch, daß so oft zwischen Oesterreich und Rußland die Verhältnisse ernst sich zuspitzen, immer gerade in galizischen patriotischen Kreisen Aufstandsprogramme auftauchen und von hier auf dem Wege der Ideenverbreitung auch ins Königreich Polen eindringen. Wer die politische Stimmung beider Teile Polens kennt, der weiß es gut, daß jenes Programm nichts selbständiges enthält, daß es durch und durch künstlich ist und keineswegs weder aus Voraussetzungen unserer Politik, noch viel weniger aus dem Gefühle des polnischen nationalen Interesses hervorgeht.

Der beste Beweis dafür ist der Umstand, daß es immer mit der Besserung der Verhältnisse zwischen beiden Mächten verschwindet und verstummt. Wenn man aber den Anhängern dieses Programms geradezu sagen würde, daß sie nur Spielzeug in den Händen Fremder sind, möchten sie zweifellos darüber aufrichtig erstaunt sein, — so weit entfernt ist das Bewußtsein verschiedener politischer Kombinationen seitens der einzelnen vom wahren Nationalbewußtsein.“

Nun kam wirklich die Balkankrise. Zu Beginn derselben finden wir im „*Slowo polskie*“, Nr. 396 vom 26. August 1912, unter dem Titel: „In Gefahr der Isolierung“ folgende Ausführungen:

Im Artikel wird bemerkt, daß der Vorschlag des Grafen Berchtold, betreffend Gedankenaustausch in der Frage der Sicherstellung des Friedens auf der Balkanhalbinsel, sogar in Deutschland, geschweige denn in anderen Staaten auf Widerwillen traf. Und dann heißt es:

„Wenn die Durchführung der projektierten Aktion unter dem Einflusse der gegenwärtig zum Vorschein kommenden Gemütsstimmungen aus Anlaß des Widerstandes der Mächte nicht erfolgen sollte, wird es eine diplomatische Niederlage sein, welche den Eindruck eines provokatorischen Auftrittes der Tripelentente Oesterreich-Ungarn gegenüber machen wird.“

Schon mit Rücksicht darauf, unabhängig von der Pflicht, den Verbündeten in der seine Lebensinteressen betreffenden

Aktion zu unterstützen, sollte man hoffen, daß Deutschland durch eine entschiedene Erklärung für den Vorschlag des Grafen Berchtold Oesterreich eine moralische Stütze gewähren wird. Wenn Deutschland aber es nicht tat, sondern eine beinahe gleichgiltige, jedenfalls aber passive Stellung einnahm, so setzt sich Oesterreich, welches für notwendig fand, sich mit seiner Initiative in der Balkanfrage hervorzutun, der Gefahr aus, isoliert zu werden und diese Gefahr droht ihm lediglich aus dem Grunde, daß es mit Deutschland verbündet ist. Nicht aus Unwillen gegen Oesterreich als einer Macht zeigen alle Staaten der Tripelentente Widerwillen, Oesterreichs Vorschlag, welcher doch im vollen Maße ihren eigenen Lebensinteressen entspricht, zu berücksichtigen, sondern nur — mit Ausnahme von Rußland — aus dem Grunde, weil sie in Oesterreich den Verbündeten des verhaßten Deutschlands, seinen einzigen Helfer im Kampfe um die politische Hegemonie in Europa, sehen.“

Dasselbe Thema behandelt „*Slowo polskie*“, Nr. 424 vom 11. September 1912, unter dem Titel: „Vorschlag Berchtolds und Deutschland.“ Es heißt dort:

„Das Bündnis Oesterreich-Ungarns mit Deutschland — der herrschenden Ansicht in Berlin nach — soll im Grunde genommen nur Deutschland Nutzen bringen. Oesterreich-Ungarn kann aus jedem Bündnis nur insofern Gewinn erreichen, als dieser letztere die erstklassigen Lebensinteressen Deutschlands nicht verletzt. Oesterreich-ungarische Staatsmänner hätten schon lange das wissen und sich dementsprechend einrichten sollen. Während der heranrückenden Delegationssession wäre es passend, daß sich aus der Mitte der Delegierten an die Adresse des Leiters der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns eine warnende Stimme vernehmen ließe, eine Stimme, welche die Notwendigkeit der selbständigen österreichischen Politik auf dem Gebiete der Bündnispolitik betonen würde, der Politik, welche mit Rücksicht auf neue Gruppierung und neue politische Gestaltung Europas neue Freunde aufsucht.“

Im Leitartikel „Sturm am Balkan“ führt „*Slowo polskie*“, Nr. 460 vom 2. Oktober 1912, aus:

„Es war vielleicht das größte Meisterstück der hinterlistigen diplomatischen Kunst ‚des eisernen Kanzlers‘, als er nach dem für Rußland siegreichen Kriege mit der Türkei auf dem Berliner Kongreß Rußland beinahe aller Siegesvorteile beraubt hatte, indem er dasselbe zwang, sich mit Bessarabien und einem Stück von Armenien zufriedenzustellen, und das eigentliche Ziel des Krieges zum Geschenk an Oesterreich schleuderte, indem er dem

letzteren das Recht, Bosnien und die Herzegowina zu verwalten, zusprach. Durch diese eine Verschiebung grub er zwischen Oesterreich und Rußland einen Abgrund, welchen — obzwar auf eine kurze Zeit und nicht vollständig — zu verhüllen es der diplomatischen Geschicklichkeit des Grafen Goluchowski gelang; gleichzeitig schmiedete er dadurch die Habsburger Monarchie an das neue deutsche Kaiserreich, lenkte ihre Aufmerksamkeit von deutschen Angelegenheiten ab, und stieß dieselbe auf die Balkanhalbinsel in die früher oder später einzutretenden unvermeidlichen Streitigkeiten mit Rußland, welches mit seinen Ansprüchen auf politische Einflüsse in der südlichen Slavenwelt auftritt, — indem er vollständig zutreffend voraussah, daß die Ergebnisse der Expansion der deutsch-österreichischen Elemente nach Süden früher oder später schließlich doch einst vor allem zum Vorteil dieses Zentrums kommen werden, aus welchem am stärksten die deutsche Eroberungsidee strahlt.“

Nach diesen gegen Deutschland und gegen den Bund der österreichisch-ungarischen Monarchie mit demselben gerichteten Angriffen, kommt „*Slowo polskie*“ über die polnische Stellung zu sprechen. So im Leitartikel: „Angesichts der politischen Situation“ (Nr. 481 vom 14. Oktober 1912) führt es aus:

„Wir sind uns dessen bewußt, daß die gegenwärtigen internationalen Komplikationen in ihrer weiteren Entwicklung unsere Terrains erreichen können. Wachsamkeit ist unentbehrlich und das Verständnis für die Situation ist ebenso notwendig; es wäre aber ein durch nichts zu entschuldigender Leichtsinn, das Volk schon heute in irgendwelche konkrete Kombinationen und Bündnisse hineinzuziehen.

Die politische Frage wurde, wie wir sagten, verheimlicht und das gerade durch die Staaten, welche gegenwärtig am Verlaufe der Dinge interessiert werden können. Sie sollen aber zuerst anerkennen, daß dieselbe besteht; erst dann werden wir uns aussprechen. Unter den gegenwärtigen Umständen haben wir gar keinen Grund, uns auf irgend einer Seite zu engagieren.

Wir können als einen Aufruf an das Volk die Winkelvereinbarungen mit den im Volke unverantwortlichen Faktoren, Verständigungen, welche eher in technischen als in politischen Absichten zustande gebracht werden, nicht auffassen. Im Gegenteil müssen alle Versuche, uns als ein blindes Element außerhalb unseres Bewußtseins auszunutzen, bei uns nur Entrüstung hervorrufen. Wir sind weder Revolutionäre vom Fach, noch ein Balkanland, wo man in Kampf- oder Friedensfragen willkürlich von auswärts entscheiden kann.

Die Schlingen der internationalen Politik sind nicht mit so einem geheimen Vorhange verhüllt, daß man nichts voraussehn könnte. Oesterreich ließ sich nie davon überzeugen, daß der Weg nach dem Balkan über Warschau führe. Man hat sich gewöhnt, anders zu denken und diese Frage berührt mit uns kein Mensch mehr; im Gegenteil, wir sehen bei uns konkret, daß dieser Weg anders gebahnt wird. *) Die Frage des Königreiches Polen wurde für Oesterreich höchstens zu einem Kommissionsgeschäfte zugunsten Preußens.

Nur auf dem Boden der polnischen Frage würde die Wett-eiferung Oesterreichs mit Rußland für uns und für Oesterreich eine Bedeutung haben. Wenn diese Meinung bisher systematisch beiseite geschoben wird, so verlieren wir den Grund, uns aktiv mit Kombinationen, welche unser Interesse nicht berücksichtigen, zu beschäftigen.

In der Nummer 485 vom 16. Oktober 1912 behandelt „*Slowo polskie*“ in einem Leitartikel das Dilemma: „Polnische oder österreichische Politik?“ Es heißt dort:

„Vor einem Jahre lief durch unsere Presse und die ganze polnische Gesellschaft eine rege Diskussion, welche die polnische und österreichische Politik zum Thema hatte. Es hat dieselbe der damalige Obmann des Polenklubs Bilinski durch die Erklärung hervorgerufen, daß die polnischen Interessen mit den österreichischen identisch sind. Die polnische Gesellschaft und die unabhängige Presse aller eroberten Teile Polens sprach sich damals einstimmig gegen eine solche Stellung aus, welche das Bestehen einer polnischen Frage in Europa, die grundverschieden und unabhängig vom veränderlichen Schicksal der österreichischen Politik ist, negiert.

Indessen nahen drohende Zeiten heran und mit ihnen kommt die Möglichkeit einer Entscheidung durch Waffen. Auf dem Balkan streben die Mächte danach, daß die Malissoren, Armenier, Albanier in wohlwollender Bereitschaft stehen sollen, denn eine jede Diversion gegen den Feind kann einem zustatten kommen, insbesondere, als der freiwillige Verbündete weder jemanden zu etwas verpflichtet, noch kompromittiert, denn man kann sich jeden Augenblick seiner lossagen und sich von jeder Schuld die Hände waschen. In solcher Zeit wenden sich schon die Augen gewisser Sphären auch gegen Norden, gegen unser unglückliches Polen.

*) Diese Worte enthalten eine Andeutung darauf, daß Oesterreich-Ungarn und Deutschland in ihrem eventuellen Konflikt mit Rußland der ukrainischen Frage eine internationale Bedeutung beimessen.

Heute erachten wir es also für unsere nationale Pflicht, ein Wort der Warnung zu sagen. Wir gedenken gar nicht, das nationale Begeisterungsfeuer abzukühlen oder dasselbe zu löschen. Nur eines sollen wir im Auge behalten. Die Polen sind keine Malissoren, auch kein denselben ähnlicher Volksstamm, welchem Einflüsterungen zu den Waffen zu greifen, oder sogar Schießgewehre und Uniformen für die Schaffung der Vorderwehr und der freiwilligen Aushilfsreserve ausreichen könnten. Die Polen haben das Recht zu verlangen, daß sie ein als zur Unabhängigkeit fähiges Volk behandelt werden, daß man die polnische Frage anerkenne und Garantien für aufrichtige Unterstützung derselben gebe. Andernfalls müßten wir diese Einflüsterungen für die Erscheinungen schlechten Glaubens halten, für die Lust, uns in die Arbeit „pour le roi de Prusse“ einzuspannen.

Im Leitartikel: „Seien wir selbständig“ führt „*Slowo polskie*“, Nr. 494 vom 21. Oktober 1912, aus:

„Man hat die Losung ergehen lassen, daß es unsere Aufgabe ist, die Vorhut Oesterreichs im eventuellen Zusammenstoß mit Rußland zu sein. Noch mehr: Die polnische sozialistische Partei gab in Krakau einen Aufruf heraus, welcher die Arbeiter belehrt, daß man jeden Feind Rußlands als unseren Verbündeten begrüßen und ihm Hilfe leisten soll.

Die polnische sozialistische Partei will bestimmt nicht dem preußischen König, sondern Polen dienen. Sie gab ihren Aufruf im Sinne des Grundsatzes: „Feinde meiner Feinde sind meine Freunde“.

Wenn aber die Gesellschaft ihr folgen würde, sollten wir eventuell unser Blut vergießen, um auch sogar Preußen den Weg nach Warschau zu bahnen.

Es ist schwer, einen größeren Irrweg herauszufinden.

Abgesehen davon, daß der preußische Druck doch ärger ist als der russische und die preußische Herrschaft besonders für Warschau, wo alle Juden sofort zu Deutschen würden, viel gefährlicher wäre, als die russische Regierung, — wäre es für das polnische Volk ein Ungeheuer, sein Leben für den Tausch des Joches zu opfern.

Es ist wahr, daß nur die polnische sozialistische Partei so weit ging, das Volk zum Kampf, wenn auch auf der Seite Preußens, aufzufordern; verstehen aber nicht diejenigen, welche die Polen eine Vorhut Oesterreichs sein lassen, daß doch nur ein geschlagenes, ohnmächtiges Deutschland zuläßt, damit im Falle der vollständigen Niederlage Rußlands, Warschau von Oesterreich, nicht von Preußen eingenommen werde? Und es wäre nur ein Wunder, wenn gleichzeitig Oesterreich Rußland besiegen, Deutschland aber von Frankreich und England besiegt werden sollte. Jedenfalls ist es sicherer, abzuwarten, bis dieses Wunder geschehen

sollte, als auf dessen Rechnung sich zum Dienste in der Vorhut irgendeines Staates zu melden. Und noch dazu, sich umsonst zum Dienste zu melden, sogar ohne jedwede Garantien und Versicherungen für die Zukunft.

Wir müssen konstatieren, daß seitens der maßgebenden Kreise bis nun kein Wort gesagt wurde, auf welches unser Volk sich berufen könnte. Wenn jemandem irgendwelche Versprechungen abgegeben wurden, so ist das doch nur durch solche Faktoren geschehen, welche, — wir wiederholen es noch einmal, — ganz und gar unverantwortlich sind.“

Am 24. Oktober 1912 hat der reichsrätliche Polenklub eine Sitzung abgehalten, in welcher über die allgemeine politische Situation drei Resolutionen (vide „*Slowo polskie*“ Nr. 501 vom 25. Oktober 1912) angenommen wurden.

Die erste Resolution, welche die auswärtige Politik behandelt, lautet:

„Der Polenklub anerkennt die Stellung, welche seine Delegationsmitglieder zur Vorlage der gemeinsamen Regierung betreffend Vermehrung der Heereskredite, eingenommen haben, weil er wünscht, daß die Monarchie, gestützt auf genügende Wehrmacht, seine selbständige und entscheidende Stimme im Kreise der europäischen Mächte behalte, und erachtet diese Stellung seiner Delegierten für übereinstimmend mit polnischen Nationalinteressen; in Betracht dessen aber, daß einer von den mit der Monarchie verbündeten Staaten eine unseren Landsleuten gegenüber nicht mit Grundsätzen des Rechtes und der Gerechtigkeit übereinstimmende Politik treibt, indem er Schritte unternimmt, das Gesetz durchzuführen, welches den Zweck hat, dieselben des vaterländischen Bodens zu berauben, konstatiert der Polenklub, daß dies ohne entscheidenden Einfluß auf die Stellung des Polenklubs zur bisherigen Bündnispolitik Oesterreichs nicht bleiben könnte.“

Die dritte Resolution bezieht sich auf die inneren Strömungen in der polnischen Gesellschaft. Dieselbe lautet:

„Im Bewußtsein der Folgen, welchen das polnische Volk durch die gegenwärtige internationale Verwicklung ausgesetzt werden könnte, vor allem dann, wenn dieselbe auf das breitere Terrain übertragen würde, warnt der Polenklub vor der außerhalb der nationalen Kreise stammenden aufwiegelnden Arbeit und fordert die Landsleute auf, daß sie, gedenk der Pflichten der Solidarität und der einheitlichen Tätigkeit, die Leitung der

nationalen Politik ihren gesetzmäßigen Vertretern überlassen, welche vom vollsten Pflichtgefühl beseelt sind, den Lauf der Ereignisse unaufhörlich zu überwachen.“

Über die Stellung der allpolnischen Fraktion des Polenklubs zu diesen Resolutionen wird im „*Slowo polskie*“, Nr. 502 vom 25. Oktober 1912, berichtet:

„Die demokratisch-nationale Gruppe stimmte in der gestrigen Sitzung des Polenklubs gemeinsam mit dem Abgeordneten Tertil gegen den zweiten Abschnitt der ersten Resolution des Polenklubs, weil sie verlangte, daß der Klub die Stellung gegen den Bund mit dem Deutschen Reiche aus dem Grunde nehmen solle, weil das Enteignungsgesetz in Kraft trete. Die demokratisch-nationale Gruppe war auch gegen die dritte Resolution, weil dort die Bedeutung der polnischen Frage nicht gehörig betont wurde.“

Der Gegensatz zwischen dem Polenklub und der allpolnischen Fraktion desselben in dieser Angelegenheit führte schließlich dazu, daß der allpolnische Reichsratsabgeordnete Graf Alexander Skarbek sein Delegationsmandat niedergelegt hat. In einem Interview mit dem Wiener Korrespondenten des „*Slowo polskie*“ Nr. 544 vom 18. November 1912, äußert er sich darüber folgendermaßen:

„Nach Beschluß des Gesetzes betreffend die Zwangsenteignung haben die polnischen Delegierten in den Delegationen angesagt, daß sie nicht imstande sein werden, den Bund Oesterreichs mit Preußen zu unterstützen, falls die preußische Regierung weiter die bisherige Politik treiben wird, vor allem aber, falls das Gesetz, betreffend die Enteignung, ins Leben treten sollte.

Nach den Versprechungen, welche sogar von sehr maßgebenden Kreisen abgegeben wurden, hatten die Polen das Recht zu glauben, daß es zur Inkrafttretung des Enteignungsgesetzes nie kommen werde, daß dasselbe lediglich eine Art Druck auf diejenigen sei, welche bisher ihre Güter an die Kolonisationskommission nicht verkaufen wollten.

Es geschah aber anders.

Die Polen unterstützen stets die Machtstellung Oesterreichs in der tiefsten Ueberzeugung, daß ein starkes, imponierendes, selbsttätiges Oesterreich die sicherste Bürgschaft sei, die Rechte und die internationale Ethik in europäischen Beziehungen zu achten. Wir müssen nun sehr enttäuscht sein, wenn wir sehen, daß das Recht und die Ethik durch den eng mit Oesterreich befreundeten Staat brutal mit Füßen getreten werden.

Wie lange Preußen solche Politik den Polen gegenüber treiben wird, erscheint es als Pflicht eines jeden polnischen Delegierten, die auswärtige Politik Oesterreichs zum Bündnis mit westlichen Staaten zu richten. Der Bund mit Preußen entfernt Oesterreich gleichzeitig von Frankreich und Rußland, und schlechte Folgen dieser Politik spüren wir seit längerer Zeit nicht nur in der auswärtigen Politik, sondern auch auf dem Geldmarkte.

Von dem Zeitpunkte aber an, wo Preußen mit der Enteignung anfang, erachte ich es für die heilige Pflicht eines Polen, in den von Oesterreich eroberten Teilen Polens, vor ganz Europa den stärksten und energischsten Protest dagegen einzulegen. Für das entsprechende Forum hierfür halte ich die österreichische Delegation und aus dem Grunde stellte ich in der ersten Sitzung der polnischen Delegierten einen Antrag: die polnischen Delegierten mögen sich gegen den Bund mit Preußen erklären, und keine Unterstützung der auswärtigen Politik der Monarchie, welche sich ausschließlich auf jenen Bund stützt, gewähren; denn es ist die einzige Form, den Bund mit Preußen einer Kritik zu unterziehen und der Unzufriedenheit über die bisherige auswärtige Politik Ausdruck zu geben.

Mit Stimmenmehrheit wurde es aber beschlossen, bei der bisherigen Taktik zu verharren, d. h. zu drohen und darüber Klage zu führen, wie schwer es den Polen ist, die auswärtige Politik, welche sich auf den Bund mit Deutschland stützt, zu unterstützen. Man hat sich aber nicht entschlossen, durch Abstimmung gegen das Budget des Ministeriums des Aeußeren die angesagten Drohungen auszuführen und diese Politik zu verurteilen.

Die Frage, ob man einzelnen Delegierten erlauben soll, eine andere Stellung einzunehmen, wurde unentschieden gelassen.

Deshalb habe ich mich bei Anbeginn der Debatte über das Budget des Ministeriums des Aeußern im Plenum der Delegation als Redner contra eingetragen, worauf ich in der zweiten Sitzung der polnischen Delegierten um Erlaubnis bat, gegen die auswärtige Politik und gegen das Budget des Ministeriums des Aeußeren zu sprechen.

In dieser zweiten Sitzung wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen, für das Budget zu stimmen. Man hat verboten, gegen das Budget des Ministeriums des Aeußeren zu reden und zu stimmen, und verlangt, daß ich mich aus der Rednerliste contra streichen und mich eventuell in der Liste der Redner pro eintragen soll.

Um also in keinen Gegensatz zu anderen polnischen Delegierten zu treten und mich keinem Vorwurfe auszusetzen, daß ich die Solidarität des Polenklubs breche, andererseits, weil ich

darauf nicht eingehen konnte, den Bund mit Preußen zu unterstützen, fand ich mich bemüßigt, mein Mandat niederzulegen.“

Da während der Balkankrise polnische Sozialdemokraten als entschiedene Russenfeinde auftraten, wurden sie vom allpolnischen Organ besonders angegriffen. So finden wir im „*Slowo polskie*“, Nr. 513 vom 31. Oktober 1912, unter dem Titel: „Im Angesicht der Enteignung“ folgenden Leitartikel:

„Oft wurde darauf hingewiesen, daß unsere Sozialisten, indem sie unsere Gesellschaft zum Kampfe immer und bei jeder Gelegenheit lediglich gegen Rußland auffordern, unwillkürlich zugunsten Preußens arbeiten; denn wir haben nämlich von nirgends Garantien, daß Warschau, eventuell statt von Oesterreich, von Preußen eingenommen werden könnte. Man hat darauf die Aufmerksamkeit gelenkt, in der Meinung, daß die Sozialisten unter dem Einfluß der Ueberredung ihr Augenlicht bekommen werden. Man glaubte nämlich, daß sie nur blind sind, indem sie gegen ihren besten Willen ihre Dienste Preußen anbieten.

Die gestrige Rede des Abgeordneten Daszynski im Abgeordnetenhaus überzeugt jedoch, daß unsere Sozialisten mit vollem Bewußtsein zugunsten des Dreibundes arbeiten, daß sie sich vollkommen dessen bewußt sind, daß ihre Arbeit zum Vorteil Preußens gemacht wird, daß sie aber das eben wollen

Abgeordneter Daszynski blieb in seiner Preußenfreundlichkeit geradezu auf einer Linie mit den Alldeutschen stehen.

Nur die Alldeutschen Mühlwerth und Erler erlaubten sich — und dazu nicht im Abgeordnetenhaus, sondern in den Zeitungsspalten — gegen die Einmischung der Polen in die Angelegenheiten Posens zu protestieren.

Und gemeinsam mit ihnen wiederholte diesen Protest Herr Daszynski. Er sagte wörtlich: „Der Polenklub in Wien hat kein Bedürfnis, die Polen aus Posen in Schutz zu nehmen, weil dieselben keinen zugemachten Mund haben.“

Nicht mehr und nicht weniger könnte der deutsche Botschafter in Wien zur Antwort auf die Resolution des Polenklubs geben. Herr Daszynski ist in dem Momente ein preußischer Agent, dies unterliegt heute keinem Zweifel mehr.

Es ist nur die Frage, auf wessen Rechnung er arbeitet? Daß für Preußen, das wissen wir. Hat ihm aber Preußen diesen Auftrag gegeben? Vielleicht nicht . . . wiewohl es nach dem, was er sagte, schon nichts Unwahrscheinliches mehr gibt. Eines ist nur für jeden Fall klar. Die Warschauer Juden möchten zweifellos unter der preußischen Regierung eher leben als unter der russischen.

Daraus folgt dieses heiße Verlangen nach Krieg beim Herrn Daszynski, ebenso wie beim ‚Wiek Nowy‘.*)

Es ist nur das Traurige, daß die preußischen Agenten, sie mögen kleiner oder größer sein, von den Aktionären des ‚Wiek Nowy‘ bis auf den Herrn Daszynski, indem sie bewußt im Dienste der preußisch-jüdischen Interessen stehen, auf ihren Kopf die polnische Aufstandskappe aufsetzen.“

Im Artikel: „Vor der Delegationssession“ schreibt der Wiener Korrespondent des „*Slowo polskie*“ (Nr. 519 vom 4. November 1912):

„Es kann der Augenblick kommen, wo es angesichts der allgemeinen europäischen Erschütterung zum europäischen Kriege kommt, während dessen der Kampf in erster Reihe im Interesse des vergrößerten Preußens, genannt Deutsches Reich, geführt werden wird. Und dann werden die österreichischen Regimenter, rekrutiert aus galizischen Polen, ins Feuer gehen müssen, um die Dynastie der Hohenzollern vor der Koalition Englands, Frankreichs und auch anderer Mächte zu retten. Es wird aber schwer sein, von einem Soldaten polnischer Nationalität zu verlangen, daß er sein Blut dafür vergießen soll, ob ein Nachkomme der Großfürsten auch weiter auf seinen Schläfen die Kaiserkrone behalten oder aber wiederum Nürnberger Burggraf werden solle.

Das Verhältnis Rußlands zu Oesterreich-Ungarn ist nicht klar. Es ist auch unbekannt, ob beide Staaten aufrichtig wünschen, den Frieden aufrecht zu erhalten, oder aber in diesen süßen Versicherungen von guten Nachbar-Beziehungen die Berechnungen stecken, daß man vorläufig zögern soll, denn es ist noch nicht alles kampfbereit. Wir Polen haben kein Interesse, nach Veränderungen aufzuseufzen, solange wir keine Sicherheit erhielten, daß die Veränderung uns mehr Vor- als Nachteile bringen würde. Die Bevölkerung des Königreichs Polen, vor allem aber seine politisch geschulten Elemente protestieren dagegen, daß man in ihrem Namen irgendwelche Versprechungen machen soll, sie protestieren dagegen, daß man, wenn auch im besten Glauben, mit ihrer Haut und Zukunft handeln soll. Die Stimmen der ersten Warschauer Presse bilden in der Hinsicht einen deutlichen Zeiger, welcher nicht einzig und allein für sie ein politischer Kompaß sein soll.“

Im Leitartikel: „Polnische Rechte und Interessen Österreichs“ führt „*Slowo polskie*“ (Nr. 521 vom 5. November 1912) aus, es liege im polnischen

*) Ein polnisches radikal-demokratisches Blatt in Lemberg, das von den Allpolen als jüdisches Organ bekämpft wurde.

Interesse, daß sich Österreich-Ungarn an Rußland annäherte. Es heißt dort:

„Wenn bis nunzu noch die Gefahr des Waffenstreites besteht, so geschieht es nach dem Meinungs austausch zwischen den Regierungen in Wien und Petersburg lediglich deshalb, weil bei den mit Rußland verbündeten Staaten Oesterreich-Ungarn bis auf weiteres als ein einziger sicherer Verbündeter der verhaßten deutschen Macht auftritt und die Entkräftung dieser Macht als eine durchaus notwendige Bedingung erscheint, Europa aus dem Druck, in welchem es seit Jahrzehnten verbleibt, zu befreien. Die Lockerung der Beziehungen mit Deutschland würde Oesterreich vom Widerwillen befreien, welchen es auf sich dadurch lud, daß es zur Aufrechterhaltung der drückenden deutschen Hegemonie beitrug; auch würde sie ihm die Freiheitsbewegung und Sympathien versichern, welche ihm ebenfalls erleichtern würden, die Streitigkeiten mit Rußland zu beseitigen, umso mehr, als der Grund dieser Streitigkeiten, nachdem der Balkanbund sich zur Stellung einer Macht aufschwang, bedeutend beseitigt wurde. Nicht nur das polnische Gefühl und das polnische Interesse, sondern auch das Lebensinteresse der Monarchie und die Zukunft ihrer Machtentwicklung im Frieden verlangen entschieden vom Wege abzulenken, auf welchem die alldutschen Ideen aufkeimen und aufblühen — die Ideen von der preußischen Hegemonie von Hamburg bis Triest.“

Im Artikel: „Preußische Pläne und ihre Helfer“ führt „*Slowo polskie*“, Nr. 523 vom 6. November 1912, aus:

„Diese antipolnische Manifestation — denn der Beginn der Enteignung von verhältnismäßig nicht großen Gütern trägt eher den Charakter einer Manifestation an sich — richtet die preußische Regierung nicht nur an die Adresse ihrer Nationalisten, sondern auch zugleich an die von Oesterreich, indem sie ihm mit vollkommener Entschiedenheit zu verstehen gibt, daß sie in diesem Momente das Auftischen der polnischen Frage nicht zuläßt, daß sie deren Vorschub zur Front heutzutage für einen Akt der Unfreundschaft sich gegenüber halten wird. Und sie macht es absichtlich auf drastischste Weise, um einem empfinden zu lassen, daß sie in dem Punkte unbeugsam sein wird. Also in einem schweren Momente, wo Oesterreich eben daran gelegen sein muß, alle möglichen Dissonanzen wie im Parlament so auch in den Delegationen zu vermeiden, provoziert formell die preußische Regierung den Protest des Polenklubs gegen den Dreibund: Oesterreich solle wissen, daß es Berlin nicht einfalle, in seiner Politik mit dessen Beziehungen zu den Polen zu rechnen.“

Es könnte den Anschein haben, daß nach einer so klaren und entschiedenen Manifestierung der antipolnischen Schärfe seiner Politik seitens Preußens in unserer Gesellschaft sich kein einziger findet, der nicht verstünde, daß für uns seitens des Dreibundes nur Schlechtes, nicht aber Gutes kommen kann.

Und wenn bisher sich noch Leute vorfinden, welche sich betören ließen, daß, falls es nur zu Kriegsstreitigkeiten auf dem Gebiete Polens kommt, die polnische Frage durch sich selbst auf den ersten Plan treten muß, sollten doch alle schon jetzt verstehen, daß, solange die gegenwärtige Hegemonie Preußens in Europa, vor allem die gegenwärtige Abhängigkeit der österreich-ungarischen Politik von Berlin andauert, die Aenderung der Grenzen der an der Teilung Polens beteiligten Staaten immer nur zu unserem Schaden ausfällt.“

Der allpolnische Führer, Universitätsprofessor Dr. Stanislaus Grabski wollte während der Balkankrise, im Herbst 1912, in der allpolnischen „Akademischen Lesehalle“ („Czytelnia Akademicka“) einen Vortrag „über die gegenwärtige Lage“ halten, welcher jedoch von der Polizei verboten wurde. Diesem Verbote widmete das allpolnische Organ in Warschau „Gazeta Warszawska“ einen Artikel, über dessen Inhalt „Slowo polskie“ (Nr. 528 vom 9. November 1912) unter dem Titel: „Ein besonderes Protektorat“ folgendes berichtet:

„Gazeta Warszawska“ hebt diese Tatsache als ein Kennzeichen hervor, denn die Polizei weiß, daß die Jugend in der Vorlesung des Prof. Grabski Argumente hören würde, warum die polnische öffentliche Meinung diese Aktion zugunsten Oesterreichs und Deutschlands für die polnische Sache für schädlich hält.“

Zu den wichtigsten Äußerungen des allpolnischen Gedankens während der Balkankrise gehört der Aufsatz: „Im gegenwärtigen Momente“, welchen „Slowo polskie“ in den Nummern 529 vom 9. November 1912 und 532 vom 11. November 1912 veröffentlichte.

Der Aufsatz wurde von der Redaktion mit folgender Anmerkung begleitet:

„Aus ernsten Gesellschaftskreisen aus dem Königreich erhalten wir eine skizzenhafte Zusammenstellung der Anschauungen über die gegenwärtige politische Situation. Wir führen sie unten an als maßgebende öffentliche Meinung des größten

polnischen Gebietes, dessen Stimme in nationalen Fragen entscheidend sein muß.“

Der Aufsatz, welcher allem Anschein nach von Roman Dmowski geschrieben ist, denn seine Ausführungen decken sich im allgemeinen mit denjenigen, welche Dmowski in seiner Schrift ‚Deutschland, Rußland und die Polenfrage‘ entwickelt hat, zerfällt in drei Abschnitte.

Im ersten Abschnitt (Nr. 529) wird auseinandergesetzt, daß im Falle eines siegreichen Krieges Oesterreich-Ungarns und Deutschlands gegen Rußland polnische Gebiete nicht an Oesterreich-Ungarn, sondern an Deutschland angegliedert werden. Es heißt dort:

„Die österreichische Politik ist übrigens in der Hinsicht ganz klar und läßt keine Zweifel übrig. Die polnischen Politiker in Wien, welche mit der Regierung zusammenkommen, lassen sich durch ihre Vertreter nicht betören, als ob Oesterreich im Falle eines siegreichen Krieges mit Rußland die Annexion des Königreiches oder wenigstens die Einverleibung eines größeren Gebietes mit der polnischen Bevölkerung anstreben würde.

Alles, was vorliegt, spricht eher dafür, daß Oesterreich denkt, ruthenische Länder zu erobern, daß, insofern es bemüht wäre, einen Teil vom rein polnischen Gebiete zu annektieren, es gleichzeitig sein ruthenisches Gebiet so erweitern möchte, damit die dort politisch organisierten ukrainisch-nationalen Kräfte genügen, den polnischen Einfluß in der Monarchie zu paralysieren.

Eine unvermeidliche Konsequenz des siegreichen Krieges Oesterreichs und Deutschlands gegen Rußland bei der jetzigen Gestaltung der politischen Kräfte in Europa wäre die Teilung des Königreiches, durchgeführt auf die Weise, wie dies möglichst am meisten den Aussichten beider Staaten entsprechen und die besten Garantien für die deutschen Interessen bilden würde.“

Im zweiten Abschnitt (Nr. 532) wird weiter ausgeführt:

„Man soll sich Rechenschaft erstatten, von welcher Bedeutung für die polnische Frage eine solche Teilung wäre und welches Los das polnische Volk in dieser neuen Gestaltung der Verhältnisse erheischt.“

Nach einer Schilderung der Lage des polnischen Volkes unter der russischen Herrschaft heißt es:

„Eine falsche Vorstellung haben diejenigen, welche glauben, daß die polnische Gesellschaft im Königreich in einer so schweren Lage an Gleichgewicht verliert und, um aus derselben herauszukommen, bereit ist, sich blindlings in jede andere zu versetzen, ohne im vorhinein zu fragen, was dieselbe bringt. Das Gros der polnischen Gesellschaft im Königreich gewinnt immer mehr an Bewußtsein seiner nationalen Kraft und Widerstandsfähigkeit

gegenüber der politischen Lage, in welcher es sich befindet, was ihm erlaubt, mit Ueberlegung auf die mögliche Entwicklung der Ereignisse zu schauen, mit Geistesgegenwart zu berechnen, was es zu gewinnen und was zu verlieren habe.

Vor allem ist das zu konstatieren, was im Bewußtsein des Gros der polnischen Gesellschaft im Königreich klar ist, daß die Teilung des Landes an und für sich die Zersplitterung der sich heutzutage langsam organisierenden nationalen Kräfte, eine große Niederlage für die polnische Frage bedeuten würde. Es wäre eine neue Teilung Polens und ein neuer Schritt auf dem Wege der Liquidierung der polnischen Frage.

Diese Wahrheit werden wir uns desto klarer vergegenwärtigen können, als wir versuchen, uns über das Schicksal Bericht zu erstatten, welches nach Vollstreckung dieser Teilung die einzelnen Teile des Landes treffen würde.

Dieser winzige Teil, welcher an Oesterreich käme, würde sich in nationaler Hinsicht in der günstigsten Lage befinden, andererseits aber wäre die Bedeutung der Polen im österreichischen Reiche durch die allzugroße numerische Verstärkung der Ruthenen nach Einverleibung des podolischen Gouvernements an Oesterreich untergraben.

Derjenige Teil des Königreichs, welcher bei Rußland bliebe, würde ohne geringsten Zweifel über die Rechte und Einrichtungen, welche heutzutage für Litauen bestehen, kommen und wäre, wenn nicht zum allmählichen Zugrundegehen, so doch jedenfalls zu einem sehr schwierigen Kampfe ums Dasein des polnischen Elementes verurteilt.

Am wichtigsten aber für unsere nationale Zukunft wäre das Schicksal jenes Gebietes, welches unter die deutsche Regierung gelangen würde. Es ist derjenige Teil des Landes, welcher kulturell am höchsten steht, ökonomisch am produktivsten ist, das Hauptzentrum des polnischen Lebens — Warschau — und die Hauptzentren der Industrieproduktion umfaßt.

Vor allem soll man nicht vergessen, daß die Abtrennung dieses Landes von Rußland durch eine Zollgrenze seine Industrie und seinen Handel vernichten würde, welcher in der Bilanz des Königreiches Polen als Ganzen die Hälfte seiner Einkünfte ausmacht und wenn es sich um diesen Teil des Landes handelt, eine größere Erhaltungsquelle seiner Bevölkerung als der Ackerbau bildet. Die erste Folge der Durchführung der neuen Grenze wäre daher die wirtschaftliche Katastrophe, welche eine Massenauswanderung der Arbeiterschichten zur Folge hätte. Das Land würde bis auf weiteres eine so dichte Bevölkerung nicht ernähren können und die Menschenzahl müßte sich, wer weiß, ob nicht um ein Drittel vermindern.*)

*) Wir verweisen speziell auf die obigen Ausführungen über die ökonomischen Folgen der Lostrennung des polnischen

Aus diesem Grunde kann die Orientierung in der Richtung zum Dreibund angesichts des eventuellen österreichisch-russischen Konfliktes unter heutzutage möglichen Umständen für die nationale polnische Orientierung nicht gehalten werden. Diese letztere verweist uns eher auf das Erhalten des status quo in den polnischen Ländern, bis die Zeit kommt, wo die polnische Frage dank der Entwicklung der internationalen Ereignisse und den Fortschritten der polnischen Politik zu einer ernststen Lösung reif wird.“

Auf Grund dessen kommt der Verfasser im dritten Abschnitt zu der Schlußfolgerung:

„Wenn die Erwägung über unsere Situation für den Kriegsfall Rußlands mit einem oder zwei seiner westlichen Nachbarn uns zu einem solchen klaren Schluß führt, so bekommen alle Versuche polnischerseits, eine Kriegshilfsaktion für Oesterreich und Deutschland zu organisieren, wie auch die Agitation in dieser Richtung das Kennzeichen einer Arbeit im fremden Interesse, die für die Zukunft unserer Nation todbringend ist.“

Während der Balkankrise gedachte das allpolnische Organ auch der ukrainischen Frage. Im Artikel: „Unkenntnis von Rußland“ (Nr. 560 vom 26. November 1912), in welchem der Wiener Korrespondent des „*Slowo polskie*“ Österreich vorwirft, daß es die Verhältnisse Rußlands nicht kennt, führt er aus:

„Deswegen hat man sich die ukrainische Frage anbinden lassen, welche heutzutage einen der Hauptgründe bildet, warum Rußland nach einem Krieg mit Oesterreich-Ungarn verlangt und Rache begehrt.“

„Die heutigen Sorgen Oesterreich-Ungarns, — heißt es weiter — welche einen Sieg, aber auch eine Katastrophe herbeiführen können, sind die Folgen einer strafbaren Geringschätzung der Tatsache, daß in Rußland seit dem Krimkriege ein politisches Lager besteht, welches sich die Vernichtung der Habsburger-Monarchie zum Ziele machte. Dieses Lager rührte sich einmal rascher, ein andermal langsamer, aber es existierte, arbeitete und seit dem verlorenen Kriege mit Japan gewann es immer mehr an Kräften, bis es endlich nach der Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich Herr der öffentlichen Meinung, welche in Rußland eine größere Rolle als in Oesterreich spielt, geworden ist. Wir haben das gewußt; es ist zu bedauern,

Königreiches von Rußland. Die ökonomische Lage des polnischen Königreiches ist die wichtigste Voraussetzung des polnischen Russophilismus.

daß Wien davon nichts wußte und — als ob es die Herausforderung Rußlands bezweckte — noch mehr die ukrainische Frage anfachte, welche im Moment der wirklichen Not gerade soviel Oesterreich helfen wird, als der Weihrauch einem Toten.“

Gerade zu dieser Zeit wurden neue polnisch-ukrainische Verhandlungen über die ukrainische Universitätsfrage angeknüpft. Es sollte eine Versammlung der polnischen Landtags- und Reichsratsabgeordneten stattfinden, die sich auch mit dieser Frage zu befassen hatte. Aus diesem Anlaß führte „*Slowo polskie*“, Nr. 581 vom 7. Dezember 1912 im Artikel: „Vor der Landtags- und Reichsratsabgeordnetenversammlung“ aus:

„Es kommen Ereignisse heran, in welchen der Staat von uns die größten Opfer verlangen kann, die Vermögens- und Lebensopfer.“

Wir müssen im gegenwärtigen Momente genau wissen, wie sich gerade heutzutage der Staat zu unseren Lebensfragen stellt, ob er unseren natürlichen Besitzstand achten will oder aber, ob er durch einseitige Konzessionen zugunsten der Ruthenen darin zu schalten und zu walten willig ist.

Unsere Gesellschaft will mit der ganzen Genauigkeit wissen, wie es heute mit der ruthenischen Universität bestellt ist.

Denn, wenn die Regierung wirklich sich entschließen würde, dieselbe uns aufzuzwingen gegen die früheren Versicherungen, daß, bevor die ruthenische Universitätsfrage gelöst wird, zuerst die Obstruktion im Landtag aufhören muß, oder wenn sie beabsichtigen würde, im projektierten kaiserlichen Schreiben irgendwelche Garantien für den polnischen Charakter der Lemberger Hochschule abzuschwächen, so wäre das ein nicht zweideutiger Hinweis darauf, daß die Orientierung der Machtpolitik des Staates in der für uns ungünstigen Richtung gegangen ist. Wie in der Beziehung die Sachen wirklich stehen, darüber sollte uns in erster Linie die Versammlung Auskunft geben.“

Aus dem Podolier-Organ „*Gazeta Narodowa*“.

Ähnlich, wie „*Slowo polskie*“ die Haltung der Polen in Österreich angesichts der drohenden Gefahr eines Krieges zwischen dem Dreibund und dem Dreiverband von der Stellung der österreichischen Regierung in der ukrainischen Universitätsfrage abhängig machte, von demselben Standpunkte aus behandelt „*Gazeta Naro-*

dowa“ die galizische Landtagswahlreform und überhaupt die ganze ukrainische Frage in Österreich.

Diesbezügliche Betrachtungen bringt „Gazeta Narodowa“ in einem ausführlichen Leitartikel, betitelt: „Die Wahlreform und die auswärtige Politik“ in der Nummer 207 vom 10. September 1912 zum Ausdruck.

Die wesentlichen Teile des Artikels lauten:

„Eines, vielleicht aber auch das wichtigste Agitationsmittel für die Annahme der ruthenischen Forderungen sowohl in Betreff der Landtagswahlreform, als auch in anderen Angelegenheiten ist die Behauptung, Oesterreich solle die Herzen und die Gesinnungen der russischen Ukrainer für sich gewinnen, denn das liege in seinem erstklassigen politischen Interesse für den Fall eines Krieges mit Rußland und dasselbe erheische seine Machtstellung in Anbetracht der Möglichkeit der Konflikte an der nordöstlichen Grenze. Da nun alles, was das Zarentum untergraben und den Nordkoloß erschüttern kann, auch für die Polen vorteilhaft ist, so verlangt man von den Polen, daß dieselben jene ukraïnophile Politik aus allen Kräften unterstützen.

Vor allem, was jene Behauptung anbelangt, daß alles, was das Zarentum zersprengt, eo ipso für die Polen von großem Nutzen ist, müssen wir bemerken, **daß noch wenigstens eine große Frage ist, was für die Polen, solange dieselben sich einer eigenen politischen Unabhängigkeit nicht erfreuen, weniger nachteilig ist: Entweder in einer großen einheitlichen Masse unter dem russischen Zepter zu verbleiben mit der Möglichkeit, eben durch diese große Masse das Schicksal dieses Reiches in der Weise zu beeinflussen, damit die Existenz des eigenen Volkes durch einen gewichtigen Einfluß in der Duma und in dem Reichsrat und durch die Autonomie wenigstens des polnischen Königreiches erträglicher werde; oder aber die Realisierung des für uns verhängnisvollen preußischen Programms und die Schwächung des Zarentums durch die Verwirklichung der sog. Knesbeck-Grenze, d. h. durch die Okkupation des linken Weichselufers durch Preußen und durch die Bildung eines selbständigen ukrainischen Reiches auf dem Gebiete des alten Polens und der Ukraine auf Unkosten des heutigen Rußlands, wie auch selbstverständlich Ost-Galiziens, sei es auch unter der Sekundogenitur einer für uns sehr wohlwollenden Dynastie, auf welche Weise die Polen unter dem russischen Zepter an der Zahl geschwächt und weniger widerstandsfähig gemacht würden, dafür aber ratlos und jeder Möglichkeit einen erfolgreichen Einfluß auf die russischen Behörden auszuüben beraubt wären, das polnische Element aber in diesem ukrainischen Reiche dem Ukrainertum preisgegeben wäre, was die größte Gefahr für**

die in Podolien, Wolhynien, in der Ukraina und in dem heutigen Ostgalizien lebenden Polen bedeuten würde.

Und die Gefahr, in dem ukrainisch-ruthenischen Meer in Kijew zu versinken ist vollständig reell, während keine Angst besteht, daß wir im russischen Meer in Petersburg versinken sollten.“

Nun kommt „Gazeta Narodowa“ über die Ursachen der Begünstigung der Ukrainer in Österreich, wie die Furcht vor der ukrainischen Obstruktion usw. zu sprechen und führt aus:

„Der wesentliche Grund steckt tiefer, nämlich darin, was oben gesagt wurde, daß im Falle eines Krieges mit Rußland bei einem günstigen Erfolg ein ukrainisches, auf Oesterreich gestütztes Reich entstehen könnte. Und zu diesem Zwecke soll Ost-Galizien als Köder dienen und es soll in unserem Lande schon jetzt eine Generalprobe stattfinden, jedoch mit dem Unterschied von einer Theaterprobe, daß sie nie ein Ende nehmen sollte. Denn die einmal durchgeführte Ruthenisierung des Landes und des Landtages könnte nie mehr gutgemacht werden, wenn auch jenes glückliche Familienereignis, d. h. die Geburt eines ukrainischen Reiches, nicht zustandekommen sollte.

Als ein Material zu dieser Generalprobe zu dienen, haben wir weder Lust, noch ist es uns gestattet. Als die früheren Generationen der polnischen Politiker die Grundlagen zu dem jetzigen Verhältnis der Polen mit dem Staate und mit der Dynastie schufen, da wurde als Grundbedingung dieses Verhältnisses dieses politische Bündnis festgestellt: 1. daß wir im Lande selbst regieren werden, 2. daß Oesterreich eine polenfeindliche auswärtige Politik nicht führen wird. Jetzt sehen wir, daß jene Fundamente beseitigt werden, daß die Pfeiler jenes Verhältnisses erschüttert werden, daß Oesterreich in seiner auswärtigen Politik eine Stütze bei den Ruthenen sucht, indem es wegen nebelhafter Träumereien damit zu rechnen aufhört, was für die Polen unerträglich ist. Das könnte ohne weitere Konsequenzen nicht so bleiben.

Das, was seit einiger Zeit in Wien und in Lemberg geschieht, hat den Anschein, als ob man anfangen wollte gegen die Polen zu regieren, als ob man Fundamente unter ein ukrainisches bis an den Wislok sich erstreckendes Reich legen und das Ideal des Prof. Hruszewskyj*) verwirklichen wollte, welcher, wie es scheint, nicht umsonst Ostgalizien Westukraina nennt und dasselbe sogar für Herz und Haupt, für einen Zentral- und Attraktionspunkt jener künftigen, uns feindlichen und mit der vierten Teilung

*) Professor der ukrainischen Geschichte an der k. k. Universität zu Lemberg.

Polens gleichbedeutenden Formation hält. Und jenes künftige ukrainische Reich wünscht Wien auf unsere Unkosten enger mit den Interessen und Aspirationen des österreichischen Staates zu verknüpfen.“

Die obigen Ausführungen der „Gazeta Narodowa“ kennzeichnen nicht nur den russophilen Standpunkt derselben. Im Zusammenhang mit den ähnlichen Ausführungen des „Slowo polskie“ anlässlich der ukrainischen Universitätsfrage sind sie auch für die Grundlinien der polnischen Politik in Österreich sehr charakteristisch.

„Gazeta Narodowa“ spricht von Galizien als von einem unabhängigen Polenreiche, welches mit Österreich und mit der Habsburger Monarchie unter gewissen Bedingungen ein Bündnis geschlossen habe und nun, da Österreich von den Bedingungen abzuweichen scheine, droht, Folgerungen daraus zu ziehen. Es ist noch besonders hervorzuheben, daß nach Ansicht der „Gazeta Narodowa“ eine der Hauptbedingungen dieses „Bündnisses“ ist, daß die Polen im Lande selbst regieren, d. h., daß ihnen das ukrainische Volk preisgegeben werde, — was auch wirklich geschehen ist.

Und bei jeder Probe seitens der österreichischen Regierung, dem ukrainischen Volke wenigstens teilweise gerecht zu sein, drohen die Polen, wie wir sehen, mit der Kündigung des „Bündnisses“.

Nun gehen wir zu der weiteren Charakterisierung der Haltung des Podolier-Organ während der Balkankrise über.

Im Leitartikel: „Am Vorabend des Krieges“ (Nr. 233 vom 10. Oktober 1912) lesen wir:

„Wir wissen nicht, auf welchen Bahnen uns die Vorsehung dem besseren Schicksal entgegenführen will, wir kennen weder die Zeit noch die Stunde, dagegen wissen wir aber, daß unser Leichtsinn und unsere Gewissenlosigkeit unsere Zukunft nach rückwärts bringen könnten, insbesondere, wenn wir uns als Werkzeug zu machiavellistischen Kombinationen und zu fremden Zwecken gebrauchen lassen wollten.“

Die Redaktion erinnert an polnische Aufstände und schreibt:

„Nach diesen bitteren Erfahrungen dürfen wir uns weder eine Sünde uns selbst gegenüber zu schulden kommen lassen, noch gestatten, daß an uns gesündigt werde. Und deshalb müssen wir zur Vorsicht mahnen und zwar nach zwei Seiten hin: unsere Landsleute, damit sie sich zu keinem Leichtsinne verleiten lassen, und die Verführer, damit sie von ihrer verwerflichen Arbeit Abstand nehmen. Wir sprechen deutlich über Verführer, denn wir wissen, daß es solche gibt; wir sind darüber orientiert, wo dieselben zu suchen sind und wir müssen feststellen, daß sie auch dort sind, wo man sie am wenigsten zu finden hofft. Wir teilen die Verführer in zwei Kategorien: die eine bilden die Fremden, welche mala fide handeln und danach streben, um uns zu vollkommen fremden Zwecken, in der letzten Reihe „pour le roi de Prusse“ zu mißbrauchen; die anderen die Unsrigen, welche den ersteren in gutem Glauben, aber kritik- und gedankenlos, folgen.

Wir dürfen nicht zulassen, daß wieder polnisches Blut auf nichtpolnisches Kommando für nichtpolnische Ziele und Interessen in einem nicht von Polen gewählten Moment vergossen werde. Bekannt sind uns die Wege, auf denen jene Verführer wandeln, wir sind uns dessen bewußt, wo wir die Anstifter dieser Arbeit und die Punkte, in denen alle Fäden derselben zusammenlaufen, zu suchen haben und nötigenfalls, wenn unsere Mahnungen erfolglos wären, werden wir auch nicht zögern, ausdrücklich zu sagen, woher jene Treibereien stammen, und die Zentren dieser Machinationen zu enthüllen.“

Um die galizischen Polen zu überzeugen, daß bei den Polen in Rußland russophiler Kurs vorherrscht, gibt „Gazeta Narodowa“ (Nr. 250 vom 30. Oktober 1912) in einem Leitartikel, betitelt: „Um die Politik des unbekannten Morgen“, die Ausführungen des Warschauer Tagblattes „Kurjer Poranny“ (Morgencourier) wieder. Dieselben lauten:

„Wir alle hier im Königreiche sprachen von der Eventualität eines russisch-österreichischen Krieges mit Schauern, wie von einem für unser nationales Wohl im höchsten Grade unerwünschten Unglück; wir sind alle von weitgehendem Mißtrauen erfüllt gegen den guten Glauben und den guten Willen der österreichischen politischen maßgebenden Kreise, welche gänzlich von dem preußischen Geiste und von preußischen, uns feindlichen Tendenzen beeinflusst werden; wir haben alle eingesehen, daß der Kriegausbruch eine sofortige, bevormundende und freundliche Okkupation des polnischen Königreiches durch Preußen zur Folge haben würde, was aber ein jeder Pole perhorresziert. Die Gemüter

im polnischen Königreiche wurden aus ihrer Ruhe und Fassung nicht gebracht. In Galizien jedoch versuchten eben die österreichischen Agenten durch ihre Agitation gewisse „neomilitaristische“ Strömungen zu erwecken und, indem sie schwächere Gemüter verführten, zeitigten sie etwas, wogegen man nicht genug stark protestieren kann. Die Resolution des Polenklubs*) wagte nicht mit diesem Protest aufzutreten und auf die eigentliche Quelle jener ungeheuerlichen Versuche, mit dem polnischen Blut Spiel zu treiben, zu verweisen.“

Nun kommen wir zum Leitartikel: „Rußland und die Polen,“ welchen „Gazeta Narodowa“ in der Nummer 258 vom 8. November 1912 veröffentlichte und dessen Grundgedanke mit dem im Aufrufe des russischen Armeeoberkommandanten an die Polen entwickelten identisch ist. Der Artikel lautet:

„Das Südslawentum ist im Begriffe, seine Rechnung mit dem Islam abzuschließen, aber das nordöstliche Slawentum, Rußland nicht ausgeschlossen, hat auch seinen Erbfeind, das Germanentum.

Nicht das Zusammenleben mit den Slawen, sondern Tod den Slawen — ein solches Losungswort wurde von denselben ausgesprochen und jene Slawen sind wir, Polen, derjenige Teil des großen polnischen Reiches, welcher unter die eiserne Faust der preußischen Ex-Ordensritter gelangte.

Preußen proklamiert offen, ohne etwas zu verheimlichen, mit einer Frechheit, wie sie bei eigensinnigen und der Kraft ihrer Faust bewußten Menschen üblich ist, die antislawische Politik. Wie der Mohammedaner über die Leiche des Südslawentums gegen Westen und Norden bis ins Herz Europas drang, ohne etwas außer Unruhen und Ruin gebracht zu haben, ebenso dringt das Preußentum über Nordosten in die Grenzen des uralten Slawentums ein, um dasselbe entweder zu deutschen Bastarden zu machen oder aber aufzureiben und gänzlich zu vernichten.

Polen hat durch den Kampf bei Tannenberg jenen Eroberungszug der preußischen Kreuzritter nach dem Nordosten des Slawentums aufgehalten. Heute beginnt derselbe von neuem, obgleich mit anderen Methoden.

Aber Polen existiert nicht mehr.

Wer wird diesen Zug aufhalten? Wohin wird diese trübe preußische Flut gerichtet sein?

Solche Fragen drängen sich uns unwillkürlich auf. Die angebliche Freundschaft Preußens mit Rußland hat mit dem Slawentum nichts gemein; es ist eine dynastische Verwandtschaft —

*) Es wird die dritte Resolution vom 24. Oktober 1912 gemeint.

weiter nichts. Preußen muß sich nach Osten drängen; es kann aber nur mit Gewalt, Kraft, Uebermacht in seinem Zuge aufgehalten werden. Es braucht Raum und wenn einem auf der Ebene Raum fehlt, der gräbt sich in den Berg ein, um ein Haus zu bauen. Preußen muß nach Osten dringen, denn sonst würde es ersticken. Man muß vollkommen der Einsicht beraubt sein, um es nicht zu sehen.

Der Weg nach Osten führt nur durch Polen. Hier muß die Brut der Räuberbanden, der Nachkommen der Kreuzritter, mit den Urenkeln der Sieger von Tannenberg zusammenstoßen. Preußen verhüllt durch seine Intriguen und seine Einflüsterungen die slawische Frage vor Rußland; es verhüllt mit dem Schilde der Heuchelei das Schwert des Kreuzritterordens und schläfert mit den Worten der Freundschaft die Leichtgläubigen ein.

Es muß zu einem Kriege zwischen Preußen und Rußland kommen, früher oder später. Es ist dieselbe historische Notwendigkeit, die heute unter den Mauern Konstantinopels ihr blutiges Urteil spricht. Das Südslawentum geht uns mit gutem Beispiel voran: nur in der Einheit liegt die Macht. Zwischen Rußland, welches in Deutschland einen solchen Feind des Nordslawentums hat, wie es die Türken für das Südslawentum waren, und Deutschland, muß es zu einem Zusammenstoß kommen, zu einem Kampfe auf Leben und Tod.“

Im Leitartikel: „Seien wir uns selber treu“ wendet sich „Gazeta Narodowa“, Nr. 260 vom 10. November 1912, an die polnische Gesellschaft mit folgenden Weisungen:

„Wenn alle Friedensbestrebungen scheitern sollten und wenn es zu einem kriegerischen Zusammenstoß kommen sollte, erst dann muß unser Volk eine harte Probe bestehen.

Unsere Meinung darüber, wie wir uns zu verhalten haben, haben wir unlängst ausgesprochen und sehr klar begründet. Heute erinnern wir daran und rufen dem Volke mit den Worten eines großen Dichters und eines der größten Denker, die je die Menschheit kannte, mit den Worten Goethes zu: „Vor allem aber bleib dir selber treu!“

Diese Treue brauchen wir sehr, angesichts der schweren Versuchungen, von ihr zu lassen, denen wir sowohl von seiten unserer Landsleute, die in gutem Glauben handeln, aber hypnotisiert sind, als Landsleute von dieser Hypnose zu befreien, sollten stets mit unermüdlicher Geduld erneuert werden, denn es ist uns zu schwer, an ihrer Wirkung gänzlich zu zweifeln, es ist uns unmöglich vorauszusetzen, daß das Volk nicht begreifen könnte, daß solange Deutschland und eigentlich Preußen freie Hand und eine dominierende Stellung in Europa

hat, wir von einem Zusammenstoß zwischen diesen beiden an der Teilung Polens teilgenommenen Großmächten für die polnische Sache nichts Gutes erwarten dürfen.

Lassen wir uns von denjenigen nicht verführen, die uns einreden wollen, daß jeder Schritt Oesterreich-Ungarns, vielleicht auch gegebenenfalls nur ein vorübergehender, daß all sein zukünftiges Schicksal für uns immer nur Glück bringen werde.“

Zur Propaganda der seitens der Allpolen und Podolier vertretenen Meinung wurden von denselben zahlreiche Volksversammlungen abgehalten. Über eine solche Versammlung, welche in Krakau abgehalten wurde und in welcher als Referent Dr. Głąbinski eintrat, berichtet „Gazeta Narodowa“, Nr. 262 vom 13. November 1912, in einem „Um die nationale Politik im gegenwärtigen Moment“ betitelten Artikel. Dr. Glombinski führte unter anderem aus:

„Oesterreich steht in einem Bündnis mit Preußen, welches die Polenfrage aus allen Kräften unterdrückt. Im Kriegsfall werden Deutschland und Rußland*) uns gegenüber laut dem Vertrage verfahren, welcher ganz bestimmt in der Polenfrage besteht und welcher auf Preußens Antrieb sich gegen uns wenden wird. Es sind auch keine Aussichten vorhanden, daß das Königreich Polen an Oesterreich gelange, denn Preußen wird von seinem Plan, das polnische Gebiet bis zur Weichsel in seinen Besitz zu nehmen, nicht lassen und dann wird auch Krakau sich an ihrem Wege befinden. Wie trügerisch sind die Hoffnungen jener Politiker, die, von der jetzigen Stimmung durchdrungen, sich nach ‚irgend einer Veränderung‘ sehnend, sogar das Königreich Polen teilen möchten, um jene Veränderung herbeiführen. Das einzige äußerliche Symbol der Einheit Polens ist eben der Bestand eines unteilbaren Königreiches Polen.“

Propaganda für Rußland wurde von der polnischen Presse auch dadurch gemacht, daß dieselbe die polenfreundlichen Stimmen der russischen Preßorgane ausführlich notierte und kommentierte. Als Beispiel sei hier der Leitartikel der „Gazeta Narodowa“, Nr. 275 vom 28. November 1912, betitelt: „Aus der russischen Presse über Polen“, angeführt. Derselbe lautet:

*) Der Referent meinte offenbar: Deutschland und Oesterreich-Ungarn.

„Russkoje Slovo“, ein über 200 000 Abonnenten zählendes Tageblatt, ein Organ der russischen Fortschrittlichen, veröffentlicht wieder einen Aufsatz Bajanow's*) über die Polenfrage.

Bajanow führt an, was einer von seinen größten Opponenten schreibt und entgegnet ihm, er wolle es nicht, daß die Polen tatsächlich Oesterreich für Rußland oder Rußland für Oesterreich verraten, es handle sich aber um eine moralische Unterstützung. Ich begreife — sagt Bajanow — daß der Weg zum Allslawentum über Warschau führt und daß deshalb, solange an der Weichsel die Russen geflucht werden, die Balkansiege für das Slawentum keine Früchte zeitigen werden. Zwischen dem Slawentum Rußlands und dem Slawentum Europas steht Polen wie eine Feuermauer. In dem Augenblicke, als in Warschau die von den Polen — oder, wie einige behaupten, von den Russen — zerbrochene Kette wieder zusammengekettet werden sollte, wird Oesterreich aufhören zu existieren.

Wenn dies, worüber die Polen klagen, unbegründet wäre, wenn dieselben logisch, gesetzlich und ethisch kein Recht hätten, wie wäre dann überhaupt die Frage möglich: mit wem zu gehen? Das nicht geknechtete, freie, brüderliche Polen würde auf meinen Aufsatz antworten: „Sie schlagen eine offene Tür aus“. Dann wäre auch jener Widerstand Oesterreichs uns gegenüber nicht möglich, wäre auch jenes Wanken Berchtolds nicht da, wäre die Gefahr eines russisch-österreichischen-preußischen Krieges ausgeschlossen.

Ich könnte den am meisten aufgebrachten Polen gegenüber beteuern, daß nicht die Angst um unsere heile Haut uns in die Arme der Polen drückt, denn noch niemals bot uns die äußere Lage und die Kriegsmacht Rußlands größere Aussichten auf Erfolge als jetzt. Der Dreiverband ist stärker als der Dreibund und die bulgarischen Siege zeugen von der russischen Reife, von der russischen Strategie und von den russischen Waffen. Was aber den Geist der russischen Armee anbelangt, bin ich überzeugt, daß derselbe im Kriege mit Deutschland dem bulgarischen Geiste gleich sein werde. Nein, meine Herren Polen — schließt Herr Bajanow — wir fürchten den Krieg nicht und ihr seid uns als Verbündete in dem Kampfe nicht notwendig. Ihr seid uns aber notwendig als Freunde, als ein reines Gewissen und der Segen Gottes.“

*) Ueber den vorherigen Aufsatz Bajanow's, der die Anfrage an die Polen richtete, mit wem sie zu gehen gedenken: mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland oder mit Rußland, berichtete „Gazeta Narodowa“ am Schlusse ihres Leitartikels „Russland und die Polen“. Auf diese Anfrage erhielt Bajanow zahlreiche Antworten, die er nun bespricht.

V. Deutsch- und Oesterreichfeindlichkeit der galizischen Polen.

Die ukrainische nationale Bewegung als „Preußische Intrigue“; Oesterreich als „Werkzeug Preußens“.

Es müßten ganze Bände herausgegeben werden, wenn man alles zusammenstellen wollte, was über die Rolle Deutschlands in der ukrainischen Frage, welche von demselben für ein antipolnisches und antislawisches Werkzeug erachtet würde, und über die Rolle Oesterreichs, welches in dieser Frage nur ein gefügiges Werkzeug Deutschlands sei, in der polnischen Presse geschrieben wurde.

Manches davon ist übrigens an verschiedenen Stellen in vorliegenden „Dokumenten“ enthalten, denn, wie der Leser sehen wird, es gibt kein politisches Thema, welches der polnischen Presse nicht Anlaß gäbe, immer wieder darüber zu sprechen.

An dieser Stelle werden wir als Stichprobe nur einen Artikel anführen. Derselbe ist umso wichtiger, als er anfangs im Warschauer konservativen Organ „*Slowo*“ (vom 8. Juli 1912) veröffentlicht und dann in der Lemberger „*Gazeta Narodowa*“ (Nr. 157 vom 12. Juli 1912) wiedergegeben wurde, also einigermaßen die öffentliche Meinung von ganz Polen repräsentiert.

Den Anlaß zum Artikel gab die Anerkennung des Kaisers für die ukrainische parlamentarische Vertretung, welche in der Sommersession 1912 ihre Obstruktions-taktik aufgegeben hat, um der Erledigung der Staats-notwendigkeiten keine Schwierigkeiten zu machen. Diese Anerkennung, welche dem Minister des Innern v. Heinold zur Schuld gemacht wird, wird als Folge des Einflusses Berlins dargestellt, um die Ukrainer in Oesterreich zu

einer größeren Bedeutung kommen zu lassen, die Polen aber zur Opposition zu zwingen, was für die Politik Berlins gegenüber den Polen sehr wünschenswert wäre.

Im Artikel, welcher den Titel „Der Berlin-Lemberger Macchiavellismus“ führt, wird ausgeführt:

„Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß aus geheimen Fonden, die der Berliner Regierung zur Verfügung stehen, ein beträchtlicher Teil zur Förderung der ‚ukrainischen Idee‘ verwendet wird. Vorsichtiger in Rußland, weniger vorsichtig in Oesterreich, wo es ihr an Alliierten unter den dortigen Deutschen nicht fehlt.“

Indem der Verfasser über das deutsche Konsulat in Lemberg zu sprechen kommt, schreibt er:

„Ich bemerke, daß die wohl unterrichteten Personen in den Berliner politischen Kreisen demselben vor allem Beschäftigung mit ukrainischen Angelegenheiten unter dem russischen Zepter zuschreiben, während die Wirksamkeit auf dem österreichischen Boden auf zweifache Art entwickelt wird. Unmittelbar, anonym Oesterreich gegenüber, durch direkte preußisch-ukrainische Beziehungen und mittelbar durch den offiziellen Einfluß der deutschen Diplomatie auf die österreichische Regierung. Dieser letztere Weg wird nicht oft befolgt, denn die österreichische Regierung hat in ihren eigenen Traditionen genug zahlreiche ukrainophile Tendenzen und wenn sie sich derselben nicht immer bedient, so geschieht es hauptsächlich aus Opportunismus den dennoch notwendigen und in politischer Beziehung viel sicheren Polen gegenüber.

Es gibt aber Augenblicke, in denen der Berliner Verbündete nicht zögert, mit dem ganzen Nachdruck die ukrainische Angelegenheit vor dem Wiener Kabinett zu unterstützen. Einen solchen Augenblick haben wir jetzt erlebt. Die Berliner Regierung wurde mehreremale auf verschiedene Weise auch von den Bänken der gesetzgebenden Körper daran erinnert, daß die Enteignung der Polen in Preußen den Polen in Oesterreich die Unterstützung des Dreibundes erschweren wird.

Man erinnerte sich nun an die Worte des alten unlängst verstorbenen Geheimrates Holstein, der vielleicht unter den Berliner Hinterkulissen-Diplomaten der einflußreichste war, daß für Deutschland notwendig sei, daß die Polen der Wiener Regierung gegenüber in Opposition treten, die Ruthenen aber sich der Zentralregierung nähern.

Aus allen diesen ideellen und persönlichen Quellen erwuchs der Entschluß, die österreichische Regierung zu bewegen, damit sich dieselbe mehr auf die Ruthenen stütze und zwar eben jetzt, als in Preußen wieder ein für die Polen widrigerer Wind weht und als neue Repressalien auf der Tagesordnung stehen. Diese

Taktik ist höchst bequem. Zuerst unterstützt und fördert man grundsätzlich die ukrainische Sache, dann ist aber die beste Eventualität möglich und zwar ein großer, möglicherweise beständiger Streit der Polen mit der österreichischen Regierung und mit der Krone. In dieser Absicht und Hoffnung erklärte der deutsche Botschafter v. Tschirsky-Bögendorff den Wiener maßgebenden Kreisen, daß eine Verschiebung der ukrainischen Frage ein wenig in den Vordergrund die österreichisch-deutschen Beziehungen bedeutend erleichtern und stärken würde. Man erinnerte auch bei dieser Gelegenheit, wie es schon bei anderen geschehen war, den Wiener Verbündeten an die ihm von Berlin bei der Annektierung von Bosnien und Herzegowina geleisteten Dienste, man erinnerte auch an bereits früher unterschobene und in den unsicheren Zeiten der Annexion wieder von Berlin aufgefrischte Theorien über eine ukrainische Interessensphäre an dem Schwarzen Meere.

So schob man geschickt den Freiherrn v. Heinold in die schlüpfrigen Bahnen der ukrainischen Politik.“

Der polnische Protest im galizischen Landtage gegen deutsch-ukrainische Beziehungen.

Nachdem der polnische Redakteur Krysiak die aus dem Ostmarkvereinsbureau gestohlenen Dokumente veröffentlicht hat, hat der polnische Teil des galizischen Landtags den Zeitpunkt für geeignet erachtet, gegen deutsch-ukrainische Beziehungen feierlichen Protest zu erheben. Der Beschluß wurde vom alten Führer der Konservativen, Krakauer Universitätsprofessor Grafen Stanislaus Tarnowski, Präsidenten der polnischen Akademie der Wissenschaften in Krakau ausgeführt. In seiner Budgetrede am 1. März 1914 hat er, nachdem er erklärt hatte, daß er im Namen aller polnischen Parteien sprechen wird, folgende Erklärung abgelegt:

„Es wurden die Beziehungen des preußischen Ostmark-Vereins zu den Ruthenen an das Tageslicht hervorgeholt. Als Vermittler handelte ein Mann, welcher behauptete von dem ruthenischen Nationalkomitee ermächtigt worden zu sein und welcher von anderer Seite für einen solchen gehalten wurde. Die Beziehungen im Laufe von zehn Jahren sind durch Dokumente bewiesen worden. Die Echtheit dieser Dokumente wird sogar von dem Ostmark-Verein selbst nicht geleugnet. Wir, der unmittelbare Gegenstand und das Ziel jener Pläne und Vereinbarungen, dürfen davon nicht schweigen. Wir sollen den Ruthenen, welche jene Beziehungen

unterhielten, sagen, daß sie eine uns gegenüber unwürdige, von ihrem eigenen Standpunkte aus aber eine unvernünftige Handlung begangen haben. Sie verschaffen ihrem eigenen Haß eine Genugthuung, sie dienen dem Hasse der anderen, ohne irgend welche Möglichkeit eines Vorteils für sich, für die Ruthenen, denn schließlich wird der Ostmark-Verein hier nicht gebieten und diejenigen, welche mit ihm jene Beziehungen unterhielten, läßt es in einem unschönen Lichte nicht nur in den Augen der Polen, sondern auch Oesterreichs erscheinen. Bei uns ruft es selbstverständlich eine Entrüstung hervor, um es nicht mit einem schärferen passenden Namen zu nennen. Ostmark-Verein ist keine preußische Regierung, es ist eben nur ein Verein, aber ein einflußreicher, mächtiger Verein, welcher die öffentliche Meinung, die Presse, die deutsche Gesellschaft, das Parlament, sogar die Regierung beeinflusst. Sein Ziel ist, alles, was polnisch ist, vernichten, vertilgen, ausrotten! Dort drängt er dann, uns zu enteignen, um uns aller Rechte zu entledigen gegen jedes göttliche und menschliche, sogar gegen das preußische Recht, hier aberschürter Intriguen. Von dieser Seite kann uns keine Niederträchtigkeit wundern, muß aber einen jeden empören. Und diese Niederträchtigkeit ist eine von den vielen, ähnlich den vielen und vieler würdig, außerdem bedeutet sie eine Einmischung in die Angelegenheiten eines fremden Staates. Würde irgend jemand in dem österreichischen Staat, würde ein Verein solche Machinationen, sei es mit den Polen in Großpolen, sei es mit den Elsässern oder mit den Dänen in Schleswig treiben, wie groß wäre dann dort der Lärm, wie wäre es dort aufgenommen! Wir konstatieren bloß, daß es eine Einmischung in die Angelegenheiten eines fremden Staates ist, zum Nachteil eines der Völker des Staates, zum Nachteil der österreichischen Untertanen.

Wir können gegen jenen Ostmark-Verein nichts ausrichten, und drohen, ohne die Möglichkeit zu haben, eine Drohung ins Werk zu setzen, wollen wir nicht. Aber unser Recht, unser Gewissen und unsere Ehre verpflichten uns, in dieser Angelegenheit unser Wort zu sagen — und wir erklären: Daß die Machinationen des Ostmark-Vereins mit einem Bruchteil der Ruthenen eine Niederträchtigkeit sind, ein Schritt weiter in dieser Politik, die sich die Vernichtung der Polen als Ziel gesetzt hat, daß sie eine Einmischung in die Angelegenheiten eines fremden Staates bedeuten.

Dies erklären wir vor Gott und vor den Menschen. Die Menschen werden es nicht hören, oder sie werden sich stellen, als ob sie es überhört hätten, aber Gott wird diese Erklärung auf seiner Rechnung vormerken.

Nach dem Tode des Thronfolgers Franz Ferdinand.

Der Begünstigung der ukrainischen nationalen Bewegung in Oesterreich unter dem Einfluß Deutschlands wurde in den polnischen Kreisen vor allem der Thronfolger Franz Ferdinand beschuldigt. Was nun bei seinem Leben von der polnischen Presse nur andeutungsweise gesprochen wurde, das hat sie nach seinem Tode in einer beinahe brutalen Weise zum Ausdruck gebracht.

Bekanntlich fiel mit dem Tage des Todes des Thronfolgers die ukrainische „Sokol“- und „Sitsch“-Feier zu Ehren des 100. Geburtsjahres des ukrainischen Dichters Taras Schewtschenko zusammen. Dies gab dem allpolnischen Organ „*Slowo polskie*“ den Anlaß zum Leitartikel: „Ein kostspieliges Spiel“ (Nr. 283 vom 3. Juli 1914), in welchem es heißt:

„Der Balkan beginnt bereits in Ostgalizien. Bevor Albanien entstanden ist, gab es bereits eine Ukraina. Hier hätte vorläufig die ukrainische ‚Nation‘ außerhalb der Ukraina geboren werden sollen, die ja geographisch in Galizien nicht existiert. Die Maskerade, welche in Deutschland improvisiert wurde, hat einen unerwarteten Erfolg gehabt. Im Laufe der Arbeit ist der Glaube an ein reelles Dasein einer Tatsache entstanden, welche in Wirklichkeit ein Phantom war. *Mundus vult decipi*.“

Das Spiel hat seinen Höhepunkt bereits überschritten, es erfolgte nämlich eine Ernüchterung, als man bemerkte, daß die Sache zu weit bis an den Rand einer Katastrophe getrieben wurde. Da beschloß ‚Ukraina‘ auf den Ratschlag derselben Regisseure und bei deren materieller Unterstützung ein Sportschauspiel zu veranstalten, welches vor Europa bekunden sollte, daß die Nation doch reell existiere.

Die Lemberger Feier der Ukraina, bei der sie sich als eine Nation in spontaner Betätigung ihrer Naturkräfte manifestierte, war offenkundig auf den europäischen Effekt berechnet. So haben die Deutschen in Berlin und gewisse Kreise in Wien beschlossen. Es war nötig gewesen, auf diese Weise den ausgehenden Glauben an die reelle Existenz der Ukraina zu erhalten.“

Den Einfluß Deutschlands auf die Politik des Thronfolgers schildert der Wiener Korrespondent des „*Slowo polskie*“ in derselben Nummer im Artikel: „Charakteristische Berliner Aengste“. Er führt aus:

„Kaiser Wilhelm II. hat es verstanden, sich in die Gunst des Erzherzogs Franz Ferdinands hineinzustellen. Er hat es mit einer außerordentlichen diplomatischen Geschicklichkeit getan. Er hat die Tatsache ausgenutzt, daß der Erzherzog Franz Ferdinand ein liebevoller Gatte und ein liebevoller Vater war. Die Familie war für ihn alles. Nach der katholischen Religion hat er nichts Teuereres in der Welt gehabt als seine Gattin und seine Kinder. Wer der Fürstin Hohenberg einen Respekt erwies, der ihr zugekommen wäre, wenn sie eine Erzherzogin gewesen wäre, der konnte beim Erzherzog Franz Ferdinand alles erreichen. In dieser Beziehung hat er nicht einmal geahnt, daß es in der Welt Leute geben kann, die mit den genannten Familiengefühlen politische Spekulationen treiben.

Kaiser Wilhelm II. hat seine ganze Erfindungskraft, seine ganze Energie angestrengt, um gerade in dem Punkt jener Familiengefühle den Erzherzog zu erobern. Ueber seine Anordnung hat die deutsche Kaiserin der Fürstin Hohenberg das ‚Du‘ angetragen. So oft die Fürstin Hohenberg nach Berlin kam, wurde sie am preußischen Hofe auf die Weise behandelt, als wäre sie eine Erzherzogin mit sämtlichen Rechten und Privilegien. Der deutsche Kaiser soll es gewesen sein, der beim österreichischen Kaiser instantioniert hatte, daß man der Fürstin den Titel ‚Herzogin‘ mit dem Prädikat ‚Hoheit‘ erteile. Der deutsche Kaiser hat es auch nicht versäumt, den Kindern des Erzherzogs große Freundschaft zu erweisen, sich mit seinen Söhnen vertraulich zu unterhalten und dem Erzherzog auf jedem Schritt zu beweisen, daß er seine Söhne für Vollblut-Erzherzöge erachte.

Kein Wunder also, daß der Erzherzog Franz Ferdinand, dem die Stellung seiner Gattin fortwährend viele Schwierigkeiten bereitete und ihm so manche Betrübniß brachte, für den deutschen Kaiser Freundschaft und Dankbarkeit für eine derartige Behandlung seiner Gattin zu empfinden begann.

Das Verhältnis zwischen dem deutschen Kaiser und dem Erzherzog Franz Ferdinand wurde ungemein eng. Selbstredend war in dem Verhältnis der deutsche Kaiser der nehmende Teil. Der Erzherzog Franz Ferdinand war sich dessen gar nicht bewußt, daß Kaiser Wilhelm auf geschickte Art seine Freundschaft und sein Vertrauen ausschließlicly zu politischen Zwecken und zum Vorteil der Deutschen sowie des Hauses Hohenzollern ausnütze.

Ein Teil der politischen Vorteile, die der deutsche Kaiser aus dem Vertrauen, das er bei dem Thronfolger der Habsburger Monarchie gewonnen hatte, genoß, ist für jeden offenkundig. Unter dem Einfluß Deutschlands hat der Erzherzog Franz Ferdinand auf den Bau einer immer größeren Kriegsflotte gedrängt. Diese österreichische Kriegsflotte sollte im Fall eines Krieges der englischen und französischen Flotte am Mittelmeere eine Diversion bereiten. Auf diese Art wäre ein Teil der englischen

und französischen bewaffneten Macht am Mittelmeere beschäftigt und könnte nicht gegen die deutsche Kriegsflotte in die Nordsee ausrücken.

Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß Kaiser Wilhelm das Vertrauen des Thronfolgers auch in einer anderen Richtung ausgenutzt habe. Und zwar in der antipolnischen Richtung. Das Einschwenken des Thronfolgers in der Richtung der Ukrainer geschah unter dem preußischen Einfluß. Daß es nicht Professor Dr. Hans Uebersberger allein gewesen, der den Erzherzog Franz Ferdinand in seinen antipolnischen Ansichten befestigte, dies ist mehr als sicher. Der hakatistische Hauptagent an der Seite des österreichisch-ungarischen Thronfolgers war Kaiser Wilhelm II. selbst. Er tat es sehr geschickt unter dem Losungswort der gemeinsamen Interessen des Dreibundes. Und vielleicht hat er sogar auf geschickte Art dem Erzherzog angedeutet, daß man auf den Thron des zukünftigen ukrainischen Staates den ältesten Sohn des Erzherzogs einsetzen und ihn auf diese Weise für den für ihn unerreichbaren österreichisch-ungarischen Thron entschädigen könnte.

Daß der Tod des Erzherzogs Franz Ferdinand ungemein viele politische Rechnungen, die am Berliner Hofe gemacht wurden, verdorben habe, das ersieht man nur zu deutlich aus dem ungemein taktlosen Artikel, der in dem offiziösen Berliner „Reichsanzeiger“ veröffentlicht wurde.

Dieser Artikel umfaßt nicht mehr und nicht weniger als das politische Vermächtnis des Erzherzogs Franz Ferdinand.

Schon die Tatsache allein, daß ein streng offiziöses preußisches Blatt sich traut, mit einem derartigen politischen Pseudodokument hervorzutreten, das auf Grund privater Eröffnungen fabriziert wurde, welche der Thronfolger, wie es der „Reichsanzeiger“ andeutet, dem Kaiser Wilhelm II. gegenüber gemacht hatte, beweist, daß in Berlin eine große Angst bezüglich der politischen Anschauungen des neuen Thronfolgers, des Erzherzogs Karl Franz Josef herrschen müsse.

Das offiziöse deutsche Blatt behauptet, daß das politische Vermächtnis des Erzherzogs Franz Ferdinand nicht nur auf dem Wunsche der Erhaltung des Bündnisses mit Deutschland beruht habe, sondern auf dem Wunsche, daß dieses Bündnis immer enger werde, so daß im Augenblick einer Gefahr Oesterreich-Ungarn und Deutschland eine Einheit bilden oder — dasselbe ins Polnische übersetzt — daß im Fall eines Krieges Oesterreich-Ungarn ganz einfach unter das Kommando Deutschlands treten und seine Land- und Wassermacht ausschließlich den deutschen Zielen widme. Weiter versichert der „Reichsanzeiger“, es sei der Traum des Thronfolgers gewesen, die österreichisch-ungarische Kriegsflotte fortwährend auszubauen. Daraus kann man sich

überzeugen, daß die Erweiterung der österreichisch-ungarischen Kriegsflotte im Grunde genommen infolge der preußischen Befürchtungen zustande kam, selbstredend zum Nutzen und Vorteil der preußischen Interessen.

Wir Polen haben dank diesen Eröffnungen noch einmal einen offenkundigen Beweis gewonnen, wie verderblich der Einfluß Preußens sogar auf die inneren politischen Verhältnisse in Oesterreich ist.“

Dasselbe Thema behandelt der Wiener Korrespondent des „*Slowo polskie*“ (Nr. 289 vom 7. Juli 1914) im Artikel: „Der preußische Mentor und die Alldeutschen“. Es heißt dort:

„Zwei zuverlässige Zeugen versichern, daß einer der ersten politischen Akte des Erzherzogs Franz Ferdinand im Fall seiner Thronbesteigung das Aufzwingen der deutschen Staatssprache den Völkern, aus denen der österreichische Staat besteht, gewesen wäre. Es wäre angeblich im Namen der Stärkung der staatlichen Zusammenhaltbarkeit geschehen, allein im Grunde genommen hätte es den neuen germanisatorischen Versuchungen die Tore geöffnet und eine gänzliche Staatszerrüttung zur Folge gehabt.

Woher stammten derartige Gedanken beim Erzherzog Franz Ferdinand, wie der Plan des Aufzwingens der deutschen Staatssprache den Völkern der Monarchie?

Sicher und ohne einen Irrtum zu befürchten, kann man auf den deutschen Kaiser Wilhelm II. als denjenigen mit dem Finger hinweisen, der den Erzherzog Franz Ferdinand zu derartigen politischen Experimenten überredete. Immer mehr kommt jetzt nach dem Tode des Erzherzogs der nachteilige Einfluß zum Vorschein, den der deutsche Kaiser auf den Erben der österreichischen und ungarischen Krone ausgeübt hatte. Indem der deutsche Monarch sein Vertrauen und seine Freundschaft durch das Hofmachen der Fürstin Hohenberg gegenüber und durch die Forcierung ihrer Stellung in der höfischen Welt gewann, nutzte er dieses Vertrauen für eigene Zwecke, das heißt zum Nutzen Preußens und des Hauses Hohenzollern aus. Er überredete den Erzherzog zur Vergrößerung der Kriegsflotte, er stimmte ihm möglichst schlecht den Polen gegenüber, redete ihm ganz unglaubliche Dinge von der vermeintlichen Macht des ukrainischen Volkes in den Grenzen Oesterreichs und außerhalb seiner Grenzen ein und endlich versuchte er es, ihn für den Gedanken der Erneuerung der germanisatorischen Experimente in Oesterreich zu gewinnen. Wäre das germanisatorische Experiment wenigstens zum Teil gelungen, dann würde

eines der Hindernisse verschwinden, die den deutschen Bundesstaat vor dem Verschlingen der westlichen österreichischen Provinzen mit den Böhmen und Slovenen zurückhält. Sollte aber dieses Experiment mißlingen und sollte es zur inneren Zersetzung der österreichischen Monarchie kommen, dann würden jene westlichen österreichischen Provinzen wie eine reife Frucht von selbst in die Hände von Preußen und Hohenzollern fallen. In jedem Fall wäre jene innere Politik, die der Erzherzog Franz Ferdinand nach seiner Thronbesteigung mit Hilfe der zwangsweisen Einführung der deutschen Staatssprache in Oesterreich einleiten wollte, der Grabstein für den österreichischen Staat gewesen. Das weiß man in Berlin vortrefflich.

Die Teilung Oesterreichs zwischen Preußen und Rußland ist das Ideal der alldutschen Partei ebenso in Deutschland als auch in Oesterreich. Man darf dieses agitatorische Ideal der Alldutschen nicht geringschätzen. Die Geschichte der ganzen Bewegung der Wiedergeburt und der Vereinigung des deutschen Volkes im XIX. Jahrhundert belehrt uns, daß die Hohenzollern zu gewissen Zeitperioden jene deutschen agitatorischen Lösungsworte, die anfänglich für eine Chimäre galten, die von Studenten und Professoren gepredigt wird, in ihr Programm aufnehmen. So war es mit der Kaiserkrone der Familie Hohenzollern, so war es mit der Vereinigung Deutschlands unter der Aegide der Hohenzollern, so war es mit dem französischen Kriege und der Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen, so war es mit dem Hakatismus, so kann es auch mit der entschieden Wendung der Hohenzollern gegen Oesterreich geschehen.

Heute gehen noch die Hohenzollern angeblich zusammen mit Oesterreich und sehen vermeintlich in der Habsburger Dynastie ihren innigsten Freund und Bundesgenossen. Wenn aber der entscheidende Moment kommt und wenn das Lösungswort, welches von den Alldutschen über das Thema der Teilung Oesterreichs gepredigt wird, ins Blut und in den Geist des deutschen Volkes übergeht, dann werden die Hohenzollern keinen Moment damit zögern, dieses Lösungswort in ihr politisches Programm aufzunehmen, wie sie es mit der Kaiserkrone, mit der Vereinigung Deutschlands, mit der Eroberung von Elsaß-Lothringen und mit der antipolnischen Politik der Hakatisten getan haben.

Der Nachfolger des Erzherzogs Franz Ferdinand, in dessen Adern das Blut der sächsischen Dynastie fließt, also einer Dynastie, die so schwer und so oft von den Hohenzollern Unrecht gelitten hatte, möge eine größere Vorsicht den Ratschlägen gegenüber bewahren, welche von Berlin kommen, als dies sein Onkel getan hat.“

Die polnische Haltung gegenüber dem Thronfolger kennzeichnet auch der Artikel des Wiener Korrespondenten des „*Slowo polskie*“ (Nr. 302 vom 15. Juli 1914) über die Militärkanzlei des Thronfolgers. Der Artikel führt den Titel: „Was wird mit der Militärkanzlei des Thronfolgers geschehen? Der Mittelpunkt der antipolnischen Regierung“. In demselben wird ausgeführt:

„Die Militärkanzlei des Thronfolgers ist im Laufe der Jahre nicht nur zu einer sehr wichtigen militärischen, sondern auch politischen Institution emporgewachsen.

Ursprünglich ist diese Militärkanzlei als ein Hilfsorgan entstanden, welches die militärischen Aufgaben des Erzherzogs in der Manipulationshinsicht erleichtern sollte, welcher ein Helfer des Armeeoberkommandanten, d. h. des Kaisers, in den Militärsachen war. Der Oberst Brosch, der, wie es scheint, die geistige Verfassung des Thronfolgers glänzend kannte, hat es verstanden, ungemein geschickt und systematisch den Wirkungskreis jener Kanzlei zu erweitern. Sehr bald ist er von den rein militärischen Angelegenheiten zu den politischen übergegangen und in Beziehungen zu gewissen Pressorganen in Wien sowie mit verschiedenen Abgeordneten der deutschen und der ukrainischen Nationalität getreten. Von da aus sind auch verschiedene politische Inspirationen hervorgegangen, die immer häufiger den Ministerien und Ministern, den einzelnen parlamentarischen Parteien, ja sogar den ganzen Nationen fühlbar wurden.

In erster Linie hat es die polnische Nation auf ihrer Haut gespürt. Die Militärkanzlei des Thronfolgers hat ebenso zur Zeit des Obersten Brosch als auch zur Zeit des Obersten Bardolff — inwiefern man das auf Grund mannigfacher Inspirationen der Presse und des Parlamentes vermuten kann — alle jene Programme, Ankündigungen und Bestrebungen in die Welt geschoben, welche sich die Schaffung einer gewissen ukrainischen Nation auf Kosten des politischen Besitzstandes der Polen in Oesterreich zur Aufgabe stellten.

Besonders in den letzten paar Jahren, da die internationale Situation bedrohlicher wurde, hat man eben aus jener Militärkanzlei des Thronfolgers die Losung in der Welt verbreitet, die die Ukrainer weit über ihren Wert erhob und ihnen eine große Rolle zuschrieb, währenddem man gleichzeitig nicht gescheut hat, gegen die Polen vorzugehen und mannigfache politische Unterminierungen vorzunehmen, welche die Einschränkung der den Polen im Staate gebührenden Stellung bezweckten.

Deswegen also wird es sehr gut sein, daß eine Institution, die wie die Militärkanzlei des Thronfolgers niemandem gegenüber verantwortlich war und eine unverantwortliche Politik auf eigene Faust führte, aufgehoben werden wird.“

Daß die Ansichten, welche nach dem Tode des Thronfolgers im allpolnischen Organ zum Ausdruck gebracht wurden, nicht nur den polnischen russophilen Parteien eigen waren, sondern daß dieselben die ganze polnische Oeffentlichkeit beherrschten, dafür gibt ein Zeugnis die Lemberger „Gazeta Wieczorna“ (Abendblatt), Organ der polnischen demokratischen Partei und des Obmanns des reichsrätlichen Polenklubs Prof. Dr. Leo.

In der Nummer vom 2. Juli 1914 führt sie unter dem Titel „Aus den Beiträgen zur Charakteristik des Erzherzogs“ aus:

„Zur Verwirklichung der imperialistischen Pläne im Süden der Monarchie, die der Erzherzog in seiner Seele noch vor der Annexion Bosniens gehegt hatte, und deren erster Ausdruck eben die Abänderung der Beschlüsse des Berliner Kongresses und die offizielle Einverleibung des okkupierten Bosniens und der Herzegowina in den Staatsverband bildete, — war die Bildung eines Schutzwalles im Norden der Monarchie der gegen Rußland nötig. Ein solcher Wall hat bestanden. Er hat Jahrzehnte überdauert. Er wurde vom polnischen Volke zu beiden Seiten der österreichisch-russischen Grenze gebildet.*) Es war nicht bloß eine natürliche Scheidewand, sondern auch ein Hindernis, welches Rußland nicht durchbrechen könnte.

Allein aus der Schmiede der Pläne, die sich am Berliner Hofe befand, ist eine andere Losung hervorgegangen. Wilhelm II. fühlte es, daß er selbst dem polnischen Volke gegenüber so viele Sünden am Gewissen habe, daß dieses Volk nicht nur ein Schutzwall gegen Rußland sein, sondern auch stets eine sehr mächtige Mauer gegen die deutsche Uebermacht bilden werde. Und deshalb beschloß er, dem Erzherzog die Bildung eines anderen Schutzwalles, die Verwendung der Ukrainer als Schutzmaterial gegen Rußland zu suggerieren. Ein Plan, der Wilhelm II. umsomehr zusagte, da eine natürliche Folge der Unterstützung der Ukrainer eine gewisse Abkühlung des Verhältnisses des öster-

*) Man lese dazu die polnischen Stimmen in Russisch-Polen anläßlich des gegenwärtigen Krieges!

reichischen Hofes zum polnischen Volke sein sollte, eine Erscheinung, die der preußische König mit Freude entgegennehmen würde. Und so hat Wilhelm II. den Erzherzog für seinen Plan gewonnen. Es begann die Arbeit an dem ukrainischen Schutzwall, es begannen die halsbrecherischen Kombinationen nicht nur mit den drei Millionen der galizischen Ukrainer, sondern auch mit den Zehenten von Millionen der Ukrainer außerhalb der Grenzen Oesterreichs. Selbstverständlich hat die Wirklichkeit damit nicht übereingestimmt. Denn gleich wie seinerzeit Potekim Katharina II. mit der Existenz der ‚Potekimdörfer‘ betrogen hatte, so haben die dienstfertigen Agenten Wilhelms II. das Belvedere zum Besten gehalten mit der Möglichkeit, sich auf jene Zehente von Millionen der Kleinrussen zu stützen, die wirklich existieren, allein unaufgeklärt, terrorisiert und mit immer größerer Intensität russifiziert.

Deswegen bildet der Tod des Thronfolgers Franz Ferdinand zweifellos einen Wendepunkt in den politischen Plänen der Monarchie, einen Durchbruch in der Orientierung, zu der sich der Erzherzog bekannt hatte und in der auch die Beziehungen zwischen den beiden Völkern unseres Landes formuliert wurden.“

VI. Die Polen und der Krieg.

A. In Rußland.

Der Aufruf des obersten Feldherrn der russischen Armee an die Polen*).

Polen!

Es ist die Zeit gekommen, da der ersehnte Traum Eurer Väter und Ahnen in Erfüllung gehen kann.

Vor anderthalb Jahrhunderten wurde der lebendige Leib Polens in Teile zerstückelt, doch seine Seele ist nicht gestorben. Sie lebt in der Hoffnung, daß die Zeit der Auferstehung der polnischen Nation, ihrer brüderlichen Vereinigung mit ganz Rußland kommen wird.

Die russischen Heere bringen Euch die frohe Botschaft dieser Vereinigung. Mögen jetzt die Grenzen, die das polnische Volk zerstückelt haben, zusammenbrechen. Möge dasselbe unter dem Szepter des russischen Kaisers sich wieder vereinigen. Unter diesem Szepter wird sich Polen frei im Glauben, Sprache, Selbstverwaltung vereinigen.

Dies eine erwartet von Euch Rußland: die nämliche Berücksichtigung der Rechte jener Nationen, mit denen Euch die Geschichte verband.

Mit offenem Herzen, mit brüderlich gebotener Hand, kommt zu Euch das große Rußland. Es glaubt, daß das Schwert, welches den Feind bei Tannenberg zu Boden schlug, nicht verrostet sei.

Von den Gestaden des Stillen Ozeans bis zum Polarmeer bewegen sich die russischen Kriegsscharen. Der Morgenstern des neuen Lebens geht für Euch auf.

Es möge in diesem Morgenstern das Zeichen des Kreuzes, das Sinnbild der Leiden und der Auferstehung der Nation erglänzen.

Der Oberkommandant der Armee
General-Adjutant Nikolaus.

1. August 1914.

*) Erschienen in allen Preßorganen Rußlands am 15. (2.) August 1914. Vide „Russkija Wjedomosti“ (Moskau), Nr. 177 vom 2. August 1914; „Russkoje Slowo“ (Moskau), Nr. 177 vom 2. August 1914 usw. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß den Grundgedanken des Aufrufes „Gazeta Narodowa“ bereits

Die Polen unter dem Schutze der russischen Armee.

Von der Oberleitung des Generalstabes.*)

Der erhabenste Armeeoberkommandant ließ allen Ständen der aktiven Armee sowie der Bevölkerung kundmachen, daß Rußland infolge der Herausforderung des gemeinsamen Feindes des gesamten Slawentums den Krieg führe.

Die Polen, die ihre Loyalität bewiesen haben, werden auf dem russischen Territorium sowie auch innerhalb der Grenzen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns unter dem besonderen Schutze seitens unserer Armee und Regierung stehen, in dem Sinne, daß ihre persönliche und materielle Sicherheit gegen jedwede Gewalttaten geschützt werden wird und jede Hintansetzung der persönlichen sowie materiellen Rechte der Polen, welche der Rußland feindlichen Handlungen nicht überwiesen worden sind, mit der ganzen Strenge der Gesetze der Kriegszeit geahndet werden wird.

Aus den russischen Stimmen.

„Russkija Wjedomosti“, Nr. 178 vom 3. (16.) August 1914, bringt folgenden Artikel des Fürsten Eugen Trubetzkoi, eines der ansehnlichsten Führer der gemäßigten Liberalen:

Rußland, Polen und das Slawentum.

(Anläßlich des Aufrufes
des erhabenen Armeeoberkommandanten.)

Mag der Aufruf des Armeeoberkommandanten an die Polen was immer für Folgen haben, er ist schon an und für sich ein großer Sieg Rußlands.

Die Teilung Polens — das ist nämlich jene geschichtliche Sünde von uns, die bis nun das Haupthindernis zur Verwirklichung durch Rußland seiner Befreiungsmission unter dem Slawentum gebildet hat und es noch immer bildet. In dieser Sünde liegt die ganze Kraft des Austroslawismus, der Hauptgrund des Gravitierens eines Teiles der Slawen zu Oesterreich und eben deswegen die Hauptbedingung seiner Macht.

vor zwei Jahren, während der Balkankrise in dem Artikel „Rußland und die Polen“ (Nr. 258 vom 8. November 1912) entwickelt hat.

*) Erschienen gleichzeitig mit dem Aufruf an die Polen. Vide „Russkoje Slowo“, Nr. 177, vom 2. August 1914.

Die Slawen bilden in Oesterreich-Ungarn die Majorität der Bevölkerung; nach der Einbuße ihrer Unterstützung kann das Habsburgerreich direkt nicht existieren: von dem Tag an, wo es die Möglichkeit verliert, nicht nur tschechische sondern auch polnische und überhaupt slawische Regimenter gegen Rußland zu senden, ist es unwiderruflich zum Zerfall verurteilt. Oesterreich-Ungarn lebt nur von unseren Fehlern, nur durch das Mißtrauen und die Feindschaft eines Teiles der Slawen gegen Rußland wird seine staatliche Einheit aufrecht erhalten.

Unter solchen Umständen bedeutet der Aufruf des erhabenen Oberkommandanten mehr als einen moralischen Schlag für Oesterreich; sein Erscheinen kann sich als gleichbedeutend mit einer schweren Niederlage für Oesterreich erweisen. Es wäre unnütz, zu erwägen, daß Oesterreich instande sei, seine Wirkung zu paralisieren, indem es seinen polnischen Untertanen mehr gibt, als ihnen Rußland bieten kann. Das Allerwichtigste, was den Polen im Aufrufe versprochen wird, kann es ihnen auf keinen Fall bieten. Schon wegen seines Bündnisverhältnisses zu Deutschland kann Oesterreich nicht 'die Grenzen vernichten, die das polnische Volk in Teile zerstückelt haben', und sein ganzes unter einem Szepter wieder herstellen. Dies kann nur Rußland allein machen. Dies ist der Grund, weshalb der Aufruf vernichtendere Folgen für Oesterreich haben kann, als das Eindringen der feindlichen Armee in seine Grenzen. Nun wird es nicht von einem Schlag bedroht, der von außen kommt, sondern von einer Lähmung, die aus seinem Innern stammt, der Staat, der in seinem Kampfe gegen den äußeren Feind sich nur auf die Minorität seiner Untertanen stützen kann, währenddem er in der Majorität Feinde besitzt, ist bereits durch diese Tatsache zum Tode verurteilt.

Der erste Schritt zur Lösung der slawischen Frage ist auf die Weise gemacht worden; wir haben Grund zu hoffen, daß dadurch ein ungeheueres geschichtliches Hindernis beseitigt werden wird; allein um es endgiltig zu beseitigen, dazu ist Gegenseitigkeit notwendig, es ist notwendig, daß das in Jahrhunderten entstandene Mißtrauen Polens gegen Rußland überwunden wird. Rußland und Polen sollen von dem Bewußtsein durchdrungen werden, daß der Aufruf des von oben bevollmächtigten Armeeoberkommandanten ein Versprechen bildet, dessen Verwirklichung durch unsere ganze Staatsmacht gesichert erscheint.

Die Befreiung Polens von dem deutschen Joche ist nicht ausschließlich eine Aufgabe unserer höchsten Staatsgewalt: es ist zurzeit die wichtigste Aufgabe des russischen Volkes, von deren glücklichen Erfüllung unsere ganze Zukunft abhängig ist. Nicht nur für Polen, sondern auch für Rußland ist es eine fundamentale Lebensfrage, denn nur Rußland, welches Polen vereinigt hat, kann um sich das Slawentum vereinen. Und nur Rußland, das zum Zentrum der allslawischen Vereinigung geworden ist, kann auf der Höhe stehen, die seiner Größe und Macht entspricht.

Nicht für Polen allein — für die gesamte slawische Welt sollte der Aufruf des Armeeoberkommandanten als gute Botschaft erschallen. Die Befreiung Polens bedeutet das Ende der deutschen Herrschaft über das Slawentum überhaupt. Darin liegt der Grundgedanke des soeben veröffentlichten großherzigen und weisen Aufrufes. Deswegen wollen wir fest hoffen, daß nach dem ersten Aufrufe ein zweiter erfolgen wird, in dem das offizielle Rußland und mit ihm das russische Volk seine Vereinigung nicht nur mit den Polen allein, sondern mit all den Völkern Oesterreichs, die zu befreien es berufen ist, feierlich verlautbaren wird.

Sobald die Völker Oesterreichs sehen werden, daß Rußland seine Mission als Befreier erkannt hat und von dem festen Entschluß, sie zu erfüllen, durchdrungen worden ist, wird das Schicksal der österreichisch-ungarischen Monarchie durch diese Tatsache allein besiegelt werden.

Fürst Eugenij Trubetzkoi.

Aus dem Artikel: „Heute entlasse“

(„Russkoje Slowo“ Nr. 178 vom 3. (16.) August 1914).

Dadurch, was heute geschehen ist, wird das polnische Problem unwiderruflich und für immer gelöst. Das Wort des Oberkommandanten der russischen Armee ist kein Hohenzellernwort. Wenn dieser rein herzliche Appell an das polnische Volk zur Mitwirkung an der allgemeinen Sache nicht in der Form eines Manifestes erschienen ist, so ist es einzig und allein nach dem Begriff des Staats- und des Völkerrechtes geschehen. Der Monarch kommuniziert sich nur mit seinen eigenen Untertanen durch Manifeste, und mit den Untertanen eines fremden Staates kann er nicht, ihre legale Regierung außer acht lassend, unmittelbar verhandeln. So sind die Jahrhunderte alten Grundlagen der internationalen Beziehungen. Erst nachdem die Länder, welche einem fremden Staate angehört hatten, besetzt und nach aller Form zusammengeschlossen worden sind, nachdem ihre Bevölkerung unter die Untertanen der Monarchie übergegangen ist, kann die Regierung in ein gesetzliches Verhältnis zu ihnen treten. Ein Manifest kann erst nach der Annexion erfolgen. Natürlich kann nur Wilhelm II. noch vor der Besiegung des Landes seine Annektierung kundmachen und die Könige absetzen.

Anders steht es mit der Armee, welche mit dem Moment der Kriegserklärung in gewisse gesetzliche Beziehungen zu der Bevölkerung des feindlichen Landes tritt, die durch internationale Konventionen und Deklarationen über die Gesetze und Sitten der Kriegszeit geregelt werden. Infolgedessen hat der Armeeoberkommandant das Recht, in seinem Namen sich an die Bevölkerung mit Aufrufen zu wenden, durch die aber auch seine

Regierung gebunden ist. Vom juridischen Standpunkte aus vertritt der Armeeoberkommandant auf dem Kriegsschauplatze sein Land.

Äußerungen der polnischen Politiker.

Roman Dmowski, allpolnischer Führer, Obmann des Polenklubs in der ersten, zweiten und dritten Reichsduma, Begründer des modernen polnischen Russophilismus.

Ein Gespräch mit demselben bringt „Nowoje Wremja“, Nr. 13789 vom 2. (15.) August 1914, unter dem Titel: „Die Polen und der Krieg“. Es heißt dort:

„Die Polen befinden sich in den Vorposten. Sie sind unter die drei kriegführenden Staaten geteilt und sollen eine bedeutende Rolle in dem europäischen Kriege spielen. Der in den Mitteln nicht wählerische Kaiser Wilhelm beeilte sich, die Lage der Polen auszunützen und indem er die Truppen in die Grenzen Polens hineinführte, Ungebührlichkeiten verübte und schutzlose Männer und Frauen niederschloß, überschüttete er gleichzeitig das Königreich Polen mit Proklamationen mit der Aufforderung „mit vereinten Kräften die asiatischen Horden aus den Grenzen Polens hinauszujagen.“

Allein die Hauptsache wurde von ihm nicht erwogen und zwar, daß die Polen in den Grenzen des russischen Reiches zu den ersten gehörten, die ihre untätigsten Gefühle und ihre unverbrüchliche Loyalität zum Ausdruck brachten.

„Die Proklamationen Wilhelms — das ist ein abscheulicher Schwindel! Derartige Kniffe in der Kriegszeit sind allen bekannt. Die Bevölkerung des Königreiches Polen hat sie mit Geringschätzung aufgenommen, da sie genügend vorbereitet war, um den Sinn jener Proklamationen zu fassen.“

Das sagt der soeben in Petersburg eingetroffene Roman Dmowski, der angesehenste Vertreter der polnischen Intellektuellen und der einflußreiche Führer der nationalen Partei. Ich habe Gelegenheit gehabt, heute lange mit ihm zu sprechen und das, was ich von ihm vernommen habe und was ich im „Nowoje Wremja“ veröffentlichen darf, hat im jetzigen Moment zweifellos eine Bedeutung.

„Im Königreiche Polen herrscht jetzt eine glänzende Stimmung sagt R. Dmowski. — Sie wissen, wie herrlich die Mobilisierung vor sich gegangen, und wahrscheinlich haben Sie gehört, daß kein einziger Fall der Desertion vorgekommen sei, was der Bevölkerung nicht schwer gefallen wäre, da wir uns an der Westgrenze befinden. Allein die Bevölkerung hat sich anders ver-

halten. Sie reichte den Reservisten Blumen dar und begleitete sie mit Freude in den Krieg.

Bei uns herrscht eine starke antideutsche Stimmung, gleichzeitig muß man aber unsere Lage während des Krieges von der Lage anderer fremdsprachigen Völker des russischen Reiches unterscheiden.

Die Polen gehören drei Staaten an und natürlich haben sie das Bestreben, eine einheitliche Politik gegen den Germanismus zu organisieren. Es wurde versucht, insbesondere seitens der Oesterreicher und in der letzten Zeit auch seitens der Preußen, die Polen zu verführen und diese Verführungen haben auch manche Aussichten angesichts dessen, daß die Lage der Polen in Oesterreich besser ist, als ihre Lage in Rußland, und daß Oesterreich bestrebt ist, auf die polnischen nationalen Gefühle einzuwirken. Sicherlich werden von der österreichischen Seite Abteilungen erscheinen, welche im Namen der polnischen Nation, mit polnischen Fahnen und mit dem Liede: „Noch ist Polen nicht verloren“ auftreten werden.

Indessen aber lassen sich die Polen durch die politische Vernunft leiten und solidarisch mit dem gesamten Slawentum haben sie von allem Anfang an und unzweideutig ihre Stellung in dem begonnenen Kriege festgestellt. Das ist ebenso aus den polnischen Erklärungen in der Reichsduma und im Reichsrate zu ersehen, wie auch aus der Stimmung der gesamten Bevölkerung des Landes, sowie aus der ausgezeichneten Haltung der Reservisten zur Zeit der Mobilisierung usw. usw.

Das Alles muß man aber nicht nur von dem engen Gesichtspunkt aus betrachten, daß die Polen als treue Untertanen ihre Schuld getan haben, sondern auch von dem weiteren Gesichtspunkte, nämlich, daß sie, als eine Nation unbekümmert um die politischen Teilungen, fest entschlossen sind, in dem slawischen Lager gegen den Germanismus Stellung zu nehmen.

Wenn in unserem Lande sogar Kundgebungen zu gunsten Oesterreichs vorkommen werden (wie bekannt, gibt es in Galizien polnische Kriegoorganisationen mit den Sozialisten an der Spitze), so muß man dessen eingedenk sein, daß die ungeheure Mehrheit der polnischen Nation im Laufe der letzten Jahre einen energischen Kampf gegen jene Bewegung führe. Eine derartige austrophile Bewegung kann nur unter den unverantwortlichen, unreifen Elementen Einfluß haben, die im engeren Verhältnis zur österreichischen Regierung als zum polnischen Volke stehen.“

Dies sind die Erklärungen des einflußreichen Vertreters der polnischen Gesellschaft, des Roman Dmowski.

Graf Wielopolski,
polnisches Mitglied des russischen Reichsrates.

(„Russkoje Slowo“, Nr. 178 vom 3. (16.) August 1914.)

„Ich zweifle nicht, daß der Appell des Armeeoberkommandanten an das polnische Volk einen erschütternden Eindruck in Polen hervorrufen wird.

Meine persönliche Ueberzeugung ist es, daß dieser Appell in dem Moment als ein Akt der größten historischen Bedeutung erscheint. Der Traum der Väter, die Auferstehung des polnischen Volkes, wird wahrlich zur Wirklichkeit und mit tiefer Dankbarkeit wird sich das polnische Volk zur Verwirklichung dieser großen Idee vereinen.

Ich bin überzeugt, ich bin tief davon überzeugt, daß die Polen der „brüderlich entgegengestreckten Hand“ des russischen Volkes ihre Hand reichen werden und Arm in Arm zusammen mit der russischen Armee denselben Weg gehen werden.

Der historische Appell des Armeeoberkommandanten gibt kund, daß „der Stern eines neuen Lebens für uns aufgehe.“ Ich meinerseits wünsche es vom Herzen, daß derselbe Stern für das gesamte Rußland überhaupt erleuchte.

Ich glaube fest, daß die Versöhnung des polnischen Volkes mit dem großen Rußland alle Komplikationen beseitigen wird, die in dem russisch-polnischen Problem ihren Ursprung haben, daß jene Versöhnung die Macht und den Ruhm Rußlands vergrößern wird.

Ich glaube fest an den Sieg der russischen Waffen und ich war im Rechte, als ich vor einer Woche erklärt habe, daß euer Sieg — auch gleichzeitig unseren Sieg bedeute.

Ich bin davon überzeugt, daß die Polen, die in den Grenzen des Imperiums leben, meine Ansichten bezüglich dieses Aktes von historischer Bedeutung zur Gänze teilen.

Nun soll ich zur Beantwortung der Frage übergehen, wie dieser Akt von den Polen von Posen und Galizien aufgenommen werden kann.

Die Lage des polnischen Volkes ist im gegenwärtigen Moment die schwerste und die tragischste. Ich glaube, daß niemand die Tragik unserer Lage so gut verstehen wird, wie das russische Volk.

Indem ich bei der Frage verweile, welche Stellung dem Appell des Armeeoberkommandanten gegenüber die Polen von Posen einnehmen werden, glaube ich, daß da zwei Meinungen ausgeschlossen sind. Noch vor Beginn des Krieges haben die Deutschen versucht, in polnischen Kreisen Posens den Haß gegen Rußland zu entfachen, allein erfolglos. Sie versprachen den Polen ihre Befreiung, im Fall die Polen eine feindliche Stellung Rußland gegenüber einnehmen würden. Allein die Polen haben den deutschen

Versprechungen und Vorspiegelungen ihr volles Mißtrauen entgegengebracht.

In Erwägung dieses Umstandes glaube ich und ich kann darauf hoffen, daß die polnische Bevölkerung Posens und auch die Polen von Schlesien den Losungen, welche im Appell des Armeeoberkommandanten zum Ausdruck gebracht werden, Glauben schenken und vom Vertrauen auf Rußland durchdrungen sein werden.

Es bleibt nur noch, sich über die in Oesterreich lebenden Polen zu äußern.

Währenddem in Deutschland das polnische Land enteignet wurde und bei uns sogar in den gesetzgeberischen Körpern scharfe Reden in bezug auf unsere Nationalität laut wurden, zu derselben Zeit erfreuten sich die österreichischen Polen der vollen Gleichberechtigung und waren im Besitze aller nationalen Rechte. Natürlich wurde durch dies alles ihr Leben in Oesterreich erträglich. Gleichzeitig aber dachten die österreichischen Polen an ihre Zukunft. Sie sahen, daß Oesterreich mit jedem Jahre immer mehr dem Einfluß Deutschlands unterlag und daß im Zusammenhang damit sich auch ihre Lage in der Zukunft verschlechtern könne.

Indem ich jene beängstigende Rücksichtnahme auf die Zukunft erwäge, glaube ich, daß der Appell des Armeeoberkommandanten auch bei den österreichischen Polen einen starken Eindruck hervorrufen wird.

Im Zusammenhange damit dürften im gegenwärtigen Momente unter den österreichischen Polen zwei Strömungen entstehen — und dies wäre ganz natürlich und sollte niemanden wundern. Ich hoffe aber, daß die Zeit kommen wird, wo auch dort Vertrauen auf den Appell des Armeeoberkommandanten zum Vorschein kommen wird, wo derselbe mit Begeisterung aufgenommen werden wird.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich gegen den Appell die Sozialdemokraten und die unter ihrem Einfluß stehende Jugend erheben werden. Die ernstgesinnten Leute aber, die von der Liebe zu ihrem Vaterlande Polen durchdrungen sind, werden an dieser Kundgebung keinen Anteil nehmen.

So sollen die Polen, wo immer sie sein mögen, aus voller Brust aufatmen. Unsere Träume, unser geschichtliches Vermächtnis sind erhört worden. Die große Auferstehung des polnischen Volkes ist im Zuge, die uns der zweiköpfige Adler des russischen Zaren auf seinen mächtigen Flügeln gebracht hat.“

Dymsza,
polnisches Mitglied der russischen Reichsduma.
(„Russkoje Slowo“, Nr. 178 vom 3. (16.) August 1914.)

„Der historische Appell des Armeeoberkommandanten wird selbstverständlich eine unbeschreibliche Begeisterung bei allen Polen hervorrufen.

Dieser Aufruf, der soeben erschienen ist, wird von uns Polen jenen provokatorischen Anrufungen des deutschen Kaisers gegenübergestellt, durch die er die Geneigtheit des polnischen Volkes kaufen wollte.

Daß der veröffentlichte Aufruf ein genügend starkes und überzeugendes Gegengift gegen die Provokation der Deutschen bilde, dazu ist notwendig, daß im gegenwärtigen Moment jeder Pole die Ueberzeugung gewinne, daß die Blätter der polnischen Geschichte sich auf die Seite der hehren Ideale der polnischen Gesellschaft wenden, daß für unser Volk eine neue Zukunft aufgehen werde.

Die Ereignisse gehen mit einer schwindelhaften Schnelligkeit vor sich. Das Datum des 1. August wird — ich bin davon überzeugt — als ein Ausgangspunkt für die gesamte Gestaltung der nationalen und staatlichen Kräfte Europas dienen.

Ich bin überzeugt, daß das historische Datum des 1. August wirklich als ein Wendepunkt in den russisch-polnischen Beziehungen dienen wird, daß der heißersehnte Moment der vollen Versöhnung zweier slawischer Nationalitäten — des großen Rußlands und Polens erfolgen wird.

Das polnische Volk wird seine Schuld dem Staate gegenüber bis zur Neige erfüllen.“

Alexander Lednicki,
polnischer Fortschrittler, Mitglied der ersten
Reichsduma,

veröffentlichte anläßlich des Aufrufes des Obersten Feldherrn der russischen Armee an die Polen in „Russkija Wjedomosti“, Nr. 178 vom 3. (16.) August 1914, einen schwungvollen Artikel: „Es ist die Stunde gekommen“, welchen er schließt:

„In Erwiderung des prophetischen Rufes, daß ‚die Zeit der Auferstehung des polnischen Volkes und seiner brüderlichen Versöhnung mit ganz Rußland gekommen ist‘, wird die Vergangenheit vergessen werden und im Kampfe um die Weltfreiheit wird Polen aus seiner Brust das Schwert reißen und es gegen den gemeinsamen Feind richten.“

Derselbe erklärte in „Russkoje Slowo“, Nr. 178 vom 3. (16.) August 1914:

„Die Politik der Regierung den Polen gegenüber war bis zu der Zeit derartig, daß man irgend welche besonderen Vergünstigungen nicht erwarten dürfte. Es muß offen erklärt werden, daß diese Politik ein Produkt der preußischen Politik war und jetzt, wo Rußland sich von dem preußischen Einfluß befreit hat,

darf man die Ueberzeugung zum Ausdruck bringen, daß die gesunde nationale Politik auf der obligatorischen Freiheit der Rußland bewohnenden Nationalitäten, unter denen natürlich auch der der Polen, begründet werden muß.

Die Lage ist derartig: Mag in Deutschland eine streng nationalistische Regierung des Wilhelm, oder eine liberale, mag sie sogar eine republikanische sein, — Deutschland muß auf Grund besonderer Bedingungen seiner Entwicklung sich mit den Säften anderer Nationalitäten nähren und alles verschlingen, was es auf seinem Wege begegnet. Das ist natürlich und dasselbe spricht deutlich dafür, daß Polen von Deutschland nichts zu erwarten hat.

Wenn Oesterreich in seinem Verhältnis Polen gegenüber weichmütiger war, so muß man auch zugeben, daß Deutschland stets im Wege stehen und seinen Bestrebungen im Sinne der Wiederherstellung von Großpolen entgegenwirken werde. Man braucht das natürlich nicht breit auseinanderzusetzen, daß Preußen niemals auf Posen verzichten wird.

Auf die Art bleibt die einzige Hoffnung Polens im Sinne der Wiederherstellung seines territorialen Ganzen auf Rußland, welches instande sein wird, das Russisch-Polen mit Posen und Galizien zu vereinen und welches auf diese Weise den alten Traum der Polen verwirklichen wird.

Das alles bekennen wir und deshalb können wir nicht umhin, uns dem Gefühle der größten Befriedigung anlässlich des Aufrufes des Armeeoberkommandanten hinzugeben, in dem klar und bestimmt von der Möglichkeit einer baldigen — wollen wir hoffen — Verwirklichung unserer Hoffnungen gesprochen wird.“

Mickiewicz,

Obmann des polnischen Vereines „Ognisko“ in
Moskau.

(„Russkoje Slowo“, Nr. 178 vom 3. (16.) August 1914.)

„Wir Polen erkennen alle die völlige Unmöglichkeit dessen, daß wir in irgend welcher Abhängigkeit von Preußen sein sollten. Preußen wird von allen Polen gehaßt und das polnische Volk schaute immer voller Hoffnung zu Rußland empor.

Das Verhältnis Oesterreichs zu Deutschland, die tatsächliche Untergebenheit der Habsburger den Hohenzollern gegenüber, weisen kategorisch darauf hin, daß kein Grund vorhanden ist, auf die Herstellung des geeinigten Polens mit Hilfe Oesterreichs zu hoffen, und daß in der Beziehung die einzige Hoffnung auf Rußland sein kann. Von ganzer Seele wünschen wir Polen, daß Posen und Galizien an Rußland angeschlossen werde.

Wir haben bis zu der Zeit keinen Grund gehabt, mit besonderem Vertrauen auf die Maßnahmen der Regierung den Polen gegenüber zu schauen. Allein das, was gestern nicht denkbar war, wird heute möglich und das beweist der Aufruf des Armeekommandanten.

Wir wollen hoffen, daß die bedeutungsvollen Worte zur Wirklichkeit werden.

Die Stimme eines Polen.

Unter diesem Titel lesen wir in „Russkija Wjedomosti“, Nr. 178 vom 3. (16.) August 1914 folgendes:

„Einer der angesehensten Vertreter der polnischen Gesellschaft in Moskau hat anläßlich des Aufrufes des Oberkommandanten der russischen Armee erklärt, es habe sich das ereignet, wovon viele Polen, die in Rußland leben und wirken, nicht nur geträumt, sondern woran sie auch fest geglaubt hatten. Es sei die Wand gefallen, durch die künstlich und eigennützig die veralteten Mißhelligkeiten zwischen zwei Brudervölkern genährt wurden.

Sie wird von der Hand des grimmigsten Feindes des Slawentums überhaupt und insbesondere der Polen vernichtet.

Rußland sind die Augen aufgegangen und in ganzer Nacktheit offenbarte sich die teutonische Riesenschlange, die im Laufe von Jahrhunderten das slawische Volk an der Elbe und am Baltischen Meere verschlang; jetzt hat sie beschlossen, daß sie Polen verschlingen könne, und daß es an der Zeit ist, dasselbe mit Rußland zu tun. Allein, wie es scheint, hat sie sich geirrt! Wir Polen sehen, mit was für einer festen Ruhe das russische Volk in den Todeskampf geht. Und wenn dieses Volk auf seinem Zuge den gefesselten und von Blut triefenden Bruder traf, so kann man sich nicht wundern, daß sie einander die Hand gereicht haben und gemeinsam gehen werden, sich eine bessere und glücklichere Zukunft zu erkämpfen. Das Verhalten Rußlands den Polen gegenüber war ja im hohen Grade durch die deutschen Weisungen diktiert. Der deutschen Politik ist auch die Feindschaft zu verdanken, die zwischen Bulgarien und Serbien gesät wurde. Jetzt sollte es eingesehen werden.

Ist es aber für diejenigen so klar — stellt der Vertreter der polnischen Gesellschaft in Rußland die Frage — die im Herzen Polens litten, wo die gerechte Einschätzung Rußlands und des russischen Volkes, welches leider Polen unbekannt ist, fast unmöglich war und wo die Wirklichkeit so schwer war? Was können die Polen außerhalb der Grenze, in Oesterreich, denken, wo ihr Dasein leidlich gewesen?

Posen, dessen Söhne mit ihren Körpern die Gräben von Liège und anderen Festungen gefüllt haben, muß selbstverständlich dieselbe Antwort geben wie wir.

Wir glauben aber fest, daß die Geschichte, die die Blätter der polnischen Geschichte im Laufe der letzten anderthalb Jahrhunderte so schonungslos und so träge umgeblättert hatte, nun auf einmal eine Seite eröffnen wird, auf der das Ende der Leiden jenes unglücklichen Landes und eine große Zukunft aller slawischen Völker klar und deutlich geschrieben stehen wird. Mögen die Mißverständnisse so groß wie immer sein, die Polen sollen dessen eingedenk sein, daß ihre Zukunft auf dieser Seite zusammen mit den Russen und nicht auf jener mit den Germanen ist. Dafür spricht die Geschichte.“

Heinrich Sienkiewicz.

Ueber die Aktion des berühmten polnischen Romanschriftstellers bringt das bulgarische Tagblatt „Mir“, (Sophia), Nr. 4327 vom 28. August 1914, unter Berufung auf das Moskauer Tagblatt „Utro Rossiji“, folgende Nachricht:

„Der bekannte polnische Schriftsteller Heinrich Sienkiewicz veröffentlichte einen flammenden Aufruf an die österreichischen und preußischen Polen, welche er auffordert, nicht gegen Rußland zu kämpfen. Der Aufruf wurde in einer großen Anzahl von Exemplaren gedruckt und in Oesterreich und Preußen verbreitet. Der Erfolg war ein großer. Die polnische Jugend aus Warschau riskierte ihr Leben um nach Galizien durchzudringen und die Polen für die Sache zu gewinnen.“

Ueber die weiteren Absichten des Sienkiewicz lesen wir in „Odesskija Nowosti“ (Odessaer Neuigkeiten), Nr. 9462 vom 4. (17.) August 1914:

„Anläßlich der Abreise des Henryk Sienkiewicz nach Krakau teilt uns Lednicki folgendes mit:

„Sobald das Gut von Sienkiewicz „Oblegorek“ von den Oesterreichern eingenommen wurde, war der Schriftsteller gezwungen, nach Krakau zu fahren. Dort erfreut er sich der Freiheit und reist in den nächsten Tagen in die Schweiz ab. Von dort aus wird sich Sienkiewicz mit einem neuen Aufrufe an das polnische Volk wenden, welcher mit der nationalen Politik des Volkes im gegenwärtigen Moment übereinstimmen wird.“

Die Stimmung in Warschau.

„Russkija Wjedomosti“, Nr. 178 vom 3. (16.) August 1914 bringen aus Warschau folgenden Bericht:

„Die national-demokratischen Blätter „Gazeta Poranna“ und „Gazeta Warszawska“ sowie das Blatt der Realisten „Kraj“ veröffentlichen Aufrufe, in denen die Hoffnung darauf, daß Oesterreich im Bunde mit Preußen Polen herstellen will, trügerisch genannt wird. Ein Sieg Oesterreichs und Deutschlands kann nur eine neue Teilung Polens zur Folge haben. Im Aufrufe wird entschieden gegen die Organisationen Stellung genommen, welche den Glauben an Oesterreich-Ungarn aufrecht erhalten.

Der Aufruf des Armeeoberkommandanten erschien in einem Teil der Presse. Die Blätter, denen es nicht mehr möglich war, den Aufruf zu veröffentlichen, gaben Sonderausgaben heraus. Die Stimmung der Gesellschaft ist gehoben. Es finden Beratungen der politischen Führer statt. Für morgen wird eine Beratung der Vertreter der Parteien über die jetzige Lage geplant.“

Ähnlichen Bericht bringt auch aus Warschau „Russkoje Slowo“, Nr. 178 vom 3. (16.) August 1914. Es heißt dort:

„Der Aufruf des erhabenen Armeeoberkommandanten konnte nicht mehr in den Morgenblättern veröffentlicht werden. Es wurde nur der Befehl des Großfürsten vom Schutze der polnischen Bevölkerung von Galizien und Posen veröffentlicht.

Von den polnischen Blättern vermochte es nur der „Kurjer Poranny“ sich aus Anlaß des Befehls des Armeeoberkommandanten zu äußern.

In dem Artikel: „Der Befehl vom Schutze der Polen“, der in der heutigen Nummer veröffentlicht wird, spricht das Blatt:

„Es ist die erste wohlthätige Frucht der Ruhe, der Würde, des Taktgefühls und der politischen Vernunft, die von allen im Königreich Polen zum Ausdruck gebracht wurden. Unsere Landsleute in Galizien und Posen, denen durch den Armeebefehl die Unantastbarkeit der Person und des Vermögens garantiert wird, bekamen die Möglichkeit, in aller Ruhe die kommende Entscheidung des Schicksals abzuwarten.“

Das Blatt verweilt länger bei der Tragik der Lage des polnischen Volkes, welches gezwungen ist, in den Reihen aller drei Armeen zu stehen und indem es an den Kampf von Kalisz erinnert, erklärt es:

„Das Preußen, welches schon in der Friedenszeit für seine polnischen Untertanen eine böse und schonungslos wütende Stiefmutter war, hat sogar in diesem historischen Moment kein anderes Mittel gefunden, sich an die Polen zu wenden, als das Zünglein der Gewehre und der Kartätschen. Es kommt uns vor, als wenn die Preußen die letzten Reste des Zweifels und Wankens durch die Vernichtung von Kalisz zunichte machen wollten.“

Den „aufgeblasenen preußischen Aufrufen, die es gewissenlos versuchen, mit den polnischen nationalen Gefühlen zu spielen“ wird von dem Blatte der Befehl des Großfürsten vom Schutze der Bevölkerung und ihres Vermögens entgegengestellt,

der „in einem einfachen, militärischen, mächtigen Stil“ geschrieben ist.

„Durch den Befehl — sagt das Blatt — wird das ganze polnische Volk in seinen Rechten gleichgestellt.

Diese Begründung des Prinzips der Gesamtheit, der Unteilbarkeit des polnischen Volkes, unabhängig von den Grenzen, die früher festgestellt wurden, ist ungemein bedeutungsvoll im Munde des Repräsentanten der starken Macht, von der die Zukunft des Volkes entschieden wird.

Wir begrüßen den großen ritterlichen Erlaß des Oberkommandanten, der im Verein mit Frankreich und England gemeinsam gegen das Nest der Illoyalität der in Europa kämpfenden Armeen vorgeht. Wir begrüßen denselben in der Erwartung einer neuen glücklichen Epoche in der Geschichte der Menschheit.“

Polnische Antwort auf den Aufruf des obersten Feldherrn der russischen Armee an die Polen.

Leider sind wir nicht im stande den vollen Wortlaut dieser Antwort, welche im Namen aller vier polnischen, legal im Lande wirkenden Parteien (Realisten, Allpolen und zwei fortschrittliche Gruppen) erschienen ist, wiederzugeben. Einen polnischen Bericht über dieselbe finden wir im polnischen Blatte „Dziennik urzędowy komisaryatu wojsk polskich w Kielcach“ („Amtsblatt des Kommissariates der polnischen Heere in Kielce“), Nr. 5 vom 3. September 1914. Es ist zu bemerken, daß das zitierte „Amtsblatt“, Organ der polnischen in der österreichischen Armee kämpfenden Legion ist und daher den Russophilismus der polnischen Gesellschaft herabzusetzen trachtet.

In dem genannten Berichte heißt es:

„Wir haben ein interessantes Dokument vor Augen: „Antwort auf den Aufruf des obersten Feldherrn“ der russischen Streitkräfte, das in dem Warschauer Blatte „Dwugroszowka“ („Zwei Groschen-Blatt“) veröffentlicht und mit 69 Unterschriften versehen ist.

Die Antwort spricht die Hoffnung aus, daß „die tapfere russische Armee“ alle getrennten Teile Polens in ein Ganzes unter dem gemeinsamen Szepter Nikolaus‘ wiedervereinigen wird und daß „das Blut der Söhne Polens, zusammen vergossen mit dem Blute der Söhne Rußlands“ zu einem Kitt „des Friedens und der Freundschaft der beiden slawischen Nationen werden wird.“

Von den Unterschriften erwähnt der Bericht unter den namhafteren: Andreas Niemojewski, Ladislaus Reymont, Roman Dmowski u. A.

Polnischer Gottesdienst in Moskau.

„Russkija Wjedomosti“, Nr. 178 vom 3. (16.) August 1914 bringen auf der ersten Seite folgenden Aufruf in polnischer Sprache:

„Landsleute! Der Großfürst, der Oberkommandant der russischen Armee, hat sich an uns in einem Moment, der für die ganze Welt tragisch, am tragischsten aber für uns ist, da unser armes Land zum Schauplatz des vernichtenden europäischen Krieges geworden und über Beschluß der Völker vom Blute unserer Brüder triefen muß, mit der Erinnerung an den ruhmreichen Tag von Grunwald gewendet und prophezeit uns neues Aufleben: „Das Zusammenwachsen des in Teile zerrissenen Körpers von Polen“, in dem „eine lebendige Seele lebt, harret der Wiedergeburt entgegen.“

Durch dieses erhabene Wort bis zum Innersten unserer Seele erschüttert, erheben wir heute im Einklang mit der gesamten Slawenwelt eine Gebetshymne an den Herrn der Herren, Er möge die russischen Waffen in dem Kampfe segnen, der das gemeinsame Wohl der slawischen Völker zum Ziele haben muß.

Der Gottesdienst findet in der St. Peter- und Paulkirche, Milutyngigasse, Sonntag, den 3. August l. J. um 11 Uhr früh statt.

Die polnische Organisationen in Moskau:

Der Wohltätigkeitsverein. — Das polnische Haus. — Der Bund der polnischen Frauen. — Lutnia. — Der polnische Turnverein.“

Gegen die österreichfreundliche Haltung der Polen in Österreich und gegen die polnischen Legionäre in der österreichisch-ungarischen Armee.

Protest der allpolnischen und der Realistenpartei.

Im polnischen Blatte „Dziennik urzedowy polskiej Organizacyi Narodowej“ (Amtsblatt der polnischen nationalen Organisation), welches als neue Folge des oben zitierten „Amtsblattes“ in Kielce erschienen ist, finden wir in der Nummer 1 vom 8. September 1914 folgenden polemischen Bericht:

„Wenn die erste russophile Deklaration im Namen der vier im polnischen Königreiche legal tätigen Parteien veröffentlicht wurde, so ist das zweite ähnliche neueste Dokument nur im Namen der zwei Parteien herausgegeben worden. Zwei andere waren bereits mit dem gleichlautenden Aufruf nicht mehr einverstanden und formulieren denselben jede gesondert, indem sie die rückhaltlose russophile Tendenz desselben schwächen und verwischen.

Die Deklarationen der fortschrittlichen der beiden Fraktionen, die als Antwort auf die bekannte Resolution des polnischen obersten Nationalkomitees in Galizien herausgegeben worden sind, werden wir noch gelegentlich besprechen. Vorläufig werden wir bei der Deklaration der zwei ultra-russophilen Parteien u. zw. der Realisten und der nationaldemokratischen Partei stehen bleiben. — Die Deklaration besteht aus fünf Punkten. Der erste versichert, daß „der Sieg der russisch-französisch-englischen Koalition dem polnischen Volke Aussichten auf Vereinigung aller polnischen Länder mit dem Zugang zur Ostsee eröffnet.“ Der zweite stellt fest, daß „sogar in diesem Momente Rußland mit einem Programm in der polnischen Sache im Aufruf des Großfürsten aufgetreten ist.“ Der dritte erzählt, daß der jetzige Krieg „ein allgemeiner Völkerkrieg gegen die Preußenherrschaft ist.“ Der vierte versucht die Bedeutung der polnischen Legionen, die unter dem Banner des obersten Nationalkomitees gebildet werden, herabzusetzen. Der fünfte versichert, daß diese Legionen „die russische Armee provozieren.“

„Sie (d. h. die Verfasser der Deklaration) versuchen sich, d. h. jene Kreise, aus denen jene berüchtigten 69 Unterschriften hervorgingen, als eine „Repräsentation des Willens der ungeheuren Mehrzahl der polnischen Nation“ darzustellen. Gleichzeitig wollen sie die Täuschung hervorrufen, als ob die antirussische Strömung etwas spezifisch Galizisches wäre „und mit der Stimmung der Polen im Königreiche und in Preußen nichts gemein hätte.“

Ueber denselben Protest bringen „Russkija Wjedomosti“, Nr. 189 vom 19. August (1. September) 1914 aus Warschau folgenden Bericht:

Eine Resolution der polnischen Parteien.

„Die Warschauer Blätter veröffentlichen eine Resolution der Realisten und der National-Demokraten, welche als Antwort auf den Aufruf des galizischen obersten Nationalkomitees gesandt wurde, der die Polen aufforderte, sich auf die Seite von Oesterreich zu stellen. In der Resolution wird erklärt, daß der Sieg der russisch-französisch-englischen Koalition die Hoffnung gebe auf

die Vereinigung aller Teile Polens mit dem Zutritt zum Meere, währenddem der Sieg der Gegner eine neue Teilung Polens zur Folge haben werde.

Rußland tritt in dem Aufrufe des Armeeoberkommandanten mit einem Programm in der polnischen Frage auf, welches von Frankreich und England genehmigt wurde, währenddem von Oesterreich die polnische Frage gar nicht auf die Tagesordnung gestellt wurde.

Die polnischen Legionen, welche keine selbständige militärische Bedeutung haben, dienen nur als ein politisches Werkzeug zur Gewinnung der Bevölkerung des Königreichs Polen für Oesterreich und Deutschland.

Die Unbilden des Krieges wurden für die Polen durch den Befehl des Armeeoberkommandanten, das Leben und Vermögen der Polen aller Teile zu schonen, gemildert. Das Erscheinen der polnischen Legionen führt zum verkehrten Ziel, indem es die russischen Truppen erregt.

Zum Schluß wird die Ueberzeugung ausgedrückt, daß die Kundgebung des galizischen obersten Komitees, welche vom Polenklub unterstützt wurde, für das polnische Volk verderblich sei und sich nur durch volle Unkenntnis der Kriegsvorgänge und der damit zusammenhängenden Ereignisse seitens der galizischen Gesellschaft und was die Hauptsache ist — durch die Unkenntnis der wirklichen Gesinnung der Bevölkerung von Russisch-Polen erklären lasse. Die Verfasser der Resolution, die sich für Vertreter des Willens der überwiegenden Majorität des Volkes halten, fordern das galizische oberste Komitee auf, sich der in seinem Programm angesagten Handlungen zu enthalten.“

Eine Erklärung der polnischen Reichsduma- und Reichsratsmitglieder und Politiker.

In derselben Nummer der „Russkija Wjedomosti“ wird folgende Erklärung veröffentlicht:

Die in Petersburg weilenden polnischen Mitglieder der Reichsduma und des Reichsrates sowie auch die polnischen politischen Führer, nachdem sie die Kundmachung des Erhabensten Armeeoberkommandanten vom 11. August gelesen haben, erklären:

„Die polnische gesellschaftliche Meinung erachtet die Leute, welche an mannigfachen freiwilligen Organisationen, die mit der österreichischen Armee zusammenwirken, teilnehmen, für unbewußte Verteidiger des Germanismus, für Feinde der polnischen Sache und des gesamten Slawentums. Mit umso größerer Em-

pörung verurteilt die polnische gesellschaftliche Meinung Diejenigen, die die Dum-Dum-Geschosse anwenden.“

Graf Wielopolski, Harusiewicz, Glesmer, Górski, Dmowski, Dobiecki, Dymcza, Baron Kronenberg, Kurynowski, Lomcinski, Majstowicz, Fürst Maciej Radziwill, Fürst Stanislaw Radziwill, Skirmunt, Swieciecki, Jurewicz, Szebeko.

Die Äußerung des Grafen Wielopolski.

In derselben Nummer bringen „Russkija Wjedomosti“ eine Äußerung des polnischen Reichsratsmitgliedes Grafen Wielopolski. Dieselbe lautet:

„Die Mitwirkung der österreichischen Sokolororganisationen an den Kriegsoperationen gegen Rußland und insbesondere die in der Kundmachung des Armeeoberkommandanten festgestellte Tatsache der Anwendung der Dum-Dum-Geschosse haben in den polnischen gesellschaftlichen Kreisen in Petersburg das Gefühl des Befremdens und des tiefen Bedauerns hervorgerufen.

Auf Grund der Kundmachung des Armeeoberkommandanten — erklärt das Mitglied des Reichsrates Graf S. J. Wielopolski — kann man nicht genau feststellen, welche polnischen Organisationen in Rede stehen. In der Kundmachung des Armeeoberkommandanten werden sie „galizisch-polnische Sokolororganisationen“ genannt. Allein in Galizien bestehen neben den Sokolororganisationen die Schützenfreischaren. Die österreichischen Sokolororganisationen haben noch vor zwei Jahren den Beschluß gefaßt, im Falle eines Krieges mit Rußland an den Kriegsoperationen Oesterreichs nicht teilzunehmen. Manche politischen Parteien vom Königreich Polen hatten seinerzeit Gelegenheit gehabt, auf diesen Beschluß hinzuweisen und das wurde nicht richtiggestellt, weshalb ich geneigt bin anzunehmen, daß weder die Sokolororganisationen, noch andere Organisationen von der Fraktion des Sokol, sondern nur die Schützen-Freischaren an den Kämpfen teilgenommen haben.

Wenn die Meldung der Blätter richtig ist, daß an den Kämpfen bei Kielce, Daszynski und Pilsudzki teilgenommen haben, so wird meine Vermutung bestätigt. Was immer für polnische Organisationen, mögen es die Sokolororganisationen oder die Freischaren gewesen sein, an den Kriegsoperationen gegen Rußland teilgenommen haben, wir Repräsentanten der polnischen Nationalität im Reichsrate und in der Reichsduma halten derartige Tatsachen für ungemein traurig und drücken aus dem Anlaß unsere Mißbilligung aus. Leider wird unsere Erklärung unsere Brüder, die jenseits der Grenze in Oesterreich und in Deutschland sich befinden, nicht erreichen. Ich bin aber davon überzeugt,

daß der von uns in der Erklärung ausgedrückte Gedanke, die Gefühle der gesamten polnischen Bevölkerung des Russischen Reiches zum Ausdruck bringt.“

Die polnischen Schützenfreischaren in Galizien.

Unter obigem Titel bringen „Russkija Wjedomosti“ in derselben Nummer folgende offenbar aus polnischen Kreisen erhaltene Information:

„Laut den Informationen der polnischen Presse hat es in Galizien bis zum Moment des Beginnes des Krieges Sechstausend solcher freiwilliger Schützen gegeben. Im gegenwärtigen Kriege, wo Millionenheere miteinander zusammentreffen, kann man natürlich so einer nichtigen Abteilung die Bedeutung einer realen Macht im Kriege nicht beimessen. Die österreichische Regierung hat aber ganz andere Hoffnungen in diese Freiwilligen gesetzt. Sie war bestrebt, ihnen den Charakter eines nationalen polnischen Heeres zu geben, welches vor der österreichisch-ungarischen Armee marschierend, die Bevölkerung des Königreichs Polen für dieselbe gewinnen und womöglich sogar einen Aufstand hervorrufen werde. In Verfolgung dieses Zieles hat der österreichische Generalstab einen Aufruf an das polnische Volk veröffentlicht.

Jene Berechnungen haben sich nicht als berechtigt erwiesen.

Wie bekannt, hat die Bevölkerung vom Königreich Polen dank ihrem gesunden nationalen Instinkt in Deutschland ihren gefährlichsten Feind erblickt und ist den Liebeswerbungen des mit Deutschland verbündeten Oesterreichs mit Mißtrauen begegnet. Trotz des Mißlingens dieser Probe strebt Oesterreich mit verschiedenen Mitteln darnach, um die Annäherung der Polen und Russen, die durch das Bewußtsein der gemeinsamen Gefahr seitens Deutschlands soeben vereint wurden, zu stören.

Es ist daher sehr wahrscheinlich, daß eben zu diesem Zwecke, um die Feindschaft und Erbostheit zwischen den Polen und Russen zu säen, die österreichische Regierung ihre ersten polnischen Abteilungen mit Dum-Dum-Geschossen bewaffnet hat. Die Nachricht von diesen Geschossen mußte natürlich bei der russischen Gesellschaft Mißmut hervorrufen und dieser Mißmut sollte mit seiner ganzen Schwere sich gegen die österreichische Hinterlistigkeit richten, die zu solch' abscheulichen Mitteln zwecks Verschärfung der nationalen Unterschiede greift.“

„Dmowski's Organ über Informierung Galiziens.

Im bereits zitierten „Amtsblatte des Kommissariates der polnischen Heere in Kielce“, Nr. 6 vom 6. September 1914, lesen wir:

„Nach Warschau sind schon die Nachrichten darüber, was in Galizien und in den von russischen Truppen gesäuberten Teilen des polnischen Königreiches geschieht, eingelangt. Es sind dorthin bereits die Nachrichten von den Niederlagen der Russen und von der Vereinigung aller polnischen Parteien zum unerbittlichen Kampfe mit Rußland gedrungen.

In Anbetracht dessen ist es nicht mehr möglich, das Publikum im vollen Vertrauen an russische Lügen und amtliche Berichte zu belassen.

Das Organ des Herrn Dmowski fängt an die Sache auf den Kopf zu stellen und seinen Lesern einzureden, daß die den russischen Berichten widersprechenden Nachrichten nicht richtig seien. Er schimpft auf eine geradezu schreckliche Art über die österreichische Regierung, welche mit „Schreckens-Nachrichten die polnische Oeffentlichkeit in Galizien geblendet und verdummt hat.“ Es vergießt bittere Tränen aus dem Grunde, daß die von dem national-demokratischen Abgeordneten Zamorski herausgegebene „Illustrierte polnische Zeitung“ behördlich eingestellt wurde, da sie die Situation von dem Standpunkte der „Dwugroszowka“ aus im Lichte der russischen Interessen darstellte. Zum Schlusse erkärt das Organ des Herrn Dmowski: „Galizien weiß überhaupt nichts davon, was im Königreiche vorgeht, deshalb ist es unverzüglich und dringend notwendig, die weiten Kreise in Galizien über die Vorgänge bei uns richtig zu informieren.“

Wie Kielce erobert und wiedergewonnen wurde.

Unter diesem Titel lesen wir im nationalistischen „Kijewlanin“ (Kijew), Nr. 223 vom 14. (27.) August 1914:

„Die Teilnahme der polnischen Sokolschützen an dem Angriffe der Oesterreicher auf Kielce rief eine allgemeine Stimme der Entrüstung bei der ganzen polnischen Presse hervor, welche die galizisch-polnischen Politiker beschuldigt, daß dieselben den Deutschen dienen und zum Schutze der deutschen Interessen das Blut der polnischen Jugend vergießen. Solches Verhalten der galizischen Politiker wird von den hiesigen Polen als ein Verrat der preußischen nationalen Interessen gebrandmarkt.“

B. In Oesterreich.

Russophil, deutsch- und österreichfeindlich.

Daß die polnischen russophilen Parteien in Galizien an ihrem russophilen, deutsch- und österreichfeindlichen Standpunkte festgehalten haben, solange es nur möglich

war, ist zur Genüge aus nachfolgenden Ausführungen des allpolnischen Organs ersichtlich.

Die polnische Frage inmitten der Kriegsalarme.

Unter dem Titel brachte „*Slowo polskie*“, Nr. 313 vom 21. Juli 1914 einen Leitartikel, in dem es heißt:

„Die polnische Frage liefert erneuert den Beweis für ihre ungeheure Lebenskraft, indem sie sich plötzlich als eine internationale Frage von einer nicht letzten Bedeutung herausnahm. Seit einigen Tagen ist ihrer die russische sowie preußische Presse voll und die Diskussion über dieses Thema nahm schon einen sehr heißen Charakter an.

Als Grund des Auftauchens der polnischen Frage auf der internationalen Arena gilt die Anordnung des Zaren, daß man den Entwurf der städtischen Selbstverwaltung im Königreich Polen, welcher gewisse Rechte der polnischen Sprache anerkennt, wiederum in die Reichsduma einbringen soll, wie auch eine offizielle Erklärung, daß infolge der in der Zusammensetzung des Reichsrates eingetretenen Aenderungen die Sanktion des Gesetzes in der von der Duma approbierten Form keinem Zweifel unterliege.*) Dieser Akt sagt an und für sich nicht viel, denn es ist bekannt, daß das Gesetz betreffend die Selbstverwaltung mit der polnischen Sprache seit seinem Anfange her sich der Unterstützung der russischen Regierung erfreute und lediglich nur infolge der nationalistischen Opposition und durch Fürsorge der politischen Autoritäten, welche sich noch von den traditionellen preußischen Sympathien nicht lossagten, durchfiel. An besonderer Bedeutung gewann die Verordnung des Zaren Nikolaus erst dann, als die russische Presse, gerade diese Presse, welche vom Grunde aus keine polnischen Rechte anerkannte und konsequent für die energischste Russifizierung sprach, nach der Verlautbarung der Verordnung ihren Ton und ihre Anschauungsweise auf die Angelegenheiten des Königreichs Polen vollständig abänderte.

„*Nowoje Wremja*“, welches bis nun zu allem Polnischen von einem grenzenlosen Haß besessen war und dessen Kunst, die oben herrschende Strömung zu wittern, bekannt ist, schwang sich zum Geständnis auf, daß den Polen in Rußland Unrecht geschah. Rußland für Russen und Polen für Polen! — erklärt

*) Es ist zu erinnern, daß dieser Schritt des Zaren von der nationalistischen Presse dahin erklärt wurde, daß es eine Belohnung der Polen für die Freisprechung der „russischen Märtyrer“ *Ben-dasiuk* und Genossen seitens der polnischen Geschworenen bedeutet.

das Organ des Suworin. „Es wäre ehrlos und unvernünftig dem Volke, welches Millionen zählt, eine tausendjährige Geschichte, eine geeinigte und ausgearbeitete nationale Seele, eine Kultursprache und herrliche Vergangenheit besitzt, nationale Rechte abzusprechen. Ein Eroberer hat nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten.“

Die russischen Zeitschriften lassen auch keinen Zweifel darüber übrig, wodurch diese Ankündigung eines gewissen Umschwunges in der Stellung der Petersburger Regierung und der derselben ergebenden Presse gedeutet wird. Man sagt offen, dieser Umschwung wäre durch die Spannung mit Deutschland verursacht, welchem weder in Peterhof noch in den breiten Volksschichten die laute Erklärung über die unvermeidliche Abrechnung zwischen Deutschland und der Slawenwelt vergessen wurde. Diese Drohung öffnete dem offiziellen Rußland auf den wirklichen Charakter „der traditionellen preußischen Freundschaft“ die Augen und das Gefühl des Selbstvertrauens in die Macht, welche die Tripelentente infolge der Endergebnisse der Balkankriege, vor allem aber der Gewinnung von Rumänien, vorstellt, ist allzugroß, als daß Rußland diese Herausforderung nicht annehmen sollte. Rußland, welches gerne in der Rolle eines triumphierenden Protektors des Slawentums auf dem Balkan auftritt, ziemt es nicht mehr heute ein System der Unterdrückung und der Mißbräuche seiner Gewalt dem größten und kulturellsten Volke unter den Slawen gegenüber, denn dieses System muß irgendwo anders Mißtrauen und Verdacht wegen Mangel an gutem Glauben wecken. Andererseits hat Rußland, durch Deutschland provoziert, keinen Grund mehr, preußische Wünsche und Interessen zu berücksichtigen.

Die russische Presse geht selbstverständlich viel weiter und spinnt überaus kühne Kombinationen. „Der polnische Kurs Rußlands — sagt „Golos Moskwy“*) — hat der deutschen Politik einen sehr ernststen Schlag versetzt. In Deutschland versteht man gut, daß mit dem Zeitpunkte, wo die Hoffnung der Polen und ihre Politik sich auf den mit ihnen verwandten slawischen Staat stützt, unser Königreich Polen zum polnischen Piemonte wird, welchem sich auf eine unaufzuhaltende Weise Posen und Westgalizien anschließen.“

Es ist leicht zu verstehen, welchen Eindruck das Versprechen der Vermilderung des antipolnischen Kurses in Rußland in Verbindung mit dem Umschwunge, der in der russifikatorischen russischen Presse zustande kam, sowie mit den deutlichen Erscheinungen des Widerwillens in Preußen machte, für welch

*) „Moskauer Stimme“, Organ der Oktobristenpartei.

letzteres die Solidarität Rußlands in der polnischen Frage zur Tradition und Begründung der germanisatorischen Politik wurde. Wenn auch die russische Presse dies offen nicht sagen würde, so bedeutet doch der Umschwung in der russischen Politik dem polnischen Volke gegenüber den vollständigen Bruch mit der bisherigen Stellung zu Berlin.“

Mit Rußland gegen Preußen.

Eine vielansprechende Ergänzung dieser Ausführungen des allpolnischen Organes finden wir in der vom Wiener Korrespondenten des „*Slowo polskie*“, Herrn Adam Nowicki, in Wien herausgegebenen „*Korrespondencya Wiedenska*“ (Wiener Korrespondenz), Nr. 22 vom 22. Juli 1914, wo es heißt:

„Die russische Regierung machte bis nun für die Polen im Königreich Polen noch nichts. Eine Ausnahme bildet lediglich der Befehl des Zaren Nikolaus II., daß man erneuert in die Duma den Gesetzentwurf betreffend die städtische Selbstverwaltung im Königreich Polen mit dem Zusatz einbringen soll, daß in der Verwaltung und in den Stadtausschüssen neben der russischen, auch die polnische Sprache gebraucht werden darf. Erst dann, wenn wirklich die Reichsduma und der Reichsrat dieses Gesetz beschließen und der Zar dasselbe sanktioniert, wird man von einem gewissen Beweise bezüglich des Umschwungs in der Politik der russischen Regierung den Polen gegenüber sprechen können.

Wiewohl nun die russische Regierung für die Polen des Königreichs Polen noch nichts machte, lamentiert die preußische Presse dennoch auf der ganzen Linie. Sie beklagt sich nämlich darüber, daß dies ein Schlag wäre, welcher ins innere Herz Preußens abzielt. Weswegen? Eben deswegen, weil Preußen entweder mit seiner antipolnischen Politik, welche die Ausrottung des ganzen polnischen Volkes innerhalb Preußens anstrebt, aufhören oder aber auf sich sehr richtige Vorwürfe laden muß, daß es in ganz Europa der einzige Staat wäre, der zielbewußt eine Politik treibt, welche die Ausrottung einer gewissen Anzahl seiner Bürger nur aus dem Grunde anstrebt, da dieselben sich nicht entnationalisieren lassen. Wahrlich, sogar Bismarck und seine Freunde gestanden teils halblaut, teils offen, daß als Voraussetzung der ganzen antipolnischen Politik in Preußen die Annahme gilt, daß Rußland ebenso die Polen entnationalisieren wird. Alle antipolnischen Ausnahmegesetze in Preußen, von der Kolonisationskommission angefangen bis auf das Expropriationsgesetz, wären nicht ins Leben gerufen worden, wenn es keine antipolnische Politik

Alexander III. und die Kontinuierung derselben Politik von der Regierung des Zaren Nikolaus II. gäbe.

Wenn es wirklich in Rußland zu einem gewissen Frontwechsel den Polen gegenüber käme, dann unterliegt es keinem geringsten Zweifel, daß die Lage Preußens sehr bitter würde. Nicht deshalb, weil in Preußen die polnische Irredenta, welche die Vereinigung mit Rußland anstrebte, sich entwickeln würde. Die Welt schätzt die politischen Tugenden des Polentums in Preußen überhaupt zu wenig. Andere Völker, so unterdrückt, wie die Polen in Preußen, hätten schon lange eine Reihe von blutigen politischen Attentaten auf ihre Bedrücker gemacht. Die Polen in Preußen sind so weit politisch geschult und in politischer Hinsicht so tief vernünftig, daß sie sich vollkommen des Unsinns und der Schädlichkeit der politischen Attentate bewußt sind. Sie ziehen vor zu arbeiten, zu sparen und treu bei ihrer Nationalität zu beharren. Dies ist besser, als Attentate mittels Bomben und Revolver. Deshalb möchten die Polen in Posen den irredentistischen Strömungen nicht folgen.

Für den Kriegsfall aber zwischen Deutschland und Rußland würden die Polen im Königreich Polen nach Einführung einer ganzen Reihe von Nationalreformen gegen die einschreitenden deutschen Heere sich wenden und glauben, daß ihr nationales Interesse befiehlt, die deutschen Heere zu bekämpfen, weil die Eroberung gleichwohl nur eines Teiles des Königreichs Polen durch Aufhebung ihrer nationalen Freiheiten, welche Rußland verlieh — wenn es sie verleihen würde — gleichbedeutend wäre und gleichzeitig eine Ankündigung des rücksichtslosen Druckes dieses Bruchstückes der polnischen Bevölkerung, welche unter die preußische Herrschaft käme, bilden würde. Die ganze zivilisierte Welt würde dann vollkommen verstehen, warum die Polen die ins Königreich Polen einschreitenden Deutschen für ihre Feinde halten. Die Polen würden auch zweifellos dafür, daß sie mit Waffen in der Hand den deutschen Heeren Widerstand leisten, von allen Seiten Beweise der Anerkennung und Unterstützung bekommen. Das wäre das praktische Ergebnis der nationalen Konzessionen, wenn Rußland dieselben im Königreich Polen einführen wollte.“

Das allpolnische Organ schreibt die Schuld des Ausbruches des Krieges Deutschland zu.

„*Slowo polskie*“, Nr. 309 vom 19. Juli 1914 bringt unter dem Titel: „Besteht in Oesterreich-Ungarn eine Kriegspartei?“ folgende Ausführungen seines Wiener Korrespondenten Nowicki:

„Die zweite Quelle der Kriegsstimmungen in Oesterreich ist ein durch Dokumente schwer nachweisbarer, ohne Zweifel aber bestehender Berliner Zunder. Deutschland strebt, wie es scheint, den Krieg im gegenwärtigen Augenblicke an, wo französische und russische Vorbereitungen noch nicht beendet sind. Der preußische Oberstleutnant Frobenius erklärt in seiner berühmten Broschüre, über welche der deutsche Thronfolger sich lobend ausspricht, daß der Augenblick der vollständigen Vorbereitung Rußlands und Frankreichs zum Kriege im Frühjahr 1915 eintreten wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Deutschland vor dieser Frist den Kriegausbruch herbeiführen will. Und weil es die Rolle entweder eines unterdrückten Opfers oder eines treuen Verbündeten und Freundes, welcher nicht im eigenen Interesse, sondern zwecks Rettung der Bundesgenossen in den Krieg zieht, zu spielen wünscht, so bleibt die Kombination nicht ausgeschlossen, daß die politischen Sphären Berlins Oesterreich-Ungarn in einen Krieg hineinzutreiben wünschen, um später einen Vorwand zu haben, in der Rolle eines Vormundes, welcher sich von opferndem Uneigennutz leiten läßt, den Krieg aufzunehmen.

Diese Strömungen lassen sich so deutlich für jeden Kenner der Wiener Preßverhältnisse erkennen, daß man mit dem Finger auf die mit der deutschen Gesandtschaft in Wien in Verbindung stehenden und am lautesten das Kriegsglied anstimmenden Zeitungen weisen kann.“

Zu demselben Thema kehrt Herr Nowicki in dem Artikel unter dem Titel: „Wird der österreichisch-serbische Konflikt lokalisiert werden?“ (Slowo polskie“, Nr. 319 vom 24. Juli 1914). Es heißt dort:

„Deutsche Presse, welche in der Berliner Wilhelmstraße informiert wird, wiederholt ihre Versicherungen über die Lokalisierung des österreichisch-serbischen Streites mit einer unerhörten Verbissenheit, welche schon im voraus einen negativen Eindruck macht. Wenn man Ausführungen solcher alldeutschen und hakatistischen Organe wie „Deutsche Tageszeitung“ und „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, wie auch anderer liest, gewinnt man den Eindruck, daß in Deutschland ein sehr gewaltiges Lager besteht, welches Weisungen von regierenden Sphären bekommt, ein Lager, welches um jeden Preis die Habsburger Monarchie in den Krieg auf dem Balkan hineintreiben will.

Selbstredend wirkt die Kriegspartei in Deutschland nicht unter dem Einflusse irgendeines Gefühls oder Mitgefühls für Oesterreich-Ungarn. Die Kriegspartei wird ausschließlich von einem egoistisch-deutschen Interesse geleitet.

Die deutsche Diplomatie fand sich scheinbar viel früher mit der neuen, als Resultat zweier Kriege in den Jahren 1912—1913 erscheinenden Lage am Balkan ab. Nur scheinbar aber. Denn

in der Tat kann Deutschland bis auf die Zeit die Folgen dieser Kriege nicht verschmerzen.

Daher spricht jede Wahrscheinlichkeit dafür, daß Deutschland die habsburgische Monarchie in den Krieg gegen Serbien treiben will, um auf diese Weise die negativen Folgen zweier Balkankriege paralisieren zu können.

Um die wahren Ziele dieses Feldzuges zu verhüllen und denselben zu lokalisieren, stellt die deutsche Presse den Schritt Oesterreich-Ungarns in einem möglichst unschuldigen Lichte dar. Es wiederholt sich hier dieselbe Methode der deutschen Diplomatie, welche vor einigen Monaten von Maximilian Harden in seiner „Zukunft“ prächtig charakterisiert und empfindlich ausgelacht wurde. Indem er über verschiedene von Deutschland in den letzten Jahren unternommene diplomatische Schritte schreibt, behauptet er, daß ein großer Fehler seitens der deutschen Diplomatie begangen wird, indem man auf die Naivität und Dummheit des Gegners rechnet. Die deutsche Diplomatie verhält sich in ihren Aktionen beständig auf diese Weise, daß sie sich solcher Argumente bedient, als ob der Gegner ein Tepp wäre, der nicht imstande sei, den Kern der Sache zu verstehen. So war es in der Marokkanischen Angelegenheit, so war es mit der Aussendung der Militärkommission nach Konstantinopel. Jedesmal trachtete die deutsche Diplomatie die wahren Ziele ihrer Aktion durch ein Argument, welches Lachen und Zorn beim Gegner hervorruft, zu verbergen. Der Gegner sieht, daß die Diplomatie ihn nicht nur irreführen will, sondern gleichzeitig ihm so eine Dummheit, welche geradezu beleidigend ist, imputiert.

Alle Berliner Preßäußerungen auf das Thema der Lokalisierung des Streites zwischen Oesterreich und Serbien zeichnen sich durch dieselbe auf die Naivität der Tripelentente abzielende Berechnung, wie die vorhergehenden Auftritte der deutschen Diplomatie aus.

Die Londoner „Westminster Gazette“ hat daher recht, indem sie sich auf diese Weise über die Chancen des Streites zwischen Oesterreich und Serbien äußert: „Es ist natürlich, daß alle mit großer Aufmerksamkeit das Verhalten Rußlands verfolgen. Wir dürfen nicht vergessen, daß die russische Regierung sich in einer Zwangslage befinden könnte eine Aktion einzuleiten, welche sie gerne nicht einleiten würde, wenn dies von ihr abhinge. Das slawische Sentiment — das ist die einzige Seite, welche immer von russischem Gefühle begleitet wird. Es wäre Raserei zu behaupten, daß dieses bis zu seinem Innersten nicht erschüttert würde, falls Oesterreich-Ungarn auf so einen slawischen und orthodoxen Staat, wie es Serbien ist, losgehen würde.“

Die Intervention des Statthalters Korytowski bei den Allpolen betreffend des Wechsels des russophilen Kurses derselben.

Die in Krakau erscheinende „Gazeta Poniedziałkowa“ („Montagszeitung“) bringt in der Nummer 31 vom 27. Juli 1914 unter dem Titel: „Frontwechsel der Allpolen“ folgende, „Lemberg, 26. Juli“ datierte Nachricht:

„Der Statthalter Korytowski hat die Führer der nationalen Demokratie zu sich berufen und mit denselben eine längere Konferenz abgehalten, in welcher er ihnen die Notwendigkeit der Aenderung der russophilen Taktik der allpolnischen Partei auseinandersetzte.

Das Ergebnis der Konferenz ist, daß morgen, d. h. am Montag, in „*Slowo polskie*“ ein sehr austrophiler Leitartikel erscheinen wird.“

Einseitiges Vorgehen galizischer Behörden beim Verhaften der Russophilen.

Der polnische Schriftsteller Dr. Michael Fanik schreibt in dem Artikel: „Auf der Rückkehr ins Vaterland“, welcher im polnischen fortschrittlichen Tagblatt „*Wiek Nowy*“, Lemberg, Nr. 3930 vom 15. August 1914 veröffentlicht wurde:

„In Galizien, bis Sambor, sieht man beinahe kein Publikum. Wir erfuhren, daß die Regierung verboten hatte, auf den Bahnhöfen zu erscheinen, weil sich Fälle der schlimmsten Nichtswürdigkeiten seitens der russophilen Bevölkerung, welche man auch ganz richtig und anständig in gebührende Schranken nahm, ereigneten.“

„Unterwegs erzählte man, daß in Lemberg einige Polen von russophiler Orientierung festgenommen wurden, was sich zum Unglück als unwahr herausstellte. Mir war die Nachsichtigkeit in der Zeit, wo schon das Blut um die höchsten Güter vergossen wird, unverständlich.“

„Der ungarische Rittmeister (mit welchem der Verfasser unterwegs Bekanntschaft gemacht hat) war über die galizischen Zustände gut informiert und wunderte sich, daß in Polen keine Eintracht herrscht, welche in einem so epochalen wichtigen, historischen Momente unbedingt notwendig erscheint. Vor

allem wunderte er sich, daß in Galizien sogar unter den Polen Anhänger Rußlands sich vorfinden. Ich habe dem edlen Ungar Recht gegeben und ihm zugleich versichert, daß all unser Volk sich gegen Rußland wende und auf Seite des Zarentums oder der Passivität nur eine Handvoll frecher Verräter stehe.“

Wie der k. k. Statthalter Korytowski bereits während des Krieges den Russophilismus begünstigte.

Eine Illustration, wie der Russophilismus unter dem ukrainischen Volke seitens der polnischen Landesregierung begünstigt wurde, liefert die Geschichte des ruthenischen Nationalhauses in Lemberg.

Im Jahre 1848 wurde vom Kaiser Franz Josef I. „den Ruthenen der Stadt Lemberg“ ein Bauplatz geschenkt, auf welchem das ruthenische Nationalhaus erbaut wurde. Es sollte eine Stiftung sein, welche aber nicht konstituiert wurde.

Unterdessen gründete die galizische russisch-nationale Partei einen gleichnamigen Verein („Narodnyj Dom“ — „Nationalhaus“), welcher sich das Vermögen der Stiftung aneignete.

So dauerte es lange Jahre, bis endlich der Fiskus im Namen der Stiftung mit einer zivilrechtlichen Klage gegen den russisch-nationalen Verein aufgetreten und den Prozeß in allen Instanzen gewonnen hat.

Nun war es die Aufgabe der Landesverwaltung, die Stiftung zu konstituieren und das Vermögen derselben dem russisch-nationalen Verein zu entziehen. Diese Aufgabe wurde aber weder von Bobrzynski noch von Korytowski erfüllt, um nicht die Ukrainer zu stärken.

So blieb das Vermögen der vom Kaiser Franz Josef I. „für die Ruthenen der Stadt Lemberg“ gegründeten Stiftung, dank der polnischen Landesregierung, bis in die letzten Tage in den Händen der russisch-nationalen Partei und wurde für die Verbreitung der russisch-nationalen Idee unter dem ukrainischen Volke verwendet.

Zu Beginn des Krieges sistierte zwar der k. k. Statthalter Korytowski die Tätigkeit des russisch-nationalen

Vereines „Narodnyj Dom“ und setzte zwecks Verwaltung des Vermögens des Vereines und der Stiftung den landesfürstlichen Kommissär ein, aber zu den Mitgliedern des Beirates, welcher dem Kommissär beigegeben wurde, ernannte er neben zwei Ukrainern (Domherr Johann Tschapelskyj und Professor Wladimir Schuchewytsch) auch zwei Russophile, nämlich den Sekretär des Vereines „Narodnyj Dom“ Dr. Basilius Lahola und den Advokaten Dr. Theodor Sajatz, welcher letzterer später durch den ebenso russophilen gr.-kath. Geistlichen Gurgula ersetzt wurde.

So wurde sogar in der letzten Stunde, wo die Führer der russisch-nationalen Partei bereits in Rußland gegen Österreich wirkten, noch der Russophilismus unter dem ukrainischen Volke seitens der polnischen Landesregierung mit dem k. k. Statthalter Korytowski an der Spitze begünstigt.

Russophile Umtriebe in der ostgalizischen Sektion des polnischen Obersten Nationalkomitees.

Bekanntlich wurde in einer am 16. August 1914 in Krakau abgehaltenen Konferenz, an der die Vertreter aller polnischen Reichsrats- und Landtagsgruppen teilnahmen, das polnische oberste Nationalkomitee gegründet. Das Komitee teilte sich in eine westgalizische und eine ostgalizische Sektion. Zum Obmann der letzteren wurde der bekannte Führer der russophilen Podolierpartei Thaddäus Cienski, Obmann des polnischen Nationalrates gewählt; im Präsidium waren Podolier und Allpolen, also russophile Elemente, ebenfalls stark vertreten. Eine der Hauptaufgaben des obersten Nationalkomitees war die Oberaufsicht und Equipierung der polnischen Legionen. Nach der Einnahme Lembergs durch die Russen brachen in der ostgalizischen Sektion infolge von Umtrieben der Podolier und Allpolen Meinungsverschiedenheiten aus, die zuletzt zur Auflösung der ostgalizischen polnischen Legion führten. Leiter der

ostgalizischen Militärkommission war der allpolnische Reichsratsabgeordnete Graf Alexander Skarbek. Die Haltung dieses Kommandanten bildete ebenso wie die Frage der Auflösung der ostgalizischen Legion den Gegenstand einer Beratung der ostgalizischen Sektion, die am 19. Oktober 1914 in Krakau stattfand.

Wie Krakauer „Nowa Reforma“ (Nr. 469 vom 21. Oktober 1914) berichtet, wurde in der Beratung eine Resolution des Inhalts eingebracht, „die Sektion übernehme keine Verantwortung für das Schicksal der ostgalizischen Legion wie auch für deren Auflösung.“

In der Begründung der Resolution wurde unter anderem festgestellt, daß „der Beschluß der am 16. September 1914 versammelten Sektion, um die Legion zur Eidesleistung aufzufordern, nicht durchgeführt, im Gegenteil den Legionisten die Freiheit überlassen worden sei, ob sie den Eid zu leisten haben oder nicht“, und daß „die Militärkommission sich das ausschließliche Recht beigemessen habe, über die Legion zu verfügen, wie auch an die Auflösung der Legion ohne Wissen und Willen der Sektion herangetreten sei.“

Außerdem wurde auch der Antrag gestellt, die Berichterstattung des Leiters der Militärkommission Grafen Skarbeck wie auch die Rechtfertigung desselben nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Die Resolution und der Antrag wurden mit den Stimmen von Dr. German (Demokrat), Hudec (Sozialdemokrat), Sliwinski (radikaler Demokrat) und Steinhaus (Konservativer) angenommen. Gegen dieselbe erklärten sich die Podolier Cienski, Fürst Witold Czaratoryski und Chefredakteur der „Gazeta Narodowa“ Dr. Alexander Vogel.

Daraufhin fand in derselben Angelegenheit am 21. Oktober 1914 in Krakau eine Plenarsitzung des polnischen obersten National-Komitees statt. Laut Bericht der Wiener „Zeit“ (Nr. 4338 vom 24. Oktober 1914) wurde in derselben der Beschluß der ostgalizischen Sektion gebilligt, worauf die Vertreter der podolischen

und der allpolnischen Fraktion erklärten, daß sie aus dem Nationalkomitee austreten. Die Mitglieder des Komitees Dr. Glombinski (allpolnischer Führer) und der Lemberger Stadtpräsident Neumann waren zur Sitzung trotz Zusage nicht erschienen. Ihren Austritt aus dem Komitee erklärten unter anderen: Taddäus v. Cienski, Fürst Witold Czartoryski, Graf Alexander Skarbek und Dr. Alexander Vogel.

So sehen wir, daß unter dem Einflusse der russophilen Allpolen und Podolier die ostgalizische polnische Legion, welche ebenso vorwiegend aus russophilgesinnten polnischen Elementen bestand, den Eid nicht leistete und aufgelöst wurde.

Daß nun die Allpolen und Podolier aus dem polnischen obersten Nationalkomitee ausgetreten sind, ist kein Wunder: es ist ja im Sinne des Programms des allpolnischen Führers Dmowski geschehen, der seine galizischen Partei- und Gesinnungsgenossen auffordert, mit Rußland für die slawische Sache gegen den Germanismus zu kämpfen.

Polnische „Loyalitätskundgebung“ in Lemberg.

In der Extraausgabe des „Kurjer lwowski“, welcher als Organ derjenigen Volksparteifraktion gilt, der der gewesene k. k. Minister für Galizien Ladislaus Dlugosz angehört, datiert: Donnerstag, den 3. September 1914, 7 Uhr früh, finden wir folgenden Aufruf:

„Bürger! Die Truppen der Monarchie haben schwere Niederlagen erlitten und zogen sich nach Westen zurück. Demnächst ziehen die siegreichen russischen Truppen in Lemberg ein.

In einem solchen Momente fordern wir die ganze Bevölkerung der Stadt auf, um Gottes Willen die Würde und Ruhe zu bewahren, sich der Panik und unüberlegter Exzesse seitens schlechter Elemente sowie jeder Provokation zu enthalten. Die Stadt ist offen, es kann ihr also keinerlei Gefahr drohen. Die ganze seriöse Bevölkerung harrt mit ganzer Ruhe der kommenden Dinge. Jeder Exzeß seitens eines leichtsinnigen oder wahnsinnigen Individuums gegen das einmarschierende Militär könnte ein Unglück heraufbeschwören. Wir fordern die ganze Bevölkerung auf im

Namen der Stadt und aller Bürger, über die Ruhe und Ordnung zu wachen. Die Geschäfte, insbesondere die mit Nahrungsmitteln, müssen offen bleiben.

Lemberg, den 2. September 1914.

Für das Präsidium der Stadt Lemberg:
Dr. Rutowski, Dr. Stahl, Dr. Schleicher.

Dieser Aufruf wurde von der Redaktion des Blattes mit folgendem Kommentar versehen:

„Die Räumung der Landeshauptstadt durch die österreichischen Truppen und der Einzug der russischen Armee ist ein Moment von epochaler Bedeutung.

Dieser Moment wurde vor einigen Tagen durch die Flucht der österreichischen Behörden aus Lemberg angekündigt; er wurde durch den gestrigen Rückzug der Armee verursacht. Der Rückzug war eine Ueberraschung. Beinahe bis zur letzten Stunde versicherten die offiziellen Telegramme von den Erfolgen der österreichischen Waffen. Sonst war der Kriegsschauplatz von einem Nebel des Geheimnisses umhüllt, der von der Militärzensur eifersüchtig überwacht wurde; es drang zwar durch diesen Nebel die Nachricht von der numerischen Ueberlegenheit der russischen Truppen, es stand aber frei zu glauben, daß die Stärke der Befestigungen und die Tüchtigkeit der Besatzung die Stadt bis zur Ankunft der Hilfskorps erhalten werden. Es ist anders geschehen. Ohne den Verlauf der Schlachten und der Ereignisse zu kennen, sind wir nicht imstande, uns in die Einschätzung der Ursachen und der Tragweite der Niederlage Oesterreichs einzulassen. Tatsache ist es aber, daß auch damit zu rechnen ist, daß die Hauptstadt Galiziens unter die russische Herrschaft kommt. Das Stadtpräsidium hegt aber die volle Hoffnung, daß dies ohne jedweden Schaden für das Vermögen und die Sicherheit des Lebens der Einwohner geschieht. Daher die ernstesten Ermahnungen des Aufrufes, die ein jeder Bürger beherzigen soll. Der ruhige Uebergang Lembergs unter die Herrschaft der russischen Truppen verbürgt die Schonung der Ehre, des Lebens und des Vermögens der Einwohner, die Schonung unserer Sprache, des Glaubens und der autonomen Freiheiten. Mit allem guten Glauben, mit dem wir der nationalen Sache gedient haben, ergreifen wir auch das Wort in diesem epochalen Momente. Die Einwohner der Stadt Lemberg sollen der Aufforderung des Stadtpräsidiums unbedingt Folge leisten. Es ist in diesem Moment das einzige Kommando, das über die teure Stadt wacht. Es erteilt den Befehl der Bevölkerung, daß sie Ruhe bewahre und wendet sich an sie mit der herzlichen Bitte, daß sie Würde bewahre.

Du Polen lebe!“

Das allpolnische Organ nach der Besetzung Lembergs von den Russen.

Im „Neuen Wiener Tagblatt“, Nr. 299 vom 29. Oktober 1914, schreibt Freiherr Kurt von Reden in seiner „Eine Woche in Przemyśl“ betitelten, „Kriegs-
preßquartier, 24. Oktober“ datierten Korrespondenz:

„Auch über die Wandelbarkeit politischer Ueberzeugungen war in Przemyśl Bemerkenswertes zu erfahren. Neben einer heutigen Ausgabe der auf radiotelegraphischem Wege versorgten Belagerungszeitung lag zufällig eine alte Nummer des „*Slowo Polskie*“ vom, glaube ich, 17. September. Diese Zeitung ist das größte Blatt Galiziens, allpolnisch und erscheint in Lemberg. An erster Stelle war nach einigen amtlichen russischen Nachrichten und Publikationen ein Leitartikel über die Vorteile der russischen Herrschaft über die Polen, ein Artikel über die Gemeinschaft polnischer und russischer Interessen und noch ein wirtschafts-politischer Artikel ähnlicher Tendenz veröffentlicht, gezeichnet von demselben, früher allpolnischen Chefredakteur*). Einer meiner Kollegen hatte mir den Inhalt übersetzt und mich auf die Pikanterie dieser Sache aufmerksam gemacht; man darf sie wirklich nicht verschweigen.“

Politische Mission eines Lemberger Allpolen in Warschau.

Wie Krakauer „*Nowa Reforma*“, Nr. 451 vom 11. Oktober 1914 berichtet, hat ein gewisser Dr. Stanislaus Kasznica, Beamter des galizischen Landesausschusses, eine Reise von Lemberg nach Warschau mit Auto gemacht, was selbstverständlich nur mit Bewilligung der russischen Militärbehörden geschehen konnte. Dr. Kasznica ist gelehrter Statistiker, welcher auf dem politischen Gebiete immer im Sinne der Allpolen und Podolier auftrat und bei den letzten Landtagswahlen in Galizien im Jahre 1913 von den Podoliern in der Großgrundbesitzkurie zum Abgeordneten gewählt wurde. Daraus ist zu schließen, daß die Reise des Dr. Kasznica nach Warschau, die demselben von russischen Militärbehörden bewilligt und ermöglicht wurde, irgend einer politischen Mission im Sinne des polnischen Russophilismus galt.

*) d. h. vom Herrn Sigismund Wasilewski.

C. „Unter dem Szepter des Zaren vereinigt“.

Das Organ der allpolnischen Partei „*Slowo polskie*“, welches, wie bereits erwähnt, nach der Besetzung Lembergs durch die russische Armee unter derselben Redaktion des aus Russisch-Polen stammenden Sigismund Wasilewski weiter erscheint, bringt in der Nachmittagsausgabe, Nr. 409 vom 14. September 1914, folgenden Leitartikel:

Die Stellung der Polen.

Polnische Deklarationen in der Reichsduma und in dem Reichsrat. — Erklärungen der Parteien in Warschau.

Die Grundlage des politischen Denkens und Wirkens einer jeden Nation ist die Einhelligkeit, besonders in den Augenblicken der Entscheidung. Diese Grundlage ist für die Polen am meisten erwünscht, aber auch gleichzeitig in ihren Verhältnissen am schwierigsten.

Der künftige Geschichtsschreiber des gegenwärtigen Weltkrieges wird konstatieren, daß die gekommenen Ereignisse uns unter drei Großmächte aufgeteilt gefunden haben, die jetzt in Zwietracht und Krieg miteinander sind und wird sich wundern, daß wir Polen, trotz der langjährigen Einwirkung dreier politischer Systeme, nicht ganz von einander getrennt worden sind. Im Gegenteil, wir haben hinter uns eine große innere Arbeit, welche uns eine politische Verständigung miteinander erlaubt. Der Geschichtsschreiber wird unsere Fehler, unsere unfreiwillige Zerrissenheit entschuldigen und zugeben, daß wir aus allen tragischen Konflikten verhältnismäßig verständig und immer ehrenhaft hervorgegangen sind.

Der polnische Gedanke hat daran gearbeitet, um einen Ausgang aus geschichtlichen Kollisionen zu finden und ist allmählich zur Dezision gekommen, daß die politische Kalkulation überall das Ganze der Sache im Auge behalten soll, nämlich die Notwendigkeit, daß die rein polnischen Provinzen durch ihre Vereinigung und politische Versicherung die Möglichkeit ungehinderter Entwicklung bekommen. Alles andere wird Nebensache sein, wird von Neuem gemacht werden können, wenn nur der Hauptkörper des Organismus gerettet sein wird.

Die Ausarbeitung dieses politischen Gedankens fiel demjenigen Teil Polens zu, der unter Rußlands Herrschaft steht, weil er der größte und lebensfähigste

ist. Der von dorthier kommende Wahlspruch warnte seit jeher vor der germanischen Gefahr und zeigte uns diese Gefechtsfront. Dieser Wahlspruch verband Warschau mit dem preußischen Polen und faktisch — möchte es auch in der Politik anders scheinen — war er in Galizien die herrschende Richtung.

Die Jubiläumsfeier Grünwalds im Jahre 1910 war in der Geschichte des polnischen geistigen Lebens nach der Teilung Polens ein sehr kennzeichnendes Moment, sofern es sich darum gehandelt hat, aus dem Volke die Blutsklänge hervorzurufen.

Die polnische Orientation ist heutzutage überall antigermanisch. Dies zu behaupten sind diejenigen berechtigt, welche den Kampf mit der germanischen Gefahr systematisch geführt haben*). Der Krieg hat uns in Galizien überrascht, als wir noch unruhig waren über die Entdeckung der hakatistischen Verschwörung, welche gegen Ostgalizien gerichtet war**), er hat uns getroffen mitten im blutigen Kampfe über das Recht der nationalen Existenz in Schlesien, welches von den preußischen Politikern in Abrede gestellt wurde.

Wir führten den Kampf mit den Deutschen, noch bevor der Krieg unter den Mächten ausbrach. Daher kann es nicht wundernehmen, daß wir den augenblicklich in unserer Presse unterbrochenen politischen Knoten an die Kriegssereignisse wieder anknüpfen. Die antigermanische Richtung, die früher in der Stellung des Polenklubs so entschieden betont ward, und in der kulturellen Arbeit immer mehr durchgeführt wurde, mußte in letzten Zeiten infolge des immer enger werdenden und so schädlichen Verbandes Oesterreichs mit Deutschland verwischt werden und konnte daher in der Presse während des Krieges nicht zum Vorschein kommen. Es ist jedoch den Polen nicht erlaubt, in Inertion einzuschlafen; wir sind verpflichtet darüber zu wachen, was in der Welt und insbesondere in der polnischen Welt vorgeht. Um der Zersplitterung des Geistes vorzubeugen, haben wir die Pflicht Tatsachen anzuführen, die zwar nicht allgemein bekannt, aber doch geeignet sind, den Gedanken eine wirksame Grundlage zu verschaffen.

*

Wie stellt sich die polnische Frage im Lichte des Krieges den polnischen Politikern dar? Wir führen die Erklärungen an, welche unsere Vertretungen in der Duma und im Reichsrat bei dem Kriegsausbruch abgegeben haben.

*) d. h. die Allpolen.

**) Gemeint sind die deutsch-ukrainischen Beziehungen.

Am 9. August hat der Abgeordnete Jaronski in der feierlichen Sitzung der Duma, wobei die Kriegsfrage vorgelegt wurde, im Namen des polnischen Klubs folgende Erklärung abgegeben:

„In diesem geschichtlichen Momente, in welchem das Slaventum mit der germanischen Welt, an deren Spitze unser ewiger Feind, der Preuße, steht, miteinander in den Krieg treten, ist die Lage des polnischen Volkes, das seiner Unabhängigkeit beraubt ist und seinen Willen nicht frei auszudrücken vermag, tragisch.

Die Tragödie ist umso größer, als unser Land zum Kriegsschauplatz mit allen damit verbundenen Greueln gewählt wird und daß es in drei Teile geteilt, seine Söhne in feindlichen Lagern im Kampfe gegeneinander vorfinden wird.

Allein, obgleich territoriell geschieden, sollen wir in unseren Gefühlen und Sympathien zu den Slaven eine Einheit bilden. Dies gebietet nicht bloß die gute Sache, welche Rußland unternommen hat, sondern auch der politische Verstand. Die Weltbedeutung der Ereignisse soll alle interne Rechnung in den Hintergrund rücken. Gott gebe es, daß die Slaven unter russischer Führung den Teutonen dieselbe Lehre geben, wie Polen und Litauen ihnen vor fünf Jahrhunderten bei Grünwald gegeben hat! Wir wünschen, daß das vergossene Blut und die Greuel des brudermörderischen Krieges zur Vereinigung des in drei Teile zerschlagenen Polens führt.“

Die Rede des polnischen Abgeordneten wurde öfters von enthusiastischem Beifall unterbrochen. In der Sitzung war außer den Abgeordneten die Regierung und die Diplomatie vertreten; überdies hörte auch ein zahlreiches Publikum zu.

*

An demselben Tage sprach im Reichsrat (Oberhaus) im Namen des Polenklubs Delegierter Meysztowicz. Der Berichterstatter der russischen Zeitung, von dem wir die Nachricht über diese Reden schöpfen, fügt hinzu, daß damals im Saale dieses Gesetzgebungskörpers zum erstenmal Beifall geklascht wurde. Die Worte des polnischen Delegierten (wahrscheinlich dem Inhalte nach kurz wiedergegeben) lauteten:

„Die Opfer, welche das polnische Volk in diesem Kriege darbringen wird, sind sehr groß, nicht nur deswegen, weil unter drei Monarchien verteilt, wir miteinander kämpfen müssen in den sich bekämpfenden Armeen.

Die Polen erfüllen ihre Staatspflicht prompt; auch diesmal treten die Polen in den Kampf, werden sich aber nicht bloß durch das Pflichtgefühl leiten lassen, sie werden gehen, um den preußischen „Drang nach Osten“ abzuschlagen. Sie werden ihr Blut vergießen für eine gute Sache! Ich hoffe, daß dieses

Blut zur Erlöschung der jahrhundertelangen Gegnerschaft zwischen Polen und Russen und zur Festigung des russisch-polnischen Ausgleiches beitragen wird.“

*

Die Aeüßerung der Polen beschränkte sich nicht auf diese Erklärungen in den gesetzgebenden Körpern; sie fanden eine weitere Bestätigung in den Erklärungen aller polnischen Parteien im Lande, selbst der fortschrittlichen und radikalen.

Die polnische Fortschrittspartei besagt in ihrer in den Warschauer Blättern kundgemachten Erklärung unter anderem folgendes:

„Der politische Verstand empfiehlt unserer Nation seit der Zeit der Teilungen das Streben nach Vereinigung geographisch zerrissener und geistig einheitlicher Teile Polens. Der Selbsterhaltungstrieb läßt uns gegenüber den Eroberungsgelüsten der Deutschen im Verhältnis zu den Slawen, im Augenblick, in welchem die Germanen mit den zivilisierten Völkern Westeuropas in den Krieg treten, sich der beinahe alleuropäischen Koalition anschließen. Das Nationalgefühl empfiehlt uns, jede politische Vereinigung, welche der Bevölkerung Posens, Schlesiens, den Masuren und Kaschuben, die von altersher für ihr Polentum kämpfen, an den Leib geht, zu bekämpfen.“ Die polnische Fortschrittspartei fügt in ihrer Erklärung über die zukünftigen Ausichten hinzu, daß während — „weder Preußen noch Oesterreich die polnische Frage im ganzen nicht normieren wollen“ — „Rußland vor seinen Verbündeten und der ganzen Welt im Aufruf des Oberbefehlshabers an die Polen erklärte, daß es die Herausforderung aufnehmen und den Feind mit dem Einsatz voller Kraft bekämpfen will, wobei es beabsichtigt, das einige Polenreich aus den drei Gebieten wiederherzustellen und selbst diese Gebiete einzuschließen, welche die alte germanisatorische Arbeit Preußens uns entrissen hat.“

„Dabei haben wir die Ueberzeugung, — heißt es in der Erklärung — daß der Sieg der Tripelentente zur Entwicklung des Verfassungslebens in Rußland beitragen wird, was nur allein geeignet ist, die Dauerhaftigkeit der zukünftigen freien Verfassung unseres Vaterlandes, wie auch die würdige Lösung der polnischen nationalen Frage in den Bezirken mit gemischter Bevölkerung im Geiste der Anforderungen der Toleranz und Gleichberechtigung, die so wichtig sind für die demokratische polnische Idee, zu sichern.“

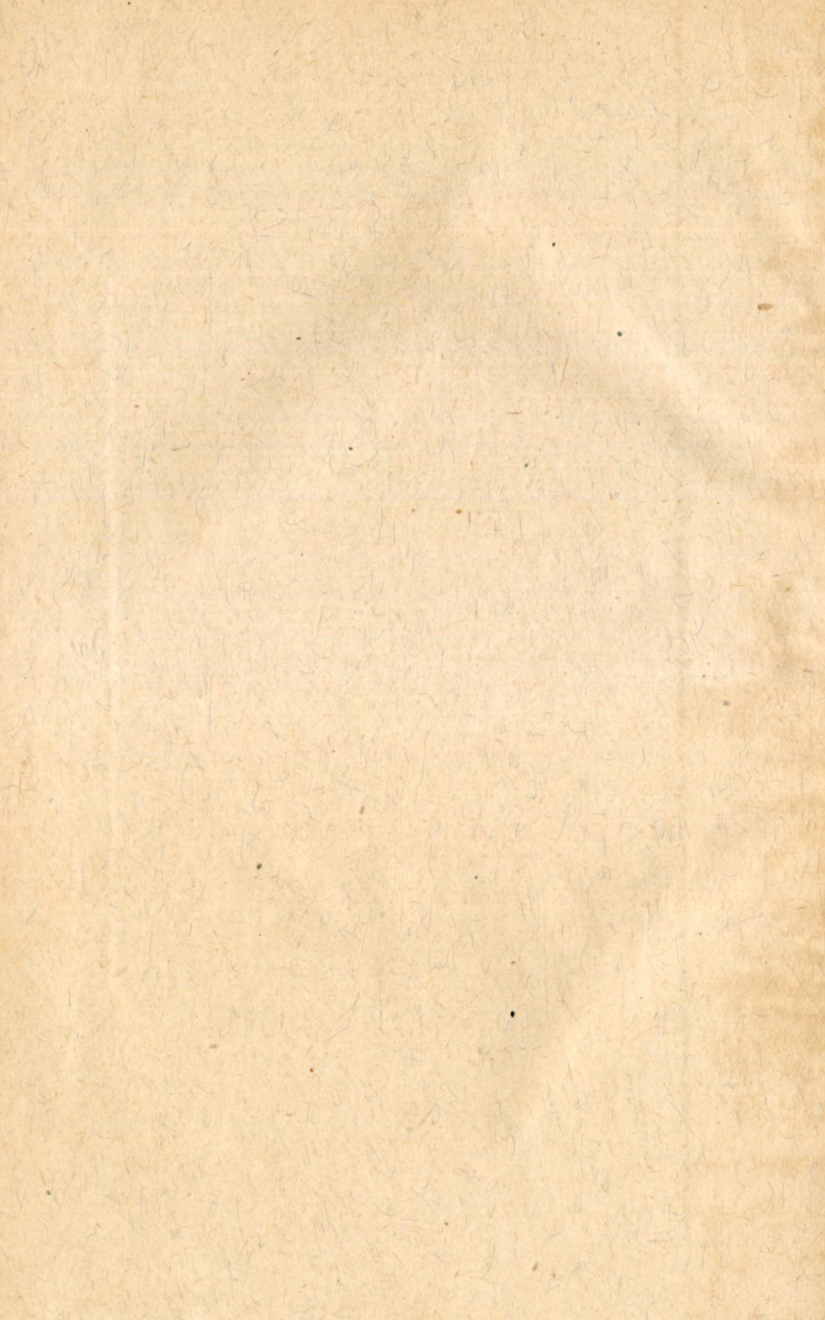
Aus den oben angegebenen Dokumenten, welche von dem diametral entgegengesetzten politischen Richtungen des Gemeinwesens herrühren, kann man entnehmen, was für Pläne und Stimmungen im Königreich Polen vorhanden sind. Die Presse

aller Lager hat diese Gedanken weiter entwickelt und zu gleicher Zeit die Einstimmigkeit des ganzen Gemeinwesens in dieser Hinsicht bewiesen. Man braucht nicht hinzuzufügen, daß das ganze Gebiet unter der preußischen Herrschaft auf demselben Standpunkte steht.

*

Man muß alles dies wissen, man muß damit rechnen, man muß mit Ueberlegung und ohne Zulassung kritikloser unwillkürlicher Regungen zu einer ernsten, würdigen und sicheren Auffassung gelangen, die in diesen epochemachenden Zeiten so notwendig ist.

Soviel das allpolnische Parteiorgan in Lemberg. Seine obige Prinzipienerklärung erscheint um so wichtiger, als in derselben der Russophilismus nicht nur als Gegenwarts- und Zukunftsprogramm aufgestellt, sondern auch festgestellt wird, daß der polnische politische Gedanke bereits seit Jahren russophil war, was von polnischen Politikern in Österreich nur aus Opportunitätsrücksichten verheimlicht wurde.



II
V-62 614

Joseph